konkret

POLITIK & KULTUR
10/2018

Deutschlands Nazis
Die Schläfer erwachen

Iran
Das neue Syrien?

Türkei
Erdoğan ist pleite

Schrottpresse
Das große Zeitungssterben

HEFT IM HEFT

4 191202 705902 10
5,90 €
A: 6,90 €
CH: 11 SFR
C 12611 E

DO NOT LET THEM DIE AT SEA

WE ARE READY TO RESCUE – AND YOU?

www.**mission-lifeline**.de

»Die Stadt hat Potential«

Das Schalom ist das einzige jüdische Restaurant in Sachsen. Am 27. August 2018, dem Tag des großen Nazi-Aufmarsches in Chemnitz, wurde es angegriffen. konkret sprach mit dem Besitzer des Restaurants, Uwe Dziuballa, über den Anschlag auf das Schalom und über Chemnitz.

konkret: *Sie waren während des Angriffs in Ihrem Restaurant?*

Uwe Dziuballa: Ja. Seit dem 15. März 2000 betreibe ich das jüdische Restaurant Schalom in Chemnitz. Um 21.44 Uhr erfolgte am 27. August 2018 eine Attacke auf das Restaurant und auf mich. Ob das jetzt Linke oder Rechte waren, kann ich mit Bestimmtheit nicht sagen, weil ich aufgrund der angespannten Situation das einfach nicht erkennen konnte. Aber es wurde gerufen: »Judensau!«, und: »Verschwinde aus Deutschland!« Dieses Vokabular ist aufgrund meiner bisherigen Erfahrung eher dem rechten Spektrum zuzuordnen.

Wie kommen Sie darauf, dass das auch Linke gewesen sein könnten?

Jeder, der mit mir spricht, will von mir genau wissen, was das für Leute waren. Ich habe, während die Steine flogen, nicht gefragt: »Welcher politischen Strömung gehören Sie an?« Aufgrund der gerufenen Beschimpfungen habe ich meine Schlüsse gezogen, aber es kann auch ein politisch neutraler veganer Homosexueller rufen: »Juden raus!«

Wenn die Polizei, wovon ich nicht ausgehe, die Leute schnappen sollte und dann herauskäme, welcher politischen Strömung sie angehören, werde ich die gesamte westliche Welt über meinen Facebook-Account darüber informieren.

Wie ging es an dem Abend weiter?

Viele behaupten, dass ich lügen würde. Wir haben montags im Restaurant Ruhetag. Deshalb sagen die Leute, es könne den Angriff an diesem Abend gar nicht gegeben haben. Wir nutzen allerdings öfter den Ruhetag für Veranstaltungen mit unserem Verein Schalom e.V. Am Abend des Übergriffs hielt ein Journalist einen Vortrag über Arisierungen jüdischer Unternehmen in der Zeit von 1939 bis 1945. Gegen 21.20 Uhr war der Vortrag beendet.

Ich war noch im Restaurant, als es zu dem Angriff kam. Auf der Terrasse habe ich ein Geräusch gehört und nachgesehen. Da hatte sich eine Gruppe von etwa zehn bis zwölf Personen versammelt, die vermummt waren. Ich weiß nicht mehr, ob ich gerufen habe: »Verschwindet!«, oder ob ich es nur gedacht habe. In der Situation stieg in mir jedenfalls eine Angst auf, die ich so bisher nicht kannte. Ich bin 53 Jahre alt und gehe ansonsten ziemlich angstfrei durchs Leben. Dann flogen Flaschen, Steine und eine Eisenstange in Richtung des Lokals. Einer der Steine traf mich an der Schulter. Aus der Gruppe wurden noch Parolen gerufen, dann rückten sie wieder ab.

Die Polizeibeamten, die später vor Ort waren, waren an dem Abend sachlich korrekt und empathisch. Bis 2012 habe ich mit der sächsischen Polizei nicht immer nur gute Erfahrungen gemacht und von 2012 bis 2018 eigentlich gar keine.

Was haben Sie für ungute Erfahrungen mit der sächsischen Polizei gemacht?

Dazu will ich jetzt nichts sagen, ich lebe nicht in der Vergangenheit. Und ich gestehe auch Menschen und Institutionen zu, sich weiterzuentwickeln.

Der Angriff am 27. August war nicht der erste auf Ihr Restaurant.

Im Zeitraum vom Jahr 2000 bis 2012, als das Lokal in Chemnitz noch eine andere Adresse hatte, hatten wir durch Angriffe in etwa einen Gesamtsachschaden von 40.000 Euro zu verzeichnen. Wir reden hier von Sachbeschädigung, Hakenkreuzschmiereien und so weiter.

Seit dem 10. November 2012 sind wir an dem neuen Standort, und hier hatte sich die politische Ausdrucksweise von Leuten, die uns nicht mögen, – mal abgesehen von ein paar Zurufen oder mal ein gepflegter Hitlergruß oder so was – bisher auf zwei Eierwurfattacken beschränkt. Das war also keine Sachbeschädigung im klassischen Sinne, es sind eigentlich nur die Eier kaputtgegangen; auch deutsche Eier halten den Aufprall auf ein jüdisches Haus nämlich nicht aus.

Wie haben Sie die letzten Wochen in Chemnitz erlebt?

Wenn ich an solchen Kundgebungen, wie sie in Chemnitz jetzt häufiger stattfanden, vorbeikomme, dann macht mir das schon Angst. Ich wohne seit 1993 in dieser Stadt. Es liegt sicher viel im argen hier, aber das Bild, das jetzt von Chemnitz entstanden ist, halte ich nicht für repräsentativ. Die Stadt hat viel mehr Potential, als manche glauben. Etwa 70 bis 75 Prozent der Gäste in unserem Lokal kommen entweder aus den gebrauchten Bundesländern oder aus den USA, Frankreich, England und so weiter – und die erleben auch die Stadt. Diese Leute sind fast immer positiv überrascht. Chemnitz wird sicher nie die Perle der Riviera werden. Aber das einzige, was ich der Stadt wirklich vorzuwerfen habe, ist, dass wir keinen Zugang zum Meer haben.

Sie treffen demnächst den sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU). Was wollen Sie ihm sagen?

In einem Land wie Deutschland wünsche ich mir mehr Charakter, und dass mit allen fair umgegangen wird. Das gilt auch für Flüchtlinge. Die Verfahren müssen transparent sein und dürfen nicht so lange dauern. Wer einen Aufenthaltsstatus bekommt, muss auch in diese Gesellschaft integriert werden; wer keinen erhält, muss relativ schnell wieder das Land verlassen.

Es ist natürlich irgendwie perfide, das als Jude in Deutschland zu sagen, denn wenn jetzt hierzulande alle wieder im Gleichschritt laufen wie '33, dann werde ich nicht abwarten, dann packe ich auch meine Sachen und gehe. Und dann muss ich hoffen, dass ich irgendwo bleiben kann.

Vielen Dank für das Interview. Wir schicken Ihnen den Text noch mal zu.

Wir sollten etwas für die Betreffzeile der E-Mail vereinbaren.

Bekommen Sie so viele E-Mails?

Tonnenweise, auch nette, wirklich, da will ich nicht undankbar erscheinen. Aber es kommen auch sehr viele von Leuten, die mich als Lügner beschimpfen.

Das ist schlimm.

Das ist die Realität. Die Leute drücken sich alle so aus, als würden sie mich kennen.

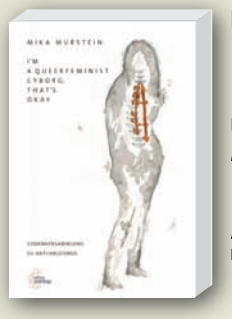
Weil es Antisemiten sind?

Ich habe keine Ahnung. Ich würde sagen, ja, aber ich weiß es nicht. Ich müsste mich lange mit denen auseinandersetzen. Aber das ist sehr ermüdend, denn gegen Realitätsverweigerung kann ich nichts machen.

edition assemblage

Melanie Brazzell [Hg.]
Was kann uns wirklich sicher machen?
Ein Toolkit zu intersektionaler, transformativer Gerechtigkeit jenseits von Gefängnis und Polizei

160 Seiten, 8 Euro
ISBN 978-3-96042-034-7



Mika Murstein
I'm a queerfeminist Cyborg, that's okay
Gedankensammlung zu Anti/Ableismus

462 Seiten, 14.80 Euro
ISBN 978-3-96042-031-6

Timo Büchner
„Weltbürgertum statt Vaterland"
Antisemitismus im RechtsRock
112 Seiten | 12.80 Euro
ISBN 978-3-96042-033-0

Autor*innenkollektiv
Stalin hat uns das Herz gebrochen
Antisemitismus in der DDR und die Verfolgung jüdischer Kommunist*innen

208 Seiten, 14.80 Euro
ISBN 978-3-942885-33-1

Bini Adamczak
Der schönste Tag im Leben des Alexander Berkman
Vom womöglichen Gelingen der Russischen Revolution

152 Seiten, 12.80 Euro
ISBN 978-3-96042-026-2

www.edition-assemblage.de

von konkret

Deutschland den Deutschen!«, krähen sie – aber was ist das, ein Deutscher? Ein Mensch mit deutschem Pass? Für einen Nazi gewiss nicht. Ein Germane? Und das wäre? Eine Mixtur aus Helvekonen (Wohngebiet: Oder), Agradingun (Weser), Boiovaren (Isar), Chatten (Main), Sorben, Kaschuben, Wenden, fünf Dutzend weiteren unaussprechlichen Stämmen, von Römern, Hunnen, Slawen, die in zwei Jahrtausenden seit der Schlacht im Teutoburger Wald in Hass und Liebe übereinander hergefallen sind? Und das nicht nur in der Gegend um das zeitweilige »Gorl-Morx-Stodt«, wie es im Idiom der Ureinwohner hieß, bis eine Mehrheit dafür stimmte, zum alten, vom obersorbischen »Kameniza« abgeleiteten echt deutschen »Chemnitz« zurückzukehren. Das war 1990 und wurde in **konkret** vom Juli jenes Jahres als Menetekel mit der Frage bedacht: »Wen freut der Gedanke, dass dieses Kaff wieder den zu ihm passenden Namen trägt, nicht?« Muss ein interessantes Blatt sein, nicht zu vergleichen mit … (bitte ausfüllen).

Vor Jahren war er beleidigt vor das Landgericht Köln gezogen, weil **konkret** ihn mit Tucholskys Titel »Emmentaler Faschist« belegt hatte. Nun ist der Roger Köppel, Chefredakteur einst von Springers »Welt«, heute der Züricher »Weltwoche«, Nationalrat der völkischen SVP, als Freund ihres gesunden Volksempfindens Lieblingsgast aller Maisch- und Plasberger, mit dem braunen Mob durch Chemnitz marschiert, nachdem er sein Emmentaler Publikum im Züricher Marriott-Hotel mit der Frage entzückt hatte:

Kennen Sie die drei gefährlichsten Worte der deutschen Sprache? »Wir schaffen das!« Das sind die drei gefährlichsten Worte der deutschen Sprache. Und ich kann Ihnen sagen: Wenn ich oder irgendein Schweizer Politiker jemals sagen sollte: »Wir schaffen das!«, dann verriegeln Sie sofort die Türen, verstecken Sie Ihr Geld und bringen Sie sich in Sicherheit!

»Wäsche von der Leine, die Zigeuner kommen«! So haben sie ihr Volk immer aufgehetzt, die Köppels. **konkret** bleibt nichts übrig, als klein beizugeben und das Wort »Emmentaler Faschist« mit dem Ausdruck größten Bedauerns zurückzunehmen. Wegen unzulässiger Beschönigung.

Eine Überraschung der Art, die ein Überraschungsei bietet, ist die Nachricht, dass die Leute von **konkret** nicht in allem einer Meinung sind. Auch über den »Umgang« mit jenen asozialen Medien, die sich »neu« und »sozial« nennen, Facebook, Twitter, und wie das Zeug so heißt, sind sie uneins. Die einen nutzen sie als Werbemittel für Zeitschrift und Bücher, als Anzeiger von Veranstaltungen und Bestelladresse, andere als Briefschlitz für Mitteilungen und Quelle von Hinweisen. Einer macht auf Avantgarde: Er nimmt für sich die Jahre vorweg, in denen Menschen, wenn es dann noch etwas geben sollte, was Zivilisation genannt werden könnte, als Leute von Geist und Geschmack sich dadurch erweisen werden, dass so was wie ein Smartphone ihnen Hekuba ist, ohne dass sie googeln müssten, was das nun wieder für eine japanische Vorspeise ist. Er hat beschlossen, dass Facebook ihn am Geteilten liken kann und er keine Meinungsäußerung zur Kenntnis nimmt, die ihn nicht als Brief über das Postfach des Verlags oder als E-Mail über redaktion@konkret-magazin.de erreicht. Weiß' Bescheid?

Im Oktober erscheint die Jubiläumsausgabe von Horst Tomayers legendärem Gedichtband *German Poems* in der Reihe **konkret texte** (siehe Anzeige S. 37). Das Buch ist über den Verlag (verlag@konkret-magazin.de), im Buchhandel oder über unsere Website (konkret-magazin.de) erhältlich. Am 1. November, zu Tomayers 80. Geburtstag, verkünden Marit Hofmann, Christoph Hofrichter und Fritz Tietz um 20 Uhr in Hamburg, Nachtasyl im Thalia-Theater, Alstertor 2, das Wort Hottes. Fünf Gedenkradfahrer sind bei der diesjährigen Horst-Tomayer-Gedenkradfahrt von Hamburg nach Berlin am Ziel angekommen. Die 6. Tomayer-Gedenkradfahrt findet vom 23. bis 25. August 2019 statt.

Mira Landwehr erklärt am 1. Oktober in Hannover, UJZ Kornstraße, Kornstraße 28–32, warum Tierliebe und Menschenhass so nah beieinander liegen und warum Veganer/innen eine auffallende Affinität zu rechter Esoterik und Verschwörungstheorien haben. Weiterer Termin: 20. Oktober, Berlin, 19 Uhr, New Yorck im Bethanien, Mariannenplatz 2b.

Korrektur: In der September-Ausgabe hat sich ein Fehler in Matthias Beckers Kulturkolumne (»Der große Bluff«, S. 41) eingeschlichen: »Eine große Umfrage von ›Nature‹ ermittelte jedoch vor zwei Jahren, dass etwa zwei Drittel der befragten Wissenschaftler ihre Experimente nicht mit den gleichen Ergebnissen wiederholen konnten. Die Hälfte scheiterte daran, ihre eigenen Ergebnisse mit dem gleichen Versuchsaufbau zu reproduzieren.«

Richtig wäre gewesen: Zwei Drittel der befragten Wissenschaftler scheiterten daran, die Experimente anderer Wissenschaftler mit den gleichen Ergebnissen zu wiederholen. Die Hälfte scheiterte an der ergebnisgleichen Wiederholung der eigenen Experimente.

Relaunch: Neues Design – Niki Bong (verantwortlich); neuer Preis – das Kapital (verantwortlich).

IN konkret

Titel

8 Die Schläfer
Hermann L. Gremliza über Nazis' Erwachen

12 Stammesrituale
Bürgertum und Neonazis proben in Sachsen die völkische Revolution. Von Thorsten Mense

16 Tracht und Niedertracht
Florian Sendtner über die »Mutter aller Probleme« und den Vater der Volksverhetzung

Politik

17 Rechts fischen
Was die Sammlungsbewegung »Aufstehen« unter Sozialpolitik versteht. Von Leo Fischer

18 Zu Diensten
In Deutschland wird die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht erwogen. Von Peter Nowak

20 Die Willigen
Deutsche Politiker/innen erwägen einen Einsatz der Bundeswehr in Syrien. Von Jörg Kronauer

22 Die Banalität des Blöden
Die Schweden sind, trotz ihrer Demokraten, auch bloß Europäer. Von Frederik Moche

23 Hammer und Pixel
Wie geht Mehrwertproduktion im digitalen Kapitalismus? Von Felix Klopotek

26 Zahltag
Die Wirtschaftskrise in der Türkei spitzt sich zu. Von Tomasz Konicz

28 Brandbeschleuniger
Was würde ein Regime Change im Iran bedeuten? Von Jörg Kronauer

30 Moskowitisch
Achter Teil einer Serie zum 200. Geburtstag von Karl Marx. Von Lars Quadfasel

Kultur

31 Geraubte Knochen
Ein Lehrstück über den Umgang der Deutschen mit ihren Verbrechen während der Kolonialzeit. Von Sabine Lueken

34 Vom Bürgerblatt zur Zombiezeitung
Die Printmedien sterben nicht, sie werden erledigt. Von Georg Seeßlen

40 Nur ohne euch
Wie Berlins Kulturpolitik den Tag der deutschen Einheit 2018 begehen will. Von Berthold Seliger

43 Ein Herz für Jens
Der Gesundheitsminister will mit der Pflicht zur Organspende sein Gesellenstück abliefern. Von Oliver Tolmein

46 »Bei Tieren wird die Linke rechts«
Interview mit dem Wiener Philosophen und Künstler Fahim Amir über die Forderung eines Zooperaismus und einer Autonomie des Animalen

48 Der Anti-Untertan
Vor 225 Jahren starb der Naturforscher, Ethnologe und Revolutionär Georg Forster in Paris. Von Ingo Flothen

50 Mehr Leben
Bernd Wagner geht es in seinem neuen Roman nicht darum, mit der DDR abzurechnen. Von Erich Hackl

51 »Kleiner Galan«
Bodo Kirchhoff ist in seiner kunstvollen Vergegenwärtigung von Missbrauchserfahrungen unerbittlich nachsichtig. Von Petra Moser

52 Von der Mörderin zur Rufmörderin
Tanja Röckemann über die Psychopathologisierung der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft

56 Dozentenwatch
Reaktionäre Statements von Lehrkräften an deutschen Schulen und Unis

RUBRIKEN

3 INTERVIEW
mit Uwe Dziuballa über den Anschlag auf das jüdische Restaurant Schalom in Chemnitz

4 VON konkret

6 AN konkret

10 HERRSCHAFTSZEITEN

15 NEUE HIEROGLYPHEN
Folge 113: Sächsisches Golgatha. Von Martin Jürgens

32 KUNST & GEWERBE

38 STARS & STREIFEN

39 FILM DES MONATS
Marit Hofmann über »Eine gefangene Frau« von Bernadett Tuza-Ritter

44 DICHTUNG & WAHRHEIT

45 BUCH DES MONATS
Felix Klopotek über Ronald Webers *Hacks*

54 LAUT & LUISE

55 PLATTE DES MONATS
Bastian Tebarth über Lea Bertuccis Album »Metal Aether«

56 TERMINE

58 GREMLIZAS EXPRESS

Heft im Heft

#derrechterand

»Antifaschismus bleibt Handarbeit«*

antifaschistisches
Magazin
der-rechte-rand.de/ABO

* Anwalt der Nebenklage und unser Autor, Alexander Hoffmann, am Tag der Urteilsverkündung im NSU-Prozess

ALLES? SOFORT!

Die **konkret**-CD-Rom enthält alle Texte der Jahrgänge 1974 mit Volltext-Suchfunktion. *Die CD gibt es zum Preis von 100 Euro. Die Käufer der CD-Rom 1974–2012 erhalten ihr Update für 30 Euro.*

www.konkret-magazin.de

AN konkret

Beleidigt

konkret 9/18: Titel; »Steht auf, wenn ihr Deutsche seid!«; Wagenknechts rechte Sammlungsbewegung

Mit der Aussage hat **konkret** nicht nur die 100.000 Menschen (mich eingeschlossen), die bereits bei »Aufstehen!« angemeldet sind, beleidigt und verleumdet, sondern **konkret** schreckt mit dieser unbewiesenen Behauptung auch potentielle Interessenten ab. Wie kommen immer wieder Menschen (gerade in verantwortungsvollen Positionen) dazu, über andere Menschen zu urteilen, obwohl sie diese gar nicht kennen? Auch dies spaltet eine Gesellschaft. Ist sich **konkret** dieser Verantwortung bewusst?

Ingo Kaufmann, per E-Mail

Nö. Ich steh auf, ob Deutscher oder nicht, weil mir die deutschen Pseudodiskurse so was von zum Hals raushängen. Ich war mein Leben lang links, links geboren, in einem Arbeiterhaushalt groß geworden. Ich hab' auch mal regelmäßig **konkret** gelesen. Das ist mit eurer aktuellen Titelseite endgültig vorbei. Ihr habt euch verrannt, seid hängengeblieben auf Nebenschauplätzen. Ihr verschließt die Augen vor allem, was relevant ist. Und ihr seid es, die das linke Lager spaltet. Kratzfüßige, katzenbucklige Kritisierer, die mal zu Hendrix getanzt haben, nur um dann später einem Obama auf den Leim zu gehen. Links ist, wer sich gegen Ungerechtigkeit stemmt. Also Sahra. Rechts ist, wer Bibis Eier schaukelt. Also ihr.

Athanasios Nikolaidis, Wiesbaden

Wird **konkret** nicht mehr von Moskau finanziert? **Thorsten Czub, via Facebook**

Kleinschusterei

konkret 9/18: »Sitzen machen!«; Hermann L. Gremliza über die Sammlungsbewegung »Aufstehen!«

»Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?« Brechts berühmter Satz ist so zutreffend wie Gremlizas Ausführungen zur »linken« Sammlungsbewegung in der BRD sowie zum Hofieren von Alt- und Neunazis in der DDR. Es ist zum Verzweifeln: Weltweit grassiert das rassistische und faschistische Gespenst – von New York bis Wladiwostok! Dagegen hilft nur eine weltweite Gegenbewegung (vielleicht wegen Trump von den USA ausgehend) und nicht nationale Kleinschusterei à la Wagenknecht & Co.

Heinz Schönberger, per E-Mail

Natürlich

konkret 9/18: »Summer is coming«; Svenna Triebler über den Klimakiller Kapitalismus

Die Natur handelt immer natürlich, und der Mensch handelt natürlich immer nur menschlich! Der Mensch will so ganz nebenbei, so richtig locker und flockig vom Hocker aus, sein Klima retten, natürlich mit einem Coffee-to-go-Cup in seiner Hand!

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

Hohes Ross

konkret 9/18: »Bequeme Klassiker«; Tom David Uhlig über die Kritik an sozialpsychologischen Experimenten

Der Autor möchte im Namen der Wissenschaftlichkeit sprechen, interessiert sich für die wissenschaftlichen, also formalen Defizite gängiger funktionalistischer Ansätze aber nur, weil er diese aus ganz anderen, nämlich inhaltlichen und moralischen Gründen, ablehnt: Funktionalistische Erklärungen des Nationalsozialismus haben den Deutschen bequemerweise die Auseinandersetzung mit der antisemitischen Ideologie erspart. Dabei hätte sich der Autor den bigotten Umweg seiner Argumentation sparen können, da schon die Prämisse nicht stimmt: Selbst wenn man das Agieren von NS-Tätern zum Beispiel rein gruppendynamisch erklären kann, bleibt immer noch die Frage, warum sich ihre Taten viel mehr auf dieses denn auf jenes Ziel richteten, und hier kommt wieder die Ideologie als Parameter ins Spiel. Aber auf dem hohen Ross der Moral, welches Uhlig reitet, ficht einen die Logik wohl nicht an. **Oliver Schlaudt, per E-Mail**

Kein Wunder

konkret 9/18: »Prime Time«; Tim Lindemann über den Erfolg der Streamingdienste

Was der Autor vergessen hat zu erwähnen: Ein großer Teil der Streamingproduktionen wird hierzulande deutsch synchronisiert. Das widerspricht der falschen, aber landläufigen Meinung, dass sich die KonsumentInnen alles im (zu 90 Prozent) englischsprachigen Original angucken. Das tun aber meistens nur Kritiker/innen, die Synchronisation

von Filmen sowieso grundsätzlich ablehnen. Das Problem der Kreativen (Text, Regie, Schauspiel) in unserer Branche ist, dass die Streamingportale zwar jede Menge Geld verdienen, aber nichts in die Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten einzahlen. Und das wird sich beim derzeitigen Stand des Urheberrechts auch nicht so schnell ändern. Das heißt: Wir synchronisieren immer mehr Netflix- und Amazon-Produktionen, bekommen dafür aber null Tantiemen. Wir kriegen unsere Gagen, sind jedoch von Zweit- und Drittverwertungen ausgeschlossen. Die großen Internetkonzerne sparen also nicht nur gern Steuern, sondern wollen ihre Profite auch nicht mit den Kreativen teilen. Aber es wäre ja auch eher verwunderlich, wenn es nicht so wäre.

Stefan Krause, Schauspieler und Synchronsprecher, Berlin

Zweck Metal

konkret 9/18: DER LETZTE DRECK (23); Bernhard Torsch über Uriah Heep: »Living the Dream«

»Metal war und ist Jugendlichenmusik.« Wann erreicht man denn das Verfallsdatum? Da ich schon 44 Jahre alt bin (meine Bandkollegen sind sogar noch älter), wird es Zeit zu wissen, wann ich mein Gitarrenequipment verkaufen und meine CDs verbrennen muss, um dann umzusteigen. Auf was?!

Rock, Punk, Metal: Das ist die Musik, mit der ich aufgewachsen bin und mit der ich zu sterben gedenke. Wenn ich im Altersheim mit der Musik Leute wie den Autor triezen kann, hat der Metal seinen Zweck erfüllt.

Dominik Lippold, per E-Mail

Verwechslung

konkret 9/18: PLATTE DES MONATS; Lars Brinkmann über »Rausch« von Gas

Keine Verwechslung? Sicher? Hätte die Kritik von Gas nicht in der Rubrik DER LETZTE DRECK erscheinen und Uriah Heep nicht mal erwähnt werden sollen?

Michael Schreiber, per E-Mail

Mensch und Tier

konkret 9/18: GREMLIZAS EXPRESS

Bei der Lektüre des neuen Heftes kam ich heute sozusagen ins Nachdenken darüber, wie rätselhaft und wunderbar doch das Verständnis zwischen Mensch und Tier oftmals sein kann. Das kam so: Ich sitze morgens auf dem Klo und blättere in **konkret**, denn so fängt der Tag gut an. In GREMLIZAS EXPRESS lese ich, was und wie Jasper von Altenbockum in der »FAZ« über die AfD und dergleichen geschrieben hat. Da beginnt mein Kater, eine sibirische Waldkatze, sich geräuschvoll auf den Badezimmerfußboden zu übergeben. Soweit passt alles. Nur: Ich hatte doch gar nicht laut vorgelesen!

PS: No animals were harmed ... Dem Kleinen geht es wieder gut.

Gerhard Schweppenhäuser, Veitshöchheim

IMPRESSUM

konkret erscheint in der KVV »konkret« Vertriebsgesellschaft für Druck- und andere Medien GmbH & Co. KG / **Geschäftsführung:** Katrin Gremliza / **Verlagsleitung:** Mira Landwehr / **Büroanschrift:** Ehrenbergstraße 59, 22767 Hamburg, Postfach 50 04 09, 22704 Hamburg, Telefon Redaktion: 040-851 25 30, Telefon Verlag: 040-851 25 31, Telefax: 040-851 25 14 / **E-Mail-Adressen:** redaktion@konkret-magazin.de, verlag@konkret-magazin.de, abo@konkret-magazin.de / **Internet:** www.konkret-magazin.de, http://twitter.com/konkretmagazin, www.facebook.com/konkretmagazin, www.youtube.com/user/konkretmagazin

Herausgeber: Hermann L. Gremliza / **Redaktion:** Wolfgang Schneider (verantwortlich; Politik), Marit Hofmann (Kultur), Fritzi Busch, Philipp Schmidt, Svenna Triebler / **Autorinnen & Autoren dieser Ausgabe:** Lars Brinkmann, Alexandra Colligs, Sonja Eismann, Jonas Engelmann, Leo Fischer, Ingo Flothen, Leon Gerleit, Erich Hackl, Nicolai Hagedorn, Katrin Hildebrand, Christoph Horst, Werner Jung, Pascal Jurt, Martin Jürgens, Ernst Kahl, Jürgen Kiontke, Christopher Kirschner, Felix Klopotek, Tomasz Konicz, Ulrich Kriest, Jörg Kronauer, Tim Lindemann, Sabine Lueken, Tina Manske, Thorsten Mense, Frederik Moche, Christina Mohr, Petra Moser, Peter Nowak, Emily Philippi, Lars Quadfasel, Stefan Ripplinger, Tanja Röckemann, Michael Saager, Thomas Schaefer, Michael Sailer, Michael Schilling, Till Schmidt, Kuku Schrapnell, Georg Seeßlen, Berthold Seliger, Florian Sendtner, Geraldine Spiekermann, Harald Nicolas Stazol, Bastian Tebarth, Oliver Tolmein, Bernhard Torsch / Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte. Texte können per E-Mail geschickt werden.

Gestaltung, Satz & Titel: NIKI·BONG / **Titelfoto:** Picture Alliance/DPA (Montage: **konkret**) / **Kolumnenillustration:** Leo Leowald / **Anzeigen:** Thomas Schulz / Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 30.11.2011 / Telefon: 039925-77 98 01, Telefax: 0399 25-77 98 98, E-Mail-Adresse: anzeigen@konkret-magazin.de / **Bankverbindung:** Postbank Hamburg, IBAN: DE 32 2001 0020 0742 584 209, BIC: PBNKDEFF / **Druck:** westermann druck GmbH, Braunschweig / **Vertrieb:** Moderner Zeitschriften Vertrieb, Ohmstraße 1, 85716 Unterschleißheim, www.mzv.de

Einzelpreis: € 5,90 inklusive 7 Prozent MwSt. / Im Abonnement: € 55,– frei Haus, inklusive 7 Prozent MwSt., für 12 Hefte (Studentenabo: € 45,–) / Ausland mit Normalpost: € 66,65 / Ein Abonnement verlängert sich jeweils um 12 Hefte, wenn es nicht sechs Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt wird. Vorzeitige Erstattung ist nicht möglich. Bestellungen und Bezugsänderungen bitte an den Verlag richten. / **Abonnementverwaltung:** Interabo GmbH, Sabine Ehnert / Postfach 10 32 45, 20022 Hamburg, Telefon: 030-61 10 54 89 28, Telefax: 030-61 10 54 89 30, E-Mail-Adresse: konkret@interabo.de

PRESSE

Wer mehr möchte als nur das Alltägliche, ist beim PRESSE-Fachhandel genau richtig. Hier finden Sie deutlich mehr Bereitschaft zu Leistung und Service. Zum Beispiel die Beschaffung von Spezial-Zeitschriften möglichst innerhalb 24 Stunden, fachkundige Beratung und stets auch **konkret**. *Bundesweit erkennen Sie Ihren PRESSE-Fachhändler am »Blauen Globus«.*

POLITTBÜRO

2.-4., (auch 6.+7.) 10.: „SOLLBRUCHSTELLE" Das neue Solo von und mit LISA POLITT zum 15jährigen Jubiläum vom POLITTBÜRO **5.10.:** SEBASTIAN 23: „Endlich erfolglos" – Solo Slam Show **6.+7.10.:** LISA POLITT: SOLLBRUCHSTELLE" · **9.10.:** MANFRED MAURENBRECHER: „Flüchtig" · **10.+11.10.:** PATRICK SALMEN: „Treffen sich zwei Träume. Beide platzen." · **12.10.:** MASUD: „Fucking Famous" · **13.10.:** FRIEDEMANN WEISE: „Die Welt aus der Sicht von schräg hinten" · **4.10.:** Schwarze Grütze: „Notaufnahme" · **16.10.:** „Schund und Asche – die Chaos-Gala" mit MORITZ NEUMEIER und TILL REINERS. Stargast: LAURIN BUSER · **17.10:** GERHARD HENSCHEL & GERHARD KROMSCHRÖDER: „Wilhelm Busch reloaded · **18.10.:** HELENE BOCKHORST: „Die fabelhafte Welt der Therapie" · **19.10.:** „JÜRGEN KUTTNER erklärt die Welt" · **20.10.:** NICO SEMSROTT: „Freude ist nur ein Mangel an Information 3.0" · **21.10.:** ANDREAS GUNDLACH: „Das Buttermesser – mein Streichinstrument" · **25.10.:** JAN PLEWKA & MARCO SCHMEDTJE: „BETWEEN the BARS" · **26.10.:** FIL: „Triumph des Chillens 2" · **27.10.:** MUTTIS KINDER: „Das epische Pogramm" · **28.10.:** IDIL BAYDAR aka Jilet Ayse: „Ghettolektuell **30.10.:** TILMAN BIRR: „Alles andere später" · **31.10.:** EVA MÜLLER & THORSTEN WAGNER: „Tod auf Leinwand" – Comic und Film

jew. 20 Uhr · Steindamm 45 · 20099 Hamburg
www.polittbuero.de · Tel.: 040 - 280 55 467

Ethik
als praktische Philosophie der Veränderung
von Bodo Gaßmann

Das Moralgesetz verlangt, keinen Menschen bloß als Mittel, sondern immer auch als Selbstzweck zu behandeln. Seine Realisierung verhindert das Kapital, das die ganze Gesellschaft zum bloßen Mittel seiner Akkumulation degradiert, insbesondere die Lohnabhängigen. Wer das moralische Gesetz ablehnt, es sei unbrauchbar, schädigt nicht nur die Menschen, sondern ignoriert, dass es der Maßstab der Gesellschaftskritik und das Ziel einer praktisch notwendigen Veränderung ist. Der Autor begründet diesen Gedanken systematisch.

ISBN 978-3-929245-13-4
(30 €, 2 Bde., 758 S., Paperb., geb.)
buecher@erinnyen.de
www.erinnyen.com

PROZESSKOSTENHILFE

Wer konkret bei der Finanzierung bereits angefallener bzw. noch anfallender Prozesskosten unterstützen will, kann dieses durch Überweisung eines Betrages in beliebiger Höhe auf das Anderkonto bei der Deutschen Bank (IBAN: DE 54 2007 0024 0841 2710 02, BIC/SWIFT: DEDBDEUTHAM) tun. Wir danken allen Unterstützern im voraus.

Hermann L. Gremliza

Die Schläfer

Die Juden sind unser Unglück.« Der das sagte, war ein großer Deutscher, ein Ehrenmann, Historiograph des Kaiserhauses: Professor Heinrich Gotthardt von Treitschke. Sein Urteil, meinte er, entspreche dem »breiten, parteiübergreifenden Empfinden der Zeitgenossen«, die vom »weichlichen« und »philanthropischen« Zeitgeist und der »Tabuisierung« durch die liberale Presse gehindert würden, es offen auszusprechen. Dass die Juden, die über die Deutschen gekommen sind, ihre kulturelle Eigenart gegen das Deutschtum und dessen Werte zu behaupten wagten, anstatt sich lautlos zu integrieren, sei »undankbar« und »frech«.

Horst Seehofer gilt als Mann von Ehre, geschätzt wie einst Treitschke, mit dem er den Hass auf den weichlichen, philanthropischen Zeitgeist ebenso teilt wie die Überzeugung, dass die Juden die Väter aller Probleme … nein: die Migranten unser Unglück … nein: »Die Migration die Mutter aller Probleme« ist. Ob Seehofer den Treitschke bewusst paraphrasiert oder instinkt-tief zum rechten Wort gegriffen hat – wer weiß?

Der Muttertag aller Probleme mit den Wählern und Mitgliedern der CSU (und der anderen Parteien mit ihren) fiel in jenen märchenhaften Sommer, in dem die Katrin Göring ausrief, sie sei »zum ersten Mal uneingeschränkt stolz auf mein Land«. Er kündigte an, dass die Lebenslüge der Deutschen, die man ihnen 1945 nach ihrer ungewollten »Befreiung« zurechtgelegt hatte, schon im nächsten Winter krachend zusammenbräche: dass sie, gestern noch »Hitlers willige Vollstrecker« (Daniel Goldhagen), nun Demokraten seien beziehungsweise neue Menschen.

Im Osten war, nachdem die höheren Dienstgrade des größtmöglichen Verbrechens gegen die Menschheit westwärts gemacht hatten, der Rest zum »Volk« der »Arbeiter und Bauern« geadelt. Dieter Hallervorden, der Bespaßer, im Sketch als Wirt der Kneipe »Zum Hakenkreuz« in »Schweinewalde«: »Wir in der DDR sind ja als junge Pioniere großgeworden, in die FDJ hineingewachsen, von der SED übernommen worden oder haben als Blockflöten die volksdemokratischen Affen gespielt – wir konnten ja gar keine Nazis sein. Das war bei uns ja verboten.«

Der Westen hatte den Volksgenossen und Volksgenossinnen der NSDAP, der SS, der SA, der Gestapo, der Polizei, der Justiz, den Industriellen vom »Freundeskreis Reichsführer SS«, den Verbrechern der Wehrmacht, den Nazi-Paukern, den Hitlerjungen, der NS-Frauenschaft, den BDM-Mädchen, der Deutschen Arbeitsfront, der Legion Condor, dem NS-Kraftfahrerkorps, deren Gesinnung und Erfahrung im Kalten Krieg gegen die Kommunisten gebraucht wurden, ein Sonderangebot gemacht: straffrei zu bleiben, in ihren Ämtern, an ihren Arbeitsplätzen, in ihrem Besitz ungeschmälert, wenn sie sich als Wähler oder gar Mitglieder auf die neu zugelassenen Parteien verteilten.

So wurden über Nacht aus achtzig Prozent Nazis neunzig Prozent Demokraten. Genscher und Scheel (beide NSDAP) gingen zur FDP, Kiesinger (NSDAP und Ribbentrop) zur CDU wie Carstens (SA), der NS-Führungsoffizier Strauß zur CSU, Wehrmachtshauptmann Helmut Schmidt und SA-Mann Karl Schiller zur SPD.

Die Bilanz solcher Angebotswirtschaft war, dass die Nazis, die sich jetzt Demokraten nannten, den gesamten Staatsapparat im Griff behielten: 1950 stammten 137 Mitarbeiter des höheren Dienstes im Auswärtigen Amt aus der NSDAP, das waren 42,3 Prozent. Bis 1954 stieg ihre Anzahl auf 325 Personen, von den 75 Ministerialdirektoren, Ministerialdirigenten und Referatsleitern waren es 49. Bevor sie, hochgeehrt, in Pension gingen, kooptierten sie ihre Nachfolger, schulten sie, schufen sie nach ihrem Ebenbild. Ihr Ungeist blieb so ungebrochen wie ihre Frechheit.

Als 2004 Minister Fischer dem Wahn verfiel, er könne die Ehrung eines SS-Untersturmführers aus dem von Himmler gegründeten, von Heydrich geleiteten Reichssicherheitshauptamt, der später Botschafter bei der Nato war, im Amtsblättchen verhindern, zeigte das Amt dem Grünen, was er noch zu lernen hatte: Die Trauerrede in der Bonner Kreuzkirche hielt ein alter Parteigenosse des verstorbenen SS-Mannes: Hans-Dietrich Genscher.

Springers »Welt« stufte eine Studie über die »Belastung« des Ministeriums zu »Joschka Fischers Rache am Auswärtigen Amt« herab – in der ruhigen Gewissheit, dass keine Kommission je Zugang zu den Unterlagen über die deutschen Schriftleiter haben würde, die nach 1945 das besagte Angebot angenommen haben. Nur einen zu nennen: Paul Karl Schmidt, Nazi seit 1931, Träger des »Winkels für alte Kämpfer«, hochrangiges Mitglied der SS, Vertrauter des in Nürnberg als Kriegsverbrecher gehenkten Reichsaußenministers Joachim von Ribbentrop, wurde unter dem Namen Paul Carell Staraotor und einer der engsten Berater des Verlegers Axel Springer.

Wie im Auswärtigen Amt so im Bundesministerium des Innern: Zwischen 1949 und 1970 kamen 54 Prozent aller Mitarbeiter ab Referatsleiterebene von der NSDAP, jeder vierte von der SA. Auch sie suchten gleichgesinnte Nachfolger aus und schulten sie im Geist der Väter und Großväter.

Exemplarisch für die Kontinuität des Personals ist der Fall des nordrhein-westfälischen Innenministers Herbert Reul von der CDU, der ein Gericht, das die Abschiebung eines Tunesiers nicht genehmigen wollte, so zurechtwies: »Die Unabhängigkeit von Gerichten ist ein hohes Gut. Aber Richter sollten immer auch im Blick haben, dass ihre Entscheidungen dem Rechtsempfinden der Bevölkerung entsprechen.« Das ist wahrhaft alte Schule, in der 1935 gelehrt worden war: »Im Mittelpunkt des nationalsozialistischen Strafrechts steht … das freie richterliche Ermessen und das gesunde Volksempfinden. Dieses wird höher bewertet als das formale Recht.« Gut gelernt, Reul.

Graue Eminenz bei der ersten friedlichen deutschen Ermächtigung der Nazis um 1950 ff. war der frühere Kommentator des Gesetzes »zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre«, Hans Globke, Staatssekretär im Kanzleramt, Vertrauter von Adenauer. Eine Studie, was er, viele Nazis und ihre Brut dort trieben und treiben, ist nicht in Auftrag gegeben. Die Kanzlerin lässt keine Forscher an die Akten, aus gutem Grund: Täte sie's – Merkel wäre weg.

Letzte Meldung dazu: Der frühere Hamburger Innensenator und Chef des Landesamts für Verfassungsschutz, Heino Vahldiek von der CDU, ist Mitglied einer Facebook-Gruppe mit dem NS-Schlachtruf »Merkel muss weg!«. Passt.

Zwar hatten die Alliierten einst bestimmt, dass ehemalige Angehörige der Gestapo, der SS und des Reichssicherheitshauptamts nicht fest beim Verfassungsschutz angestellt werden durften, so dass sie bis zum Ende der Aufsicht 1955 als freie Mitarbeiter oder in Tarnfirmen beschäftigt werden mussten. Erst danach wurden sie aber fast

alle eingestellt – von Chefs wie dem Präsidenten der Jahre 1955 bis 1972, Hubert Schrübbers (NSDAP).

Eine 2009 bestellte Kommission, die diese Vergangenheit aufklären sollte, fand einen »durch vielerlei Umstände stark reduzierten Quellenbestand«. Die Akten waren, wie im Fall des NSU, geschreddert. Nur bei 13 Prozent der Verfassungsschützer sei noch ein NS-Hintergrund nachweisbar. Die restlichen 87 Prozent sind unterm Rasen oder, weil unterm Schlapphut, nicht zu identifizieren. 2003 wies das Bundesverfassungsgericht den Antrag auf ein Verbot der NPD ab, »weil V-Leute des Verfassungsschutzes auch in der Führungsebene der Partei tätig waren«. Nicht entscheiden konnte sich das Gericht, ob die Nazi-Partei eine Außenstelle des Verfassungsschutzes sei oder der Verfassungsschutz ein Nest der NPD.

Das Bundeskriminalamt (BKA), das bis 1959 sein Führungspersonal zu zwei Dritteln aus ehemaligen SS-Mitgliedern, zu drei Vierteln aus ehemaligen NSDAP-Mitgliedern rekrutiert hatte, zählt in seiner Statistik »nur« 75 Menschen, die in Deutschland seit 1990 durch »rechte Gewalt« zu Tode gekommen seien. Die Amadeu Antonio Stiftung zählt 178 Tote. Die Differenz erklärt der Fall eines Rentners, der einem Nazi, der über ihm wohnte, gedroht hatte, ihn für den Fall, dass er weiterhin das Horst-Wessel-Lied unüberhörbar durch den Plattenbau in Halberstadt dröhnen lasse, bei der Polizei anzuzeigen, woraufhin der Nazi den Rentner Helmut Sackers mit vier Messerstichen ermordete. In der Statistik des BKA über Opfer rechter Gewalt kommt der Fall nicht vor. Vermutlich wurde der Mord in der Kategorie »Musikalische Zwischenfälle« abgelegt. Was als »rechte Gewalt« gilt, gemeldet und erfasst wird, entscheidet die Polizei vor Ort, und das sind in Sachsen-Anhalt und nicht nur dort zumeist Nazis in Uniformen, auf denen »Polizei« steht.

In all diesen Institutionen und Organisationen hatten sie sich eingenistet, Schläfer in dem Sinn des Wortes, das die Geheimdienste für Perspektivagenten geprägt haben. Ein-, zweimal im Jahr erwachte der eine oder andere, räkelte sich, furzte ein feuchtes »Heil Hitler« ins Plumeau, drehte sich um und schnarchte weiter. Der Skandal, wenn wieder so ein Abgeordneter der CSU so was gesagt hatte wie 1987 der Hermann Fellner: »Die Juden melden sich schnell zu Wort, wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld klimpert«, hielt sich grade mal ein paar Tage.

Dann schlief er wieder, der ewige Nazi, bis er die Zeit gekommen fühlte, da er sich »unser Volk und unser Land«, das ihm 1945 geraubt worden war, »zurückholen« würde. Ein brauner Mob, noch flüchtig kostümiert als »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«, von den Medien und ihrem politischen Anhang als ihre Leser- und Wählerschaft identifiziert und mit schamloser Penetranz zu »besorgten Bürgerinnen und Bürgern mit ihren Ängsten und Nöten« umgelogen, rüttelte ihn aus dem Schlaf. Länger schon blühten, wuchsen und gediehen rundum in der westlichen Welt reinrassisch völkische, faschistische, nazistische Parteien und Führer, in den USA, in Ungarn, Österreich, Frankreich, in Italien, den Niederlanden, der Schweiz, Großbritannien, welche die Furcht der Schläfer in der deutschen Exportindustrie vor dem Verlust des »Ansehens im Ausland« verfliegen ließen. Als Joe Kaeser von Siemens nach einem Auftritt der Nazisse Alice Weidel gegen »Kopftuchmädchen« und »Messermänner« die Chefs anderer großer Unternehmen bat, sich seinem Protest anzuschließen, wollte keiner mitmachen. Der Chef eines Autokonzerns antwortete, dass dann »womöglich 19 Prozent meine Autos nicht mehr kaufen«. Ein Sympath, vermutlich mehr: ein Sympathisant.

Ein Letztes, wovor die Deutschen, da eine Fraktion von Nazis im Bundestag die Opposition anführt, sich immer noch fürchten, ist: ihr Kind beim Namen zu nennen, auszusprechen, was es bedeutet, wenn Gauland verlangt, die völkermordende Wehrmacht zu ehren und die Vernichtung von sechs Millionen Juden, einer Million »Zigeuner«, zwanzig Millionen »slawischer Untermenschen« unter »Vogelschiss in der tausendjährigen deutschen Geschichte« abzulegen. Die Nazis Nazis zu nennen, verriete zuviel über die Millionen, die da mitlaufen, und die gar nicht so sehr andern, die das ertragen. Und komme mir keiner mit den fünfzig- oder sechzigtausend Mutigen, die den mühsamen Weg nach Chemnitz nur auf sich nehmen, wenn ihre liebsten Musikkapellen sie dafür mit einem Gratiskonzert entschädigen.

Dass der »Präsident« einer Bundesbehörde wie dieser Maaßen, der dem Gauland ein demokratisches Führungs- beziehungsweise Führerzeugnis ausstellt, ihn mehrfach trifft, ihn berät, wie er sich vor der Verfassung schützen könne, ihm »Vertraulichkeit« verspricht; der eine Tat, welche die Staatsanwaltschaft wegen »Verdacht auf gemeinschaftlichen Totschlag« verfolgt, das Recht verhöhnend öffentlich als »Mord« verurteilt; der das Video einer Verfolgung von Ausländern in dem größten Drecksblatt, bewusst in dessen Sinn lügend, als Fälschung bezeichnet, dass dieser Schutzengel der Nazis nicht entlassen, sondern nach einer ihm zu Ehren veranstalteten Regierungskrise zum Staatssekretär befördert wird; dass sein Chef, der Bundesinnenminister ihm wochenlang sein »ungebrochenes Vertrauen« versichert, was aber zurecht keinen wundert, der den Seehofer erlebt hat, wenn er Sachen sagt wie: »Ich bin froh über jeden, der bei uns in Deutschland straftätig – ehem – straffällig wird und aus dem Ausland stammt. Auch die müssen das Land verlassen«, wobei der Sinn ist: Hoffentlich werden alle kriminell, dann kann ich alle rausschmeißen, ich, der Minister für den Schutz der Heimat vor der Verfassung … dass das alles geht, dass niemand laut und deutlich dazwischenruft: Es reicht! Nazis raus!, weil alle Angst haben, es sich mit ihrem Wir-sind-das-Volk-Volk zu verderben – das ist die finale Antwort auf das dumme Wort der Antje Vollmer, sie und ihre Achtundsechziger hätten »diese Gesellschaft gründlich zivilisiert«.

Noch hat keiner addiert, wie viele Milliarden in Medien, Parteien, Bundeszentralen, Schulen umgesetzt wurden, den Deutschen beizubringen, was man tun und sagen müsse, die sogenannten Lehren aus der Geschichte zu beherzigen und als Demokrat zu erscheinen. Mehr als ein paar Rituale sind nicht dabei herausgekommen, aber das ist kein Wunder: Die Lehre, die jeder aus der Geschichte seiner Erblasser ziehen konnte, war doch eindeutig: Nazi gewesen zu sein hatte keinem geschadet.

Die letzten Liberalen aber spielen Blindekuh, wie der Heribert Prantl von der »Süddeutschen«: »Offenbar haben sich in Chemnitz unter der erhobenen Hand des Hitlergrußes AfD und Ultrarechte verbrüdert.« Nazis sollen sich mit Nazis verbrüdert haben? Unerhört!

Und die Wissenschaft? Eine »Interdisziplinäre Veranstaltung des Exzellenzclusters und des Zentrums für interdisziplinäre Forschung in Bielefeld« bespricht (in jedem Sinn) die Mutter aller unserer Probleme: »Erst wenn Forscher und Politikberater die normativen Annahmen ihrer migrationspolitischen Ausrichtung moralphilosophisch begründen können und dies in die Politik einbringen, werden sich politische Missverständnisse und Lagerbildungen vermeiden lassen.« Und dann holen wir die Nazis aus den Lagern und wählen Frau Weidel zur Miss Verständnis.

Und die »Hoffnungsträger«? Der neue schwarzgrüne Ministerpräsident von Schleswig-Holstein warnt: »Eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz würde dazu führen, dass die AfD in eine Märtyrerrolle fällt.« Man kennt das von den Kommunisten, deren Ausspähung durch den Verfassungsschutz die KPD von 5,7 Prozent (1949) auf 1,0 Prozent (1957) katapultierte und die DKP von 0,3 (1972) auf 0,0 (2009). Er ist gewiss nicht das hellste Licht am Baum, aber das dürfte sogar der Daniel Günther wissen. Warum also lügt er sich diese Geschichte, für die es in der wirklichen keinen einzigen Anhalt gibt, zusammen? Ich weiß es, ich kenne meine Papenheimer.*

PS: Gäbe es einen Gott, so gebe Gott, er schickte den Vater der Mutter aller Probleme zum Teufel, der ihn, die in Angst durchwachten Nächte zu sühnen, die er dunkelhäutigen Menschen mit seiner Hetze bereitet hat, ins Pissoir der Hölle stopfte, per omnia saecula saeculorum. Amen.

---

* Papen, Franz von, Mitglied der katholischen Zentrumspartei, half Hitler als Vizekanzler bei der Machtübernahme.

»Ich habe Solidarität im Schützengraben gelernt.« Helmut Schmidt, Ikone nationaler Sozis

Anzeige (1)

Forscher vom Zentralinstitut für Seelische Gesundheit in Mannheim und der Universität Heidelberg haben ermittelt, dass zwischen 1946 und 2014 mindestens 3.677 Minderjährige Opfer sexueller Übergriffe durch mindestens 1.429 Diözesanpriester, 159 Ordensmänner und 24 Diakone geworden sind. Die Zahlen gäben, meldet der »Spiegel«, »allenfalls eine Idee« vom Ausmaß der Übergriffe, denn die Autoren hatten »keinen Zugriff auf Originalakten«, in mindestens zwei Bistümern seien Akten manipuliert und vernichtet worden. Von einer vollständigen Erfassung der Unterlagen in allen 27 Diözesen könne also »keine Rede sein«.

Anzeige (2)

»Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine Vereinigung gründet oder sich an einer Vereinigung als Mitglied beteiligt, deren Zweck oder Tätigkeit auf die Begehung von Straftaten gerichtet ist … Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter zu den Rädelsführern oder Hintermännern der Vereinigung gehört« (Paragraf 129 Strafgesetzbuch). Der hier gesuchte Rädelsführer nennt sich »Stellvertreter Gottes«, Hintermänner sind seine Hintermänner.

Mein Bampf

Im Jahr 2017 hat das »Bundesamt für (richtig: gegen) Migration und Flüchtlinge« Unterlagen von 7.096 »nachrichtendienstlich relevanten Personen« an den Verfassungsschutz und den Bundesnachrichtendienst weitergegeben. Beide Geheimdienste zusammen haben daraufhin seit 2015 drei (in Zahlen: 3) der denunzierten Asylantragsteller »kontaktiert«.

Rule, Britannia!

In Myanmar wurden zwei Journalisten der Agentur Reuters wegen Verrats von Staatsgeheimnissen zu sieben Jahren Haft verurteilt – nach einem Gesetz aus der Zeit, als das Land Birma hieß und Teil des britischen Empire war, einem Gesetz also, das als Ausdruck der kulturellen Werte gelten darf, mit denen die erste Demokratie des Abendlands die Wilden der Welt beglückte. Wer wollte sich da über das Urteil beschweren? Die Enkel der kolonialen Sklaventreiber? Und bei wem? Bei ihren Vätern und Großvätern? Die heilige Aung San Sun Kyi, Trägerin des Friedensnobelpreises, der jetzt in Myanmar regiert, sagte, das Urteil habe nichts mit Meinungsfreiheit und der Arbeit der Journalisten zu tun.

Wurzelbehandlung

Thomas Zahn, VW-Deutschland-Vertriebschef, der aber nichts tut, Deutschland zu vertreiben, nennt das kleinere SUV seiner Firma einen »Stadtgeländewagen« – ganz in der Tradition der Vorgänger aller SUV, der VW-Kübelwagen der Wehrmacht, die als Stadtgeländewagen das schwierige Terrain vor den Douglas-Filialen von Minsk, Smolensk und Stalingrad durchpflügt hatten.

Tritt-in den Hintern

Die Präsidenten Chirac, Sarkozy und Hollande hatten den beliebten Umweltaktivisten Nicolas Hulot umworben, in ihre Regierung einzutreten, doch erst bei Macron, dem albernsten der neoliberalen Schaumschläger, war er schwach geworden. Nicht schwach genug freilich, denn nach gut einem Jahr legte Hulot sein Amt nieder. Und nannte auch noch den wahren Grund: »Je ne veux plus me mentir« – Ich will mich nicht länger anlügen. Lieber hätten die Töpfers, Trittins und Künasts, bestellt und bezahlt, bei der Verarschung ihrer Klientel Schmiere zu stehen, sich entleibt, als ihre Innung so zu blamieren. Auch der »Frankfurter Allgemeinen« war es zu peinlich. Ihr Christian Schubert, »Wirtschaftskorrespondent« in Paris, übersetzte Hulots Wort in die Sprache, die einem Wirtschaftskorrespondenten und seiner Zeitung ziemt: »Ich will nicht länger lügen.« Hulots Pointe, *killed by unfriendly fire*. Wenn noch mal jemand fragen sollte, wozu es Medien gibt: dazu.

Abgeklärte Dialektik

Viele werden, wenn überhaupt, erst durch die Ankündigung des Verlags der »Frankfurter Allgemeinen«, er werde die »Frankfurter Rundschau« verkaufen, erfahren haben, dass beide, das Zentralorgan der deutschen Bourgeoisie *und* der sentimentale Restposten des weinerlichen Kleinbürgertums, aus *einer* Hand stammten, ein und demselben Interesse dienten. Was sich das Stammblatt vom Mit- und Gegeneinander mit der »FR« und ihrer Chefredakteurin Bascha Mika, ehemaliger Chefredakteurin der Berliner »Tageszeitung«, versprochen hatte, wäre einen Essay wert, der weit über die Erkenntnisse der Frankfurter Schule zur Bewusstseinsindustrie hinausführte.

Zwischenruf

Was käme wohl heraus, wenn Historiker Bilanz zögen, wer in den letzten 150 Jahren in Kaisers, Weimars, Hitlers und dem ihm folgenden Deutschland mehr Menschenglück zerstört hat: Mörder, Räuber, Diebe, Betrüger, Gewalttäter oder Richter, Staatsanwälte, Polizisten, Soldaten? Zum Glück der Richter, Staatsanwälte, Polizisten, Soldaten und anderer guter Deutscher ist dafür gesorgt, dass es Historiker, die das wissen wollen, nicht gibt.

Sorry

Der frühere »Eurogruppenchef« Jeroen Dijsselbloem, zu Zeiten der Germanisierung Griechenlands Laufbursche des damaligen deutschen Finanzministers und Europa-Chefs Wolfgang Schäuble, hat sich verplaudert. Gefragt nach seiner Verantwortung für die dauerhafte Verarmung Griechenlands durch die sogenannte »Rettung«, stotterte er: »Bei den Reformen haben wir sehr viel verlangt von der griechischen Bevölkerung, zu viel.« 2015, vor der »Rettung«, lag Griechenlands Staatsverschuldung bei 315 Milliarden Euro, heute sind es 350 Milliarden, trotz der »Privatisierung« des halben Staatseigentums, das heißt: seiner Übereignung an die Deutschen, die den Verkauf der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft DEI, der Wassergesellschaften von Thessaloniki und Athen, der Metrobetriebe von Athen und des Fahrzeugherstellers Elvo verlangt hatten. Selbstverständlich gingen die 14 wegen Tourismus hochprofitablen Regionalflughäfen, das größte Schnäppchen, an die deutsche Fraport. Da kann sich der Hehler schon mal ein bisschen verplappern.

Tatort Standort

Im ökologischen Musterland zwischen Wolfsburg und Ingolstadt haben die Autofahrer 2017 etwa 5,5 Milliarden Euro, das waren 42 Prozent, mehr für Benzin und Diesel gebraucht als von den Herstellern ihrer Karossen angegeben. In der EU haben die geschönten Angaben Fahrer gezwungen, die Luft für 149,6 Milliarden Euro mehr mit 264 Millionen Tonnen Kohlendioxid extra zu verpesten.

Zinsknechtschaft

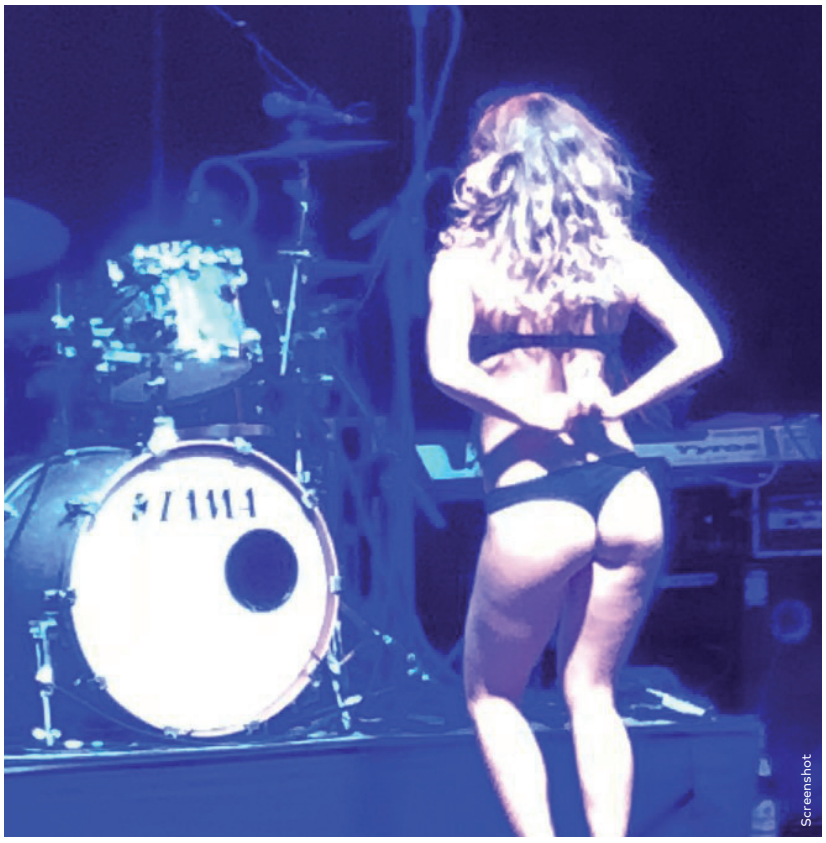
In Thüringen gibt es den Gauleiter Höcke, die »Thüringer Allgemeine« und den »Yiddish Summer Weimar«. Schuld, dass der »aus der Taufe gehoben« wurde (die es auf Jiddisch

Herrengedeck

Warum, fragte einer der dümmsten Ostfriesenwitze vor fünfzig Jahren, werden auf ostfriesischen Hochzeiten stets Mistwagen mitgeführt? Weil die Fliegen dann wenigstens an diesem Tag von der Braut bleiben. Von Ostfriesland nach Hamburg ist es nicht weit, und was sind schon fünfzig Jahre? Also dachte sich der Senat was aus, damit beim Hamburger »Senatsfest« in Berlin nicht wieder wie im Vorjahr einer seiner ausgesuchten Herren Gäste der Zweiten Bürgermeisterin an die Wäsche ginge.

Zur Ablenkung bestellte die rotgrüne Stadtregierung »The Sinderellas«, eine »Erotik-Tanzgruppe«, die von sich sagt, dass sie »umspielt vom exklusiven Duft des Unnahbaren und Sündhaften den Zuschauer in eine geheimnisvolle Welt entführt, die sowohl den Revue-Fan als auch den Freund des urbanen Nachtlebens fesseln wird«. Das gefiel, wie es anschließend hieß, »einigen der rund 4.000 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Medien prächtig. Viele Herren zückten ihre Handys und filmten die nackten Frauen.«

Bei anderen allerdings hätten »die Striptease-Einlagen« nicht so sehr für Erektion als »für Stirnrunzeln« gesorgt. Die Sprecherin der CDU erklärte: »Meinen Geschmack trifft es nicht« und ließ den Sprecher der FDP ganz allein von »künstlerischen Darbietungen« und »Gewinn für den Abend« wichsen. Die Braut, Zweite Bürgermeisterin der Hansestadt, hatte sich den Herren Senatsgästen nicht noch einmal ausgesetzt, sondern den Mistwagen allein fahren lassen.



»Umspielt vom exklusiven Duft des Unnahbaren«: Rotgrüne Stadtregierung, Rückansicht

nicht gibt), sei, sagt die »Allgemeine«, das Europäische Kulturstadtjahr 1999 gewesen. Und der Mammon: »Flüssige Geldmittel und ehrenwerte Ambitionen gingen damals etwas euphorisch Hand in Hand.« Doch, sagt die »Allgemeine«, »künstlich muss man nichts, aber auch gar nichts am Leben erhalten«, und wenn der Festival-Macher Alan Bern den Yiddish Summer »nicht in seinem großen, reichen Herkunftsland USA ansiedelt, sondern im kleinen Deutschland, dann doch wohl aus zweierlei Gründen«. Einmal dürfen Sie raten: »Weil alle Welt glaubt, dass wir Deutschen immer noch humanitäre Schulden aus dem Zweiten Weltkrieg zu begleichen hätten; zum zweiten, weil hier das Geld für allseits begründbare Projekte noch sehr lokker fließt.« Zur Eröffnung des Fests hatte der israelische Jugendchor Kadya gesungen – »ein Konzert«, schrieb die »Allgemeine«, »das in künstlerischer Hinsicht jede Menge Luft nach oben lässt«. Luft oder Rauch?

Es geht voran

»Ein kleiner Schritt für einen Menschen, aber ein großer Sprung für die Menschheit«, rief Neil Armstrong, der erste Mann im Mond. Von der Landung des Andreas Scheuer im Bundesministerium für Verkehr gilt das Gegenteil: ein eher kleiner Schritt für die Menschheit, ein großer Sprung für einen All-Goi, der jetzt, statt Flüchtlinge in die Flucht zu jagen, so revolutionäre Taten vollbringen darf wie eine »Verordnung, die das erstmalige Anmelden und das Ummelden von Fahrzeugen im Internet erlaubt«. Wofür die Medien fünfspaltiges Lob mit vierspaltigem Starfoto spendieren. Und morgen fliegt der Andi zum Mars.

Blockwartezeit (1)

Anfang September gelang es Polizei und Staatsanwaltschaft, das zum »Jobcenter« beförderte Arbeitsamt in Duisburg abzusperren und Arbeitslose abzufangen, »deren Fahrzeuge mit dem Bezug von Sozialleistungen nicht in Einklang zu bringen waren«. Die mutigen Beamten konnten trotz ihrer beklagenswerten Überlastung sieben »hochwertige Autos sicherstellen«, die Staatsanwälte dürfen jetzt prüfen, »ob die Fahrer zu Unrecht Sozialleistungen erhalten« und deshalb vor die überlasteten Gerichte gestellt werden müssen.

Blockwartezeit (2)

Damit Olaf, Genosse Minister der Bundesfinanzen, am 10. September mit der fünfspaltigen Schlagzeile »Scholz sagt Schwarzarbeit den Kampf an« vor die letzten seiner Wähler treten konnte, hat er die Einstellung von weiteren 3.000 Schnüfflern bei der »Spezialeinheit« des Zolls verfügt. Nicht gemeldet wurde, dass sie prüfen sollen, ob Scholz neben seiner aufopferungsvollen Tätigkeit für die »Deutschland GmbH & Co. KG auf Aktien« nebenher noch schwarz für die Deutsche Industrie- und Handelskammer arbeitet.

Künstlerpech

Ein Gros Betriebsnudeln, die sich etwas kühn Künstler nennen und nennen lassen, hat in einem Brief an den »Guardian«, das Lieblingsblatt progressiver Antisemiten, dazu aufgerufen, Israel die Ausrichtung des European Song Contest – Sie wissen schon: dieses CSD für Klemmtrinen – zu entziehen und »ihn in ein anderes Land mit einer besseren Menschenrechtsbilanz zu verlegen«. Zu den rund 140 Unterzeichnern, Aktivisten und Unterstützer/innen der Anti-Israel-Kampagne BDS gehören ein Roger Waters von der Kapelle Pink Floyd, der Musiker Eno, die Filmemacher Loach, Leigh und Kaurismäki und der Schlagersänger Lotti. Wie kann der Autor dieser Seiten darauf antworten? Am besten mit einem Boykott der Boykotteure? Das sagt sich so dahin, wo er nie eine Platte von Pink Floyd oder Eno oder Lotti erworben, keins ihrer Konzerte besucht, keinen Film von Loach, Leigh oder Kaurismäki gesehen hat noch je sehen wollte. **Michael Schilling**

Picture Alliance/ZB

Stammesrituale

Bürgertum und Neonazis proben in Sachsen die völkische Revolution. Von Thorsten Mense

Das Sommermärchen ist vorbei. Statt der noch Anfang Juni erhofften Bilder vom weltoffenen Völkchen im party-patriotischen Rausch, die der WM-Sieg der deutschen Fußballmannschaft liefern sollte, wurde Ende August ein ganz anderes Bild des Deutschen international wieder sichtbar. Sein hässlichstes Gesicht, seit einem Jahrhundert weltweit bekannt, kam zum Vorschein, abermals in Sachsen, in tausendfacher Ausprägung auf den Straßen von Chemnitz. Da waren sie wieder, die »mutigen, fröhlichen Menschen, die zupakken«, auf die sich Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) in seiner Regierungserklärung 2017 so stolz bezogen hatte: Hooligans und Neonazis, Wohlstandsfaschisten und »besorgte Bürger«, die neue und die alte Rechte, endlich marschierten sie vereint. Die verbale Hetze der einen, seit Jahren betrieben, von großen Teilen der Medien und der Politik reproduziert, konnten die anderen vor Ort in die brutale Tat umsetzen, um sich im Anschluss beim »Trauermarsch« gegenseitig an die Hand zu nehmen. Polizei und Regierung des Freistaates waren nicht willens – keineswegs bloß unfähig –, dem Mob Einhalt zu gebieten. Statt dessen schafften sie günstige Voraussetzungen dafür, dass den »Ängsten und Sorgen der Bevölkerung bei der Migrationsfrage« (Innenminister Horst Seehofer, CSU, gegenüber »Bild am Sonntag«) Ausdruck verliehen werden konnte, ohne dass gleich jemand totgeschlagen wurde.

Déjà-vu: Trauermarsch besorgter Bürger zur Beerdigung eines SA-»Kämpfers für die Bewegung«, Chemnitz, 1931

Dietmar Dath hatte im Februar 2016, nachdem ein – damals sehr viel kleinerer – rassistischer Haufen im sächsischen Clausnitz einen Bus mit Geflüchteten blockiert hatte, geschrieben: »Man beobachtet also den Polizisten vor dem Mob und fragt sich, auf welcher von drei möglichen Alarmstufen man sich befindet: der niedrigsten, wo der Staat gegen die Stämme noch handlungsfähig ist, der zweiten, auf der er sie ihren Zank unter sich ausmachen lässt, oder der schlimmsten, auf der er Partei ergreift und das Bündnis von Mob und Elite baut, das die Geschichtsschreibung ›Faschismus‹ nennt?« Sachsen liegt mittlerweile irgendwo zwischen der zweiten und der dritten Stufe. Das »Versagen« der Polizei war spätestens nach den ersten Ausschreitungen keines mehr, sondern Strategie. Ob man sich, wie es die sächsische Union bereits seit Jahren macht, dem rassistischen Milieu anbiedern wollte und daher so zaghaft dagegen vorging oder ob so mancher auf wichtigem Posten ebenfalls der Meinung war, den »Messerstechern« müsse mal gezeigt werden, wem die Stadt gehöre – man wird es wohl nie erfahren.

Vielleicht rebellierten bereits Teile des sächsischen Polizeiapparats und weigerten sich schlicht, ihre Hundertschaften zur Verfügung zu stellen. Wichtiger ist es, zu erkennen, dass der Ministerpräsident auf der Pressekonferenz nach den Nazi-Aufmärschen tatsächlich die Wahrheit sprach, als er sagte: »Der sächsische Staat ist handlungsfähig. Und er handelt.« Entscheidend ist, in wessen Sinne. Der Staat und seine Institutionen sind nur ein Abbild des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, und wie dieses in Sachsen aussieht, ist in der Vergangenheit oft genug, gerade auch von der Polizei, demonstriert worden. Im vergangenen Herbst etwa, als eine kleine antifaschistische Demonstration in Wurzen von einem mit Maschinengewehren bewaffneten SEK begleitet wurde. Einer der Beamten hatte sich zu diesem Anlass gar einen neonazistischen Aufnäher mit einem von Odins Raben auf seine Uniform gestickt.

Die Skandalisierung des Nichtverhaltens der Polizei in Chemnitz verkennt jene sächsischen Verhältnisse und, dass Polizisten nur ein Ausdruck von ihnen sind, ein verschärfter zudem, da bei ihnen schon qua Beruf der autoritäre Charakter noch stärker ausgeprägt ist als beim Durchschnittsbürger. Angesichts des völkisch-rassistischen Konsenses, der in Sachsen bis weit in die politische Mitte reicht, ist davon auszugehen, dass weitaus mehr LKA-Beamte als nur der Pöbelmacker Maik G. in ihren Schränken Schland-Fischerhüte liegen haben und dass auch die neonazistische Symbolik im Survivor-Räumpanzer der sächsischen Polizei kein Ausrutscher war, sondern bloß ein Test, wie weit man bereits gehen kann.

Der Rechtsstaat und seine Vollstrecker bieten eben keinen automatischen Schutz vor Unrecht, sondern definieren bloß, was darunterfällt. Die Diskussion darüber, ob es in Ordnung ist, Menschen in Seenot ertrinken zu lassen, veranschaulicht die Relativität von Grundrechten derzeit auf besonders eindrucksvolle Weise. Der heutige Ministerpräsident Kretschmer hatte dies schon vor drei Jahren betont: »Was gestern als Unverschämtheit galt, ist heute Gesetz«, verkündete er damals stolz mit Blick auf die besonders repressiven migrationspolitischen Vorstöße der sächsischen Union. In seiner Regierungserklärung zu den Chemnitz Riots bekräftigte er erneut die Notwendigkeit von Grenzschutz, schnellen Abschiebungen und weiteren sicheren Drittstaaten und nutzte so nachträglich den Mob, den es seiner Ansicht nach ebensowenig gab wie Hetzjagden, um seiner politischen Agenda Legitimation zu verschaffen und den Druck auf die Kanzlerin zu erhöhen. Seine danach im Landtag formulierte Forderung an die Bundespolitik, auf aktuelle Entwicklungen einzugehen und Gesetze »Volkes Meinung« anzupassen, ist eine offene Drohung, den rassistischen Volkszorn zur Staatsräson machen zu wollen.

Die rassistischen Zusammenrottungen, so antibürgerlich sie erscheinen mögen, sind in ihrem Ausmaß nicht zu verstehen, ohne das sächsische Bürgertum in den Blick zu nehmen. Und zwar nicht nur die Hut- und Wutbürger, die sich zwar als Teil der demokratischen Mitte sehen, aber bereits jegliche Berührungsängste mit ihren militanten Kameraden verloren haben. Ein besonders schönes Exemplar – aufgrund seiner Beliebtheit und medialen Präsenz durchaus stellvertretend zu nennen – ist Uwe Steimle. Steimle ist selbsternannter Kabarettist, Heimatforscher für den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) mit eigenem Sendeplatz und einer halben Million Zuschauern, Vorbildsachse und damit zugleich eine Karikatur seiner selbst. Er spricht von den Sachsen stets nur als »Volksstamm« und bezeichnete sie im Juli in einem Interview mit der rechten Postille »Junge Freiheit« als »vielleicht die letzten Deutschen überhaupt, denn wir haben uns nie vorschreiben lassen, wie wir zu denken haben. Wir waren schon immer freie Geister. Und vielleicht schieben sie uns ja deshalb gerne in eine bestimmte Ecke, weil sie fürchten, wir könnten wieder loslaufen. Diesmal gleich bis Berlin. Zeit wäre es.« Steimle macht nach eigener Aussage sein Kreuz bei der Linkspartei. Es ist jene spektrenübergreifende sächsische kollektive Identität, begleitet vom stumpf-stolzen »Wir sind wieder wer«-Gehabe, die das autochthone Bürgertum mit dem neonazistischen Mob verbindet. Der Sachse als ewiges Opfer ist die Legitimation der Täter. Um den Opfermythos ausleben zu können, wird schon mal ein dunkelhäutiger Deutschkubaner, sonst selbst Zielscheibe des Ressentiments, eingevolkt.

Die aktuellen Forderungen an die sächsische Union, sich nun endlich des Rechtsextremismus anzunehmen, verkennen, dass sie das bereits seit Jahren tut, mit Gesprächsrunden und Integrationsangeboten. »Die CDU ist eine Partei, neben der es rechts nichts Demokratisches geben darf. Wir müssen alle integrieren«, hatte Kretschmer schon 2015 als Linie ausgegeben und die parteipolitische Agenda in Anpassung an die sächsischen Verhältnisse immer weiter nach rechts verschoben. Dies hat aber nicht zu einer Reintegration des rassistischen Milieus in die demokratische Zivilgesellschaft geführt, sondern die Zivilgesellschaft entdemokratisiert und eine rechte Hegemonie geschaffen. Es ist die selbsternannte Mitte, die hier ihrem Hass auf Migranten und die »Lügenpresse« freien Lauf lässt und nicht verstehen kann, warum sie deswegen in die rechte Ecke gestellt wird.

Und so ist es auch diesmal kein Zufall, dass Chemnitz in Sachsen liegt. Das NSU-Kerntrio konnte sich dort so frei bewegen, dass man gar nicht merkte, dass sie bereits in den Untergrund gegangen waren, wie ein Zeuge im Prozess in München aussagte. In einer Stadt, in der das Klinikum Anfang des Jahres seine Hauspostille zurückziehen musste, weil bekanntgeworden war, dass im Kreuzworträtsel auf die Frage: »Mensch mit schwarzer Hautfarbe« nach einem Wort mit fünf Buchstaben gesucht wurde, ist es eben schwer, als Neonazi aufzufallen.

Zugleich hat die CDU im Namen der Extremismusdoktrin all den demokratischen und antifaschistischen Kräften das Leben schwergemacht, die sich der völkischen Normalisierung entgegenstellen. Statt den braunen Sumpf auszutrocknen, wie es Kretschmer nach den rassistischen Pogromen in Heidenau und Freital gefordert hatte, steht die CDU selbst knietief darin und kann bloß noch zuschauen, wie sich die sächsischen Verhältnisse fortwährend radikalisieren. Man kann förmlich die Verzweiflung des Ministerpräsidenten spüren, wenn er nach jedem neuen kollektiven rassistischen Ausbruch vor den Kameras steht und an den Anstand seiner Landsleute appelliert. Argumente hat er keine, denn mit ihrem identitären Gerede von Stolz und Heimat hat die sächsische Union selbst den Boden bereitet, auf dem nun die Gewalt gedeiht.

Der völkische Mob in Chemnitz und all die »besorgten Bürger« sind ja wirklich der Meinung, sie wären weder Nazis noch Rassisten, und das nicht zuletzt deshalb, weil es ihnen Politiker und Sozialwissenschaftler des Freistaats seit Jahren einreden. Der wohl bekannteste Politologe Sachsens, Werner Patzelt von der Technischen Universität

Dresden, initiierte im September eine Petition, die von der Bundesregierung Beweise für Hetzjagden in Chemnitz fordert, versehen mit einer schlechten Grafik, auf der hinter dem Titel »Lügenspirale« ein Foto des NS-Propagandaministers Goebbels montiert ist. Und in bundesdeutschen Medien von ZDF bis Bayerischer Rundfunk darf er als »Experte« erklären, dass die »fehlerhafte Migrations- und Integrationspolitik« die Ursache für die Riots in Chemnitz sei. Dieser Diskurs ist es, der solche massenhaften rassistischen Mobilisierungen überhaupt möglich macht. Damit man zudem nicht vergisst, dass Sachsen immer noch in Deutschland liegt, äußerte auch Heimatminister Seehofer am Rande einer CSU-Klausurtagung Verständnis für die »Empörung« und nannte die Migration die »Mutter aller Probleme«.

Trotz der sächsischen Verhältnisse konnten mit prominenter musikalischer Unterstützung und vielen »jungen Demokratietouristen« (ARD-Morgenmagazin) zahlenmäßig recht erfolgreiche Gegenproteste in Chemnitz organisiert werden, deren Bedeutung für lokale antifaschistische Strukturen man nicht kleinreden sollte. Aus dem Hashtag #Wirsindmehr spricht aber bereits die Ahnung der darin enthaltenen Lüge, wie sich bei der »Herz statt Hetze«-Demonstration am ersten Septemberwochenende zeigte. Seit den Lichterketten Anfang der neunziger Jahre hat es keine so große bundesweite zivilgesellschaftliche Mobilisierung gegeben, bis in die oberste Regierungsebene wurde Werbung für die Kundgebung gegen den rechtsradikalen Trauermarsch gemacht. Am Ende kamen – nach wohlwollenden Schätzungen – 5.000 Menschen zusammen, ihnen standen 8.000 Demonstranten in Vertretung des völkischen Deutschlands gegenüber. Die angereiste Politprominenz hätte sich in Chemnitz ohne die Tausenden Antifas sehr allein gefühlt.

Nun kann man sich tatsächlich, zumindest bundesweit betrachtet, getrost auf der sicheren Seite der Mehrheit fühlen, wenn sich das beschworene »Wir« bloß in Abgrenzung zu den besoffenen, randalierenden Neonazis konstituiert, die ihre weißen Männerärsche unter »Ausländer raus!«-Rufen den Fernsehkameras entgegenstreckten. Dieses Stammesverhalten wird über die Grenzen des Freistaates hinaus wenig Erfolg haben, wobei die damit verbundene Gefahr für Migranten und Linke vor Ort nie unterschätzt werden darf. Betrachtet man aber grundsätzlich rassistische Einstellungen und die faschistische Disposition in der Gesellschaft, wird das »Wir« immer kleiner. Der (noch große) Unterschied zu Sachsen besteht darin, dass sich dort die Faschisierung bereits offen vollzieht. Die völkische Apo hat gemeinsam mit der AfD als ihr parlamentarischer Arm den Marsch durch die Institutionen längst begonnen. Die Regelmäßigkeit, mit der interne Dokumente von Polizei und Justiz an die Öffentlichkeit gelangen, ist ein guter Indikator dafür, wie durchsetzt die Institutionen des Freistaates bereits mit Leuten sind, die den liberalen Rechtsstaat verachten und sich als Teil der autoritären Revolte betrachten. Anfang September wurden die Ermittlungen wegen des geleakten Haftbefehls gegen einen der Tatverdächtigen im Fall des getöteten Chemnitzers auf 18 Justizbeamte ausgeweitet.

Das Bündnis von Mob und Elite formiert sich, und Chemnitz kann als erster Testlauf dafür gesehen werden, wie weit es bereits reicht und ob die Zeit schon reif ist für den völkischen Aufstand. Statt sich mit #Wirsindmehr zu beruhigen, muss man der sächsischen und damit deutschen Realität ins hässliche Gesicht schauen: 2015 waren es in Heidenau wenige Hundert organisierte Neonazis und jugendliche Mitläufer, die zwei Nächte lang Randale machten. Drei Jahre später können innerhalb von zwei Tagen 8.000 Rassisten und Faschisten mobilisiert werden, die tagsüber, sich selbst mit ihren Smartphones filmend, unter den Augen von Polizei und Presse, marodierend durch die Straßen ziehen und Sachsens drittgrößte Stadt temporär zur national befreiten Zone machen – verbal und physisch in Schutz genommen von der führenden Oppositionspartei des Bundestags.

Vielerorts kann man nun lesen, bisweilen gar mit einem freudigen Unterton, dass in Chemnitz die bürgerliche Maske der AfD gefallen sei. Endlich könne man die Nazis Nazis nennen, dem Wolf wurde vom eigenen Rudel der Schafspelz heruntergerissen. Dass die Leute gar keine Lust mehr auf das brave Schaf haben, sondern den Wolf bevorzugen, wird eine Erkenntnis sein, die vielen erst spät aufgehen könnte – vielleicht zu spät. Eine erste Wahlumfrage nach den Ausschreitungen in Chemnitz sah die AfD knapp vor der SPD auf dem zweiten Platz, bundesweit wohlgemerkt. Die öffentliche Vereinigung von militanten Neonazis und dem völkischen Bürgertum von AfD und Pegida – die im übrigen schon längst vollzogen wurde, nur nicht in diesem Ausmaß – war kein strategischer Fehler. Sie ist Ausdruck des wachsenden Selbstbewusstseins des immer größer werdenden faschistischen Teils der Gesellschaft. Und das längst nicht nur in Sachsen. ●

Thorsten Mense schrieb in konkret 7/18 über die von der AfD geleitete Linksextremismus-Kommission in Sachsen-Anhalt

DEMOCRACY LECTURE 2018
der Blätter für deutsche und internationale Politik

8. November, 19 h
Haus der Kulturen der Welt, Berlin

RICHARD SENNETT
DER KAMPF UM DIE STADT

Vortrag & Debatte mit: Francesca Bria und Andrej Holm

Eintritt frei!

www.blaetter.de

JFDA e.V.

Sächsisches Golgatha

Sie wissen nicht, vor wem sie
Stehn, und er blickt sie von
Hinten an und hat in seiner
Lebenszeit – posthumes Glück –
Nicht spüren müssen, was das ist,
DER DEUTSCHE GRUSS:
Ein Starrkrampf jenseits der
Vernunft und aller Freundlichkeit,
Für die zu leben lohnt – hier
Wie in ein Gesicht gezielt im
Schwarzen Schlaghandschuh.

Was lange tief begraben und
Bewältigt schien in Tausenden
Von Reden *im Gedenken an / von*
Deutschem Boden darf nie
Mehr / Und wir verneigen uns,
Ist wieder da* und wie:
»Besorgte Bürger« neben,
Vor und hinter sich, fühllos,
Verkommen, dumpf, als hätten
Die in ihren feuchten Träumen
Gegen Morgen nicht gesehn,
Aus welchem Schoß das
Wieder kriecht, was da
An ihrer Seite ist.
Der Platz, auf dem sie stehn –
Im Volksmund heißt er
Schädelstätt, auf
Aramäisch Golgatha.

Welch eine Prophetie:
Im Hintergrund der
Menschenfreund als
Löwenhaupt, die Maske
Einer Macht, die es mal gab.
Vor ihm, umhegt
Von stierem Biedersinn,
Und der ist nicht zu retten:
Der Menschheit Feind
Vor seinem Marsch
Zu neuen Schädelstätten.

* Die Fotos der Gesichter misshandelter Frauen auf dem Banner sollen als Belege für die Gewalt von Migranten dienen. Dass das bei keinem einzigen Bild haltbar ist, lässt sich nachlesen: mimikama.at/allgemein/moment-mal/

Tracht und Niedertracht

Die »Mutter aller Probleme« und der Vater der Volksverhetzung: Die Landtagswahl in Bayern dürfte übel ausgehen. Von Florian Sendtner

Die Migration ist die Mutter aller politischen Probleme.« Der Satz liest sich wie einer der zahllosen Trolltweets gegen die Ausstellung »Zwei Millionen Jahre Migration« des Neanderthal-Museums in Mettmann, die zuletzt im Archäologischen Museum Hamburg zu sehen war. Doch so lautet die Anfang September ausgegebene Losung des Bundesinnenministers und CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer für den Endspurt des bayerischen Wahlkampfs. Von Alexander Gauland kam das zu erwartende Lob, auch wenn der AfD-Chef sicher hart daran zu beißen hatte, dass ihm Seehofer einmal mehr den Titel »Vater der Volksverhetzung« streitig zu machen versuchte.

Als Markus Söder im März von den 101 CSU-Abgeordneten des bayerischen Landtags zum Ministerpräsidenten gewählt worden war, stieß er die Drohung vom »super Doppelpass« zwischen Berlin und München aus: Seehofer und Söder im Schulterschluss für die von Merkel so schmählich verratenen nationalen Interessen. Es dauerte vier Monate, bis man bei der CSU begriff, dass man am eigenen Ast sägte und allein die AfD von dieser Strategie profitierte. Dann kam die Kehrtwende, die Söder vollführte – die Seehofer aber sicher mit ausgeheckt hatte (die angeblich unüberbrückbaren Differenzen zwischen den beiden sind ein PR-Gag): Im Juli hielt Söder im Landtag eine nachdenkliche, in Teilen geradezu selbstkritische Rede, plädierte für mehr Anstand und versprach seinerseits, eines seiner Lieblingsschlagworte, »Asyltourismus«, nicht mehr zu gebrauchen. Bei den Grünen löste Söders Selbstgeißelung schallendes Gelächter aus, der Ministerpräsident begriff nicht und mahnte mehr Ernst an angesichts eines so hehren Themas wie Anstand in der Politik. Bis es ihm der Abgeordnete Sepp Dürr von den Grünen erklärte: »Über Sie lache ich, über Sie!«

Seit Juli rudert Söder zurück und schlägt einen gemäßigten Ton an, während Seehofer weiter den Hardliner macht. Das hätte sich Söder auch nicht träumen lassen, dass er auf einmal die Rolle des Good Cop zu übernehmen hätte. Was selbstverständlich nicht heißt, dass nicht auch Söder dem rassistischen Affen in jeder Wahlkampfrede ordentlich Zucker gibt. Leger in der Trachtenlederjacke lehnt er etwa bei einem Bierzeltauftritt auf dem Regensburger Volksfest Ende August am Rednerpult und packt den Omatrick aus. Neulich habe er mit einer alten Frau geredet, die ihm vorgeworfen habe, Bayern gebe Milliarden für Flüchtlinge aus. Und bei ihr im Geldbeutel fehlten oft zwei oder drei Euro. Söders Heuchelrefrain: »Wir sind weltoffen, wir helfen gerne, aber darüber dürfen wir nicht die eigenen Leute vergessen.« Das Bierzelt klatscht begeistert. Ausspielen der einen Minderheit gegen die andere geht hier immer. Volksverhetzung in Reinkultur. Immer mit der feigen Rückversicherung, sich selbst als liberal und aufgeschlossen zu feiern. Was wiederum Söder mit Seehofer gemeinsam hat. Der Parteichef absolviert keine Bierzeltrede, in der er nicht 90 Prozent seiner Redezeit darauf verwendet, vor der Ausländergefahr zu warnen. Natürlich nicht in AfD-Manier, jeder zweite Satz beginnt mit der Versicherung: Wir sind liberal und tolerant. Dann kommt das große Aber.

Doch die Aufgabenteilung scheint nicht zu fruchten. Wenige Wochen vor der Wahl geht der Trend für die CSU in den Umfragen in Richtung 35 Prozent – zu Strauß- oder Stoiber-Zeiten hätte man das für einen Zahlendreher gehalten. Für die AfD dagegen scheinen die Bäume in den Himmel zu wachsen. Bereits bei der Bundestagswahl 2017 herrschten in Teilen Niederbayerns fast sächsische Verhältnisse. Im September 2018 erzählt eine Postangestellte in der Oberpfalz, sie gehe nicht mehr mit den Kollegen rauchen, sie wolle sich deren Nazi-Gekeife nicht mehr anhören; sie sei die einzige in der Niederlassung, die nicht AfD wähle. Währenddessen nimmt Seehofers Antiflüchtlingsfeldzug immer groteskere Züge an. Etwa, wenn er bei einem Auftritt in einem Bierzelt ins Mikrofon ruft: »Wir brauchen endlich wieder Politiker, die über etwas anderes reden als über Flüchtlinge!«

Mehr oder weniger alle Parteien dienen sich der CSU schon vorab als Koalitionspartner an. »Anpacken für Bayern!« Das verspricht Hubert Aiwanger, der Vorsitzende der Freien Wähler. Was will der niederbayerische Landwirt anpacken? Wenn man ihn reden hört, geht es oft um die Abschiebung von Flüchtlingen, die forciert werden müsse. Wenn Aiwanger gegen die AfD Stellung bezieht, dann mit reichlich bizarren Argumenten: »Wer AfD wählt, bringt im schlimmsten Fall Rot und Grün an die Regierung und bringt eine Polarisierung und eine Hetze in diesen Landtag, die wir nicht brauchen.«

Wie der Niederbayer zu dieser absurden Rechnung kommt, bleibt sein Geheimnis. Rotgrün hatte in Bayern schon bei der letzten Landtagswahl keine Chance, weshalb der damalige SPD-Spitzenkandidat Christian Ude ein Dreierbündnis mit Grünen und Freien Wählern anvisierte. Aiwanger ließ sich von Ude ins Boot holen, und bei der CSU lagen die Nerven so blank, dass CSU-Sprecher Hans Michael Strepp bei der ZDF-»Heute«-Redaktion anrief, um einen Bericht über den SPD-Parteitag, auf dem Ude nominiert wurde, zu verhindern. Heute denken die bayerischen Sozialdemokraten wehmütig an solche Zeiten zurück. 2018 dümpeln sie in den Umfragen bei zwölf Prozent, hinter der AfD; die CSU macht sich erst gar nicht die Mühe, die SPD als Gegner ernst zu nehmen. Söder hat gute Chancen, um ein Fernsehduell herumzukommen – mit dem feinen Argument, es gebe keinen eindeutigen Herausforderer.

Dabei gehörte SPD-Spitzenkandidatin Natascha Kohnen immerhin republikweit zu den zwei, drei Mutigen in der SPD, die Anfang September Seehofers Rücktritt forderten. Doch in den Umfragen wird die SPD nicht nur von der AfD, sondern auch von den Grünen überflügelt, die überdies erstmals Chancen auf mehrere Direktmandate haben (die der CSU bislang zu 99 Prozent sicher waren). Bleibt noch die FDP, die stabil bei gut fünf Prozent liegt. Ihren Spitzenkandidaten kennt kein Mensch, doch auf der oberbayerischen Liste kandidiert auf Platz 16 Helmut Markwort, und das bayerische Wahlrecht gestattet es, einen Kandidaten auf der Liste nach vorn zu wählen. Es ist also durchaus möglich, dass der »Focus«-Gründer den Landtag als Alterspräsident eröffnet; der stramm rechte 81jährige hat für den Fall bereits eine »Fakten! Fakten! Fakten!«-Rede angekündigt. Die faktischen Wahlergebnisse könnten zur Folge haben, dass Söder sich mit Hilfe der AfD zum Ministerpräsidenten wählen lässt.

Florian Sendtner schrieb in konkret 9/18 über den Flirt des Verfassungsschutzes mit den Nazis

Rechts fischen

Die Sammlungsbewegung »Aufstehen« stellt klar, was sie unter Sozialpolitik versteht. Von Leo Fischer

Der Diskurs muss von den Flüchtlingen weg«, so Sahra Wagenknecht bei einer Veranstaltung im Berliner Wissenschaftszentrum. Unter dem Titel »Aufstehen: Die Chancen einer linken Sammlungsbewegung in Deutschland« diskutierte sie Mitte September mit mehreren Mittätern die Chance eben jener Aufsteherei, vulgo: ihre eigenen. Die Diskussion migrationspolitischer Belange, so Wagenknecht, möge in den Hintergrund treten, statt dessen solle es nun stärker um »Sozialpolitik« gehen.

Das sind erstaunliche Töne: War »Aufstehen« nicht explizit dazu angetreten, sich in Sachen Flüchtlingskritik von der AfD nichts mehr vormachen zu lassen? Hatte Mitinitiator Lafontaine nicht eben erst gesagt, er wolle explizit auch rechte Wähler abwerben, gar sehr vielsagend »zurückgewinnen«? Angesichts der Pogrome in Chemnitz – zu denen führende »Aufstehen«-Vertreter auffällig schwiegen – scheint man den zentralen Teil der eigenen Botschaft – Sozialismus, aber nur für Deutsche – taktisch etwas herunterdimmen zu wollen: Gar zu seltsam sieht es aus, um die Gunst von AfD-Wählern zu buhlen, die mittlerweile offen mit Neonazis marschieren.

Dass »Sozialpolitik« freilich nur ein Codewort ist, hinter dem das gleiche rassistische Ressentiment lauert, wurde zwei Tage später, bei einer Fraktionssitzung der »Linken« deutlich. Ein Antrag, der die Geschehnisse in Sachsen verurteilen sollte, wurde von Wagenknecht zurückgewiesen, wie der »Tagesspiegel« dokumentiert: »Zur Diskussion stand zunächst ein Antrag ›Wir unterstützen gesellschaftliche Bewegung gegen Abschottung und Rassismus‹, in dem sich die Abgeordneten für eine ›neue, aktive Sichtbarkeit‹ der ›Willkommenskultur‹ aussprechen wollten. Solidarisch wollten sich die Linken demnach unter anderem zeigen mit Spontanprotesten gegen rassistische Hetze wie jüngst in Chemnitz, der Seenotrettung von Flüchtlingen unter der Losung #Seebrücke sowie auch einer antirassistischen Parade Ende September in Hamburg ›gegen Abschiebung, Ausgrenzung und rechte Hetze‹.«

Wagenknecht verweigerte die Zustimmung, denn »jeder müsse individuell für sich entscheiden, ob er die Initiative gut finde oder nicht«. Dieses Bekenntnis zur Gewissensentscheidung verflüchtigte sich in der Diskussion rasch – wozu sich Wagenknecht zu fein war, besorgte ihr Mitaufsteher Diether Dehm: »Teilnehmerinnen zufolge pöbelte Dehm schon während der Fraktionssitzung immer wieder dazwischen, wenn Frauen sprachen … Als die Sitzung sich gerade auflöste, kam es zur Konfrontation von Dehm mit der Mannheimer Abgeordneten Gökay Akbulut … Dehm sagte ihr, wie von mehreren Teilnehmern bestätigt wird, ohne Wagenknecht wäre sie nicht im Bundestag.« Wörtlich soll er zu ihr gesagt haben, sie habe »nichts zu sagen« – und das als migrationspolitische Sprecherin.

Parteimitglieder mit Rassismuserfahrung scheinen im Fokus Dehms zu stehen: Den Abgeordneten Niema Movassat, der sich im Interview kritisch mit »Aufstehen« auseinandersetzte, forderte er per Facebook zum Rücktritt auf. Ein Posting, das er wieder löschte, das jedoch der Anhängerschaft ein klares Signal gab: Mit *uns* werden *die* wieder auf ihre Plätze verwiesen. Von Leuten, die den Aufstehern irgendwie ausländisch vorkommen, wird vor allem Dankbarkeit erwartet – ob sie nun Geflüchtete sind oder Abgeordnete. Während 65.000 Menschen in Chemnitz zu einem Konzert gegen Rechts gehen, werden in Linken-Büros Frauen zusammengeschrien, die unverbindliche Solidaritätsadressen dazu abgeben wollen.

Das ist im wesentlichen, was »Aufstehen« unter »Sozialpolitik« versteht: Es gibt produktive deutsche Arbeiter, die von internationalen Kräften nach Strich und Faden verarscht werden und es schon schwer genug haben – und dann kommen auch noch die Ausländer für eine Extrawurst! Hier will »Aufstehen« für Ordnung sorgen, wie Wagenknecht im Juni klärte: »Weltoffenheit, Antirassismus und Minderheitenschutz sind das Wohlfühl-Label, um rüde Umverteilung von unten nach oben zu kaschieren und ihren Nutznießern ein gutes Gewissen zu bereiten.«

»Minderheiten« werden als Hindernis für Sozialpolitik verstanden, ihre Anwesenheit ist ein von »Nutznießern« herbeibeschworenes Problem, das der brave Sozialist zu lösen hat. In einem Interview sagte Dehm vor kurzem, »als Antifaschist« sei es unter anderem seine Aufgabe, gegen »›political correcten‹ Antikommunismus, Gewerkschaftsfeindlichkeit und Russenphobie« vorzugehen. Das wird in seinen Kreisen verstanden werden: Ausländer sind antikommunistisch, sie korrekt zu behandeln senkt die Löhne; und mein Freund Putin denkt übrigens genauso.

Bemerkenswert auch, dass der erste Werbebeitrag der Bewegung das Video-Testimonial eines Corbyn-Unterstützers war, der auch gleich den zu erwartenden Widerstand gegen die Bewegung als Kampagne böswilliger »Medien« denunzierte. Hier wird bereits ein Anknüpfungspunkt an die seit Monaten schwelende Debatte um Corbyns Antisemitmus geboten, deren Leitidee ungefähr die ist, dass die Vorwürfe gegen Corbyn auf eine Verschwörung der Presse zurückgingen. Antisemitismusvorwürfe antisemitisch kontern, das scheint auch die Strategie, die man von »Aufstehen« erwarten kann. Die »Jungle World« hat den Weg der Nationalisierung Wagenknechts nachgezeichnet, in dem auch antisemitische Muster eine wachsende Rolle spielen: Schon Wagenknechts Buch *Reichtum ohne Gier* kam nicht ohne Hinweise auf »Rothschilds« und »Brunnenvergifter« aus.

Rassismus und Antisemitismus sind in diesem Weltbild komplementär. Migrationsbewegungen werden von »Nutznießern« veranlasst, um die nationalen Arbeiterbewegungen zu schwächen; »Minderheitenschutz« verschleiert diesen Zusammenhang und kommt besagten Nutznießern zugute. Die Migrierten haben das gefälligst einzusehen und zu schweigen; sie dürfen lediglich als Symptom, als verhärmte Opfer der Globalisierung und damit der »Nutznießer« mitlaufen, nicht als politische Akteure – ansonsten arbeiten sie wieder den Nutznießern zu.

Will man rechts fischen, spricht man das offen aus und thematisiert »Flüchtlinge«; ist der Zeitgeist gerade nicht danach, nennt man es »Sozialpolitik« und kritisiert »Nutznießer«. Mit dem Verweis aufs jeweils andere Ende des Spektrums lassen sich Kritiker/innen dann immer wieder abbügeln. Es ist ein ideologisches perpetuum mobile, das nur ein Bedürfnis offen lässt: das nach einer emanzipatorischen, linken Kritik.

Bestürzend vor allem, wie viele eigentlich gescheite Leute sich darauf eingelassen haben, »Aufstehen« erst mal eine Chance geben zu wollen – so als seien Wagenknechts Positionen nicht schon seit Jahren bekannt, als spräche die Dominanz eines Esels wie Dehm in diesen Debatten nicht für sich. Das paradoxe Hoffen auf die Linkspartei hatte in vielen Milieus die paradoxe Hoffnung auf die SPD ersetzt; nun wird es vom paradoxen Hoffen auf »Aufstehen« abgelöst. Dass aber vielleicht mal ganz generell ein Ende mit der ganzen elenden Hofferei zu machen wäre – darauf besteht derzeit keine Hoffnung.

Leo Fischer hat soeben das Buch *Gottes Werk und mein Beitrag. Die komplett erfundene Autobiografie des Markus Söder* (Riva-Verlag) veröffentlicht

Zu Diensten

Mehr als ein Sommerlochfüller: In Deutschland wird die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht erwogen. Von Peter Nowak

Nicht zum ersten Mal wird in der Republik über die Einführung eines allgemeinen Dienstjahrs geredet. Meistens wird die Debatte im Sommerloch von Politikern aus der zweiten Reihe gestartet und ist nach wenigen Tagen wieder beendet. Doch in diesem Jahr ist es die als Merkel-Nachfolgerin gehandelte CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer gewesen, die ein allgemeines Dienstjahr gefordert hat, wobei sie auch Geflüchtete miteinbeziehen wollte. »Wenn Flüchtlinge ein solches Jahr absolvieren, freiwillig oder verpflichtend, dient das ihrer Integration in Staat und Gesellschaft«, sagte sie den Zeitungen der Funke-Mediengruppe und dem französischen Blatt »Ouest-France«.

Kritik an Kramp-Karrenbauers Plänen kam vor allem aus dem traditionell-bürgerlichen Lager. So wandte sich der FDP-Bundestagsabgeordnete Konstantin Kuhle in einem »Tagesspiegel«-Artikel gegen die Dienstpflicht. »Diese Forderung bedient den Eindruck vieler Menschen, dass den Jungen heutzutage viel zuviel geschenkt werde. Man selbst habe für ein vergleichbares Niveau an gesellschaftlichem Wohlstand und gesellschaftlicher Freiheit härter arbeiten müssen. Früher sei der Zusammenhalt in der Gesellschaft größer gewesen. Und geschadet habe der Zwangsdienst ja schließlich auch nicht«, so Kuhle in seinem Plädoyer gegen die Dienstpflicht. Er verwies zudem darauf, dass selbst bei der Bundeswehr eine allgemeine Dienstpflicht sehr kritisch gesehen werde, was Fachleute bestätigten. So erklärte der ehemalige Bundesverteidigungsminister Volker Rühe (CDU), der die Aussetzung der Wehrpflicht abgelehnt hatte, in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, dass es in der Bundeswehr keine Strukturen für die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht mehr gebe: »Die Bundeswehr hat ganz andere Strukturen. Wir hatten früher – ich war auch ein großer Anhänger der Wehrpflicht – 20.000 Offiziere und Unteroffiziere, die die Wehrpflichtigen ausgebildet haben. Die haben Sie gar nicht mehr, diese Strukturen. Und Sie würden die jetzige neue Bundeswehr endgültig ins Chaos führen, wenn Sie versuchen würden, jetzt wieder Wehrpflichtige draufzupflanzen.«

Aus der Perspektive von kleinen und mittleren Handwerksbetrieben hat sich der FDP-Politiker Marco Buschmann ebenfalls im Deutschlandfunk gegen eine Dienstpflicht ausgesprochen. »Ein Dienstjahr für alle passt ja in Wahrheit überhaupt nicht in die Zeit … Schauen Sie, wir haben Zehntausende von Handwerksbetrieben, die händeringend nach Auszubildenden suchen. Und dann wollen wir jetzt in dieser Generation beginnen, dass die jungen Menschen noch ein Jahr später oder, was weiß ich, wie lange diese Dienstverpflichtung sein soll, in den Arbeitsmarkt, in den Ausbildungsmarkt kommen? Das wäre volkswirtschaftlich ein ganz großer Unsinn.«

Allerdings ist eine Dienstpflicht in Handwerksbetrieben von den Initiatorinnen und Initiatoren der momentanen Debatte nicht intendiert. Vorrangig geht es ihnen um den Pflegebereich, wo bereits heute Personal fehlt. Gleichzeitig wächst die Zahl der Personen, die auf Pflege angewiesen sind. Welche Rolle die Debatte um die Einführung der Dienstpflicht für diesen Bereich spielt, hat Buschmann klar benannt: »Jetzt wird gesagt, wir müssten was für die Pflege tun, indem wir dieses Dienstjahr einführen oder indem wir beispielsweise Flüchtlinge dort einsetzen. Ich glaube, da ist ein ganz großer Haken dran, denn es führt ja kein Weg daran vorbei, dass wir qualifiziertes Personal dort brauchen und nicht Menschen, die nur eine ganz kurze – man könnte auch sagen: Schmalspur-Ausbildung bekommen, und mehr kann man ja gar nicht bei einem kurzen Dienstjahr machen.«

Buschmann verwies darauf, dass der mit der Wehrpflicht abgeschaffte Zivildienst offiziell so hatte gestaltet werden sollen, dass durch ihn keine regulären Arbeitsplätze ersetzt würden. Und er räumte ein, dass der Zivildienst in der Realität ebendiese Rolle als billiger Ersatz für gutbezahlte Arbeitsplätze gespielt habe und dass das allgemein bekannt gewesen sei. Allerdings vergaß Buschmann zu erwähnen, dass vor allem linke Kritiker der Zwangsdienste beständig auf dieses Faktum aufmerksam gemacht hatten. Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden

»Ganz großer Unsinn«: Paritätischer Ehrenamtspreis, Thüringen, Mai 2018

hatte mehrere Streiks gegen deren Verwendung als Billigkonkurrenz zu Lasten der Beschäftigten vor allem im Pflegebereich und in der Sozialarbeit organisiert. Noch im Sommer 1989 sollten etwa 1.000 Zivildienstleistende eine Geldstrafe bezahlen, weil sie sich an einem eintägigen Streik- und Protesttag beteiligt hatten. »Ihre Verhaltensweise ist ein gravierender Verstoß gegen die Ordnung im Zivildienst«, schrieb damals das Kölner Bundesamt für Zivildienst zur Begründung der Geldstrafe.

Bereits in den Jahren 1983 und 1986 waren zahlreiche Zivildienstleistende wegen Teilnahme an Streiks vom Bundesamt mit Geldstrafen belegt worden. Denn sie waren nicht nur billige, sondern auch rechtlose Arbeitskräfte. Sie durften weder streiken noch kündigen. Dieser Aspekt wird in der aktuellen Debatte um die Dienstpflicht in der Regel ausgeblendet. Dabei dürfte gerade hierin der Grund liegen, warum die Einführung einer Dienstpflicht für die CDU sehr attraktiv ist. Schließlich ist im Pflege- und Care-Bereich nicht nur der Arbeitskräftemangel gravierend. In letzter Zeit hat es in diesem Sektor quer durch die Republik Arbeitskämpfe gegeben, die teilweise Wochen oder sogar Monate andauerten. Dabei ging und geht es nicht nur um die Löhne, sondern auch und vor allem um den Personalschlüssel. Bei ihrem mehrwöchigen Streik im Sommer 2018 im Klinikum Düsseldorf und Essen fand das Personal viel Zustimmung bei Patienten und in der Bevölkerung. Die zentrale Streikparole »Mehr von uns ist besser für alle« leuchtete allgemein ein – wer kann schon ausschließen, dass er/sie mal Krankenhauspatient/in werden könnte? Die Arbeitskämpfe sind zudem bemerkenswert, weil der Pflegebereich aus gewerkschaftlicher Sicht lange Zeit als schwer organisierbar galt.

Dazu hat auch die Vorstellung der entsprechenden Tätigkeiten als Ehrenamt bei vielen der dort Beschäftigten beigetragen. Wo es um Dienst und Ehre geht, kommen gewerkschaftliche Organisierung oder gar Streiks nicht vor. Das Bild der Arbeit als Ehrenamt hat sich jedoch in den letzten Jahren vor allem bei jüngeren Beschäftigten gewandelt, erklärten Rednerinnen und Redner beim diesjährigen Care-Walk, einer Protestaktion von Beschäftigten aus dem Pflegebereich, die im Mai in verschiedenen europäischen Städten Tausende auf die Straße brachte. Mittlerweile sehen viele Beschäftigte im Engagement für mehr Personal und bessere Arbeitsplätze eine Voraussetzung guter Pflege.

Mit den Konzepten einer allgemeinen Dienstpflicht soll das brüchig gewordene Ehrenamt rehabilitiert werden. Die Position der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten, die höhere Löhne und mehr Personal fordern, soll durch die Dienstverpflichtung schlecht bezahlter, weitgehend rechtloser Zivildienerinnen und -diener geschwächt werden. Im Effekt würde das zu einer Dequalifizierung der Arbeit von Hauptamtlichen führen, wie die Publizistin Claudia Pinl, die sich seit Jahren kritisch mit Theorie und Praxis des Ehrenamts beschäftigt, erklärt: »Hauptamtliche Pflegekräfte, ganz überwiegend Frauen, haben diesen Beruf einst gewählt, weil sie mit Menschen zu tun haben wollten. Die Beziehungsarbeit, die sie erwartet hatten, geht jetzt jedoch zunehmend auf ehrenamtliche Kräfte über. Nur diese verfügen über die Zeit, mit Alten, Kranken oder sonstwie Hilfsbedürftigen zu reden, sie beim Einkaufen oder Spazierengehen zu begleiten ... So wird die ohnehin belastende Arbeit der Hauptamtlichen zusätzlich entwertet.«

Pinl beobachtet die Werbekampagnen für das Ehrenamt seit Jahren kritisch. So gibt es Ehrenamtstage, Ehrenamtswochen, Ehrenamtspreise, es gab das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit. »Es gibt staatlich geförderte Forschung zum Thema, einen regelmäßig erhobenen ›Freiwilligensurvey‹, eine ›Nationale Engagement-Strategie‹ und 1999 bis 2002 eine Enquetekommission des Deutschen Bundestages ›Bürgerschaftliches Engagement‹. Die Medien bringen fast täglich Berichte über positive Beispiele zivilgesellschaftlichen Tuns«, sagt Pinl. Mit der Dienstpflicht würde das Ehrenamt repressiv durchgesetzt.

Die Reaktionen auf den Vorstoß von Kramp-Karrenbauer zeigen, dass noch umstritten ist, welchen Anteil der Zwang bei der Installation einer Dienstpflicht haben soll. Damit ist keineswegs garantiert, dass Zwangskonzepte vom Tisch sind. Wahrscheinlicher ist, dass sie unter unverfänglichen Bezeichnungen wie sozialer oder Gesellschaftsdienst wiederaufgelegt werden. Das klingt dann weniger nach Pflicht und mehr nach Dienst für die Gemeinschaft, und dafür gibt es in Deutschland traditionell viel Zustimmung.

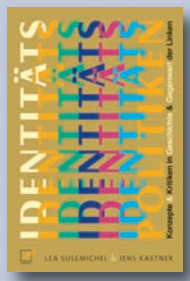
Das geht auch aus einer repräsentativen Umfrage des ZDF-Politbarometers von Anfang August hervor. Demnach befürworten mehr als zwei Drittel der Wahlberechtigten (68 Prozent) eine allgemeine Dienstpflicht bei der Bundeswehr und im sozialen Bereich. Interessant ist, dass die Dienstpflicht bei Anhängern aller Parteien von rechts bis links mehrheitsfähig ist. Unter Unionsanhängern findet sie mit 77 Prozent die größte Zustimmung, dicht gefolgt von der AfD (72). Bei den Grünen halten 66 Prozent eine allgemeine Dienstpflicht für eine gute Idee, bei der FDP 65 und bei der SPD 62 Prozent. Auch bei der Linken sind noch 52 Prozent für einen Pflichtdienst. Ob für Vaterland, Nation oder Gemeinschaft – dienen wollen die Deutschen noch immer gerne. ●

Peter Nowak schrieb in konkret 9/18 über die Gedenkstätte Hohenschönhausen

UNRAST ★ aktuell

Wie die »Pflicht zum Glücklichsein« widerständiges Leben bedroht

Sara Ahmed
Das Glücksversprechen
Eine feministische Kulturkritik
344 Seiten | 19,80 Euro



Undogmatischer Überblick über identitätspolitische Diskurse

Jens Kastner & Lea Susemichel
Identitätspolitiken
Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken
152 Seiten | 12,80 Euro

Geschichte der Novemberrevolution 1918 /19

Bernd Langer
Die Flamme der Revolution
Deutschland 1918/19
444 Seiten | 24,80 Euro

Leitfaden für den Weg in eine gerechte und solidarische Welt

Michael Albert
Die machbare Utopie
Strategien für eine Gesellschaft der Zukunft
260 Seiten | 16 Euro

Reportagen von Krieg und Neubeginn in Kurdistan

Anselm Schindler
Die Strategie der Rose
Kurdistan und der Krieg um Westasien
112 Seiten | 9,80 Euro

Der tägliche Begleiter für die Hosentasche

Kalendergruppe (Hg.)
Antifaschistischer Taschenkalender 2019
212 Seiten | 7 Euro

Das ganze Programm online unter:
www.unrast-verlag.de

Die Willigen

Deutsche Politiker/innen erwägen einen Einsatz der Bundeswehr in Syrien. Von Jörg Kronauer

Was, wenn die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich, wie bereits im April 2018, ein weiteres Mal behaupten, die syrischen Streitkräfte hätten – diesmal in Idlib – Giftgas eingesetzt, und das müsse mit Luftschlägen bestraft werden? Dann sollte die Bundesrepublik sich an den Angriffen beteiligen, fordert der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Norbert Röttgen (CDU). Dann müssen »Reaktionen folgen«, tönt der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Bijan Djir-Sarai; dann müssen »alle Optionen überprüft werden«, droht die europapolitische Fraktionssprecherin der Grünen, Franziska Brantner. Und weil die SPD sich noch ein wenig ziert und ihre Vorsitzende irgendwas vom Völkerrecht murmelt, wird die Bundeskanzlerin laut. »Einfach zu behaupten, wir könnten wegsehen, wenn irgendwo Chemiewaffen eingesetzt werden« – wer nicht bombt, sieht weg, logo –, »das kann auch nicht die Antwort sein«, dekretiert Angela Merkel. Im Verteidigungsministerium debattiert man, wie »Bild« in Erfahrung gebracht haben will, bereits konkrete Optionen: vorab die Ziele aufklären, nach dem Angriff die Schäden analysieren, am besten aber mitbomben - alles wäre drin.

Was treibt führende deutsche Politiker dazu, eine deutsche Beteiligung an möglichen Luftangriffen auf Syrien zu fordern? Der Krieg dort ist im wesentlichen gelaufen. Es wird in Idlib ähnlich fürchterliche Bombardements geben, wie zuvor in Ost-Aleppo, in Ost-Ghouta, in Mossul oder in Raqqa. Experten des UNHCR urteilten im Frühjahr nach einer Reise nach Raqqa, die Zerstörung dort sei schlimmer als alles, was sie zuvor gesehen hätten. Zur Erinnerung: Die Stadt war nicht von syrisch-russischen Militärs, sondern von der westlichen Anti-IS-Koalition unter Teilnahme der Bundeswehr in Schutt und Asche gelegt worden.

Doch so blutig die Schlacht um Idlib auch sein wird: Die Regierung in Damaskus und ihr Verbündeter Russland werden sich den Sieg im Krieg um Syrien nicht mehr nehmen lassen. Wozu also soll die Bundeswehr an einem Angriff teilnehmen, der günstigstenfalls, wie im April, mit Moskau abgesprochen und begrenzte Schäden verursachen wird, der aber schlimmstenfalls in einen bewaffneten Konflikt mit Russland mündet – dann nämlich, wenn die Absprachen schiefgehen oder der US-Präsident seine vom »Wall Street Journal« beschriebenen Überlegungen wahrmacht, diesmal auch die russische Luftabwehr in Syrien zu attackieren? Was lohnt ein solches Risiko?

Aus Sicht der deutschen Machteliten: mehreres. Erstens: Aufrüsten allein genügt nicht, um einen Weltmachtanspruch zu dokumentieren; man muss, um glaubwürdig drohen zu können, auch mal zuschlagen. Klappen die Absprachen mit Moskau – Röttgen fordert, ein Luftangriff unter deutscher Beteiligung müsse »wie schon in der Vergangenheit gegenüber Russland klar kommuniziert werden« –, hat man die deutsche Gewaltbereitschaft vor der Weltöffentlichkeit dokumentiert, ohne größere Kämpfe in Kauf nehmen zu müssen.

Zweitens: Alle starren wie üblich auf die USA. Dabei fordert auch Frankreich, das sich

Doppelverdiener: Erst zerdeppern, dann reparieren

schon an dem Luftangriff im April beteiligte, »Vergeltungsschläge« gegen Syrien. Kann Berlin zulassen, dass Paris in der EU militärisch die Nummer eins bleibt? Eine deutsche Beteiligung etwa »an Angriffen auf syrische Munitionsdepots« diene »vor allem einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik mit Frankreich«, ließ sich Exverteidigungsminister Volker Rühe zitieren; soll heißen: Bombt Paris, dann bombt man besser mit; nur so kann man Frankreichs Streben nach einer militärischen Führungsrolle einfangen: per Umarmung.

Drittens: In Syrien steht der Wiederaufbau an. Er wird teuer; Experten nennen Zahlen zwischen 250 und 500 Milliarden US-Dollar. Russland kann die nötigen Summen alleine nicht aufbringen. Eines der Ergebnisse, auf die sich Merkel und der russische Präsident Putin Mitte August in Meseberg geeinigt haben, lautet: Eine Gruppe aus vier Staaten soll die »Stabilisierung« Syriens vorantreiben; ihr gehören Russland, die Türkei, Frankreich und Deutschland an. Nicht die USA. Kein Wunder, dass Washington auf einer deutschen Beteiligung an Luftangriffen besteht; damit ließe sich vielleicht ein Keil in diese Vierergruppe treiben.

Möglicherweise eine Fehleinschätzung. Moskau habe »ein großes Interesse« an deutscher Wiederaufbauhilfe, erklärte Außenminister Heiko Maas am 8. September: »Die Russen brauchen uns.« Man könne daher »Bedingungen« stellen. Lässt sich der Preis mit der Drohung, sich am nächsten Luftangriff zu beteiligen, in die Höhe treiben? Springt, wenn man jetzt die Klappe aufreißt, vielleicht ein bisschen mehr Einfluss in Damaskus raus?

Man wird sehen. Unabhängig davon hat schon das Nachdenken über eine Beteiligung an den Angriffen einen doppelten Erkenntnisgewinn gebracht. Zum einen weisen die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags in einer Stellungnahme auf einen wunden Punkt hin. Demnach sind »Vergeltungsschläge«, völkerrechtlich gesehen, »Repressalien« und als solche streng verboten; auch wenn sich tatsächlich ein Chemiewaffeneinsatz der syrischen Streitkräfte nachweisen lässt, gelte: »Die Verletzung einer Völkerrechtsnorm durch einen Staat begründet keinen ›Blankoscheck für unilaterale Zwangsmaßnahmen‹ seitens einer ›Koalition der Willigen‹.« Das wäre Berlin nun wohl so egal wie die Tatsache, dass der Krieg gegen Jugoslawien 1999 gegen internationales Recht verstieß. Nur: Seit dem 17. Juli 2018 ist der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) auch für die Ahndung illegaler Aggressionen zuständig. Die Wissenschaftlichen Dienste weisen darauf hin, dass ein völkerrechtswidriger Luftangriff eine strafbare Aggression ist – und dass theoretisch sogar Bundestagsabgeordnete in Den Haag landen können, wenn sie eine solche beschließen. Eine Anklage gegen deutsche Abgeordnete vor dem IStGH: Das wäre neu.

Zum anderen: Ein westlicher Angriff auf syrische Stellungen würde denjenigen eine Atempause verschaffen, gegen die Damaskus und Moskau in Idlib zu Felde ziehen, den »Rebellen«, von denen hierzulande unentwegt die Rede ist. »Rebellen«? Nicht einmal diejenigen unter den Experten, die Bashar al Assad und seine Regierung am liebsten im Orkus verschwinden sähen, bestreiten, dass unter den »Rebellen« in Idlib der lokale Al-Qaida-Ableger dominiert und eine fünfstellige Zahl an Kämpfern unter Waffen hat. Beteiligte sich die Bundeswehr an Angriffen auf Syrien, dann bombte sie zugunsten von Al Qaida.

Nebenbei: Nähme man die »Rebellen«-Terminologie ernst, die diesen peinlichen Sachverhalt verschleiert, dann hätten am 11. September 2001 in New York »Rebellen« zugeschlagen; Osama bin Laden wäre eine Art religiöser Che Guevara. Man wird das beim nächsten Terroranschlag, den die »Rebellen« nicht mehr in Syrien gegen den gemeinsamen Feind Assad, sondern in Europa verüben, in Erinnerung rufen müssen. ●

Jörg Kronauer hat kürzlich das Buch *Meinst Du, die Russen wollen Krieg?* veröffentlicht (Papyrossa)

ABO

»›Wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen‹, sagte der Spitzenkandidat Gauland beim Einzug in den Reichstag, und wenn Nazis unser sagen, meinen sie unser, wenn sie zurück sagen, meinen sie zurück: zu der Zeit, als das Reich und das Volk mit Haut und Haar ihnen gehörten.« Das schrieb Hermann L. Gremliza im November 2017 in seiner Kolumne. Seit fast einem Jahr sitzt die Nazi-Partei im Bundestag und ist seitdem ihrem Ziel ein gutes Stück nähergekommen.

Das Buch *Rechtspopulisten im Parlament* analysiert, wie die Propaganda der AfD funktioniert und warum es fatal wäre, die Partei zu unterschätzen. Dabei erklären die Rechtsextremismusforscher/innen Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges und Gerd Wiegel, wie eine Normalisierung der parlamentarischen AfD-Repräsentanz verhindert werden kann.

Wer jetzt **konkret** eine neue Abonnentin oder einen neuen Abonnenten nennt, bekommt das Buch geschenkt.

Als Werbeprämie für ein **konkret**-Jahresabo (zwölf Hefte) zum Preis von 55,– Euro (für Schüler/innen und Studierende nur 45,– Euro), zahlbar jährlich im voraus, erhalte ich nach Eingang des Rechnungsbetrages das Buch *Rechtspopulisten im Parlament*

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

Datum, Unterschrift

○ **Besteller zahlt** ○ **Empfänger zahlt**

○ **Bankeinzug** ○ **Rechnung**

IBAN

BIC

Kreditinstitut

Dauer des Abonnements: bis auf Widerruf, mindestens 12 Hefte. **Widerrufsrecht:** Sie können die Bestellung binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen formlos widerrufen. Die Frist beginnt an dem Tag, an dem Sie die erste bestellte Ausgabe erhalten, nicht jedoch vor Erhalt einer Widerrufsbelehrung gemäß den Anforderungen von Art. 246a § 1 Abs. 2 Nr. 1 EGBGB. Zur Wahrung der Frist genügt bereits das rechtzeitige Absenden ihres eindeutig erklärten Entschlusses, die Bestellung zu widerrufen. Sie können hierzu das Widerrufs-Muster aus Anlage 2 zu Art. 246a EGBGB nutzen. Der Widerruf ist zu richten an: interabo GmbH, konkret-Aboservice, Postfach 103245, 20022 Hamburg.
Bitte beachten: Abo- und Prämienempfänger dürfen nicht identisch sein.

Datum, Unterschrift

Abo-Empfänger/in: **Name, Vorname**

Straße

PLZ, Wohnort

INTERABO GMBH, Postfach 103245, 20022 Hamburg / Gläubiger-Identifikationsnummer DE27ZZZ00000049923 / Die Mandatsreferenz wird mir separat mitgeteilt. / **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige die interabo GmbH, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der interabo GmbH auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. **Hinweis:** Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

KVV **konkret**, Ehrenbergstr. 59, 22767 Hamburg

Die Banalität des Blöden

Die Schweden sind, trotz ihrer Demokraten, auch bloß Europäer. Von Frederik Moche

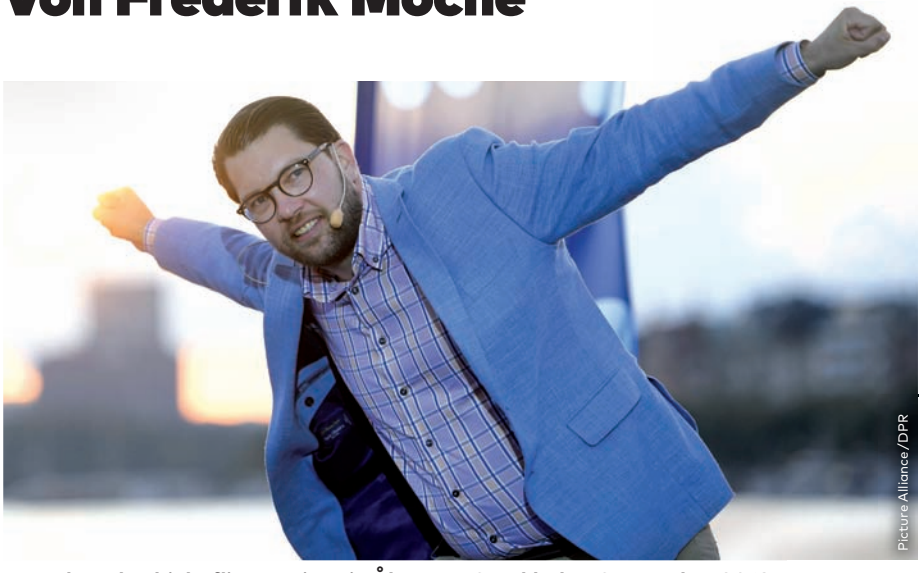
Es musste ja auch mal ein Ende haben mit der schwedischen Glückseligkeit. Bei den Reichstagswahlen am 9. September 2018 haben die Wählerinnen und Wähler des skandinavischen Landes bewiesen, dass sie es satt haben, immer nur die Avantgarde zu sein, der keine Garde folgt, sondern bloß die schnöseligen, bräsigen, piefigen Kontinentaleuropäer.

Diesmal nämlich preschen die Schweden nicht voran, sondern den anderen EU-Staaten hinterher. Zwar ist die stärkste Kraft in Schweden wie gehabt die Sozialdemokratie, die treibende Kraft aber ist, wie ausnahmslos immer und überall seit Einführung des Internets, der örtliche Ableger der rechtspopulistischen Internationalen. Der heißt in diesem Fall Schwedendemokraten, und der Name geht so auch in Ordnung, schließlich handelt es sich um Schweden, die demokratisch gewählt werden wollen.

Ihr Parteichef Jimmie Åkesson ist das, was nicht wenige attraktiv und manche sogar smart nennen würden, seine Partei banal-xenophobe nationalchauvinistische Dutzendware. Das Parteiprogramm enthält die sattsam bekannten Forderungen nach EU-Austritt (Außenpolitik), unbedingter Unterstützung der Bewegung an der frischen Luft (Kultur- und Gesundheitspolitik) und Einwanderungsstopp (alle anderen Politikfelder).

Åkesson ist keine 40 Jahre alt und schon immer Berufspolitiker, irgendwas wie ein nordischer Feschist, also hauptsächlich bewandert in der Kunst, so gut geschneiderte Anzüge zu tragen, dass man die angespitzten Ellenbogen nicht sieht. Einen Bart trägt er auch, zu kurz, um als Hipster durchzugehen, zu lang, um so pubertär wie der gleichaltrige Christian Lindner auszusehen.

Es war in Skandinavien üblich, Jungen Johnny, Jimmie oder Bobby zu nennen, nach den amerikanischen und britischen Befreiern am Ende des Zweiten Weltkriegs. Im neutralen Schweden gab es zwar nicht viel zu befreien, Amerikaner waren trotzdem gern gesehen – Russland ist schließlich nur ein Finnland entfernt. So war denn auch das gesamte Experiment des spezifisch schwedischen Sozialismus, den die »Financial Times« treffend »einzigartigen nordischen Wohlfahrtskapitalismus« nennt, ein warmherzig gemeintes Gegenmodell zum im Osten realexistierenden. Verortet außerhalb der Nato und auch in anderen internationalen Organisationen eher unverbindlich, war Schweden gleichwohl immer selbstbewusst; ein Tor nach Osten gerne, aber den Blick nach Westen gerichtet.



Tanz den Abschiebeflieger: Jimmie Åkesson, Stockholm, September 2018

Eine Westbindung betreibt die aktuelle Generation der Schwedendemokraten nun allenfalls insofern, als sie gelehrig Praktiken der Diffamierung und Ausgrenzung aus der aktuellen US-amerikanischen und kontinentaleuropäischen Politik übernimmt. Aber mit Stil und gekonnt: Die im Wahlkampf veröffentlichten Werbespots, in denen das Wahlvolk mit Bildern von Polizeieinsätzen in Malmö und dräuender Musik auf die unbedingte Notwendigkeit, alles Unschwedische zu tilgen, hingewiesen wurde, waren so eindringlich, dass sie die Frage aufwarfen, warum irgendwer aus Aleppo oder Homs um Aufnahme in einer noch gewaltverseuchteren Stadt ersuchen sollte.

Die Schwedendemokraten entstammen dem »Bevarer Sverige svenskt« (»Lasst Schweden schwedisch bleiben«)-Milieu, einer Clique von jungen Hooligans und alten unverblümten Nazis, wie zum Beispiel der Geburtshelfer und frühe Vorsitzende der Schwedendemokraten, Gustaf Ekström, und seine Kameraden der Nordisk Ungdom (Nordische Jugend). Auch in einem Land, das Bertolt Brecht und Nelly Sachs seinerzeit Asyl gab, hat es natürlich Nazis gegeben. Der gebürtige Schwede Gustaf Ekström war ein ganz und gar deutsches Gewächs, wurde über verschiedene Freiwilligeneinsätze an der Front bis ins Reichssicherheitshauptamt befördert und machte dann Karriere, wie es deutsche Schergen nach Kriegsende machten: ganz selbstverständlich nämlich. Erst nach seiner Pensionierung ging er zurück nach Schweden und gründete dort mit Brüdern im Geiste eine Partei, die Populisten aus der Provinz einsammelte und es schon damals verstand, irgendwie über soziale Gerechtigkeit zu schwadronieren, ohne irgendwen mit Analysen zu überfordern.

Bis hierhin ist jeder Vergleich mit jeder anderen ähnlich gestrickten Partei in Europa erlaubt, insbesondere mit dem Front National, der ja ebenfalls erst die unappetitlichsten Auswüchse cutten musste, bis er überregional wahrgenommen wurde. So auch die Schwedendemokraten, bei denen Rassismus und Antisemitismus eigentlich verboten sind. Innerhalb von 30 Jahren konnte die Partei von einer obskuren Sammlungsbewegung von Einschlägigen zum ernstzunehmenden Keil zwischen den beiden monumentalen Fraktionen im schwedischen Parlament werden.

Inhaltlich wird es allen Spektakelsuchern jedoch schwergemacht: Schweden ist so in der Wolle gefärbt sozialdemokratisch, dass man es fast schon sinnbildlich nehmen möchte, dass aus der ursprünglichen Fackel im Logo der Schwedendemokraten eine Blume geworden ist.

Frederik Moche hatte zwei Ansagen: von der Redaktion eine Zeichenvorgabe; von sich selbst, sofort tot umzufallen, wenn das Wort Bullerb...

Hammer und Pixel

Wie geht Wertschöpfung im digitalen Kapitalismus? Von Felix Klopotek

Gafa – vier Buchstaben stehen für eine glanzvolle Ökonomie, für eine neue Kultur, für die nächste Gesellschaft. Hinter Gafa verbergen sich die vier Unternehmen Google, Amazon, Facebook und Apple. Die wertvollsten Unternehmen der Welt, die umsatzstärksten, die verschwiegensten, die bekanntesten und am meisten angefeindeten. Wobei diesen Anfeindungen nie irgendwelche Taten – spürbare gesetzliche Restriktionen oder Konsumentenboykotte – folgen. Mit anderen Worten: Sie sind auch die am wenigsten angreifbaren. Vor allem aber stehen sie für die Digitalisierung der Ökonomie und damit auch der gesamten Gesellschaft.

Was Digitalisierung eigentlich ist, kann man sich an der Buchstabenfolge selbst klarmachen. Sie ist nämlich willkürlich und offensichtlich nur lautmalerisch zusammengestellt. Eine klassische Ableitung – wenn man so will: aus prädigitalisierten Zeiten – ginge so: Apple stellt die Geräte her, samt entsprechendem Betriebssystem, mit denen man sich ins World Wide Web einwählen kann, dort stößt man auf viele bunte Sachen, die man sich via Amazon nach Hause liefern lässt, um sich schließlich bei Facebook über all die Macken, die die neu erworbenen Gadgets aufweisen, mit seinen Freunden auszutauschen.

Wer also denkt, es müsste doch korrekt Agaf-Ökonomie heißen, hat schon die Idee der Digitalisierung verfehlt: Sie beruht gerade darauf, dass es keine lineare Wertschöpfungskette mehr gibt und folglich auch keine Hierarchie der Handlungen (angefangen bei der Produktion, Apple, bis hinauf zur kulturellen Reflexion, Facebook). Versteht man die vier Buchstaben als vier Ebenen der Digitalisierung, dann verweist jede Ebene auf die andere, mehr noch, die Ebenen nehmen Eigenschaften der jeweils anderen in sich auf. Wer vertraut im Umgang mit Apple-Geräten ist, wird die Formen der Kommunikation, die Facebook und Google anbieten, respektive die Beschleunigung und Universalität des Konsums, für den Amazon steht, wie selbstverständlich nutzen. Und umgekehrt – wer sich auf Facebook oder Google einlässt, kann gar nicht anders, als dafür auf permanent sich vernetzende Hochleistungsrechner zurückzugreifen.

Es ist egal, wie man diese Art kapitalistischer Ökonomie letztlich buchstabiert, ob Gafa, Agaf oder Faga, weil jedes Element dieser Ökonomie in gleicher Distanz zum anderen steht. G oder F mögen sogar verschwinden und durch ein anderes Unternehmen ersetzt werden, neue kommen hinzu, Netflix zum Beispiel, wieder andere sind schon fast vergessen (Ebay), aber das Prinzip bleibt gleich.

Alle vier Unternehmen weisen vordergründig Merkmale konventioneller Unternehmensformen auf: Apple ähnelt noch am ehesten der klassischen Industrie, einem Hersteller, Amazon ist ein Einzelhändler, Facebook eine Kontaktbörse und Google ein Recherchebüro. Aber es wäre lächerlich, diese hochintegrierten Technologiekonzerne – Google bietet überaus erfolgreich ein Smartphone-Betriebssystem, einen Webbrowser, ein Videoportal und zahllose Apps an und hat zudem mehrere Biotech- und KI-Forschungsfirmen ins Leben gerufen; für die anderen Unternehmen ließe sich Vergleichbares auflisten – anhand dieser konventionellen Merkmale zu beschreiben.

Die Ökonomen – und mit ihnen auch die Linke – reagieren darauf etwas ratlos und ziehen sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zurück, der die Gafa-Ökonomie auszeichnet: In der digitalisierten Ökonomie werden vor allem Daten verwertet. Für die einen Ökonomen sind sie das Öl des 21. Jahrhunderts, andere setzen Daten sogar mit Arbeit gleich. Ein Theoretiker dieser neuen Ökonomie, Timo Daum, hat den Personalbedarf Googles ausgerechnet, wenn das Unternehmen ein Callcenter wäre. Würde jeder Anruf 30 Sekunden Bearbeitung in Anspruch nehmen, bräuchte Google 3,5 Millionen Angestellte in Vollzeit und das jeden Tag im Jahr. Am Algorithmus bei Google arbeiten aber nur 14 Leute. Weil also die Gafa-Unternehmen mit im Kern sehr wenigen Leuten in der Lage sind, präzise Suchalgorithmen und die Erfassung von gigantischen Datenströmen zu bewerkstelligen, kommt man schnell auf die Idee, hier handelte es sich um eine andere Form der Ökonomie.

Wie wollte man den »tendenziellen Fall der Profitrate« auf Google anwenden? Oder sich auch nur einen zünftigen Arbeitskampf dort vorstellen? Ein moderater Kritiker der Gafa-Ökonomie wie Glen Weyl, der von einer Datenmarktwirtschaft ohne monopolistische Verzerrungen träumt, spricht denn auch gar nicht mehr von Kapitalismus, sondern vom »Technofeudalismus«. Gemeint ist, dass diese Unternehmen zwar permanent Daten von uns abgreifen und diese Daten so auswerten respektive vermitteln, dass sie phantastische Werbeeinnahmen generieren, dass wir aber außer ein paar Standards – angeblich freier Informationsfluss und offener Zugang zu allen möglichen Plattformen – nichts von diesen Umsätzen haben. Es findet kein Tausch unter Gleichen statt, das »Land«, das wir mit unseren Daten »bewirtschaften«, gehört immer schon jemand anderem. Die Diskussion um Datenschutz ist deshalb passé, Datensouveränität ist das neue Schlagwort. Weyl fordert dementsprechend eine Digitalgewerkschaft, die als Kartell der User den Gafas gegenübertritt und eine Art Tarifvertrag über die Nutzung unserer Daten aushandelt.

Wir brechen diese Utopie hier ab. Die Diskussion um die Gafa-Ökonomie krankt daran, dass das, was dort passiert, in technisch-stofflicher Hinsicht diskutiert wird – und in dieser Hinsicht passiert dort tatsächlich Bahnbrechendes –, aber eben nicht in sozioökonomischer. Genauer: Sozioökonomische Verhältnisse werden in Abhängigkeit von technisch-stofflichen Vorgängen diskutiert, die genau dadurch zum Fetisch stilisiert werden. Rückt man das Verhältnis zurecht, verliert die Gafa-Ökonomie ihren Zauber, man kann dann wieder vom Kapitalismus und seinen Krisen sprechen und sich auch über realistischere Modelle von Widerstand als Digitalgewerkschaften unterhalten, also Modelle von Klassenkampf.

Dass sich bestimmte Elemente des Kapitalismus, die nicht unmittelbar produktiv sind, sogar unproduktiv sein können, scheinbar radikal verselbständigen und ganzen Epochen – an deren Ende übrigens immer eine klassische Krise stand – ihren Stempel aufdrückten, ist nichts Neues, sie begleiten den Kapitalismus von Anfang an.

Eine lockere Aufzählung: Es sind dies das Bankenwesen (wie Marx festhält, bereits in einem Traktat von 1697 als »das künstlichste und ausgebildetste Produkt, wozu es die kapitalistische Produktionsweise überhaupt bringt« charakterisiert. Marx: »Daher die ungeheure Macht eines Instituts wie die Bank von England auf Handel und Industrie, ob-

»Mama, die Russen kommen!«: Bundeswehrstand auf der Computerspielmesse Gamescom, Köln, August 2018

gleich deren wirkliche Bewegung ganz außerhalb ihres Bereichs bleibt und sie sich passiv dazu verhält«) und später die sogenannte Finanzindustrie; die Mafia – und, erweitert, das Racketwesen –, die sich aus einer Hilfstruppe von Großgrundbesitzern zu einem eigenständigen ökonomischen Subjekt mausert, das, obwohl ökonomisch unproduktiv, milliardenschwere Umsätze generiert (die die Bosse allerdings produktiv zu reinvestieren trachten); der Kunst- und Antiquitätenmarkt, auf dem sich enorme Renditen mit Werken und Artefakten erzielen lassen, deren Wert sich nicht mehr auf verausgabte Arbeit zurückführen lässt; das Aufblähen der Rüstungsindustrie; schließlich der Umschlag staatlicher Bürokratie in ein System der Intervention in ökonomische Prozesse, sprich: die staatliche Finanzierung privater Profite, jenes »gemischte System« (Paul Mattick), das kurzfristig einigen Kapitalen Profite bringt, aber den Kapitalismus als Volkswirtschaft in die große Krise treibt, vor der ihn die staatlichen Interventionen doch bewahren sollten.

Diese historisch gewiss sehr unterschiedlichen Formen der Verselbständigung stellen keine Abweichung vom kapitalistischen Prinzip dar, das im Kern auf der Ausbeutung fremder Arbeit beruht, sondern versinnbildlichen seine Radikalisierung: Es ist der Traum, aus Geld mehr Geld zu machen, ohne dabei den für die Kapitalisten immer heiklen Umweg über den Produktionsprozess zu gehen, dessen Output, die Waren, sich zudem auf den Märkten bewähren muss. Dieser Traum, die rücksichtslose Entfaltung des Profitinteresses, hat paradoxerweise die kapitalistisch vermittelte Abschaffung des Proletariats zum Inhalt, die freilich nie gelingen wird, wie den Klügeren nach jeder für die Gesellschaft verheerenden Krise dämmert. Man kann diesen Traum auch negativ deuten – als Alptraum. Demnach wäre die Flucht von Kapital in Spekulation, dereguliertes Bandenwesen, unproduktiven Rüstungskonsum und schleichende Verstaatlichung, von dem aggressiven Kapitalapologeten Hans-Werner Sinn völlig zu Recht als Zombifizierung des Kapitalismus bezeichnet, ein Versuch, dem Fluch der Profitklemme zu entkommen.

In diese Reihe der Verselbständigungen muss man auch die Gafa-Unternehmen plazieren – mit einer wichtigen Modifikation, aber zu der später. Zunächst: Sie handeln mit Daten, sie erfassen sie, formatieren sie, werten sie aus und ermöglichen so zielgerichtete Werbung. Facebook und Google leben fast ausschließlich von Werbung – die Umsätze, die Googles Suchmaschine generiert, etwa drei Milliarden Dollar pro Monat, machen bei aller Diversifikation der Unternehmensgruppe immer noch 90 Prozent des Gesamtumsatzes aus –, und Amazon lebt davon, dass diese Werbung sich in Konsumentenhandlungen übersetzt; auch Apple, in dieser Reihe das fast noch konventionelle Herstellungsunternehmen, kann nur überleben, wenn es Geräte und Betriebssysteme anbietet, die den perfekten Fluss der Datenströme generieren.

Daten sind also nicht der Arbeit wesensgleich – vielmehr triggern sie Arbeit. Wenn Daten von den Gafa-Unternehmen als Informationen zur Nachfrage von bestimmten Waren formatiert werden, dann hat das Auswirkungen für die auf diesen Märkten agierenden Unternehmen und ihre Beschäftigten. Daten sind auch kein Rohstoff, sondern gesellschaftlich hochgradig vermittelt, der letzte Baustein eines gesellschaftlichen Prozesses, den wiederum Unternehmen außerhalb des Gafa-Universums benötigen, um

darauf ihre Produktionsstrukturen und ihre Produktpalette abstellen zu können. Gegenüber Rohöl sind sie ein äußerst verfeinerter Schmierstoff.

In einigen Foren werden Gafa-Unternehmen denn auch als Gatekeeper bezeichnet – als Türsteher (über die Herkunft des Türstehergewerbes aus der organisierten Kriminalität mag man jetzt schön weitschweifig assoziieren). In seiner gesamten Geschichte ist der Kapitalismus von Gatekeepern und Schleusenwächtern begleitet, die Arbeitsmärkte regulieren (Mafia), über Kredite entscheiden, als Nachfragestaat Infrastrukturprojekte anstoßen oder sie zugunsten des Rüstungsbarocks vernachlässigen oder die Anlagenot des Kapitals durch Schaffung von Phantasiemärkten wie dem für Kunstwerke zu lindern versuchen.

Wenn sehr wenige Programmierer von Google oder Facebook Monat für Monat phantastische Umsätze generieren, dann verweist das nicht auf eine neue Ökonomie, in der die Interaktion von »c«, »v« und »m«, von konstantem Kapital, variablem Kapital und Mehrwert, außer Kraft gesetzt ist, sondern auf durchaus dramatische Prozesse im Inneren des Kapitals selbst. Die Tatsache, dass die großen Kapitale mehr denn je auf Gatekeeper angewiesen sind, die ihnen verbesserte und also zielgerichtete Absatzmöglichkeiten verschaffen, verweist darauf, dass ihre Akkumulationsrate längst abnimmt und sich nicht mehr aus sich heraus vergrößern kann.

Zur oben angekündigten Modifikation: Jeder Apologet der Digitalisierung würde an dieser Stelle einwerfen, dass die hier vorgeschlagene Erklärung, den Erfolg der Gafa-Unternehmen nicht aus ihnen selbst, sondern aus einer säkularen Krise des Kapitals zu verstehen, dem Wesen der Digitalisierung nicht gerecht wird. Wie schreibt doch Dirk Baecker in seiner lesenswerten Studie *4.0 oder Die Lücke, die der Rechner lässt*: »Die sogenannte digitale Transformation (der Gesellschaft) ist rekursiv und nichttrivial. Sie verändert die Voraussetzungen, unter denen sie stattfindet, und damit auch die Ziele, die sie verfolgt.« Das Zauberwort heißt: »Cyber-Physical Systems« (CPS), die (Rück-)Kopplung von Datenströmen an materielle (Produktions-)Prozesse, die dann wiederum Auswirkungen auf die Datenströme haben.

Die annähernd perfekte Erfassung von Nutzern des Internets und ihrer Bedürfnisse bedeutet nicht nur, dass die Produktion der entsprechenden Konsumgegenstände ebenso perfekt differenziert werden kann, sondern auch, dass die Produktion selbst nach diesen Mustern funktioniert. Das heißt dann »Internet der Dinge« oder »Industrie 4.0«, gemeint ist die Vernetzung jedes Produktionsschritts in dem Sinne, dass noch jeder Schraubenkasten Informationen sendet, etwa wann er aufgefüllt werden muss und ob in absehbarerer Zeit ein erhöhter Bedarf an genau diesen Schrauben entstehen wird. Schnittstelle dieser Informationen ist das handelsübliche Smartphone, das allenfalls ein paar zusätzliche Anwendungsmodule benötigt. Um eine Produktionsstraße zu koordinieren, einen Drohneneinsatz zu steuern, auf Ebay zu bieten oder auf Twitter über die allgegenwärtige Überwachung zu lamentieren, bedarf es bloß ein und desselben Gerätes, das für seine je besonderen Aufgaben kaum modifiziert werden muss.

Sinnbildlich dafür war kürzlich die Werbung der Bundeswehr auf der beliebten Spielemesse Gamescom, sie pries Militäreinsätze ganz im Look der modernen Spieleästhetik an. Es ist die vollständige Durchsetzung einer Logik der Identität, die Totalität des Kapitals schlägt um in Totalitarismus. Und es macht die Ausbeutung von Arbeitskraft, für die man sich im gesellschaftlichen Durchschnitt immer mehr Ausbildungskosten sparen können wird, so schön einfach.

CPS – auch das ein durchaus missverständlicher technisch-stofflicher Ausdruck für einen genuin sozialen Vorgang – bezeichnet das Eindringen der Arbeitsphilosophie und Wirtschaftsstrategien der Gafa-Unternehmen in den Kernbereich der Verwertung produktiver Arbeit selbst. Auch das ist strukturell nichts Unbekanntes, frühere Verselbständigungsformen des Kapitalismus hatten ebenfalls Auswirkungen auf den Produktionsprozess selbst – aber nicht in dem Ausmaß und nicht in der Radikalität jener Identität. Was auf dem Markt der Konsumgüter die vollständige Ausleuchtung der Konsumenten ist, ist in der Produktion selbst die passgenaue Einsetzung von »rein logischen« Methoden zur Produktivitätssteigerung, anders gesagt: zur Ausbeutung von fremder Arbeitskraft. Das ist das Kalkül, das hinter der »Industrie 4.0« steckt.

Sie setzt aber weiterhin, um im Bild zu bleiben, eine Industrie 3.0, 2.0 und 1.0 voraus, also Ausbeutungsformen, die sich immer weniger verhüllt und immer aggressiver zeigen, je größer ihr räumlicher Abstand von unserem Facebook-Narzissmus ist: Das fängt bei den gehetzten Essenslieferanten und Paketzustellern an, setzt sich im brutalen Zeitregime in den Warenlagern von Amazon und bei den Massen von digitalen Müllentsorgern fort, die in Manila Facebook im Akkord entrümpeln, und endet in den Bergwerken Afrikas und Lateinamerikas, in denen die speziellen Metalle und Seltenen Erden für unsere Smartphones geschürft werden. Hier ist der Kapitalismus nicht digitaler, sondern schlicht so brutal geworden, wie er immer schon war. Es hilft nichts: Wer die Gafa-Ökonomie verstehen will, muss in die Hölle der Produktionsstätten und Transportketten hinabsteigen.

Felix Klopotek schrieb in konkret 7/18 über die Doppel-CD »Karl Marx's 200th«

Werner Rügemer

Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts

Abriss zum Aufstieg der neuen Finanzakteure

978-3-89438-675-7
357 Seiten | € 19,90

BlackRock & Co., Hedge- und Private-Equity-Fonds, Amazon, Google, Facebook u. a.: Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts nutzen Finanzoasen, stützen sich auf zivile Beraterarmeen und kooperieren mit Militär und Geheimdiensten. Ein Vergleich mit dem kommunistisch geführten Kapitalismus Chinas umreißt Alternativen.

Kees van der Pijl

Der Abschuss

Flug MH 17, die Ukraine und der neue Kalte Krieg

978-3-89438-649-8
358 Seiten | € 19,90

Den Abschuss von Flug MH 17 und den Bürgerkrieg in der Ukraine bettet Kees van der Pijl ein in den Kontext des neuen Kalten Krieges gegen Russland. Darin sieht er ein strategisches Muster des spekulativen Finanzkapitals, das seit den 1990er Jahren zur dominierenden Kapitalfraktion geworden ist.

Claudia Pinl

Ein Cappuccino für die Armen

Kritik der Spenden- und Ehrenamtsökonomie

978-3-89438-677-1
159 Seiten | € 12,90

In den vom Sozialabbau geschaffenen Nischen breiten sich eine regelrechte Spendenindustrie und billige Freiwilligenarbeit aus. Claudia Pinl wendet sich gegen die Rückkehr zum mittelalterlichen Mildtätigenwesen und plädiert für den Sozialstaat als Garant gesellschaftlichen Zusammenhalts.

PapyRossa Verlag
Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln
Tel. (02 21) 44 85 45 | Fax (02 21) 44 43 05
mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de

Zahltag

Die Krise der türkischen Wirtschaft ist im Wortsinne selbstverschuldet. Von Tomasz Konicz

Einen Vertrag für eine zweite Bagdad-Bahn hat Außenminister Heiko Maas (SPD) bei seinem letzten Besuch in der Türkei nicht abschließen können – aber Ankara ist für den Anfang auch nicht schlecht. Rund 35 Milliarden Euro soll die Modernisierung des türkischen Schienennetzes kosten, die Berlin nach dem Willen des Erdoğan-Regimes finanzieren soll. Schon Ende September wird Wirtschaftsstaatssekretär Thomas Bareiß das umfassende Investitionsvorhaben in Ankara aushandeln, auf dessen Realisierung selbst das investitionsfreudige China dankend verzichtete. Die Bundesregierung sehe in dem Vorhaben »eine Chance, eine Verschärfung der Wirtschaftskrise« in der Türkei zu verhindern, hieß es in deutschen Medien. Selbstverständlich würden vor allem deutsche Konzerne, etwa Siemens, von der ökonomischen Stabilisierung der Islamofaschisten in der Türkei profitieren. Der deutsche Technologiekonzern soll die türkische Staatsbahn mit Hochgeschwindigkeitszügen im Wert von 340 Millionen Euro beliefern.

Die Bundesregierung scheint im Fall der Türkei zu ermöglichen, was Griechenland jahrelang verwehrt wurde: Berlin will Erdoğan ein Konjunkturprogramm zur Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur finanzieren und damit das Regime in Ankara just in dem Augenblick stützen, in dem es ökonomisch im Gefolge der Auseinandersetzungen mit den USA ins Schlingern gerät. Jenseits des Atlantiks nimmt man die Bereitschaft Berlins, auch in der Türkei-Frage auf Konfrontationskurs zu Washington zu gehen, durchaus zur Kenntnis. Merkel eruiere Möglichkeiten, Erdoğan ohne direkte und in der deutschen Öffentlichkeit unpopuläre »Notfallfinanzierungen« ökonomisch unter die Arme zu greifen, berichtete der Nachrichtendienst Bloomberg Ende August. Geleistet werden soll das mit Hilfe eines über Exportbürgschaften und Kredite finanzierten Konjunkturprogramms, das zugleich als Exportfördermaßnahme für deutsche Konzerne fungiert.

Die türkische Wirtschaft befindet sich seit Mitte August im Krisenmodus, nachdem eine monatelange Phase schleichender Währungsabwertung in einen massiven Abwertungsschub im Gefolge der türkisch-amerikanischen Auseinandersetzungen mündete. Bei dem diplomatischen und handelspolitischen Streit zwischen Washington und Ankara hatte US-Präsident Donald Trump die türkische Währungskrise durch Twitter-Nachrichten drastisch verschärft, in denen er weitere Strafzölle auf türkische Produkte ankündigte – die türkische Lira schmierte nach einem solchen Tweet Mitte August binnen eines Handelstags um 20 Prozent ab. Das türkische Währungsdesaster wird aber erst aus mittelfristiger Perspektive deutlich: Vor einem Jahr konnten die Bürger der Türkei einen US-Dollar für rund 3,5 Lira erwerben, nun müssen sie rund 6,5 Lira dafür zahlen.

Den Anlass der Eskalation zwischen den USA und der Türkei bildete die von Ankara praktizierte Politik inoffizieller Geiselnahmen ausländischer Bürger, um politische Konzessionen zu erpressen. Washington sollte durch die Inhaftierung des US-Pastors Andrew Brunson dazu gebracht werden, den islamistischen Erzrivalen Erdoğans, den Prediger Fethullah Gülen, endlich an Ankara auszuliefern. Pastor gegen Prediger – dieser Deal schwebte Erdoğan offensichtlich vor. Doch die Türkei hat sich verkalkuliert. Washington riss nach einem gut zweijährigen Verhandlungspoker der Geduldsfaden, und Trump verschärfte mittels Sanktionen und Strafzöllen die Auseinandersetzung.

Selbstverständlich war die Personalie Brunson nur der berühmte letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Entscheidend waren die insgesamt zunehmenden geopolitischen Spannungen zwischen den USA und der islamistischen Türkei, die im August offen zutage traten. Es sind diese grundlegenden strategischen Konflikte, die sich Berlin für einen Machtgewinn in der Region zunutze machen will.

Erdoğan ist bemüht, die Türkei aus der westlichen Einflusssphäre, aus dem Orbit der im hegemonialen Abstieg begriffenen USA, zu führen, um das Land als regionale Hegemonialmacht nach dem historischen Vorbild des osmanischen Imperiums zu etablieren. Letztlich versucht Ankara dabei einen Balanceakt, bei dem Erdoğan unter Ausnutzung der geopolitischen Lage der Türkei seine neo-osmanischen Großmachtphantasien verwirklichen will. Dabei versucht er, sowohl von der transatlantischen Allianz wie auch von den »eurasischen« Großmächten Russland und China maximale Zugeständnisse zu erpressen, indem er mit einem Übertritt ins jeweils andere machtpolitische Lager droht.

Dieses Balancieren zwischen den Machtblöcken schien mit der Eskalation Mitte August endgültig gescheitert. Aus türkischer Sicht ist es nicht nur die angebliche amerikanische Unterstützung des Putschversuchs gegen Erdoğan, sondern auch die US-Kooperation mit den syrischen Kurden im Kampf gegen den jahrelang von Ankara unterstützten Islamischen Staat, die zum Bruch zu führen droht. Und Russland hat es erfolgreich verstanden, die türkisch-amerikanischen Spannungen auszunutzen, indem der Kreml den regionalen türkischen Expansionsplänen entgegenkam und die Kurden in der nordsyrischen Region Afrin, die in der russischen Einflusssphäre lag, in einem klassisch imperialistischen Deal für Erdoğans Soldateska zum Abschuss freigab.

Es folgten Energiedeals zwischen Putin und Erdoğan sowie ein militärpolitischer Coup, den Washington nicht hinnehmen will: die Lieferung von hochmodernen russischen S-400 Luftabwehrraketen an die Türkei, die selbst für US-Kampfflugzeuge eine Bedrohung darstellen würden. Der Erwerb des russischen Raketensystems durch den »Nato-Partner« Türkei, der von Washington als eine »rote Linie« markiert wurde, sei de facto eine persönliche Entscheidung des zunehmend autokratisch regierenden Erdoğan, meldeten US-Medien. Der Think-Tank Atlantic Council sieht in einem Mitte August publizierten Beitrag einen Zusammenhang zwischen dem Erwerb des S-400 Systems und der Aussetzung von türkisch-amerikanischen Militärdeals, hier insbesondere dem Stopp einer Lieferung von modernen F-35 Kampfflugzeugen an Ankara.

Der durchschlagende »Erfolg« der US-Strafzölle wäre nicht eingetreten, wenn die türkische Volkswirtschaft sich in einem guten Zustand befunden hätte. Wenn ein Tweet des US-Präsidenten die Landeswährung binnen weniger Stunden um gut 20 Prozent abstürzen lassen kann, war das entsprechende Land bereits zuvor in einer Krise. Die aktuellen Auseinandersetzungen mit den USA beschleunigen nur eine bestehende Krisentendenz. Und Washington hat beim aktuellen Kräftemessen mit

Ankara genau da angesetzt, wo es wirklich weh tut.

Wie dies auch in vielen anderen Schwellenländern der Fall ist, lief der jahrelange türkische Wirtschaftsboom auf Pump. Die gute Konjunktur der türkischen Wirtschaft war kreditfinanziert, wobei das Land zugleich ein enormes Leistungsbilanzdefizit von inzwischen 6,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufweist. Somit benötigt Erdoğans Türkei permanente Zuflüsse an Kapital, um dieses Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren – was das Land für Währungs- und Finanzmarktturbulenzen besonders anfällig macht. Diese Diskrepanz zwischen dem regionalen Hegemonialanspruch Ankaras und der starken ökonomischen Abhängigkeit von ausländischen Finanzquellen lässt die türkischen Großmachtträume schnell platzen.

Insgesamt handelt es sich um rund eine halbe Billion Dollar, mit der allein die türkischen Unternehmen in der Kreide stehen, was in etwa 70 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung entspricht. Nach Abzug der Devisenreserven bleiben Verbindlichkeiten in Höhe von 222 Milliarden Dollar, von denen rund 125 Milliarden binnen des kommenden Jahres fällig sind. Laut OECD hat kein vergleichbares Schwellenland ähnlich hohe Auslandsschulden wie die Türkei. Angesichts des Wertverlusts der türkischen Lira schnappt in der Türkei die klassische Schuldenfalle zu: Die in der Landeswährung erzielten Einkünfte werden kaum noch ausreichen, um die immer teurer werdenden Kredite in Fremdwährungen zu bedienen, die zu einer Zeit aufgenommen wurden, als im Gefolge der Finanzkrise von 2008 das Weltfinanzsystem mit billigem Geld geflutet wurde.

Erdoğan war zudem bemüht, im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im Juni dieses Jahres die Konjunktur mit einer extrem expansiven Geldpolitik anzuheizen, was sich nun in einer Inflationsrate von 16 Prozent niederschlägt. Der türkische Staatschef hält zudem hohe Zinsen für die Ursache der Inflation. Die Zuspitzung der Währungskrise Mitte August resultierte zum guten Teil aus seiner Auseinandersetzung mit der türkischen Zentralbank, in der er sich gegen massive Zinserhöhungen ausgesprochen hat. Die Wirtschaft der Türkei wuchs im vergangenen Jahr, angefacht durch niedrige Zinsen, um 7,4 Prozent, für das laufende Jahr werden hingegen nur 2,5 bis vier Prozent Wachstum prognostiziert. Dabei befindet sich nicht nur die Inflation, sondern auch die Arbeitslosenquote mit rund elf Prozent im zweistelligen Bereich.

Die Türkei muss bei einer konjunkturellen Vollbremsung Hunderte von Milliarden Dollar an Auslandskrediten bedienen, die im sich beständig verteuernden US-Dollar aufgenommen wurden. Oder Erdoğan lässt weiter die Notenpressen auf Hochtouren laufen, was eine Hyperinflation zur Folge hätte. Die Konturen der kommenden Schuldenkrise zeichnen sich überdeutlich ab, doch bislang weigert sich der türkische Autokrat, ein Krisenprogramm des IWF zu akzeptieren, das ihm auch Berlin nahelegt.

Dabei ist die Türkei nur der aktuelle Extremfall. Die Liste der Schwellenländer, die einen ähnlichen kreditfinanzierten Boom ab 2008/09 erlebten, als »billiges Geld« aus den Zentren des Weltsystems auf der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten in die Semiperipherie strömte, ist lang. Die Gefahr, dass die gegenwärtigen geopolitischen Machtkämpfe, die mit ökonomischen Druckmitteln geführt werden, dem labilen spätkapitalistischen Finanzsystem den nächsten Kriseneinbruch bescheren, ist real. Die türkische Schuldenkrise könnte auf viele überschuldete Schwellenländer überspringen – auch die brüchige EU, die sich nie richtig vom deutschen Spardiktat erholt hat, würde dann in Mitleidenschaft gezogen. Neben dem schnöden Exportinteresse ist es vor allem das Bestreben, die Türkei nicht als den flüchtlingspolitischen Türsteher Europas zu verlieren, die Deutschlands Bemühungen motiviert, die Türkei zu stabilisieren. ●

Picture Alliance / AA

Özil, übernehmen Sie: Außenminister Maas bei Präsident Erdoğan, Ankara, September 2018

Tomasz Konicz schrieb in konkret 7/18 über die Folgen der deutschen Austeritätspolitik

Brand-beschleuniger

Was würde ein Regime Change im Iran bedeuten? Die vergangenen Jahre bieten reichlich Anschauungsmaterial. Von Jörg Kronauer

Am 16. August 1953 war der Putsch in vollem Gange. Tags zuvor war der erste Versuch, den iranischen Premierminister Mohammed Mossadegh aus dem Amt zu jagen, kläglich gescheitert: Schah Reza Pahlavi hatte den Politiker entlassen wollen, der es sich durch die kompromisslose Nationalisierung der iranischen Erdölförderung zu Lasten der Anglo-Iranian Oil Company mit Großbritannien verdorben hatte; Mossadegh aber hatte den Offizier, der das Kündigungsschreiben überbringen sollte, einfach verhaften lassen, und der Schah floh nun hastig aus dem Land. Die Drahtzieher des Umsturzes – CIA und MI6 – jedoch blieben am Ball. Sie starteten Propagandaaktionen, finanzierten Unruhen; schließlich gelang es ihnen am 19. August, Mossadegh zu stürzen. Bald darauf ging die Hälfte der iranischen Öleinnahmen wieder an ein hauptsächlich britisch-US-amerikanisches Konsortium; der Schah errichtete seine blutige Herrschaft, US-Berater besetzten die Schaltstellen in Teheran. Mossadeghs Versuch, den Iran aus der Abhängigkeit von den Westmächten zu befreien und dem Land eine eigenständige Zukunft zu eröffnen, war gescheitert – an London und an Washington.

Am 16. August 2018 trat in Washington Außenminister Michael R. Pompeo vor die Presse. Nicht nur in Teheran war an jenem Tag die Erinnerung an die Ereignisse von 1953 lebendig; auch im außenpolitischen Establishment in der US-Hauptstadt dachte so mancher an den Putsch zurück. Erst tags zuvor hatte etwa der langjährige CIA-Mitarbeiter Paul R. Pillar den bevorstehenden 65. Jahrestag des Umsturzes zum Anlass genommen, um auf der Website des Atlantic Council Lehren aus den damaligen Geschehnissen zu ziehen. Pompeo jedenfalls hielt es nicht für nötig, mit seinem Auftritt wenigstens noch ein paar Tage zu warten, um seine Mitteilung nicht in einen direkten Zusammenhang mit dem sich jährenden Putsch zu stellen; im Gegenteil. »Ich freue mich«, las er von einem Zettel ab, »die Gründung der Iran Action Group bekanntzugeben.« Die neue Gruppe werde sämtliche Iran-Aktivitäten des State Department koordinieren. Die US-Regierung fordere »große Veränderungen im Verhalten des Regimes«; dabei solle die Iran Action Group »täglich Fortschritte« erzielen – »und viel mehr«. »Action Group«? Da mochte Pompeo noch so oft bekräftigen, die Trump-Administration strebe keinen Regime Change in Teheran an: Ernst nahm diese Beschwichtigung nun kaum noch jemand.

Was wird geschehen, sollte es Washington tatsächlich gelingen, mit Sanktionen oder anderen Mitteln den Sturz der iranischen Regierung zu erzwingen? Werden in Teheran prowestliche Kräfte das Ruder übernehmen und das Land in eine, sagen wir, liberal geprägte parlamentarische Demokratie nach transatlantischem Vorbild transformieren? Werden der Nahe und der Mittlere Osten friedlichen Zuständen wenigstens ein Stück weit nähergebracht? Voraussagen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen, hat wer auch immer mal zutreffend gesagt: Wahrsagerei war noch nie ein seriöses Geschäft. Dennoch kann man zweierlei tun, um die Folgen eines möglichen, von außen herbeigeführten Umsturzes im Iran ein wenig präziser zu fassen. Man kann – erstens – die politischen Kräfteverhältnisse im Land betrachten. Und man kann – zweitens – versuchen, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen – ganz so, wie es etwa Paul R. Pillar kürzlich mit Blick auf den Putsch in Teheran vom Sommer 1953 tat. Zusätzlich gibt es, was das Thema Regime Change in Nah- und Mittelost betrifft, aus den vergangenen 15 Jahren reichlich Anschauungsmaterial.

Das erste große Beispiel ist der Irak. War die Herrschaft Saddam Husseins nicht von einer Art, die loszuwerden man der irakischen Bevölkerung nur wünschen konnte? Natürlich. Aber erstens ging's beim US-geführten Überfall vom 20. März 2003 vor allem darum, die bis dahin noch widerspenstigen Staaten in Nah- und Mittelost der westlichen Hegemonie unterzuordnen; *freedom and democracy* – so ging, wie üblich, die PR. Zweitens hat Saddams Sturz, der von vielen – auch von Linken – als Befreiungstat bejubelt wurde, gezeigt, welche furchtbaren Folgen ein gewaltsamer äußerer Eingriff haben kann. Befreiung? Der Irak hat sich von dem Krieg, von den zahllosen Todesopfern, von den gewaltigen Zerstörungen und vor allem von der tiefen gesellschaftlichen Zerrüttung, die der Krieg mit sich brachte, nicht wieder erholt.

Die Verwüstung des Landes hat Al Qaida den Nährboden bereitet, den die Terrororganisation benötigte, um wieder zu wachsen; auf irakischem Territorium ist aus ihr heraus im Oktober 2006 der sogenannte Islamische Staat im Irak erwachsen, aus dem sich letztlich der IS entwickelt hat. Und: Der Umsturz in Bagdad hat es dem Iran ermöglicht, über die schiitische Bevölkerungsmehrheit des Irak starken Einfluss in dem zuvor mit ihm verfeindeten Nachbarland zu erlangen – aus Sicht von US-Strategen ein klassisches Eigentor. »Mögliche Bumerangeffekte«, hieß es in einer 1954 verfassten CIA-internen Auswertung des Mossadegh-Sturzes, müsse man bei so »explosiven« Aktivitäten wie einem Regime Change »immer im Hinterkopf haben«. Offenbar wird die Verbindung vom Hinterkopf zum Großhirn nicht immer ausreichend genutzt.

Ein zweites großes Beispiel bietet der Sturz von Muammar al Gaddafi in Libyen im Jahr 2011. *Freedom and democracy*? Na klar, das wurde erneut für's Publikum gespielt, und die Öffentlichkeit klatschte Beifall, als es Gaddafi an den Kragen ging. Über die wirklichen Kriegsziele tauschten sich französische Geheimdienstler mit britischen Kollegen aus, als sie vorab das Kleingedruckte der Verabredungen für den Feldzug in Libyen diskutierten; über die britischen Kollegen fanden die Pariser Kriegsziele letztlich den Weg in den Untersuchungsbericht eines Londoner Parlamentsausschusses, und in dem Papier kann man sie nachlesen.

Worum also ging's? In Nordafrika die eigene Macht konsolidieren; militärische Stärke demonstrieren; sich den Zugriff auf das libysche Öl sichern: Das waren die sehr profanen Gründe für den Regime Change in Libyen jenseits der hippen rhetorischen Höhen, für die sich erneut auch Linke begeisterten. Freilich war allen Beteiligten klar, dass man es anders als im Irak machen müsse, wollte man nicht nur, wie es der ehemalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Jürgen Chrobog, formulierte, »Gewalt und Terror« ernten. Also bombte man den Aufständischen den Weg frei, schickte aber selbst kei-

ne Bodentruppen; das US-Magazin »Foreign Policy« publizierte im August 2011 unter dem Titel »Das Bagdad-Syndrom« zusätzliche praktische Lehren aus dem Krieg im Irak wie »Dulde keine Milizen« und »Sag einfach nein zu Al Qaida«.

Das Ergebnis der angeblichen Läuterung der westlichen Umstürzler ist bekannt: Der libysche Staat ist zerstört; Milizen herrschen mit Gewalt und Terror; Al Qaida, punktuell auch der IS, haben attraktive Operationsgebiete im Land. Befreiung? Der libyschen Bevölkerung hätte man kaum Schlimmeres zufügen können. Und, nebenbei, auch die westlichen Strategen, die vom Ausbau ihrer Macht und von der Kontrolle des Öls schwadronierten, haben – einmal mehr – das Gegenteil erreicht.

Selbstverständlich hatte der Westen beim dritten Beispiel – Syrien – abermals aus seinen Fehlern gelernt. Nämlich: Besser sei es, einheimischen Milizen, die die Regierung stürzen wollen, nicht den Weg freizubomben, sondern sie aufzurüsten, sie zu trainieren und sich ihren Sieg hart erkämpfen zu lassen – in der Hoffnung, im Verlauf dieser Kämpfe würde die Machtfrage unter den künftigen Herren des Landes gleich mitgeklärt und bliebe nicht, wie in Libyen, im Dauerkrieg zwischen den diversen Milizen unentschieden. Im Lauf der Zeit hat sich tatsächlich ein konkretes Milieu an die Spitze der Aufständischen gestellt: salafistisch-jihadistische Milizen, darunter der IS, der zuerst vom syrischen Raqqa aus staatliche Strukturen aufzubauen begonnen hatte, aber auch Al Qaida, deren syrischer Ableger Anfang September 2018 in der Provinz Idlib über eine fünfstellige Anzahl an Kämpfern verfügte – Osama Bin Laden hätte davon kaum zu träumen gewagt. Wie war das mit dem Bumerang? Und, ach ja: War es nicht eines der Umsturzziele des Westens, den Iran zu schwächen, indem man die in gewissem Maß mit Teheran kooperierende Regierung von Bashar al Assad in den Orkus schickte? Der Iran hat heute in Syrien mehr Einfluss als je zuvor.

Und nun? Nun zielt die Trump-Administration also auf einen Regime Change in Teheran. Und stehen die Chancen nicht besser, dass das diesmal auch klappt? Hat es nicht zu Jahresbeginn bereits heftige Proteste gegen die iranische Regierung gegeben? Nimmt nicht der Unmut darüber spürbar zu, dass die iranische Wirtschaft unter den US-Sanktionen zu leiden beginnt? Und kann man den Hass vieler Menschen auf die schiitisch-islamistischen Machthaber in Teheran nicht gut verstehen? Aber sicher – das kann man; man konnte es ja auch im Falle von Saddam Hussein, von Muammar al Gaddafi und von Bashar al Assad, wenn auch in sehr unterschiedlicher Form und in sehr unterschiedlichem Maß. Was wird also geschehen, sollte es Washington gelingen, die iranische Regierung über Boykottmaßnahmen und, wer weiß, vielleicht mit dem einen oder anderen Bombardement einer Atomanlage ins Wanken zu bringen? Gibt es dann endlich *freedom and democracy* nicht nur in der PR?

Der erwähnte Ex-CIA-Mann Paul R. Pillar hat sich um eine Antwort auf diese Frage bemüht. Er hat die Resultate der Regime-Change-Politik der vergangenen 15 Jahre höflich beschwiegen, hat statt dessen Lehren aus den Erfahrungen des Putschs vom August 1953 im Iran zu ziehen versucht – und er rät von Überlegungen, den Umsturz zu wiederholen, ab. Neben äußeren Gründen – 1953 hatte der Westen an einem Strang gezogen, heute sind die USA und die Mächte Europas in puncto Iran gespalten – nennt er vor allem einen zentralen inneren Aspekt: Bei Mossadeghs Sturz hatte das iranische Militär eine tragende Rolle gespielt; heute wäre allenfalls vorstellbar, dass das Militär beziehungsweise die Iranischen Revolutionsgarden Präsident Hassan Rohani durch einen Hardliner ersetzen – Stichwort Bumerang. Diese Option kommt übrigens auch in Betracht, sollte es gelingen, die Bevölkerung mit Sanktionen in eine Hungerrevolte zu treiben: Die Revolutionsgarden haben schon bei den Protesten zum Jahreswechsel keinen Zweifel daran gelassen, dass sie vor nichts zurückschrecken, um die Teheraner Machthaber im Sattel zu halten. Man triebe die Menschen also ins offene Messer, womöglich gar in einen mörderischen Bürgerkrieg.

Nicht auszuschließen wären zudem Zerfallskriege. Als im Januar im ganzen Land Unzufriedene auf die Barrikaden gingen, lieferten die Proteste in Khuzestan – der an den Irak grenzenden Erdölprovinz an der gemeinsamen Mündung von Euphrat und Tigris – Wasser auf die Mühlen arabischsprachiger Separatisten, die dort einen größeren Teil der Bevölkerung stellen. Westliche Strategen hatten schon vor Jahren nicht nur dort, sondern auch in Irans Provinz Ost-Aserbaidschan, außerdem natürlich im kurdischsprachigen Teil des Landes und in einer Reihe weiterer Regionen, Abspaltungspotential zum Schaden Teherans ausgemacht. Weitere Konflikte kämen womöglich hinzu. Im ostiranischen Zahedan etwa schwelt schon seit Jahren ein Konflikt zwischen dem Staat und Jihadisten, die in der dort ansässigen sunnitischen Minderheit Rückhalt suchen. Stürzt der Iran ins Chaos, erhielten vielleicht sogar Al-Qaida-nahe Gruppen neues Rekrutierungspotential.

Last but not least: Die Umsturzdrohungen aus Washington haben das Zeug, Regimekritiker im Iran zu einem Schulterschluss mit den Machthabern zu bewegen. Behzad Nabavi zum Beispiel, ein bekannter Anführer der Proteste von 2009, hat die Regierung bereits aufgerufen, sich den US-Sanktionen nicht zu beugen. Warum? Es gibt eine Erinnerung, die im Iran allgegenwärtig ist: diejenige, dass der Westen dem Land mit dem Putsch von 1953 Ausbeutung und blutige Unterdrückung gebracht hat und dass *freedom and democracy* eben nur PR für das schaulustige Publikum ist. Derlei Propaganda mag im bequemen Wohnzimmersessel im fernen Europa funktionieren. Im Iran aber hat man gelernt, was im wirklichen Leben davon zu halten ist.

Reuters/Carlos Barria

Vorarbeit: Nach den Atomgesprächen wird die Fahne des Iran abgeräumt, Wien, Juli 2015

Jörg Kronauer schrieb in konkret 9/18 über die Vereinigten Arabischen Emirate

Moskowitisch

Achter Teil einer Serie zum 200. Geburtstag von Karl Marx. Von Lars Quadfasel

Der blutige Schlamm mongolischer Sklaverei und nicht die rüde Herrlichkeit der Normannenzeit war Moskaus Wiege, und das moderne Russland ist nur eine Metamorphose dieses mongolischen Moskaus ... Iwan Kalita, der Mongolensklave, erlangte seine Größe, indem er die Macht seiner Erzfeinde, der Tataren, gegen seine geringsten Widersacher, die russischen Fürsten, gebrauchte. Nur unter listigen Vorwänden vermochte er, die Macht der Tataren für sich zu nützen. Gezwungen, vor seinen Gebietern die Macht, die er wirklich besaß, zu verbergen, musste er zugleich seine Mitsklaven durch eine Macht, die er nicht besaß, blenden ... Durch betrügerische Ausnutzung einer feindlichen Macht Spielraum zu gewinnen, diese Macht durch ihre Ausnutzung zugleich zu schwächen und sie schließlich dadurch, dass sie als Mittel benutzt wurde, zu Fall zu bringen – diese Politik wurde Iwan Kalita durch das besondere Wesen sowohl der herrschenden als auch der dienenden Rasse eingegeben. Seine Politik war noch die Iwans III. Sie ist noch die Peters des Großen und ist die des heutigen Russland, wenn auch Name, Land und Wesen der ausgenutzten feindlichen Macht gewechselt haben mögen. Peter der Große ist in der Tat der Erfinder der modernen russischen Politik, doch wurde er es erst dadurch, dass er die alte moskowitische Methode der Usurpation ihres rein lokalen Charakters und aller zufälligen Beimischungen entkleidete, dass er sie zu einer abstrakten Formel läuterte, ihre Anwendbarkeit verallgemeinert und ihre Ziele über die Beseitigung bestimmter, vorgegebener Machtgrenzen hinaus zu unbegrenztem Machtstreben erweitert hatte. Er verwandelte das Moskauer Reich in das moderne Russland durch die Verallgemeinerung seines Systems und nicht durch bloße Hinzufügung einiger Provinzen.

Um es zusammenzufassen: Das Moskowiterreich wurde in der schrecklichen und nichtswürdigen Schule mongolischer Sklaverei genährt und aufgezogen. Zu Kräften gelangte es nur, weil es in der Kunst des Sklaventums zum Virtuosen wurde. Selbst nach seiner Emanzipation spielte es die traditionelle Rolle des zum Herrn gewordenen Sklaven weiter. Peter der Große schließlich war es, der das politische Gewerbe des Mongolensklaven mit dem stolzen Ehrgeiz des mongolischen Gebieters vereinte, dem Dschingis Khan in seinem Testament die Eroberung der Erde vermacht hatte. (Karl Marx: *Enthüllungen zur Geschichte der Diplomatie im 18. Jahrhundert.* Hg. von K. A. Wittfogel, Frankfurt am Main 1981, S. 108 ff. Englisches Original unter: www.gutenberg.org/ebooks/32370)

Dass die von Marx ersehnte proletarische Revolution ausgerechnet in Russland ausbrechen würde, gehört zu den bizarrsten Kapriolen des Weltgeistes. Als Revolutionär hatte Marx mit Russland nie etwas anfangen können. Nicht dass an Marx' Hass auf die zaristische Barbarei auch nur der geringste Zweifel bestanden hätte. Noch in jedem innerimperialistischen Konflikt ergriffen Engels und er Partei für deren Gegner. Aber es ist gerade das Fortwesen dieser Barbarei, ihr Reüssieren als unbestrittene europäische Großmacht, die jeder historischen Vernunft ins Gesicht schlugen und also mit den Mitteln der Kritik der politischen Ökonomie allein kaum erklärbar schienen.

Wenn überhaupt, so griff Marx daher, um mit dem Problem Russland zu Rande zu kommen, zur traditionellen Geschichtsschreibung der Haupt- und Staatsaktionen. Der umfassendste Versuch in diesem Sinne findet sich in der 1857/58 entstandenen Schrift *Enthüllungen zur Geschichte der Diplomatie im 18. Jahrhundert*, einer von Marx kommentierten Sammlung von diplomatischen Briefen und Denkschriften, die sich dem Aufstieg Russlands zur Seemacht unter Peter I. widmen. In ihr findet sich die zitierte Skizze zur Geschichte des Zarenreichs; und da Marx keine Hemmungen kannte, Pauschalurteile auch über ganze Völker abzugeben, ist das Ergebnis, in der Diktion teils an Nietzsche und teils an G. R. R. Martins *A Game of Thrones* erinnernd, ebenso boshaft wie pointiert und unterhaltsam.

Stalin hat es freilich nicht gefallen. Der Streit um die Aufnahme dieser und einiger anderer, wie man heute wohl sagen würde: »russophober« Texte trug nicht nur dazu bei, den in den Zwanzigern in der Sowjetunion begonnenen ersten Versuch einer Marx-Engels-Gesamtausgabe vorzeitig zu beenden, sondern sollte später, in den Säuberungen der Dreißiger, auch MEGA-Herausgeber David Rjasanow sein Leben kosten. Und das Stalinsche Verdikt hallte weit über dessen eigenen Tod hinaus nach: Die *Enthüllungen* wurden, auf Geheiß der SED, nicht in die MEW übernommen und konnten, sehr zur Freude dortiger Antikommunisten, nur in Westdeutschland erscheinen.

Vielleicht aber ahnten die Funktionäre des Marxismus-Leninismus auch, dass der Text weit mehr in Frage stellte als nur die Nationalgeschichte des großen Verbündeten. Der Gegenstand der *Enthüllungen* nämlich ist nicht einfach der Aufstieg Russlands, sondern die eigenartige Widerstandslosigkeit, mit der England, die maritime Hegemonialmacht der Zeit, ihn geschehen ließ – wenn sie ihn nicht gar durch eine Reihe bizarrer Manöver insgeheim beförderte.

Zu den liebsten Allgemeinplätzen der Linken gehört die Überzeugung, dass jeder außenpolitischen Entscheidung in Wahrheit irgendein handfestes Interesse zugrunde liegt. Materialistisch geht es überall da zu, wo man auf der Landkarte die Pipelines entdeckt. Marx hingegen legt ausführlich dar, warum die englische Unterstützung für Peter I. sich gerade nicht rentabel ausnahm, sondern bestenfalls ein Nullsummenspiel war. Und er ergeht sich darüber hinaus im Spott über jene neunmalklugen Bescheidwisser, die durch Verweis auf Kapitalinteressen der britischen herrschenden Klasse die ideologischen Zulieferdienste leisteten:

Zu jener Zeit (der »Glorreichen Revolution«) oblag dem Kabinett wenigstens noch die Verpflichtung, außenpolitische Maßnahmen durch merkantile Vorwände – wie nichtig sie auch sein mochten – zu rechtfertigen. In unserer Zeit haben die britischen Minister diese Bürde auf andere Nationen abgewälzt und überlassen den Franzosen, Deutschen usw. diese mühselige Aufgabe, ihre geheimen und verborgenen merkantilen Beweggründe zu erforschen. Wenn, zum Beispiel, Lord Palmerston einen anscheinend für die materiellen Interessen Großbritanniens höchst schädlichen Schritt unternimmt, erhebt sich sogleich ein Staatsphilosoph auf der anderen Seite des Atlantiks oder des Ärmelkanals oder auch im Herzen Deutschlands und zerbricht sich den Kopf, um die Geheimnisse des merkantilen Machiavellismus des »perfiden Albions« zu ergründen, als dessen skrupelloser und unerschrockener Vertreter Palmerston gilt.

Wie so viele von Marx' Arbeiten blieb auch diese Rudiment: Die veröffentlichten Kapitel waren ursprünglich nur als Einleitung gedacht. Wie Marx es sich daher erklärt, dass die Führungsmacht der westlichen Welt den barbarischen Emporkömmling nicht nur kontrafaktisch als gleichwertig behandelte, sondern auch alles dafür tat, damit dieser es wirklich würde – dieses Rätsel hat Marx, ob aus Ratlosigkeit oder aus Überdruss, nur konstatieren, aber nicht erklären können. Was hochgradig bedauerlich ist, denn eine solche Erklärung könnte sich heute als durchaus nützlich erweisen.

– Wird fortgesetzt –

literatur konkret

Nr. 43, 2018/2019

Queer gelesen

Es wird berichtet, dass Sie öfter Auseinandersetzungen mit anderen Zimmergenossen hatten. Ein Aggressionspotential ist bei Ihnen also vorhanden, das bei einem Homosexuellen nicht zu erwarten wäre … Weder Ihr Gang, Ihr Gehabe oder Ihre Bekleidung haben auch nur annähernd darauf hingedeutet, dass Sie homosexuell sein könnten.« Mit dieser Begründung lehnte das österreichische Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl den Asylantrag eines jungen Afghanen ab, der wegen seiner Homosexualität verfolgt wurde. Einen entsprechenden Antrag eines Irakers schmetterte der Wiener Schwulenerkennungsdienst wiederum wegen »überzogenen ›mädchenhaften‹ Verhaltens (Mimik, Gestik)« ab.

Mit dem globalen Rechtsruck feiert die Homo- und Transphobie, die auch aus der Mitte der Gesellschaft nie verschwunden war, fröhliche Urständ. Politik gegen »Genderideologie«, Regenbogenfamilien und Ehe für alle betreibt nicht nur die AfD, sondern auch CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer, und Elitevertreterinnen wie Gloria von Thurn und Taxis meinen, sich schützend vor den heterosexuellen Mann stellen zu müssen. Noch heute führen Ärzte und Heilpraktikerinnen »Konversionstherapien« zur »Heilung« von Homosexuellen durch.

Die ungarische Regierung hat soeben das Studienfach Gender Studies verboten, und nachdem die regierungsnahe Tageszeitung »Magyar Idők« verkündet hatte, das Musical »Billy Elliot« verführe Jugendliche zur Homosexualität, setzte die ungarische Staatsoper das Stück ab.

literatur konkret 2018/19, das Sonderheft zur Frankfurter Buchmesse, analysiert neue und alte Ressentiments, diskutiert aber auch Widersprüche innerhalb der queerfeministischen Szene. Eine Queerlese der Neuerscheinungen (S. 17ff.) vom schwulen Zombieschocker bis zur Hommage an Butches rundet das Heft ab.

Der Fotograf Daniel Nicoletta ist seit 40 Jahren Chronist der LGBT-Bürgerrechtsbewegung in der »gay capital of the world« und Weggefährte von Harvey Milk, der als erster offen schwuler Politiker in den USA Stadtrat von San Francisco war, bis ihn 1978 sein Vorgänger Dan White erschossen hat. Fotos aus Nicolettas Band *LGBT San Francisco* (Reel Art Press 2017, 304 Seiten) illustrieren das Heft.

Überzogen damenhaftes Verhalten: LGBT-Pride, 1989

3 **»Meinen Tuntenstatus hat Jens Spahn nicht verändert«**
Gespräch zwischen Jule Jakob Govrin und Patsy l'Amour laLove über die zunehmende Trans- und Homophobie und die richtige Art, innerhalb der queeren Szene zu streiten

7 **Die Grenzen des Spiels**
Alexandra Colligs über Widersprüche des Queerfeminismus am Beispiel seiner Kulturkritik

9 **Gerecht oder Geschlecht**
Wie die Bundesregierung für geordnete Geschlechterverhältnisse sorgen will. Von Oliver Tolmein

10 **»Die Deutschen lachen gerne nach unten«**
Interview mit dem Autor und Blogger Johannes Kram über »die schrecklich nette Homophobie in der Mitte der Gesellschaft« und deutschen Humor

12 **Oscar und ich**
Harald Nicolas Stazol über den Schauprozess gegen Oscar Wilde als Urknall der LGBT-Bewegung

15 **»Ficken heißt bei mir nicht angreifen«**
Interview mit der Rapperin Sookee über misogynen und queerfeindlichen Gangstarap, Songs für den Mainstream und die Sprache der Sexualität

17 **Rezensionen**
15 **konkret**-Autorinnen und -Autoren stellen 16 neue Bücher vor

Impressum: Herausgeber: Hermann L. Gremliza / Redaktion: Marit Hofmann (verantwortlich), Philipp Schmidt, Wolfgang Schneider / Gestaltung, Satz & Titel: NIKI·BONGI / Illustration Rückseite: Ernst Kahl / Titelfoto: Daniel Nicoletta /Anzeigen: Thomas Schulz / Vertrieb über KVV **konkret** / Druck: westermann druck GmbH, Braunschweig / Verlagsanschrift: KVV **konkret**, Ehrenbergstraße 59, 22767 Hamburg / **Einzelpreis: 2,50 Euro**

»Meinen Tuntenstatus hat Jens Spahn nicht verändert«

Ein Gespräch zwischen *Jule Jakob Govrin* und *Patsy l'Amour laLove* über die zunehmende Trans- und Homofeindlichkeit, die lesbische AfD-Vorsitzende Alice Weidel und die richtige Art, innerhalb der queeren Szene zu streiten

Die Philosophin Jule Jakob Govrin hat über das Verhältnis von Begehren und Ökonomie promoviert und forscht an der Schnittstelle von Politischer Theorie, Sozialphilosophie und Ästhetik. Sie ist Autorin von Sex, Gott und Kapital: Houellebecqs *Unterwerfung* zwischen neoreaktionärer Rhetorik und postsäkularen Politiken *(Edition Assemblage) und auch journalistisch tätig*.

Die Polittunte und Geschlechterforscherin Patsy l'Amour laLove ist Herausgeberin der Bände Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten *und* Selbsthass & Emanzipation. Das Andere in der heterosexuellen Normalität *(Querverlag), hat zur Schwulenbewegung der Siebziger promoviert, organisiert Veranstaltungen wie ihren Salon »Ludwig l'Amour« und kuratierte im Schwulen Museum Berlin die Ausstellung »Faszination Sex« über Martin Dannecker.*

literatur konkret: ***Bemerkt ihr seit dem allgemeinen Rechtsruck eine Zunahme von Trans- und Homofeindlichkeit im Alltag? Wie äußert sie sich?***

Jule Jakob Govrin: Mein kleiner Ausschnitt ist bei weitem nicht so bedrohlich wie das gesellschaftliche Gesamtbild. Aber das liegt an meiner Lebenswelt und vor allem daran, wie ich wahrgenommen werde. Ich bewege mich meistens in Kreuzberger Kreisen, in dezidiert linken, queeren Kontexten, und im akademischen Umfeld, einem tendenziell liberalen, geisteswissenschaftlichen Umfeld. Da werde ich als Frau gelesen, höchstwahrscheinlich auch als queer oder lesbisch, ohne dass ich damit sonderlich anecken würde. Nichtsdestotrotz höre ich in meinem Umkreis immer häufiger, dass Leute homo- und/oder transfeindlich angegriffen werden. Diese Attacken haben definitiv zugenommen.

Am eigenen Leib habe ich das in einem Sommer in Frankreich erfahren, das war 2015, also drei Jahre, nachdem das christlich-fundamentalistische Bündnis Manif Pour Tous angefangen hatte, massiv gegen die Homoehe zu protestieren. Freunde von mir saßen während einer dieser Massendemonstrationen im Marais, dem traditionell schwulen Kiez, während der wütende Mob direkt nebenan durch die Straßen zog. Da waren bürgerliche Leute dabei, die zuvor nie auf Demos waren und plötzlich sogar Polizisten angriffen. Man kann sich vorstellen, wie rasant danach gewalttätige Angriffe zugenommen haben. Homo- und Transfeindlichkeit ist wieder sprech- und salonfähig geworden. Als ich 2015 mit meiner damaligen Partnerin in Frankreich war, haben wir von früh bis spät böse Blicke, Kommentare und Gewaltandrohungen abbekommen – von den verschiedensten Personen. Ich habe vor zehn Jahren eine Weile in Frankreich gelebt. Obwohl es da seit jeher stramm konservativ zugeht, was Geschlechternormen angeht – so was hatte ich davor noch nicht erlebt.

Patsy l'Amour laLove: Bedrohlich sind auch für mich nicht die Orte, die ich aufsuche, um Freund_innen zu treffen. Dafür aber häufig der öffentliche Raum, auch in Kreuzberg und Neukölln, wo ich die meiste Zeit verbringe. Der Hass, der sich dort in Form von Beleidigungen oder Gewalt äußert, ist aber nicht neu. Die Gewalt gegen Homosexuelle und Trans* auf den Straßen hat nicht wegen des Rechtsrucks zugenommen. Es sind bei weitem nicht nur Rechte, die Homosexuelle angreifen.

Allerdings kann man eine größere Öffentlichkeit für reaktionäre Positionen beobachten, etwa der christlichen und muslimischen Antiaufklärung. Der Erfolg rechter Parteien ist der sichtbar gewordene Ausdruck des Unbehagens an der Liberalisierung und damit des Wunsches nach einer Rückbesinnung auf sogenannte alte Werte. Auch dieser Wunsch ist kein neuer; man wollte nur lange Zeit nicht sehen, dass sich viele nach einer politischen Regression sehnen.

Govrin: Das sehe ich ähnlich. Gerade kann man die ressentimentgeladene, reaktionäre Sehnsucht nach stabilen Identitäten, seien es geschlechtliche, sexuelle, nationale oder kulturelle Identitäten, wieder herausbrüllen und sich dabei als Revoluzzer gegen das vermeintlich »linksgrün versiffte« Establishment und die »Diktatur der politischen Korrektheit« gebärden. Dabei haben wir es jedoch mit einer modernen Rechten mit neuen Argumentations- und Agitationsformen zu tun. Die vom Vatikan unterstützte Manif Pour Tous, die auch ihren von Beatrix von Storch geförderten Ableger in Deutschland (Demo für alle) hat, hat in ihrer Argumentation den »Schutz des Kindes« vor dem vermeintlichen Missbrauch in Regenbogenfamilien in den Vordergrund gespielt. Außerdem nutzt sie gezielt ökonomische Ängste, macht eine »Homolobby« als neoliberale Elite

aus und preist das patriarchale Familienmodell als antikapitalistischen Schutzraum. Dabei geht es dieser Bewegung nicht um eine Kritik am Wirtschaftsliberalismus, sie kämpft gegen liberale Lebens- und Liebesweisen – mitunter mit linken antikapitalistischen Argumenten, die sie für ihre Zwecke umwendet.

l'Amour laLove: Ich denke nicht, dass das Problem ein Wunsch nach Stabilität ist. Reaktionär ist es, bestimmte Formen von »Lifestyle« – in diesem Sinne wird Identität alltagssprachlich meist verwendet – als moralisch bessere zu fordern oder als schlechtere abzuwerten. Dass sich jemand festlegt und sich der Differenz zwischen sich und anderen bewusst ist, also den_die Anderen als Andere wahrnehmen kann, ist nicht reaktionär, sondern Grundlage für wahre Toleranz. Die Scheintoleranz hat den Hass auf das Andere nicht hinter sich gelassen, sondern kaschiert ihn nur unter dem Deckmantel, dass doch alle irgendwie gleich seien.

Govrin: Ich meinte einen Wunsch nach stabilen Identitäten. Und da muss man erst mal zwischen alltagspraktischen Umgangsformen und ontologischen Identitätsideen unterscheiden. In philosophischer Perspektive dient die Einteilung von Menschen in Identitäten dazu, sie besser in sozialen Ordnungen einsortierbar und damit regierbar zu machen. Schließlich beginnt die Geschichte der Identitätsvorstellungen in der Kapitalismus- und Sexualitätsgeschichte. Das ist genau der theoretische Ansatz von queer: die Idee fixer Identitäten und sexueller Kategorien anzufechten. Auf alltagspraktischer Ebene wünsche ich mir natürlich auch einen Umgang, der jede_n erst einmal so annimmt, wie er oder sie ist, sich selbst versteht, und halbwegs wohlwollend in mögliche Auseinandersetzungen geht.

literatur konkret: ***Alice Weidel ist trotz ihrer Homosexualität in einer Partei, die sich strikt für ein sogenanntes klassisches Familienbild ausspricht. Zusammen mit ihrer Lebensgefährtin zieht die AfD-Vorsitzende zwei Söhne groß.***

Govrin: Es ist eine weitere Strategie rechter Parteien, Schwule und Lesben in die ersten Reihen zu setzen, um sich gegen den Vorwurf der Homophobie abzusichern und zugleich mit prohomosexuellen Argumenten antimuslimische Hetze zu betreiben. Beispielhaft hierfür sind Weidel und Jens Spahn.

Gerade hat Brynn Tannehill in der »Huffington Post« recherchiert, wie die religiöse Rechte überlegt, wie man am besten die LGBTI-Bewegung spaltet: anhand des Themas trans/cis – was ein fürchterlich schlauer Schachzug ist.

l'Amour laLove: Mit der These einer Instrumentalisierung übersieht man, dass Alice Weidel und Jens Spahn keine Marionetten sind, deren Fäden von oben gelenkt werden. Ich finde es vielmehr konsequent, dass selbstverständlich auch Lesben und Schwule Rechte sein können und in einer antihomosexuellen Partei als Homosexuelle_r aktiv.

Govrin: Natürlich sind Weidel und Spahn auch politische Akteur_innen, die an die Sache ihrer Partei glauben. Es hat schon lange eine teilweise Toleranz gegenüber Homosexualität in reaktionären Kreisen gegeben. Der frühere Vorsitzende des rechtsextremen Front National Jean-Marie Le Pen, ein Hardliner und Antisemit alter Schule, hat zeitlebens die Haltung an den Tag gelegt, dass Homosexuelle, solange sie nicht allzu schrill auftreten und ihre Sexualität Privatsache bleibt, seine Partei nicht stören. Dennoch verwahrt man sich, für deren Rechte einzutreten. Solch eine Scheintoleranz herrscht garantiert auch in Teilen der AfD. Dabei hat sich der gezielt selbstwidersprüchliche Umgang solcher Parteien mit Homosexualität verändert und ist zu einer zentralen Strategie geworden: Mit Homo-Rechten werben, wenn es der rassistischen Hetze dient, aber Gleichberechtigung oder Aufklärungsprogramme zu sexueller Vielfalt vehement bekämpfen.

l'Amour laLove: Die Scheintoleranz ist ein Phänomen, das wir in der ganzen Gesellschaft beobachten können. Die institutionelle und gesellschaftliche Liberalisierung seit den sechziger Jahren haben die Subjekte bei weitem nicht mitvollzogen. Sie haben die dahinterliegenden Konflikte nicht durchgearbeitet, sondern durch einen liberalen Schein kaschiert. Am eindrücklichsten sieht man das, wenn man eigentlich liberal gesinnte (angehende) Eltern fragt, was denn wäre, wenn ihr Kind homo- oder transsexuell wäre. Oft wird dann die »Sorge« darüber vorgeschoben, man wolle nicht, dass das Kind einen solch leidvollen Weg haben könnte. Das ist aber nur schlecht kaschierte Homo- und Transfeindlichkeit.

Govrin: Stimmt, eine derart geäußerte »Sorge« kaschiert vor allem die eigenen Ressentiments. Dennoch sollten wir die Rechte mindestens so aufmerksam beobachten, wie sie offenbar unsere Auseinandersetzungen beobachtet. Ich finde es erschreckend, dass fundamentalistische Religiöse unsere Debatten so genau kennen, dass sie diesen krassen Konfliktpunkt als Einsatzpunkt für ihre Spaltungsstrategien erkannt haben. Und dass sie dies so genau ausmachen können, liegt auch daran, dass in queeren Kontexten Konflikte mit Spektakeleffekt inszeniert werden wie bei der Gay Pride in London neulich, auf der eine transfeindliche Gruppe störte. Mit solchen Aktionen spielt sie den Homogegnern in die Hände. Es ist wichtig, sich dieser Strategien der Rechten bewusst zu sein, um Konflikte auf eine Weise auszutragen, die uns und nicht den Rechten förderlich ist.

l'Amour laLove: Inwiefern spielt die transfeindliche Gruppe bei der London Pride den Homogegnern in die Hände? Die Skandalisierung transfeindlicher Parolen ist wichtig. Die Kritik sollte aber nicht lauten, dass so eine Gruppe damit rechten Parteien in die Hände spielt, man spricht ihr damit auch zu viel Macht zu. Demgegenüber halte ich es für wichtig, sich bei einer Kritik auf die Inhalte zu beziehen und aufzuzeigen, was genau daran transfeindlich ist, was man für falsch oder richtig befindet. Dass etwas Richtiges von jemandem, den man politisch ablehnt, für richtig befunden wird, macht es nicht falsch. Wenn das Problem tatsächlich ist, dass Reaktionäre die Konfliktlinien von queeren Bewegungen kennen, wäre die Konsequenz daraus, entweder alle Konflikte heimlich auszutragen oder sich in jeder Aussage von den Befindlichkeiten der Reaktionären abhängig zu machen.

Govrin: Nee, deren Befindlichkeiten beugen sollten wir uns auf keinen Fall, doch wir sollten solche Spaltungen in diesem politisch heiklen Moment nicht noch selbst vorantreiben und statt dessen über den Tellerrand unserer Szenekonflikte schauen und überlegen, wie wir uns umso lauter, umso queerer, umso schriller und trotz aller Differenzen gemeinsam der Bedrohung durch faschistische Kräfte entgegenstellen.

Was das Beispiel der Londoner Pride betrifft: Klar, das erste Problem besteht darin, dass nach Jahrzehnten der Debatten eine Gruppe immer noch von der Idee besessen ist, dass Transfrauen keine Lesben sein könnten. Man muss sie sogar verschärft kritisieren, und zwar gerade deshalb, weil solch ein transfeindlicher Angriff und solch ein Versuch, die eigene Szene zu spalten, der Rechten förderlich ist, die das Spaltungspotential dieser Thematik erkannt hat und mitunter gezielt transfeindliche Gruppen unterstützt.

l'Amour laLove: Wie man am London-Pride-Beispiel sieht, besteht diese Gemeinsamkeit aber nicht. Das Problem einer transfeindlichen Gruppe ist nicht, dass sie spaltet, sondern ihre Transfeindlichkeit. Vielmehr komme ich auch an diesem Punkt wieder darauf zurück, dass für Kritik entscheidend ist, auszustellen, was man weshalb kritisiert. Und schließlich müsste man, wenn man Angst vor Spaltungen hat, in aller Konsequenz auch die öffentliche Kritik an einer transfeindlichen Gruppe seinlassen.

literatur konkret: ***Queerness gilt eigentlich als identitätskritisches Konzept. Wie kann es sein, dass gerade in der queeren Szene Identitäten oft eine sehr große Rolle spielen?***

l'Amour laLove: Das Konzept von Queerness als Identitätskritik hat sich zumindest in der politisch queeren Szene von einer Kritik an der Zurichtung durch Identität hin zu einer Abwertung von Subjekten entwickelt, die sich beispielsweise als Lesbe oder Frau identifizieren.

Govrin: Es stimmt, dass sich Queer in der Praxis von der Idee, Identitätsdenken radikal anzufechten, entfernt hat. Obwohl ich diese Tendenz im Blick auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen begreifen würde. Die poststrukturalistische Theorieströmung rund um '68 hat das Identitätskonzept und dessen Machtwirkungen sichtbar gemacht und kritisiert. In den folgenden Jahrzehnten haben neoliberale Denkfabriken poststrukturalistische Begriffe wie Differenz aufgenommen und für ihre Zwecke benutzt: *Make the difference! Be different!* Das

»Wünschenswert wäre eine Konfliktkultur, in der man sich anfaucht, aber am nächsten Tag gemeinsam auf der Straße steht«: Transmarch, 2012

sind eingängige Werbeformeln. Die Unternehmen müssen sich seit den Sechzigern im globalen Markt behaupten und brauchen flexibel einsetzbare Arbeitskräfte, die nicht auf ihre Arbeitsrechte pochen. Dafür war die Diskursfigur des flexiblen, kreativen, unternehmerischen Subjekts hilfreich. Kurzum, die Kategorie der Identität wurde nicht aufgelöst, sie wurde umgewandelt in das Idealbild der verflüssigten, sich ständig wandelnden Identität. Daher erleben wir gerade diesen hyperindividualistischen Kult, sich als möglichst einzigartig zu stilisieren und sich beständig selbst zu optimieren. Davon sind die queeren Szenen nicht frei, ganz im Gegenteil, sie wirken sogar als Avantgarde dieser flüssigen Identitätsideale.

l'Amour laLove: Das, was alltagssprachlich unter Identität gefasst wird, ist für »die queere Szene«, aber auch für die Homosexuellenbewegung unabdingbar: Man beharrt auf dem Schwulsein, das nach normativen Maßstäben nicht sein soll oder abgewertet wird. Daher sollte »Identität« auch dort bedeutsam bleiben, wo Identitätskritik betrieben wird. Identität muss sowohl als Zumutung kritisiert als auch analytisch und politisch davon getrennt werden, wie und mit welchen Wünschen sich Menschen jeweils identifizieren.

Govrin: Natürlich war und ist es wichtig, dass Subjekte, deren Identität – ob aufgrund von Homo- oder Transfeindlichkeit oder aufgrund von Rassismus – in den bestehenden Gesellschaftsverhältnissen nicht anerkannt wird, diese emanzipatorisch behaupten. Ich kann allerdings diese ganzen Beschwerden darüber, man werde dafür angegriffen, sich als schwul oder lesbisch zu identifizieren, nur ein Stück weit nachvollziehen. Selbstverständlich sehen wir, dass eine Vervielfachung von sexuellen Identitäten »klassische« Bezeichnungen wie schwul, lesbisch oder Butch teilweise verdrängt. Es zeugt von tiefer Ignoranz, wenn man daraus einen Generationenkonflikt macht, derartige Selbstbezeichnungen als oldschool abtut und sie damit als apolitisch diffamiert. Ganz konkret erlebe ich es aber in meinem Kreuzberger Kreisen nicht, dass, wenn sich Personen als schwul, lesbisch oder Butch bezeichnen, die Nase gerümpft wird.

Dass die Figur der oder des bürgerlich lebenden Homosexuellen inzwischen gesellschaftlich akzeptabel ist, wie Spahn und Weidel auf nahezu tragikomische Weise vormachen, bedeutet leider nicht das Ende der Heteronormativität. Es bedeutet aber auch, dass diejenigen, die sich in solch bequemer Position einrichten konnten – was zumeist auch daran liegt, dass sie weiß sind und über genügend kulturelles Kapital verfügen – und dennoch einen linken Anspruch vertreten, reflektieren sollten, was dieser neue Status mit ihnen macht und welche anderen politischen Kämpfe sie aus dieser Position heraus unterstützen könnten.

Was tun?

1902, als Lenin so fragte, war die Antwort: als Avantgarde des Proletariats die Revolution vorbereiten. Ein Jahrhundert später triumphiert von Berlin bis Kairo die Reaktion. Eine Zeit, in der nichts zu tun wäre also? Jeder Tag bietet die Chance, da und dort ein Schäufelchen Sand ins Getriebe zu werfen, die Kritik der deutschen Weltmacht zu schärfen und den Gedanken an eine bessere Ordnung zu bewahren. All das tut, wer sich entschließt, einer der Verleger von konkret zu werden. Als Kommanditistin/Kommanditist. Wie das – und auf Kosten des Fiskus – geht, erklärt gerne die Geschäftsführerin des Verlags. Anruf (040/851 25 31) oder E-Mail (verlag@konkret-magazin.de) genügt. ***Ihr Hermann L. Gremliza***

Grunddaten zur Ausschreibung

Beteiligungsform:	Handelsgesetzbuch (HGB) §§ 161 ff.
Registergericht:	Hamburg
HRA Nummer:	HRA 87321
Tag der Eintragung:	29.10.1993
Komplementärin:	Verwaltung KVV »konkret« Vertriebsgesellschaft für Druck- und andere Medien
HRB Nummer:	HRB 54079
Tag der Eintragung:	26.10.1993
Gründung:	26.08.1993

Gegenstand des Unternehmens: Vertrieb von Druckwerken, Bild- und Tonträgern jeder Art und sämtliche damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte

Stammkapital: 30.677,51 €

Zeichnungssumme der KG: mindestens 1.600 €

Laufzeit: zehn Jahre

Gewinn- und Verlustbeteiligung: entsprechend der Kommanditeinlage

Haftung: ergibt sich aus den gesetzlichen Bestimmungen, nach Eintragung beim Gericht, auf die Einlage beschränkt

Anlagekonto: KVV **konkret**, Deutsche Bank, **IBAN: DE 11 2007 0024 0841 2710 00, BIC: DEDBDEUTHAM**

Ich habe ..... € auf das Anlagekonto überwiesen und bitte Sie um ein Formular, damit ich Ihnen eine Vollmacht zur Eintragung meines KG-Anteils ausfertigen lassen kann. Erst danach kann Ihre Gesellschaft über das Geld verfügen.

❍ Mein zu versteuerndes Einkommen ist für Ihre Verluste zu niedrig, um sinnvoll eine Anlage zu zeichnen.

Ich möchte **konkret** mit einer Spende / mit Abonnements / mit Anzeigen unterstützen. Wie geht das am besten? (Zutreffendes bitte unterstreichen.)

Vorname, Name **Straße, Hausnummer** **PLZ, Wohnort**

Telefon tagsüber **abends** **Fax / E-Mail**

Datum **Unterschrift**

COUPON EINSENDEN AN: KVV konkret, EHRENBERGSTR. 59, 22767 HAMBURG ODER PER FAX AN: 040/851 25 14

l'Amour laLove: Mein Status als Tunte und Schwuler hat sich durch Jens Spahn nicht verändert. Auch die Beleidigungen in der Öffentlichkeit nicht. Dass Schwule, Lesben und Transleute zumindest in Teilen zunehmend akzeptiert werden, halte ich für eine ausschließlich positive Entwicklung. Dabei muss man sehen, dass diese als Freiheiten firmierenden Zugeständnisse auch wieder zurückgenommen werden können. Das Ende der Homosexuellenfeindlichkeit ist aber tatsächlich bei weitem noch nicht erreicht – da helfen auch keine schwulen und lesbischen konservativen Politiker_innen.

literatur konkret: ***Wie sollte Kritik formuliert werden?***

Govrin: Man sollte überlegen, welche Plattform man für interne Kritik wählt. Das bedeutet nicht, dass wir sämtliche Konflikte konspirativ austragen sollten, das geht in Zeiten von sozialen Medien auch gar nicht.

Ich sehe im Szenealltag diese Tendenzen, politische Debatten zu privatisieren, indem man bei der individuellen Gekränktheit stehenbleibt und nicht konstruktiv über die strukturellen Dimensionen nachdenkt, dass Konflikte nicht als Gespräche geführt werden, sondern dass man sich in Lagerbildungen narzisstisch als Meinungsmacher_in in Szene setzt.

l'Amour laLove: Die Gekränktheit kann schon ein guter Ausgangspunkt sein, doch sollte man diesen in der politischen Debatte auch verlassen können.

Zum zweiten Punkt: Wenn es sich nur um die Mache einer schnöden Meinung handelt, stimme ich dir zu. Wenn man aber eine argumentierende Kritik vorzuweisen hat, sollte man diese in Szene setzen, und dann muss man sich als Person, die sie äußert, nicht verstecken.

Govrin: Was du vorhin gesagt hast, Patsy, dass die liberalen Zugeständnisse, die erkämpft wurden, auch zurückgenommen werden können, das ist ein wichtiger Punkt. Sicherlich ist es angenehmer, dass wir uns in unserer Berliner Bubble bekriegen, doch diese Blase könnte ganz schnell platzen; unsere Räume sind nicht so sicher, wie wir denken. Daher ist es umso wichtiger, über die eigene identitätspolitische Position hinaus gemeinsam den kapitalistischen Strukturen und den faschistischen Kräften entgegenzutreten. Dabei ist es auch wichtig, Szenestreitereien anders auszutragen, und zwar mit etwas mehr Fehlerfreundlichkeit, wie es Urmila Goel einmal gesagt hat. Wünschenswert wäre eine Konfliktkultur, in der man sich zwar aufgrund seiner politischen Differenzen in der Kneipe anfaucht, aber am nächsten Tag gemeinsam auf der Straße steht. Dafür muss man von diesen Skandalisierungseffekten weg, mit denen sich einzelne Protagonist_innen in Mainstreammedien profilieren.

l'Amour laLove: Bezüglich der Streitkultur haben wir unterschiedliche Auffassungen. Aber ich lasse diese Differenz jetzt mal so stehen.

Fragen und Moderation: Leon Gerleit

Die Grenzen des Spiels

Zu den Widersprüchen des Queerfeminismus am Beispiel seiner Kulturkritik.

Von Alexandra Colligs

Der Begriff der Kultur ist umkämpft und in Zeiten fortschreitender Globalisierung politisch brisant. So vollzieht sich der Streit um die Integrationsfähigkeit des vermeintlich Fremden seit der sogenannten Flüchtlingskrise verstärkt auf dem Feld des Kulturellen. Rechtskonservative stellen den Begriff der Kultur in den Dienst rassistischer Ideologie und behaupten, dass Menschen durch ihre Sozialisation in einer bestimmten Kultur quasi-natürliche Merkmale dieser Kultur annehmen. Die Rechten brandmarken diese Eigenschaften als rückständig oder minderwertig und schüren die Angst vor dem Untergang der eigenen »Leitkultur«. Der Begriff der Kultur fungiert hier als Platzhalter einer verschobenen Kritik am fremden Anderen, die Kultur als zweite Natur mit einer ersten unveränderbaren Natur gleichsetzt. Es scheint dann, als könnten kulturell erworbene Eigenschaften das Verhalten der Subjekte festlegen. Solcherlei Kulturkritik richtet sich nicht eigentlich auf Werte, sondern gegen diejenigen, denen man diese Kultur zuschreibt. Wer aus dieser Richtung etwa gegen Muslime und Muslimas hetzt, meint nicht den Islam, sondern artikuliert sein Ressentiment gegenüber jenen Fremden, die als Träger dieser Kultur gelten.

Der größte Teil der linksliberalen Mitte der Gesellschaft und der Linken reagiert auf diese Verschiebung von Rassismus zu Kulturrassismus, indem er sich schützend nicht nur vor die Menschen, sondern auch vor ihre Kultur stellt. Aber wo man nicht gegen die Grundannahmen dieser Verschiebung argumentiert, geht man der neuen Rechten auf den Leim. Statt dessen müsste man erstens gegen die Annahme argumentieren, dass Kultur/Religion mit bestimmten Ethnien unauflöslich verbunden sei, und zweitens gegen die volle Identifizierung des Individuums mit Kultur/Religion. Wenn beides aus einem falsch verstandenen Respekt nicht passiert, führt das zu einem Paradox, das der Wiener Psychoanalytiker Sama Maani mit der Feststellung auf den Punkt bringt, in einem »tendenziell religionslosen Europa« werde »Religion immer heiliger«. Es geht in der Folge nicht mehr darum, das Individuum von Kultur und Religion zu befreien, sondern *für* Kultur und Religion Anerkennung, Ehrerbietung und Respekt einzufordern und das Individuum so abzuwerten. Und dort, wo das nicht passiert, Redeverbote und moralische Strafen durchzusetzen.

Gay Trouble

Kaum eine Theorietradition hat die skizzierte statische Verknüpfung von Kultur und Natur radikaler in Frage gestellt als der Queerfeminismus der Neunziger. Seine Galionsfigur, Judith Butler, entwickelt in *Gender Trouble* die zentrale These, dass Subjektformen durch ein kulturelles Verbot homosexueller Liebe bestimmt sind, was mittelbar zwei Geschlechter schafft. Butler insistiert darauf, dass der primäre Bezugspunkt unserer Wirklichkeit die zweite Natur ist, also Kultur. Als Konsequenz müsse man nicht nur analytisch zwischen *sex* als biologischem Geschlecht und *gender* als sozialem Geschlecht trennen, sondern *sex* könne einzig in seiner Abhängigkeit von *gender* begriffen werden. Ihre These lautet also, dass kulturell geformte Unterscheidungen Unterdrükkungsverhältnisse hervorbringen – in bezug auf Geschlecht das zwischen Mann und Frau – und diese gesellschaftlichen Ungleichheiten in einem zweiten Schritt naturalisieren, indem behauptet wird, jene Ungleichheit folge aus der notwendigen Logik einer vorgängigen Natur. Die Gendertheoretikerin versteht Geschlechteridentitäten somit als »Effekte von Institutionen, Verfahrensweisen und Diskurs mit vielfältigen und diffusen Ursprungsorten« und will sie im Hinblick darauf kritisieren, wie hierüber Herrschaftsverhältnisse entstehen. Körper sind demnach nicht einfach neutrale Materie, sondern gänzlich mit ihrer Interpretation verwoben, die sich aber aneignen und verändern lässt.

Ein Beispiel subversiver Technik in diesem Sinne ist in *Gender Trouble* Drag oder Travestie, also kulturelle Praktiken, die geschlechtlich codierte Verhaltensweisen oder Kleidungsstücke zur Stilisierung von Identitäten benutzen und dazu »mit der Unterscheidung zwischen Anatomie des Darstellers (*performer*) und der dargestellten Geschlechtsidentität (*gender performance*) spielen«. Dieses Spiel mit leiblichen und kulturellen Zeichen entlarve, so Butler, den Zusammenhang zwischen Anatomie und Geschlechtsidentität als zufällig: »Die Bedeutungen der Geschlechtsidentität … werden … durch ihre parodistische Rekontextualisierung entnaturalisiert und in Bewegung gebracht.« Die US-Philosophin sieht das ästhetische Spiel mit kulturellen Zeichen so in der Lage, Vorstellungen von Authentizität in Frage zu stellen; bei Drag geht es also um die »Parodie *des* Begriffs des Originals als solchem«, und die Geschlechterparodie offenbart, »dass die ursprüngliche Identität, der die Geschlechteridentität nachgebildet ist, selbst nur Imitation ohne Original ist«.

Beißreflexe oder Scheingefechte?

Vor dem Hintergrund dieser frühen queerfeministischen Überlegungen muss man sich über den heutigen queerfeministischen Aktivismus doch sehr wundern. Denn nicht Kritik an, sondern Schutz von völkischen und religiösen Identitäten scheint seine programmatische Speerspitze geworden zu sein, wodurch er in eine doppelte Frontstellung gerät. Auf der einen Seite zum Differenzfeminismus, den die prominenten Vertreterinnen des Queerfeminismus Sabine Hark und Judith Butler dort als rassistisch kritisieren, wo etwa die Einforderung von Frauenrechten, körperlicher Selbstbestimmung oder von Wahlrecht die Aufgabe »indigener« Praktiken bedeuten würde. Und auf der anderen Seite zu einer Kritikbewegung, die in den Sammelbänden *Beißreflexe* aus Sicht der Queer- und Schwulenszene (siehe **konkret 6** und **7/18**) und *Feministisch streiten* aus feministischer Sicht die autoritäre Wende des Queer-

Cultural appropriation? – Queere Geburtstagsparty, 2010

feminismus beklagt. Butler und Hark bezichtigen die Autor*innen von *Beißreflexe* umgekehrt einer »Grammatik der Härte« und der Inszenierung von »Scheingefechten«, ohne sich jedoch einer inhaltlichen Auseinandersetzung zu stellen. Wenn weite Teile des Queerfeminismus zum einen völkische und religiöse Identitäten verteidigen und zum anderen den daraus abgeleiteten Aktivismus mit dem Verweis auf die Gewaltförmigkeit von Kritik ebenjener entziehen, entsteht aber ein Selbstwiderspruch. Denn dort, wo er erste und zweite Natur deterministisch verknüpft, verstrickt sich der Queerfeminismus in nicht überbrückbare Widersprüche zur eigenen Theoriebildung. Beispielhaft erläutern lässt sich dieser inhaltliche Widerspruch am allgegenwärtigen Vorwurf der »kulturellen Aneignung«, der besonders medienwirksam in der US-Öffentlichkeit inszeniert und ausgetragen wird. *Cultural appropriation* meint die aus der Critical-Whiteness-Forschung stammende Kritik an gesellschaftlich privilegierten Personen, die sich Zeichen anderer Kulturen aneignen. Weiße, die Dreadlocks oder andere kulturelle Symbole tragen, sind hier ein beliebtes Beispiel. Was früher allenfalls als peinlich galt, wird zum moralischen Vorwurf, der bei Personen, die dafür empfänglich sind, ein Schuldeingeständnis und eine Abkehr von solchen Symbolen bewirkt.

Interventionen gegen Formen von *cultural appropriation*, die sich in Deutschlands queerfeministischen Subkulturen vollziehen, sind in den USA längst etabliert. Sie treffen hier vor allem den Bereich, der das ästhetische Spiel mit Symboliken am ertragreichsten verwerten kann: den Pop. Das ist der Ort, für den die Praktiken des frühen Queerfeminismus in gewisser Weise programmatisch sein müssen. Im Pop geht es um nichts anderes als um das Spiel mit (kultureller) Identität. Oder vielmehr um die Gleichzeitigkeit von Fiktion und Authentizität, um das Verwischen von Person und Figur, von Realität und Erzählung. Von den gendersubversiven Posen des Glamrock bis zur Affirmation der absoluten Künstlichkeit bei Lady Gaga: Im Pop gilt es zu sein, wer man nicht ist, um zu sein, wer man ist. Diedrich Diederichsen schreibt dazu: »Alle Erfindungen der Popmusik sind um Posen, um Ideen herumgebaut, was einer oder eine für ein Mensch sein könnte … So wie im Mythos unentscheidbar sein muss, ob die Geschichte historisch oder fiktiv ist, ist in der Popmusik konstitutiv unentscheidbar, ob der Protagonist eine wirkliche oder erfundene Figur ist.« Die Durchlässigkeit der Grenze von Fiktion und Wirklichkeit im Pop bedeutet für die Kulturindustrie »eine Steigerung ihrer invasiven Möglichkeiten, das Besetzen immer größerer nichtfiktiver Lebenswelten mit ihren Fiktionen (Illusionen, Täuschungen über die wahre, nämlich politische Natur ihrer Verhältnisse)«. Aus dem gleichen Grund ist Pop für Kulturrevolutionäre aber auch das »›Wahr‹- oder ›Gesellschaftlich‹- oder ›Real‹-Werden ihrer Produktionen (Wahrheit statt Illusion, Realisierung von Utopie, Ehrlichkeit, Aufhebung der Arbeitsteilung von Leben und Werk etc.)«. Der Kulturtheoretiker verweist hier auf die Doppelcodierung von Pop als Sphäre, deren mediale Überformung von Welt der Kapitalakkumulation in die Hände spielt, die aber zugleich ein Ort der Hoffnung für diejenigen ist, die zur Transformation der Wirklichkeit bei der Veränderung hegemonialer Ästhetik und der Dekonstruktion von Identität ansetzen.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass besonders im Pop der Vorwurf der *cultural appropriation* inflationär wird. Um nur einige Beispiele aus der jüngsten Zeit zu nennen: Katy Perry hat die afrikanische Flechtfrisur Cornrows getragen, Miley Cyrus twerkt nach dem Vorbild afrikanischer Tänze, Beyoncé trug einen Sari, Selena Gomez trug Bindi, den hinduistischen Punkt auf der Stirn, Usher und Lana Del Rey ließen sich mit Federkopfschmuck ablichten, Justin Bieber hatte Dreadlocks, und die Liste von Madonnas Aneignungen ist schier endlos. Es gibt Popstars wie Katy Perry, die sich, mit dem Vorwurf konfrontiert, einer öffentlichen Entschuldigungszeremonie unterziehen und Reue schwören. Doch wer das tut, missversteht nicht nur Pop, sondern hat auch von Kritik nichts verstanden.

Es zeigt sich dabei vielmehr eine grundsätzliche Blindheit gegenüber jenem Zusammenhang von Kapitalismus und der Produktion von Identität, der in Diederichsens dialektischer Bestimmung von Pop noch erhalten bleibt. Dass im Kapitalismus alles zur Ware wird, ist ein für die Akkumulation notwendiger Vorgang, ebenso wie das partielle Re-Integrieren des Ausgeschlossenen als das Neue, das sich verwerten lassen muss. Die notwendige Kritik an diesem Vorgang und der damit verbundenen Produktion gesellschaftlicher Herrschaft kann weder durch eine Rückkehr zu völkischen Identitäten ersetzt noch zu einer moralischen Kritik am privilegierten weißen Hetero-Mann verkürzt werden. Denn hierbei wird Kapitalismus nicht als objektive Struktur sichtbar, sondern zum von »Weißen geführten Kulturkampf, der sich *absichtsvoll* gegen Unterdrückte und Marginalisierte« richtet, wie Dierk Saathoff in *Beißreflexe* richtig feststellt.

Wer Pop kritisiert, ohne Kulturindustrie zu sagen, und meint, rassistischer Hetze mit Kulturrelativismus zu begegnen, begeht also erstens den Fehler, eine verkürzte Form von Antikapitalismus zu betreiben, die Geld, Warentausch und Konsum in den Blick nimmt, nicht aber deren Produktionsbedingungen und die Klassengegensätze, die daraus folgen. Und reproduziert zweitens die reaktionäre Logik, die der Queerfeminismus zu bekämpfen einst auszog. Denn um herauszufinden, wer etwas tragen oder sagen darf, vor allem im Austausch mit Personen, die einem unbekannt sind, muss man sie erst mal als diese oder jene identifizieren. Also als schwarz, weiblich, schwul und so weiter, und zwar unabhängig davon, ob diese Person so identifiziert werden möchte. Wo das bei Weißen und Dreadlocks noch einigermaßen handhabbar scheint, dürfte in anderen Fällen nicht mal bei sehr genauer Betrachtung eine Identitätszuschreibung möglich sein. Vielmehr scheint der Zwang, sich zu identifizieren, der für das Aussprechen und Einhalten jener Verbote nötig ist, sich der Vorstellung von beweglichen Identitäten direkt zu widersetzen, die der Queerfeminismus und sein ästhetisches Spiel ehemals verteidigt hatten. Dass der Queerfeminismus so seine eigenen Ursprünge unterminiert, zeigt sich deutlich, wenn man den Vorwurf der *cultural appropriation* mit Butlers *Gender Trouble* radikal zusammendenkt. Denn versteht man *gender* als Kulturpraxis, ist auch Drag keine spielerische Verschiebung mehr, sondern die Aneignung (weiblicher) kultureller Zeichen aus einer privilegierten (männlichen) Position und somit *cultural appropriation* par exellence.

Anders gesagt: Um jemandem *cultural appropriation* vorzuwerfen, muss man erst den Schritt machen, Kultur zu essentialisieren, mit der ersten Natur in eins zu setzen, denn nur dann ist es möglich, authentische Repräsentant*innen von nichtauthentischen zu scheiden. Das steht im offenen Widerspruch zu all jenen kritischen Traditionen, die auf die Veränderbarkeit der Wirklichkeit durch subversive Praktiken von Spiel und Verschiebung gesetzt hatten, und damit zum Queerfeminismus selbst.

Die skizzierte Form von Gesellschaftskritik, die vermeintlich unterdrückte Kulturen und Religionen sakrosankt stellt, dazu mit Sprech- und Symbolisierungsverboten arbeitet und zugleich jede Kritik an der eigenen Position als gewaltförmig zurückweist, bestätigt so einerseits einen Kulturbegriff, der Kultur als unveränderbare Natureigenschaft versteht, und betreibt zugleich Kapitalismuskritik als reines Oberflächenphänomen. Sie kann bestenfalls dazu führen, Privilegien aufzeigen, aber nicht dazu, sie zu ändern, da sie die Grundbedingungen ihrer Existenz unangetastet lässt. Zu glauben, man könne Rassismus damit bekämpfen, dass Weiße ihre Dreadlocks abschneiden, folgt dabei der gleichen irrsinnigen Logik, wie auf Kulturrassismus mit der unkritischen Verteidigung völkischer Identitätsformen zu reagieren. Und beides verschenkt das Potential, das die kritische Untersuchung von Identität in der Gegenwart haben könnte.

Koschka Linkerhand (Hg.): *Feministisch streiten. Texte zu Vernunft und Leidenschaft unter Frauen*. Querverlag, Berlin 2018, 330 Seiten, 16,90 Euro

Patsy l'Amour laLove (Hg.): *Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten*. Querverlag, Berlin 2017, 272 Seiten, 17,90 Euro

Sama Maani: *Respektverweigerung. Warum wir fremde Kulturen nicht respektieren sollten. Und die eigene auch nicht*. Drava, Klagenfurt 2015, 122 Seiten, 15,80 Euro

Alexandra Colligs forscht in Frankfurt am Main zu Kritischer Theorie, Feminismus und (Pop-)Kultur

Gerecht oder Geschlecht

Wie die Bundesregierung für geordnete Geschlechterverhältnisse sorgen will.

Von Oliver Tolmein

Das grassierende Gendern sexualisiert die Sprache, es missbraucht die Sprache. Denn die Sprache ist weder Männchen noch Weibchen«, wütete kürzlich ein emeritierter Professor für Deutsche Sprachwissenschaft in der »FAZ« und bilanzierte selbstgewiss: »Wer nicht gendert, hat jedenfalls Grammatik und Rechtschreibung auf seiner Seite.« Auch in der grundsätzlich eher konservativ ausgerichteten Rechtswissenschaft ist Gendern nicht sonderlich beliebt. Gleichwohl sind es gerade die deutschen Gerichte, die einiges dazu beigetragen haben, dass Gendern heute ein größeres Thema ist als vor 20 Jahren. Nicht nur verlieren die traditionellen Kategorien Mann und Frau für die juristische Zuordnung rapide an Relevanz, gleichzeitig rückt das Geschlecht als Feld komplexer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen in den Fokus. Je mehr »gleiche Arbeit« es gibt, weil Frauen in Kampftruppen dienen dürfen oder einen Job als Aufsichtsrätin oder Berufskraftfahrerin ergattern können, desto nachdrücklicher werden die Argumente gegen gleichen Lohn vorgetragen.

Immerhin scheinen Konservative Niederlagen in diesen traditionellen Konflikten noch irgendwie zum Besten des großen Ganzen verkraften zu können. Wird aber darum gestritten, ob ein Transsexueller Vater des Kindes sein kann, das er geboren hat, oder umgekehrt eine Transfrau Mutter des von ihr gezeugten Kindes, sehen manche rot. Auch dass der Gesetzgeber noch in diesem Jahr ein drittes Geschlecht etablieren will, führt in der Öffentlichkeit nicht gerade zu hoffnungsfroher Aufbruchstimmung. Die Vorstellung einer inklusiven Geschlechterwelt, in der statt strenger Ordnungsprinzipien eine schwer zu hierarchisierende Vielfalt herrscht, die normative Entscheidungen in Frage stellt und ihre Gewissheit aus dem Selbstverständnis der Beteiligten schöpft, ist für viele beunruhigend, für andere ein Graus. Ausgerechnet das Geschlecht, ein vermeintlich biologisches Faktum mit Ordnungsfunktion, wird Verfahren um Verfahren zu etwas, über das Menschen selbst verfügen können. Den von Simone de Beauvoir als Erkenntnis und Anklage zugleich formulierten Satz »Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es« schreiben transsexuelle Klägerinnen und Kläger fort: »und man kann es ändern«. Intersexuelle weisen darauf hin, dass auch das Mann-Sein verordnet werden kann.

In seiner zehn Jahre alten Entscheidung zur Frage, ob es mit dem Grundgesetz vereinbar sei, die gerichtliche Feststellung und personenstandsrechtliche Anerkennung des durch operativen Eingriff geänderten Geschlechts eines Transsexuellen an die Voraussetzung zu binden, dass der Betroffene nicht verheiratet ist, hat das Bundesverfassungsgericht festgehalten: »Das Geschlecht eines Menschen kann sich ändern. Die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht richtet sich zwar rechtlich zunächst nach den äußeren Geschlechtsmerkmalen im Zeitpunkt der Geburt. Allein danach kann sie jedoch nicht bestimmt werden. Sie hängt wesentlich auch von der psychischen Konstitution eines Menschen und seiner nachhaltig selbst empfundenen Geschlechtlichkeit ab.«

Letztes Jahr führte das Bundesverfassungsgericht diesen Gedanken weiter. Weil sich manche Menschen weder als Frauen noch als Männer wahrnehmen, verlangte es vom Gesetzgeber eine neue Regelung des Geschlechtseintrags, eröffnete ihm dafür aber unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten – unter anderem die, »auf einen personenstandsrechtlichen Geschlechtseintrag generell zu verzichten«. Der Staat sollte also nicht normieren müssen, unter welchen Bedingungen jemand einem Geschlecht zugehörig ist und welche Geschlechter es überhaupt gibt.

Die Bundesregierung geht in die entgegengesetzte Richtung: Sie versucht, den Status quo geordneter Geschlechterverhältnisse, so gut es geht, aufrechtzuerhalten. Der Preis ist die Schaffung eines weiteren Geschlechts (»divers«), die Hoffnung ist, dass sich dadurch wenig ändert. Eine Maßnahme, das sicherzustellen, ist der neugeschaffene Paragraf 45b Absatz 3 des Personenstandgesetzes, der verlangt, »durch die Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung nachzuweisen, dass eine Variante der Geschlechtsentwicklung vorliegt«. Bei der Bestimmung der Geschlechtszugehörigkeit behalten so die Mediziner das letzte Wort, auch wenn die Bescheinigung »keine genaue Diagnose enthalten« muss.

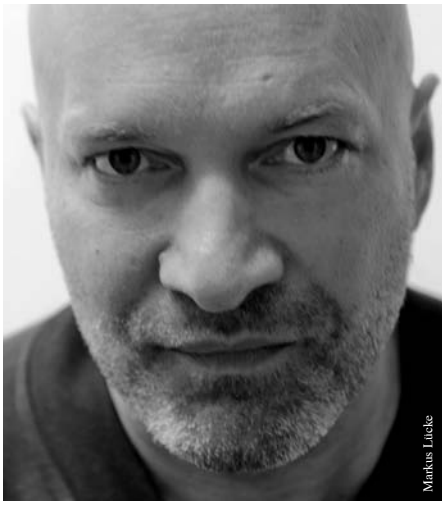
Auch im Transsexuellengesetz, das seit vielen Jahren als überarbeitungsbedürftig gilt, aber vorerst unangetastet bleibt, haben sich die Gerichte auf Experten zu stützen, »die aufgrund ihrer Ausbildung und ihrer beruflichen Erfahrung mit den besonderen Problemen des Transsexualismus ausreichend vertraut sind«. Dass geschlechtszuweisende operative Eingriffe an Kindern weiterhin keiner gerichtlichen Kontrolle unterliegen, unterstützt diese Herangehensweise, die versucht, die Wahrnehmung von Geschlecht als etwas objektiv vorgegebenem Natürlichen (statt als individuelles Phänomen, das auch stark kulturellen Prägungen unterliegen kann) zu bewahren. Dass das neue Krankheitsmanual der Weltgesundheitsorganisation, der ICD-11, dagegen Transsexualität nicht mehr als psychische Erkrankung führt, sondern im Abschnitt »Sexual Health Conditions« als Ausdruck von »Gender Incongruence«, unterstreicht, dass wir uns mitten in einer Auseinandersetzung über Geschlecht, dessen Funktion und Ausprägung befinden, deren Ausgang offen ist.

Schafft drei, vier, viele Geschlechter: Lightshow »Inferno Reason«, 1975

Der Rechtsanwalt Oliver Tolmein hat für den Bundesverband Trans gerade ein Gutachten zu den Richtlinien der Krankenkassen für Trans-Operationen verfasst

»Die Deutschen lachen gerne nach unten«

Interview mit dem Autor und Blogger *Johannes Kram* über »die schrecklich nette Homophobie in der Mitte der Gesellschaft«, den immer noch sehr langen Weg zur Gleichberechtigung und deutschen Humor


Markus Lücke

literatur konkret: ***Was war der Auslöser für Ihr Buch* Ich hab ja nichts gegen Schwule, aber*? Auf Ihrem Nollendorfblog beschreiben Sie ja schon lange tagtäglich, wie sehr die Ablehnung von Lesben und Schwulen noch immer und wieder mehr das öffentliche Leben und die Berichterstattung bestimmt. Warum nun noch das Buch?***

Johannes Kram: Tatsächlich fand ich als Blogger die Buchidee lange absurd, zumal ich mit meinem Blog eine Reichweite, aber auch eine direkte Kommunikation erreichen kann, die ein solches Sachbuch nicht ermöglicht. Doch ausschlaggebend war dann, dass ein Buch die Dinge noch mal anders auf den Kopf stellen kann: Im Gegensatz zum Blog hat ein Buch ein Ende, eine Deadline, einen begrenzten Umfang. Es erzählt die Dinge, nachdem sie passiert sind, das Blog tut das, während sie passieren. Das Buch weiß, wie alles ausgegangen ist, die Texte im Blog wissen das nicht. Ich benutze einige Blogtexte aus den letzten neun Jahren im Buch, und so ist immer wieder ein Perspektivwechsel, aber auch ein interessanter Zeitsprung möglich: Die politischen oder medialen Ereignisse, über die ich im Buch aus der Sicht von heute erzähle, können so gleichzeitig aus der Zeit betrachtet werden, in der sie sich ereignet haben. Das Buch ist ganz bewusst kein Best-of meines Blogs, sondern eine eigene Erzählung. Es ist ein Rückblick und eine Standortbestimmung nach Ehe für alle und dem allgemeinen Gefühl, dass das Homo-Thema doch jetzt endlich durch ist: Was ist eigentlich wirklich passiert in Sachen Homophobie und Gleichstellung? Und: Was muss jetzt passieren?

Ist die Situation von Lesben (und anderen Minderheiten) eine andere als die von Schwulen? Trägt der Titel des Buches nicht dazu bei, dass diese mal wieder unterrepräsentiert sind?

Ich nutze den Buchtitel bewusst, um diesen Missstand vorzuführen und zu diskutieren. Es ist auch echt schlimm: Selbst viele der Journalisten und Journalistinnen, die mich interviewen, sprechen etwa von Schwulenfeindlichkeit, wenn sie Homophobie meinen.

Von wem stammt der Spruch »I hate the word homophobia. It's not a phobia. You are not scared. You are an asshole«, den Sie zu Beginn zitieren, wenn nicht von Morgan Freeman?

Er stammt wohl von einem Parodie-Twitter-Account. Leider.

Die Volte, sich selbst am Anfang des Buches als sowohl homosexuell als auch homophob vorzustellen, finde ich großartig. Man hinterfragt sich automatisch selbst. Wie kommt das in der Community an?

Ich war am Anfang etwas besorgt, ob diese Ansprache funktioniert, aber sie tut es. Was ich damit sagen will: Wir sind alle auch ein Teil des Problems. Wir sind alle in Gesellschaften groß geworden, in denen wir gar nicht frei von Homophobie werden konnten, so wie auch Rassismus und Sexismus tief in unseren Knochen steckt. Die Frage ist nicht, ob wir darin verstrickt sind, sondern wie und warum. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass es enorm hilft, dabei mit sich selber anzufangen.

Und wie kommt das bei den ach so toleranten Heteros an?

Klar gibt es da enorme Abwehrimpulse: Ich doch nicht, meine besten Freunde sind doch homosexuell! Nicht homophob zu sein gehört eben gerade im linksliberalen Milieu zum kulturellen Selbstverständnis. Oft fühlen sich diese Leute persönlich beleidigt, wenn ich da mit meinen Beobachtungen komme und ihre Selbstgewissheiten in Frage stelle. Aber das ist eben einer der Vorteile des Buchformates: Die Form gibt mir die Gelegenheit, die These, dass Homophobie keiner Absicht bedarf und dass sie auch in liberaleren Kreisen fest verankert ist, als Teil einer Gesamterzählung zu präsentieren. Das ist ein harter Brocken für viele Heteros, und im Buch versuche ich, diesen Brocken Stück für Stück zu lockern. Tatsächlich komme ich dadurch jetzt immer wieder mit vielen Heteros ins Gespräch, die auf mich zukommen und sagen: Ja, so ist es, und ich möchte dazu beitragen, es zu ändern.

Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass Scham eine große Rolle spielt im Leben von Homosexuellen. Wie kann man das ändern?

Zunächst finde ich es großartig, dass Sie das für sich selbst so sagen können. Denn durch das Buch habe ich nicht nur die Erfahrung gemacht, wie groß das Thema Scham für viele Lesben und Schwule ist, sondern auch, wie sehr ihnen immer wieder bedeutet wird, dass das Reden über diese Scham nicht auf Verständnis trifft. Aber genau dieses Reden darüber ist der Schlüssel dafür, sie zu überwinden. Das meine ich jetzt gar nicht therapeutisch, sondern gesellschaftlich: Vieles von dem, von dem Heteros glauben, dass wir kein Problem damit haben, ist eben doch ein Problem. Aber es heißt dann: Wir sollen uns nicht so haben, wir sollen uns nicht selbst zum Opfer machen, wir sollen uns nicht so wichtig nehmen! Doch je mehr wir darüber reden, desto deutlicher können wir machen – und zwar sowohl uns selbst als auch anderen gegenüber –, dass das keine persönlichen Befindlichkeiten sind, sondern strukturelle Abwertungen, die nicht unseren Charakter betreffen, sondern unsere gesellschaftliche Position. Schade, dass man das überhaupt noch so sagen muss, aber ja: Es ist okay, sich nicht abwerten lassen zu wollen. Es ist okay, sich dafür zu schämen. Es ist nicht okay, dass diese Scham zum persönlichen Problem gemacht wird.

Befinden wir uns in einem Backlash, oder war Homofeindlichkeit sowieso immer schon da und hat nie aufgehört?

Beides: Es hat nie aufgehört, und vieles von dem haben wir nicht gesehen, weil auch so vieles besser geworden ist. Aber es gibt einen Backlash, eine neue Entsolidarisierung und neue Formen von Homophobie.

Wenn Sie es entscheiden könnten: Was müsste sich im deutschen Bildungssystem ändern, damit heranwachsende Homosexuelle mit mehr Selbstbewusstsein aufwachsen können?

Ich würde zunächst die Hetero-Eltern in die Pflicht nehmen und ihnen klarmachen, dass es ihre Kinder sind, die da oft mit Scham und Schuld und schlimmen Ängsten aufwachsen. Die sogenannten besorgten Eltern wollen die Homolobby quälen, aber sie quälen ihre eigenen Kinder. Ich bekomme gerade von jungen Leuten sehr oft mit, wie schwierig es ist, in der Schule auf Diskriminierungen aufmerksam zu machen. Auch wir älteren Lesben und Schwulen denken oft, die Jüngeren sollen sich nicht so anstellen, die haben doch jetzt Internet und offen homosexuelle Vorbilder. Doch das hilft alles nichts, wenn man mit dem Coming-out in eine existentielle Krise gerät, wenn man sich

allein mit seinen Gefühlen und seiner Ablehnung fühlt und dann auch noch zu hören bekommt, dass das doch alles kein Problem sei.

Kann die Black Community ein Vorbild für eine neue Ermächtigungsbewegung von Homosexuellen sein?

Ja, teilweise. Aber man muss sich auch der Unterschiede bewusst sein: Ein schwarzes Kind, das etwa in der Schule Opfer von Rassismus ist, hat meist schwarze Eltern, bei denen es kein Opfer ist, sondern behütet in gemeinsamer Erfahrung und Selbstverständlichkeit. Ein queeres, lesbisches oder schwules Kind ist meist nicht in dieser Situation, seine Eltern sind oft nicht nur keine Hilfe für das, was es in der Schule erlebt, sondern sogar das eigentliche Problem. Die Situation zu Hause, in den Familien, macht den entscheidenden Unterschied zwischen Homophobie und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aus. Rassismus und Antisemitismus sind Homophobie in Wirkung und Strukturen oft sehr ähnlich, oft aber auch auf ganz andere Arten schlimm. Schwarzen und jüdischen Kindern bleibt etwa das Coming-out in der eigenen Familie erspart.

Ihre Darstellung der spezifisch deutschen Verweigerungshaltung in Sachen Homo-Rechte erschüttert nachhaltig. Tatsächlich ist da eine Art roter Faden vom Nationalsozialismus bis in die Gegenwart erkennbar. Wie gefährlich ist in diesem Zusammenhang jemand wie Annegret Kramp-Karrenbauer, eine bekennende Konservative, die wahrscheinlich nächste Kanzlerin dieses Landes werden wird?

Die Ruchlosigkeit, mit der Kramp-Karrenbauer die Gleichstellung Homosexueller zu einer gesamtgesellschaftlichen Gefahr erklärt, ist selbst für konservative Kreise besonders eklig und erinnert in der Argumentation an die Logik des Antisemitismus. Das eigentlich Schlimme ist aber, dass sie Homophobie ganz bewusst als Arithmetik ihrer Macht benutzt, also nicht trotz, sondern wegen ihrer Homosexuellenfeindlichkeit zur Integrationsfigur und neuen starken Frau der Union werden konnte: Indem sie den Reaktionären die Homosexuellen zum Fraß vorwirft, schafft sie sich den Raum, in anderen Politikfeldern liberalere Positionen einnehmen zu können. Übel ist auch, wie das in den Medien heute durchgeht: Hätte das, was sie gesagt hat, jemand von der AfD geäußert, hätte man sie in jeder Talkshow dafür gegrillt.

Und wie steht das im Zusammenhang mit dem »Bauchgefühl« einer Angela Merkel, die keinerlei Euphorie für die Ehe für alle wecken konnte, sie sogar lieber verhindert hätte?

Kramp-Karrenbauer hat von Merkel abgeschaut, wie nützlich Homophobie als Markenkern einer Partei ist, die es ohne die Ausgrenzung anderer nicht schafft, konservative Werte zu definieren.

Wie erklären Sie sich die erstaunlich blöden Talkshow-Beiträge, die die Homophobie wieder verstärkt ins TV tragen?

Viele Journalisten und Journalistinnen sind sich ihrer liberalen Grundüberzeugungen so sicher, dass sie gar nicht mitbekommen, wie sehr sie das Framing der konservativen Revolution übernommen haben.

»Macht euch mal locker!«: Leather Pride Week, 2010

Was sagen Sie zu jemandem wie Fürstin Gloria von Thurn und Taxis, die Frauen im Zuge der #metoo-Debatte auffordert, sich schützend vor ihre Männer zu stellen, da der Zeitgeist heterosexuelle Männer zu einer Randerscheinung mache?

Nur durch den deutschen Obrigkeitsfimmel ist es überhaupt erklärbar, dass diese Person als Verfasserin ernsthaft zu diskutierender Debattenbeiträge erscheinen kann.

Was erwidern Sie Leuten, die sagen, Homosexuelle sollen sich mal locker machen, sich nicht so wichtig nehmen und auch mal über sich selbst lachen?

Dass Homosexuelle das sehr wohl tun. Dass aber hinter dieser Aufforderung etwas ganz anderes steckt, nämlich, dass sie ihre Diskriminierung nicht so ernst nehmen, dass sie sich also mit ihr abfinden sollen.

Thema Humor: Sie erwähnen tadelnd die Schwulenwitze eines Bully Herbig, aber lobend Formate wie die »Heute-Show«. Da gibt es doch noch mehr, ich denke da an »Titanic« … Kann »guter« Humor helfen bei der Etablierung einer Gleichstellung?

Ja, könnte er. Aber ganz ehrlich: Fallen einem da wirklich mehr als eine Handvoll positiver Beispiele ein? Die Deutschen lachen gerne nach unten, sie lachen gerne aus. Sie finden, sie sind locker, fordern aber vor allem andere auf, locker zu sein. **Interview: Tina Manske**

Johannes Kram: *Ich hab ja nichts gegen Schwule, aber: Die schrecklich nette Homophobie in der Mitte der Gesellschaft*. Querverlag, Berlin 2018, 160 Seiten, 14,90 Euro

Oscar und ich

Warum der Schauprozess gegen Oscar Wilde zum Urknall der LGBT-Bewegung wurde.

Von Harald Nicolas Stazol

»Doch jeder tötet, was er liebt,
Das hört nur allzumal!
Der tut's mit einem giftigen Blick,
Und der mit dem Schmeichelwort schmal.
Der Feigling tut es mit dem Kuss,
Der Tapfre mit dem Stahl.«
Die Ballade vom Zuchthaus zu Reading

Der Name Wilde wird noch in hundert Jahren von Schande befleckt sein, Sie müssen Ihren Namen ändern, meine Teuerste«, sagt Lady Ashton Oscar Wildes aufgelöster Frau nach dem Skandalprozess, und Constance nimmt den Rat an. Bis dahin hatte in der britischen Gesellschaft »Don't ask, don't tell« gegolten: »Hätte ich bei jedem Kuss in Eton Zeter und Mordio geschrien, wäre ich bald ohne Stimme gewesen«, sagt Earl of Grantham in »Downton Abbey«, sein Butler »is a men's man«. 1956 sieht sich der Komponist Benjamin Britten gezwungen, England mit seinem Freund, dem Tenor Peter Pears, zu verlassen und in die USA zu gehen. Da hat man den Vordenker der Informatik, Alan Turing, schon zur chemischen Kastration gezwungen, weil er einem jungen mittellosen Mann Obdach gewährt hatte. Ein schwerer Vorwurf gegen Oscar Wilde war, dass er junge Männer niederen Standes verführt habe.

Im Sommer 1988 bin ich in München zu einem Hauskonzert eingeladen, der Erste Geiger fällt mir auf. Er lächelt mich scheu an, ich trage einen himmelblauen Leinenanzug aus Paris – und ich kann mich ums Verrecken nicht daran erinnern, was wir sprachen, so aufgeregt war ich. Wir müssen Telefonnummern getauscht haben. Am nächsten Wochenende treffen wir uns im Unicafé, gehen im Englischen Garten spazieren, und niemand wagt den ersten Schritt. Irgendwann fragt einer von uns: »Hast du eine Freundin?« Wir offenbaren uns. Es ist Liebe auf den ersten Blick. Doch im damaligen Bayern wagen wir es noch nicht einmal, Arm in Arm zu gehen – wir können auch nicht zu ihm, die Eltern ahnen nichts. Der einzige Ort, an dem wir fast unschuldig Zärtlichkeiten auszutauschen wagen, ist die Akademie der Künste, in einem der Sessel vor den Zeichensälen halten wir uns im Arm, beide selig, endlich einen anderen gefunden zu haben. Lichtjahre entfernt von der Selbstbedienungsmentalität von heute. Zu küssen wagen wir uns erst in einem abgelegenen Treppenhaus des rechten Seitenflügels, mit Blick auf das Siegestor. Meine Eltern in Gaimersheim bei Ingolstadt ahnen zwar etwas, wollen es aber nicht wahrhaben. Also hole ich ihn vom Bahnhof ab, und wir fahren ins Altmühltal auf eine Waldlichtung. Erst die Toleranz meiner Patentante in Wiesbaden (eine **konkret**-Leserin) erlaubt uns, in einem Bett zu schlafen.

Doch die Aussichtslosigkeit unserer Situation lässt die Beziehung zerbrechen. Ich ahne auch nicht, dass ich, der ich mich protestierend gerade aus diesen Kreisen entferne, seiner Münchner Aristokratenfamilie nicht konform genug bin, *well dressed*, aber nicht dressiert genug. Ich bin zurückgeworfen in die kleinstädtische Isolation und das Gefühl »Ich bin der einzige«. Jener andere aber soll sich später in Berlin entfaltet haben. In München scheint mir das bis heute unmöglich.

»Alle charmanten Leute sind verwöhnt, darin liegt das Geheimnis ihrer Anziehungskraft«

Von Wilde hatte ich mit 14 zum ersten Mal gehört, von der deutsch-rumänischen Schulfreundin Iris Wagner – da es kaum »Ablenkung« gab in Siebenbürgen, las man, und sie gab mir seine Märchen. Von seinem grauenvollen Schicksal wusste ich damals nicht. Boy, was I surprised!

Mit 16 las ich die englische Erstausgabe *Oscar Wilde* von Richard Ellmann, bis heute das letzte Wort in der Wilde-Forschung und mein wertvollster Besitz. Mein Erbonkel Martin übersandte sie mir, nachdem ich darüber im »Spiegel« gelesen und sie mir gewünscht hatte. (Dass mir jener schwule Onkel aus Frankfurt auch jeden Fotoband von Bruce Weber voller Surfboys beschaffte, sei dankbar erwähnt. Das zu erwartende Erbe ebenfalls.) Ich verschlang den Ellmann unter der Bank im Mathekurs der zehnten Klasse des Christoph-Scheiner-Gymnasiums in Ingolstadt. Wilde und ich und ich und Wilde. Er wurde 47. Ich bin 48. Ich habe Wilde überlebt. Irgendwie war mir das wichtig.

Ellmann, der, beim Frühstück in Oxford, den anderen Professoren erklärt: »Ich kenne jetzt die präferierte sexuelle Praktik Wildes: Fellatio.« Ein anderer fragt: »Aktiv oder passiv?« Ellmann stiebt davon: »Noch mal drei Monate Recherche …«

Es war aktiv. Lächerlich wenige Male aus heutiger Sicht. Aber 1898? In Großbritannien? Königin Victoria übersah einen Passus im ihr vorgelegten Gesetzesentwurf – oder nahm ihn billigend in Kauf. Dass Frauen bei Frauen liegen könnten, hält sie für unmöglich. Ein Paragraf bleibt hängen. Fortan, ab 1893, darf man als Mann nicht mehr in den Hals eines Liebhabers beißen.

Doch halt! Für drei Guineen geht alles. Die »tendance« der britischen Oberschicht zu den körperlich arbeitenden Farmboys und Soldaten zeigte sich dadurch, dass sie sie am Piccadilly oder direkt vor der Kaserne abpasste. Oder es beginnt mit einer unverfänglichen Wette im Pub. Sollte der erwählte Kavallerist die drei Geldstücke ob seiner geraden Beine zwischen Knöchel, Knie und Oberschenkel halten können, sagt man: »Behalt sie« und dann – hat man ihn errungen.

Der Haken: Sie sind der Köder, man versteckt sich in der Gasse, und die Polizei ist schon da. Da ist der Bruder von Wildes Lover Bosie, Francis Archibald Douglas, Viscount Drumlanrig. Er assistiert dem Außenminister, Lord Roseberry, der ihn wohl liebte. Die Gerüchteküche brodelt, und der Viscount hat bald einen »Jagdunfall«, wohl ein Suizid.

Zudem neigen einige Stricher zu Erpressung. Der viktorianische Homosexuelle lebt in Lebensgefahr. Denn nichts ist tödlicher als die Vernichtung des guten Rufes. »Acht Pfund? Das ist mehr, als je jemand für einen Artikel von mir bezahlt hätte«, sagt Wilde den Jungs, die seine Liebesbriefe an Bosie zu Geld machen wollen – jener lässt die kompromittierenden Schreiben achtlos in den Anzügen, die er den männlichen Prostituierten überlässt.

»Mein Junge mit den purpurnen Lippen«, heißt es darin, und das sind noch die harmloseren Stellen. Es gibt in dieser Episode allerdings ein kleines Happy-End. »Oscar, du bist einfach zu nett«, sagt der Stricher. »Hier sind die Briefe, aber hast du vielleicht einen Sixpence?«

Wilde schenkt und schenkt. Manschettenknöpfe aus Onyx, Brillantringe, goldene Zigarettenetuis. – Die werden Wilde noch zum Verhängnis werden. Und sein Geliebter Bosie nimmt und nimmt.

»Mäßigkeit ist verhängnisvoll; nichts hat soviel Erfolg wie das Übermaß«

Ich schenke auch, um mir die Gunst des Günstlings zu erhalten, bisweilen ruinös, und wurde schon viermal bestohlen. Einer fragte noch: »Darf ich mir deine Uhr leihen?« Laut Polizeiprotokoll – man hat ihn verhaftet – zitiert er mich in der Akte: »Ich bin es gewöhnt, für die Anwesenheit schöner Männer zu bezahlen« – das klingt nach mir im Liebeswahn. Es kommt raus, dass er einem anderen Liebeskranken drei Monatsmieten und 1.000 Euro Internetsurfen schuldet. Und ich denke noch, er wird es dringender gebraucht haben. Im Altgriechischen gibt es einen Begriff für »einen Mann, der für junge Männer zuviel Geld ausgibt«, entnehme ich James Davidsons Grundlagenwerk *The Greeks and Greek Love*. (Im übrigen weist er nach, dass die Antike keinen Analverkehr, sondern »Schenkelverkehr« praktizierte, eine Art der Frottage, und dass das Schönheitsideal Attikas kleine Penisse waren.)

Inzwischen häufen sich in den Metropolen Fälle, in denen One-Night-Stands nach dem Höhepunkt plötzlich Geld verlangen. In New York verlangte einer schon vor der Anbahnung 100 Dollar, legte sich leblos auf das Hotelbett und sagte: »You can do what you want.« Ich frage ihn, warum er das tut – für Miete und Studiengebühren. Ich gebe ihm das Geld und schikke ihn fort, mein persönlicher »Pretty Woman«-Moment.

Bis heute gilt das Gesetz der Schönheit nirgendwo so grausam wie auf dem »Schwulenmarkt«. Auf Grindr haufenweise Bilder von Sixpacks, meist ohne Kopf. Ein quasi freiwilliges »Kopf ab«. Der moderne Schwule schafft sich selbst ab. Dass das trainierte Ideal solchen Vorrang erlangte, ist den Surfboys der Siebziger, genaugenommen aber dem Zeichner Tom of Finland zu verdanken, der mit ersten Muskelkerls in Leder und gigantischen Beulen in der engen Hose den Ton angab. Dieser Trend gelangte nach Europa und schließlich zu den Heterosexuellen. Vom Phänotyp her gibt es heute zwischen Heteros und Homos keine Unterschiede mehr.

»England ist die Heimat der abgestandenen Ansichten«

Wildes Geschichte ist im Angelsächsischen verwurzelt. Edward II. (1284–1327) liebte Piers Gaveston, wird darob entthront und stirbt in Gefangenschaft. Schwule an der Macht? Noch lange nicht! Jakob II. sucht sich seine Höflinge nur »nach Wuchs«. Niemand nimmt daran Anstoß. Doch da sind wir schon im Nachhall der Renaissance. Gerade schrieb Shakespeare »oh thou, my lovely boy« an einen W. H., vermutlich ein junger Lord.

Da ist der Sex in den Internaten, in der Clergy der High Church, in Oxford und Cambridge. Der große Romancier E. M. Forster schreibt seine schwule Liebesgeschichte *Maurice* mit einer der romantischsten Szenen der Gay Literatur 1919, widmet sie aber »to a better time«. Er weiß, dass sie nur posthum veröffentlicht werden kann. Das geschieht 1976. Zahlreiche seiner Short Storys, die sich mit der Heimlichkeit und der Kriminalisierung von Homosexualität im Viktorianismus befassen, erscheinen ebenfalls posthum. Foster hat im hohen Alter eine Liebesbeziehung zu einem Londoner Bobby, dessen Frau weiß davon. Die diskrete englische Lösung.

In Erich Ebermayers Wilde-Biografie von 1954 heißt es: »Der Engländer liebt keinen unnötigen Skandal. Schon gar nicht, wenn es sich um gesellschaftliche Prominenz handelt. Solange Wilde den Behörden nicht selbst einen Anlass bot oder gar sie zwang, gegen ihn vorzugehen, würde er völlige Ruhe haben.« Doch Bosie will alle wissen lassen, das er »Oscar Wilde's boy« ist. Auch in Suiten mit Doppelbett fallen sie auf. Bosie reizt das Establishment, die Doppelmoral des verlogenen viktorianischen Zeitalters. Als ein Vertrauter im Namen von Wilde ein Dinner organisieren will, lehnen zehn Gentlemen die Einladung rundweg ab. Einer schreibt, er wolle nicht mit Wilde assoziiert werden.

Ich selbst traue mich noch immer nicht, meine Geliebten in der Öffentlichkeit zu küssen – sogar Händchenhalten in der Öffentlichkeit fand ich schon immer etwas zu intim. Aber heute, seit Abschaffung des von den Nazis verschärften Paragrafen 175 im Jahr 1994, dem 140.000 Männer zum Opfer fielen, darf man das alles. Nun ja, in den Metropolen der westlichen Hemisphäre (und auch da muss man aufpassen). Schon immer wollte ich nach Sankt Petersburg, zu den weißen Nächten. Doch wenn ich einem Busfahrer zu lange in die Augen blicke, lande ich im Knast. In Kairo werde ich im Nile Hilton in den Friedenszeiten Mubaraks homophob belästigt. Noch in den Siebzigern soll meine Großmutter 110 wählen, als ihr Sohn ihr seinen Freund vorstellen will. Aber als die Bodyguards von Klaus Wowereit mich beim Henri-Nannen-Preis umschließen, sagt der, sehr charmant: »Wie, Sie wollen schon gehen?« und lässt Champagner kommen.

Sogar Händchenhalten fand ich zu intim: LGBT-Straßenfest Castro Street Fair, 1975

»Die Liebe? Eine Illusion«

Oscar Wilde lebt und liebt. Constance, seine Frau, seine beiden Söhne. Die schönsten Mär-

GÖNN DIR!

6 AUSGABEN
30 EURO

MISSY-MAGAZINE.DE/ABO

MISSY MAGAZINE

chen hat er seinen Jungen zum Einschlafen vorgelesen, etwa seins vom »Happy Prince«. Doch bei einer umfeierten Premiere ist es um ihn geschehen, als er den goldgelockten Epheben Bosie erblickt. Schönheit, Jugend und Hochadel. Wenn eine Begegnung als schicksalhaft bezeichnet werden kann, ist es die zwischen Wilde und Bosie.

Als ihm Bosies Vater, der Marquess of Queensberry, in dessen Club die wahrscheinlich berühmteste Visitenkarte der Welt hinterlässt, »for Oscar Wilde, posing Somdomist« (sic), strengt Wilde einen Prozess wegen Verleumdung gegen ihn an. Das Vernünftigste wäre gewesen, die Karte sofort zu verbrennen. Doch Bosie treibt ihn zur Klage, bei der alles herauskommt und der Kläger zum Angeklagten wird.

Wilde hat ein schwerwiegendes Problem: Edward Carson, der ewige Zweite. Und der nimmt gnadenlose Rache. Wilde ist ein Genie, der Staatsanwalt nicht. Schon in Irland auf dem Internat, später am College, räumt Wilde alle Preise ab. Carson kommt nie an ihn ran.

Dieser Mann ist es, der Wilde, nun als Anwalt der Krone, ins Kreuzverhör nimmt: »Haben Sie ihn intellektuell beeindruckt?« Wilde: »Selbstverständlich.« In diesem Moment wird auch Bildung zum Verbrechen.

Und dann kommen die Stricher zu Wort: »Er hat mich sodomiert.« Über dem obersten Lordrichter in roter Robe und weißer Perücke hängt mahnend das Schwert. Noch saust die Klinge nicht nieder, aber Wilde ist schon auf dem Schafott. Denn er »bezahlte« stets mit güldenen Zigarettenetuis – das ist für die Geschworenen klar, nachdem sie weder einen der verlesenen Briefe an Bosie noch Passagen aus *Dorian Gray* so recht verstanden haben. »Ist dies ein unmoralisches Buch?« Wilde bäumt sich einmal noch auf: »Es gibt keine unmoralischen Bücher. Bücher sind gut oder schlecht geschrieben. Das ist alles.«

Zum Verhängnis wird Wilde, dass er einen Jungen nicht geküsst haben will, weil jener »wirklich überaus hässlich« gewesen sei. Nun ist die Jagd endgültig eröffnet. Von nun an wird Wilde ausgeweidet werden, sein ganzes, zum Glück nicht mehr allzu langes, elendes, verkanntes, geschmähtes und mittelloses Leben lang.

Unerbittlich wiederholt der ewige Zweite die Frage: »Warum haben Sie die Hässlichkeit des Jungen erwähnt?« – »Herr Carson, Sie sind im Interesse Ihrer Sache ziemlich dreist!« – »Sagen Sie das zur Bekräftigung Ihrer Behauptung, dass Sie ihn nie geküsst haben?« Das begreifen nun jedes Fischweib an der Themse und jeder Kutscher und jeder Hotelboy und natürlich auch die Geschworenen. Der Prozess wirft ein Blitzlicht auf jene tiefsitzende Intoleranz, die noch heute schwules Leben verfinstert.

Ich erinnere mich an die Hochzeit zweier Ingolstädter, bei der mich ein Schulfreund und Schwarm vergangener Tage beiseite nimmt. Er würde seine Frau so gerne einmal von jener Seite kennenlernen. Wie man das am besten anstelle. Aha, denke ich. Magnus Hirschfeld hat in den ersten Umfragen in den zwanziger Jahren in der homosexuellen Szene keinen Hinweis auf diese Praktik gefunden. Dennoch ist sogar die Forschung vom Analverkehr besessen. Doch die Lächerlichkeit hält sich unter den Schwulen selbst, wenn sie sich auf den einschlägigen Seiten als »Top« oder »Bottom« bezeichnen. Es ist der Vorläufer der Frage von naiven Heteros, ob man Mann oder Frau sei in der Beziehung. Ich fand diese Rollenverteilung immer schon unlogisch. Penetration ist *die* fixe Idee unter den Geschlechtern.

»Wer findig genug ist, eine Lüge glaubhaft darzustellen, mag lieber geradezu die Wahrheit sagen«

Nun fällt das Urteil. Bei dessen Verkündung schäumt der Richter förmlich vor Abscheu. »Das Vergehen, dessen Sie überführt worden sind, ist so schwer, dass ich mir den stärksten Zwang auferlegen muss, um die Gefühle, die dabei im Herzen jedes Ehrenmannes wach werden müssen, der die Einzelheiten dieser schrecklichen beiden Verhandlungen gehört hat, nicht in Worten zu schildern, die ich lieber vermeiden möchte.« Nach der Verurteilung wegen »Unzucht« wartet Scotland Yard mit der Verhaftung. Noch könnte Wilde das letzte Boot nach Calais erreichen, Freunde drängen ihn zur Flucht. Doch der Dichter lehnt ab, die zwei Jahre Zuchthaus mit Zwangsarbeit ruinieren seine Gesundheit. Drei Jahre nach der Entlassung stirbt er verarmt im Pariser Exil.

Wenn es so etwas wie den schwulen Erlöser gibt, dann ist es Oscar Wilde: Ihn nagelte man stellvertretend für alle Homosexuellen förmlich ans Kreuz. Der schändliche Schauprozess ist ein Wendepunkt, weil sich erstmals das Stigma »homosexuell« Bahn bricht und ein friderizianischer aufklärerischer, tendenziell toleranter Ansatz – Friedrich der Große war selbst homophil – in eine wilhelminische Sanktionierung beziehungsweise Kriminalisierung umschlägt, die noch auf die Gegenwart abstrahlt.

Was bleibt? Der Christopher Street Day, an dem sich gelangweilte SM-Lesben am Hamburger Jungfernstieg vor Touristen im Messezelt peitschen. Unpolitische Jungschwule, die sofort zu spießigster Monogamie übergehen, Homoehen schließen und leben können, ohne geächtet zu sein. (Noch. Die Schwulenfraktion der AfD will sich ja geradezu selbst abschaffen. Ein Freund meint: »Irgendwann holen sie uns wieder ab.«) Ein junger Homosexueller im Bayern der Achtziger, der sich den irischen Dichter zum Vorbild nimmt – einer Liebe wegen, die ihn bis vor kurzem ins Gefängnis gebracht hätte. Ein Grabmal auf dem Père Lachaise inmitten von Paris: eine massive Sphinx, geschaffen vom Bildhauer Jacob Epstein. Liebende pilgern dorthin und hinterlassen ihre Wünsche auf kleinen Zetteln.

Harald Nicolas Stazol ist laut »GQ« der letzte Dandy

»Ficken heißt bei mir nicht angreifen«

Interview mit der Rapperin *Sookee* über misogynen und queerfeindlichen Gangstarap, Songs für den Mainstream und die Sprache der Sexualität

Eylul Aslan

literatur konkret: ***Warum hat sich Deutschrap seit den vielversprechenden Zeiten von Cora E und Stieber Twins zu dem entwickelt, was heute in den Charts steht?***

Sookee: Sowohl die Kulturindustrie als auch die Rezipient*innen sind sehr daran gewöhnt, dass der Kapitalismus von Verschärfungen lebt. Das hat soziale Konsequenzen. Wenn die Werbeindustrie – ganz ähnlich der Musikindustrie – die Verbreitung problematischer Geschlechterbilder mit einem »Sex sells«-»Argument« zu rechtfertigen versucht, ist es tatsächlich ein »Sexism sells«. Auch rassistische Zuschreibungen einer deutschen Mehrheitsgesellschaft haben dafür gesorgt, dass das Bild des Gangstas kapitalisierbar wurde. Die Kulturwissenschaftlerin Tricia Rose hat in ihrer Analyse dieser Entwicklung auf dem US-HipHop-Markt gezeigt, dass eine Vielzahl von Images und Narrativen auf die Verkaufbarkeit der Triade »Gangsta Pimp Hoe« (also krimineller, misogyner schwarzer Mann und sexualisierte, unterworfene Frau) abzielen.

Gibt es eine Kopplung zwischen dem Interesse des Bürgertums und den Attitüden des Gangstarap?

Dass Gangstarap rebellisch sein soll, scheint mir völlig überkommen. Womit wird denn wogegen rebelliert? Die konservativen Positionen einer patriarchalen und heteronormativen Gesellschaft decken sich mit den misogynen und queerfeindlichen Statements und Stilmitteln. Auch die Vergötzung der Profitlogik hat bei vielen etablierten Rappern nichts mehr mit dem Traum vom sozialen Aufstieg zu tun, der für sie längst Wirklichkeit geworden ist.

Ben Salomo meinte, als er wegen des immer größer werdenen Antisemitismus seinen Ausstieg aus der Rapszene bekanntgab: »Innerhalb der Rapszene gibt es keine Diskussion. Die Diskussion ist außerhalb.« Liegt es nicht gerade in der Natur von Rap, die ganze Zeit zu kommunizieren?

Kommunikation heißt nicht gleich Reflexion. Trotzdem gibt es sehr wohl auch rapintern eine Menge Diskussion über solche Themen. Ich glaube nicht an abgeschlossene Sphären von innen und außen. Allerdings verschanzen sich viele Protagonist*innen der Szene hinter einer marktreferentiellen »Der Erfolg gibt mir recht«-Logik und sind nicht bereit, ihr Handeln in Frage zu stellen. Das würde die identitär aufgeladenen Imagepolitiken vieler Rapper*innen arg ins Schwanken bringen.

Du vergleichst Rap mit einer Burschenschaft. Wie unterstützen sich queerfeministische Rapperinnen?

Wir versuchen, die »Teile und herrsche«-Strategien des Kapitalismus und des Patriarchats zu überwinden. Ich erlebe fast gar kein Konkurrenzdenken. Viele Rapperinnen (und transmännliche Rapper) treten gemeinsam auf, gehen gemeinsam auf Tour, machen gemeinsam Songs, vernetzen sich in Workshops, teilen ihr Wissen und ihre Ressourcen wie Beatproduktionssoftware und Aufnahmemöglichkeiten. Wir freuen uns füreinander, wenn eine es ans Mic und auf die Bühne schafft, ihre Stimme erhebt und sich artikuliert. Wir empfehlen uns gegenseitig, wann immer es uns möglich ist: Checkt unbedingt Finna und Rahsa aus Hamburg, Ebow und Yasmo aus Wien, Sir Mantis und Plaeikke aus Leipzig und Lady Lazy und Haszcara aus Berlin!

Mit deinem Album »Mortem & Makeup« von 2017 wolltest du mehr auf »Leute außerhalb der linken Filterbubble« zugehen. Geht die Strategie auf?

Ja. Zum einen ist das Album eh in einer Zeit erschienen, in der sich der kulturelle Mainstream zumindest in Teilen feministischen und queeren Themen und Debatten öffnet und zahlreiche Menschen aufgrund des Rechtsrucks überlegen, warum es schlau ist, sich als im weiteren Sinne links zu verstehen. Für diese weniger geübten Ohren war »Mortem & Makeup« ein Entgegenkommen, wie Rückmeldungen bestätigen. Zudem bin ich mit dieser Strategie nicht allein. Von Rockbands wie Kafvka über Anne Für Sich bis zu diversen Rapacts gibt es eine Welle emanzipatorischer Politisierungsbestrebungen.

Auf deiner Website steht: »Wenn Sookee rappt, erlebt man Kinder und Kanzlerin im Staunen vereint.« Wie verträgt sich das mit deinem Statement »Spuck auf rechts«?

Ich bin kein Fan der parlamentarischen Demokratie, wie wir sie kennen. Es gibt keine Partei, in die ich eintreten würde. Der deutsche Staat bietet mir persönlich ausgesprochen wenig Identifikationsmöglichkeiten. Dennoch finde ich es wichtig, wenn Parteipolitiker*innen – welchen Ranges auch immer – anerkennend registrieren, dass sich das kulturelle Leben mit Gegenwartspolitik befasst und Position bezieht. Trotzdem bin ich Antifaschistin und lasse mir nicht nehmen, Songs wie »Zusammenhänge« mit der Zeile »Ich brüll *alerta antifascista* und spuck auf rechts« vorm Brandenburger Tor als Botschafterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zu spielen. Ich empfinde das eher als Intervention denn als Widerspruch.

Rapper beschäftigen sich mehr als andere Künstler mit sich selbst. Welche politische Stärke liegt darin? Welche Schwäche?

Rap ist tatsächlich ziemlich selbstreferentiell. Nervig bis problematisch wird's, wenn das zu einem egozentrischen Eiertanz wird, der sich gegen kritische Betrachtung immunisiert. Auf der anderen Seite gibt es die Möglichkeit, sich in der Auseinandersetzung mit sich selbst und dem Genre zu reflektieren: bezüglich der gängigen Narrationen, Imagepolitiken, Sprachgebräuche und dergleichen. Insbesondere, wenn Rap als »Spiegel der Gesellschaft« gilt. Wovon ich wenig halte, denn eine tatsächliche Spiegelung im Sinne einer quasi objektiven Repräsentation gibt es nicht. Wann immer jemand Realität wiedergibt, schreiben sich diskursive Verwicklungen der Autor*innen mit ein. Insofern handelt es sich eher um eine Wechselwirkung zwischen Rap und Gesellschaft.

Was sagt das Verhältnis zu seiner eigenen Sprache über einen Menschen aus?

Der Kontext macht ziemlich viel aus. Sprachliche Sozialisation ist nicht zu unterschätzen. Was aber nicht bedeutet, dass das Gelernte ewig fortbestehen muss. Menschen können sich aktiv mit dem eigenen Sprachgebrauch auseinandersetzen und ihr sprachliches Verhalten verändern, ihr Register erweitern, sich bestimmte affektiv eingesetzte Begriffe abtrainieren und so weiter. Wenn sie es denn wollen. Sprache ist Kultur, und Kultur ist veränderbar. Das bedeutet aber nicht, dass ein bloßer PC-hygienischer Umgang mit problematischen Begriffen ein Allheilmittel ist. Es gibt hochgradig sexistische Rapsongs, die niemals auf dem Schreibtisch der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien landen würden, weil sie total »clean« sind. Da steckt die Misogynie in anderen Ebenen des Textes.

Im Umkehrschluss können Personen, die ableistische oder transfeindliche Terms verwenden, schlichtweg noch nicht die Gelegenheit

gehabt haben, die dahinterstehende Problematik zu reflektieren, was nicht bedeuten muss, dass sie tatsächlich Behinderte abwerten oder anfeinden und transgeschlechtliche Leute für krank halten. Sensibilisierungsprozesse in diesem Bereich können sehr unterschiedlich verlaufen.

Für welchen Kampf gegen wen eignet sich welche Sprache?

Der Hippie in mir säuselt nun, dass man nicht gegen jemanden, sondern für etwas kämpfen sollte. Grundsätzlich gibt es keine abgeschlossenen Sprachkategorien, die für den jeweiligen politischen Kampf als sichere Maßnahme gelten. Das Schöne an Sprache ist ihre Variabilität und das Experimentelle. Für mich ändert sich das von Song zu Song und unterliegt der Tagesform.

Bietet gerade Rap als Kunst Möglichkeiten zum Queersein oder Queerwerden?

Queerness steckt in jedem Lebensbereich, wenn ich das will. Lediglich die heteronormative, cismännliche Traditionsdichte im Rap bietet Queerness als dem großen Anderen sicherlich besondere Möglichkeiten.

In »Wortgewaltverherrlichung« singst du: »Es soll kaum mehr eine Tugend geben außer der gerechten Rede.« Die Fickdeinemutter-Rapper haben meistens ihre eigenen Vorstellungen von Moral und ehrbarem Handeln. Suchst du eine Sprache der Moral?

Es gibt zwei Felder, auf denen ich mich nicht sicher bewege: Kunst und Moral. Ich halte es eher mit Kultur und Politik. Letztere erheben weniger den Anspruch, universell zu sein. Das verspricht mir Aushandlungsmöglichkeiten. Die Sprache der Moral ist mir insofern keine Partnerin, als sie sich als total und abgeschlossen ausgibt: »Das sagt man nicht!« schließt Dynamik, Kontext und Entwicklung aus. So geht gesellschaftliche Veränderung nicht.

Ist die Sprache der Sexualität frei? Könnte man mit dem momentan vorhandenen Vokabular für Sex und Begehren (ficken, bumsen, Muschi et cetera) überhaupt eine von Gewalt und Heteronormativität befreite Form des Ausdrucks finden?

Ich versuche das zumindest. Ich verwende »koitale« Begriffe, die sonst vielfach als Ausdruck von Ablehnung oder Zerstörungswut auftauchen, eben im konsensuell-sexuellen Sinne. Ficken heißt bei mir eben Sex haben und nicht angreifen oder zerstören. Körperreferentielle und sexualisierte Begriffe haben es dringend nötig, wertschätzend und empowernd eingesetzt zu werden. Ich würde einen Begriff wie Fotze niemals pejorativ, aber durchaus in seiner kinky Konnotation gebrauchen.

Wie stehst du zur Debatte um* Beißreflexe*?

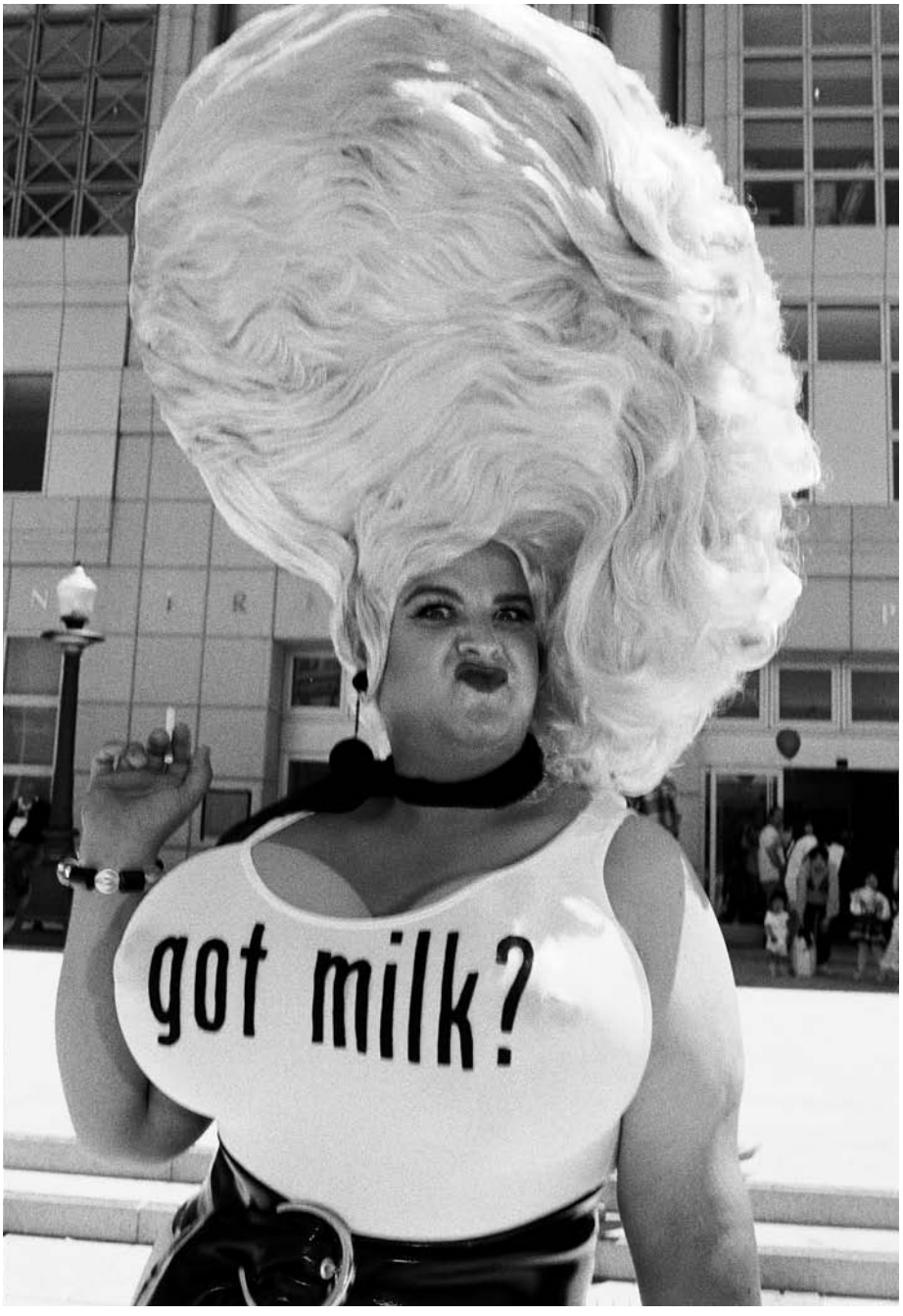
Interessant, dass der Titel eines Buches zur Debatten-Headline avanciert ist. Ich erlebe die Debatte eher als eine um Identitätspolitik und Streitkultur. Ich neige nicht dazu, eine der beiden Seiten argumentativ zu bedienen oder uneingeschränkt zu unterstützen. Ich bin nicht der Typ für Entweder-Oder-Logiken. Mich interessiert: Wie ist gesellschaftlicher Wandel möglich? Veränderung braucht Zeit und guten Willen. Soziales Lernen ist prozessual, und wer mit Sanktionen erzieht, wird keine Verbündeten hervorbringen.

Ist es besser, vom Kampf zu erzählen oder so zu tun, als wäre er gewonnen?

Auch hier wieder: Entweder-Oder als Binärlogik widerspricht dem queeren Anliegen in sich. Kritisch-Kämpferisches ist der utopischen Erzählung inhärent. Andersrum implizieren abgefuckte zynische Texte irgendwo Hoffnung, auch wenn sie nur großschnäuzig ihre enttäuschte Romantik vor sich her tragen. Beide Zugänge können wirkungsvoll sein, auch wenn ich die Miesepetrigkeit der Dystopie wegen jahrzehntelanger Depressionserfahrung von mir fernzuhalten versuche. Strategisch ist es sinnvoll, die gewonnenen Zwischenetappen so ausführlich zu feiern wie möglich, um die Spannung zu halten und sich selbst zu motivieren. Es sind eh alles Prozesse. Wann hat je ein Mensch einen Punkt hinter einen politischen Kampf gemacht?

Erlebst du, dass queere Kunst den Alltag, queerer Alltag die Kunst verändert?

Queere Sichtbarkeit im kulturellen Leben stabilisiert, verstetigt und vergewissert queere Alltäglichkeiten. Wenn ein*e DJ ein queeres Set auflegt, müssen die Leute auf der Tanzfläche die Hetero-Lovestorys der Popmusik nicht mehr umdeuten und können sich der Unmittelbarkeit und damit ihrer selbst erfreuen. Das gibt Kraft. **Interview: Emily Philippi**



»Queere Sichtbarkeit gibt Kraft«: LGBT-Pride-Parade, 1996

Sookee: Mortem & Makeup. Buback/Indigo 2017

Rezensionen

15 konkret-Autorinnen und -Autoren stellen 16 neue Bücher vor

Brainwash pervers

Garrard Conley: *Boy Erased*. Aus dem Englischen von André Hansen. Secession, Berlin/Zürich 2018, 335 Seiten, 25 Euro

Einen Jungen auslöschen? Weil er schwul ist? Garrard Conley, Jahrgang 1985, geboren in Arkansas – da beginnt schon das Unglück –, ist es passiert. *Boy Erased* heißt seine Aufarbeitung des Erlebten. Wenn man in der »Familie« eines selbsternannten konservativen, man möchte sagen, recht eigentlich irrsinnigen »Predigers« aufwächst und sich plötzlich Neigungen regen, die nicht bibelkonform sind, und man sich den Eltern vertrauensvoll offenbart – dann kommt man ins Umerziehungslager der »Love in Action«, die seit 1973 der Homosexualität den Krieg erklärt hat. Dem Jahr also, in dem die American Psychological Association ebenjene »Perversion« nicht mehr unter die psychischen Krankheiten aufnimmt. Ein Schlag ins Gesicht der Konservativen und der Gläubigen allemal: »Du wirst dieses Haus nie wieder betreten, wenn du von deiner Sünde nicht ablässt«, sagt Garrards Vater, und das College wird auch gestrichen. Dann bringt seine Mutter ihn mit dem Auto in die Schwulenheilanstalt. Allerlei Regeln treten dort von der ersten Sekunde an in Kraft und enden in der seelischen Selbstauslöschung. Mit zahllosen Suizidversuchen, Selbsthass en masse, mit verzweifelten Gebeten, »Gott, mach mich anders!«, jede Nacht. Dreifaltige Abscheu: die Garrards vor sich selbst, die der Umerzieher vor der Menschenwürde der Gepeinigten und die des Lesers vor einem Land, in dem so etwas unbegrenzt möglich ist.

Das Handy wird nach Pornos, Liebeschats etc. durchforstet und konfisziert, das schmerzt Garrard nicht. Aber dass er sein Notizbuch aushändigen muss, das Werkzeug des Schreibenden, das schon sehr. Umso erstaunlicher, wie der junge Autor sich nun präzise an alles – alles! – erinnert und einem atemlosen Leser vor Augen führt, in beachtlichem Stil (gut übersetzt), als wäre man der Folter selbst unterworfen: »Sogar als er meinen Kopf runterdrückte, machte ich mir Sorgen, dass ich was falsch machen könnte. Sogar, als ich würgte und strampelte, an den Haaren seiner Waden zog, um irgend etwas zu tun, was ihn aufhören ließ, machte ich mir Sorgen, ihn zu verärgern« – da wird Garrard gerade vom Jugendleiter vergewaltigt, der unter Tränen jammert: »Wie kann ich jetzt noch Jugendpastor sein?«

Conley debütiert brillant. Er lebt heute in New York. Sein Buch ist schockierend. Der größte Schock wartet jedoch in der Danksagung, Seite 335: »Ich danke am allermeisten meiner Mutter und meinem Vater, deren Liebe maßgeblich war.« Gebe Gott, dass das des Autors letzte, vernichtende Ironie war.

Harald Nicolas Stazol

Verirrungen

Liane Bednarz: *Die Angstprediger. Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern*. Droemer, München 2018, 256 Seiten, 16,99 Euro

Lucius Teidelbaum: *Die christliche Rechte in Deutschland. Strukturen, Feindbilder, Allianzen*. Unrast, Münster 2018, 96 Seiten, 7,80 Euro

Religiöse Ideologien haben aus Gründen der Herrschaftssicherung ein starkes Interesse an Sexualität und versuchen, über Repression im Intimbereich Kontrolle über ihre Anhänger zu erlangen. Bei aller Heterogenität der christlichen Szene in Deutschland ist sie sich in der Ablehnung homosexueller Beziehungen weitgehend einig. Bei den Ultrakonservativen ist diese Ablehnung offen und aggressiv, im Mainstream gilt die Position von Papst Franziskus: Man müsse Homosexuelle respektvoll bedauern und sie von ihrem Defekt abbringen.

Lucius Teidelbaum stellt die rechte Christenszene in ihren Strukturen vor, benennt ihre zentralen Agitationsfelder, zu denen neben dem Kampf gegen gleichgeschlechtliche Liebe auch die Ablehnung des »Gender-Wahnsinns« und der »Lebensschutz« gehören. Das Büchlein ist, dem Konzept der Reihe Unrast Transparent entsprechend, knapp gehalten, reicht aber für einen allerersten Überblick.

Liane Bednarz, Aussteigerin aus dem extrem rechten Christentum – sie versteht sich inzwischen nur noch als konservativ –, holt ein bisschen weiter aus. Ihr Buch ist allerdings ein Reinfall, da sie zwar interessante Zitate und Zusammenhänge aus der christlichen Rechten zusammenträgt, es zugleich aber legitim findet, die Ehe für alle »wegen der fehlenden Möglichkeit, Kinder zu zeugen«, abzulehnen. Sie wirbt dafür, diese Position in einen Argumentationsaustausch gleichberechtigt einzubeziehen, und übergeht dabei, dass, wenn zwei Personen eine Ehe eingehen wollen, Dritte da nicht mitzureden haben. Erst recht nicht mit Bezug auf einen Gott, der es nicht für nötig hält, mal einen kleinen Hinweis auf seinen Willen und somit seine Existenz zu geben.

Die Journalistin ist zu sehr um den Zustand der Kirchen besorgt, als dass sie sich um Rechte von Menschen kümmern kann. Die Bibel gilt ihr als »das inspirierte Wort Gottes«. Ihre Auseinandersetzungen mit innerkirchlichen Strömungen auch in Fragen der Homosexualität sind dabei oft theologisch, also für Aufgeklärte irrelevant. Wer die Worte des Predigers Paulus: »Männer trieben mit Männern Unzucht und erhielten den ihnen gebührenden Lohn für ihre Verirrungen« hin und her interpretiert, anstatt einem Verein, in dem dies geduldet wird, den Rücken zu kehren, unterstützt den Hass auf Homosexuelle.

Rechtsextremismusexperte Teidelbaum hält es in seinen abschließenden Worten wie

Bednarz für nötig, auf offene und tolerante Christen hinzuweisen, die es sicherlich auch gibt. Warum nur verabschieden sich diese nicht zumindest vom organisierten Christentum, sondern bleiben Mitglied in einem Club, dessen Gründungsdokument zur Ausgrenzung »falsch« Liebender aufruft? **Christoph Horst**

Butches Brew

Pia Thilmann (Hg.): *Butches. Begehrt und bewundert.* Querverlag, Berlin 2018, 192 Seiten, 19,90 Euro

Sie sind die am deutlichsten zu erkennenden Lesben und aus der Geschichte der weiblichen Homosexualität nicht wegzudenken: die Butches. Offensiv, laut und cool stehen sie in der Gegend herum und pfeifen auf Konventionen, wie eine Frau zu sein habe, während sie das Auto reparieren. Doch bei aller Sichtbarkeit fristen Butches in der Gesellschaft ein Nischendasein. Sie sind die Lesben, vor denen immer gewarnt wird, die »Mannweiber«. »Männer sind nur schlechte Kopien von Butches«, bringt es Manuela Kay, Begründerin des »L-Mag«, auf den Punkt, ein beliebtes Klischee in sein Gegenteil verkehrend.

Die Anthologie *Butches* ist ein Streifzug durch die Welt dieser Frauen. Da werden Berühmtheiten verhandelt (Gertrude Stein, Radclyffe Hall) und frühe, wichtige *role models* (Tomboy George von den *Fünf Freunden* und – natürlich! – Ulrike Folkerts), Lokalprominenz (zum Beispiel eben Manuela Kay oder Monika Herrmann, die Bürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg), aber auch die ganz normalen Lesben von nebenan kommen zu Wort und erzählen ihre Geschichten von Coming-out, butchem Sex und den vielen Arten, als Butch in dieser Welt glücklich zu werden.

Der zentrale Essay der Herausgeberin Pia Thilmann (ihres Zeichens Kreuzberger Dragking) über »eine ganze Welt voller Butches« zeigt die wundervolle Bandbreite dieses »Phänomens« in voller Pracht und seine Geschichte und Ausprägungen: von den Anfängen der »kessen Väter« über die albanischen Burneshas, die bereits als Jugendliche als Mann leben können, um einer Zwangsheirat zu entgehen oder ein Familienmitglied zu ersetzen, bis hin zu Ikonen wie Hella von Sinnen oder Boo aus der Frauenknastserie »Orange Is the New Black«. Die Fotoserie »Butches at Work« von Corinna Harl/Micori fängt diese verschiedenen Lebensentwürfe sehr schön in Bildern ein.

Es ist Zeit, dass Butches wieder mehr geschätzt werden; Frauen, denen man »es gar nicht ansieht« – schön und gut, aber auf die Dauer ist das langweilig. »Ich schätze diese Lesben mit kurzen Haaren, Holzfällerhemd und gesundem Schuhwerk. Sie wurden lange verächtlich behandelt und verlacht, sie verdienen Verehrung und Dank«, lobt die Femme Maren Kroymann auf dem Buchumschlag. Diese Veröffentlichung macht allen Butches und ihren Bewunderinnen und Bewunderern Mut.

Tina Manske

Mach dich frei von Vorurteilen: Castro Street Festival, 1975

Arschloch des Universums

iO Tillett Wright: *Darling Days. Mein Leben zwischen den Geschlechtern.* Aus dem Englischen von Clara Drechsler und Harald Hellmann. Suhrkamp, Berlin 2017, 436 Seiten, 15,95 Euro

»Dort, wo ich herkomme, war der, der keine Dragqueen oder kein radikaler Denker oder Performancekünstler war, der Sonderling«, sagt iO Tillett Wright in seinem TED-Vortrag »Fifty Shades of Gay«. So hatten seine Hippiekünstlereltern überhaupt kein Problem damit, dass iO mit sechs beschließt, als Junge zu leben, und mit 14, wieder als Mädchen, sonst aber mit so ziemlich allem.

Der deutsche Untertitel *Mein Leben zwischen den Geschlechtern*, den Suhrkamp Wrights Kindheits- und Jugenderinnerungen verpasst hat, führt in die Irre. Denn das zentrale Thema ist nicht irgendein Gender Trouble, sondern die Emanzipation von drogensüchtigen und psychisch lädierten Erziehungsberechtigten. Während der Vater sich früh davonmachte, eine neue Familie gründete und nur auf Stippvisite auftauchte, blieb iO mit seiner unberechenbaren Messiemutter im »Arschloch des Universums«, wie die Polizei die heruntergekommenen Wohn-

blocks in Manhattan nannte, zurück und war ihren Launen ausgeliefert. Die »Darling Days« wurden immer seltener, die Ausraster häuften sich. Das Kind geriet in die Beschützerrolle (»Ma geht in Flammen auf, ich lösche sie«), hungerte, weil die hyperaktive Tänzerin vom Magerwahn besessen und notorisch pleite war, und hielt es für Verrat, sie bei Lehrern oder den Spießern vom Jugendamt anzuschwärzen. Auch dass iO schwer Bindungen aufbauen konnte, hing weniger mit körperlicher Scham als mit den Lebensverhältnissen des »Wolfskinds« zusammen. »Bis ich 12, 13 war, wusste ich nicht, wie man mit Messer und Gabel isst, und erst mit 16, wie man duscht.«

Der Fotokünstler, Moderator und »radikale Humanist«, der mittlerweile als Transmann lebt, erzählt lebendig und mit Witz vom liebenswerten Irrsinn des Milieus und betreibt sehr emotional Introspektion – mit dem unbedingten Willen zum mal mehr, mal weniger originellen Bild (»Schlaf ist eine schlüpfrige Wanne des Nichtfühlens, in die ich steige, wenn mein Herz schwer ist«). Die Offenheit der Boheme vermisst er heute im Kulturbetrieb. »Manchmal fühle ich mich wie ein Zirkusaffe«, sagte er der »Taz«. »In einem Radiointerview war die zweite Frage, ob ich eine Geschlechtsumwandlung hatte. What the fuck?«

Marit Hofmann

»Fetti und Fidschi«

Axel Ranisch: *Nackt über Berlin*. Ullstein, Berlin 2018, 384 Seiten, 20 Euro

Der Einstieg ist durchaus vielversprechend: Übergewichtiger 17jähriger masturbiert zu Rachmaninows »Sinfonischen Tänzen«, zählt dabei die Instrumente auf (»Klarinette, Fagott und schließlich noch grummelnd, verstummend, die Bassklarinette«) und kommt beim Gedanken an seinen vietnamesischen Mitschüler Tai, der ebenso Außenseiter ist wie Wichser Jannik.

Ihre Schulkamerad*innen nennen die beiden, die außerdem durch offensichtliches (Jannik) und unbestimmtes (Tai) Schwulsein miteinander verbunden sind, »Fetti und Fidschi«. Diese Konstellation allein gäbe ein schönes Setting für die Geschichte eines juvenilen Outings in der Großstadt ab – aber Autor Axel Ranisch ist das nicht genug. Kernstück seines Romandebüts ist die so krude wie zugegeben faszinierend eskalierende Entführung des volltrunkenen Schulleiters, den Jannik und Tai auf der Straße auflesen, in sein Apartment schleppen und dort quasi per Fernsteuerung auf perfide Weise quälen. Der Opern- und »Tatort«-Regisseur Ranisch schafft es, Spannung aufzubauen und groteske Bilder zu erschaffen, konterkariert mit Szenen aus dem Familienleben des braven Jannik.

Aber damit kippt auch der Roman: Was zunächst so urban und inklusiv erscheint (sich anbahnende Lovestory zwischen Biodeutschem und Zugewandertem), wächst sich zum unangenehm klischeebeladenen, außerdem viel zu langen Pseudokrimiplot aus. Denn Jannik ahnt nicht, dass ihn der verschlagene und sexuell uneindeutig orientierte Vietnamesen-Boy nur benutzt: Tai hält den Schulleiter für schuldig am Suizid eines Mädchens, will ihn zur Verantwortung ziehen und braucht dafür Janniks Hilfe. Die Darstellung von Tai und seiner vietnamesischen Familie perpetuiert alle Vorurteile, von denen man bisher nicht einmal wusste, dass man sie haben kann – bis hin zum Lächerlichmachen der Aussprache, logisch. Am Ende datet der dicke, aber dank versprochener Penisverlängerung durch Bauchfettschmelze zum Abnehmen bereite »Wikinger« Jannik den Gott sei Dank weißen, rothaarigen Silas und lässt Tai einsam stehen. »Er hatte es nicht anders verdient«, lautet der letzte, auf Tai gemünzte Satz des Romans, dem man auch nichts Besseres wünscht.

Christina Mohr

Gipfelstürmerin

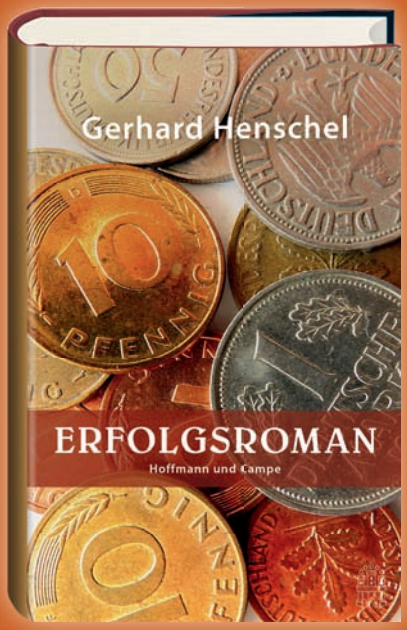
Angela Steidele: *Anne Lister. Eine erotische Biografie*. Matthes & Seitz, Berlin 2017, 328 Seiten, 28 Euro

Wer wäre erstaunt, in den heimlich verwahrten Tagebüchern einer jungen Frau zu lesen, sie habe recht lange, besonders gute oder gar mehrere Küsse empfangen? Ungewöhnlich ist allerdings, dass Anne Lister im prüden, präviktorianischen England lebt. Sie treibt daher einen hohen Aufwand, um ihre Tagebücher vor fremden Blicken zu schützen, und verschlüsselt delikate Stellen mit einer elaborierten Kombination aus griechischen Buchstaben mit numerischen und frei erfundenen Zeichen. Diese Akribie ist jedoch vor allem der Tatsache geschuldet, dass die Tagebuchschreiberin diese »Küsse« durchweg mit Frauen austauscht. Seit etwa ihrem 14. Lebensjahr folgt im abenteuerlichen Leben der Lister eine Liaison der nächsten, keine Frau kann ihr widerstehen. Ihre Gabe, ausgesprochen gut zu »küssen«, ist daran nicht ganz unschuldig: Es ist ihr Synonym für den sexuellen Höhepunkt. Jeder Tagebucheintrag beginnt damit, ob, mit wem und wie oft sie am Abend zuvor einen Orgasmus erlebt hat.

Angela Steidele, die als Autorin auf die Erforschung gleichgeschlechtlicher Liebe spezialisiert ist, verfolgt die Geschichte der draufgängerischen Landadeligen anhand der historischen Tagebücher und schickt vorweg, dass Frauen nie »so prüde, enthaltsam, im Zweifelsfall aber heterosexuell« waren, wie männliche Theoretiker der Weiblichkeit sie im 19. Jahrhundert beschrieben haben. Ganz im Gegenteil. »Ohne Frau an meiner Seite kann ich nicht glücklich sein«, erkennt Lister früh und lebt so frei und ungezwungen, wie die zugegebenermaßen günstigen Umstände es ihr erlauben. Das drückt

Auf in die Neunziger!

Martin Schlosser erobert die Welt.



608 Seiten, gebunden / Auch als E-Book

Der »faszinierendste Zyklus der deutschen Gegenwartsliteratur.«

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

Hoffmann und Campe

sich auch darin aus, dass sie den 3.200 Meter hohen Vignemale in den Pyrenäen als erste besteigt. Die öffentliche Anerkennung dafür bleibt zeitlebens aus, doch notiert sie ohne Bitterkeit, die Lust an der Besteigung sei ihr ohnehin wichtiger als Ruhm.

Die wilde Lust an Eroberungen ist auch das Fazit dieser sinnlichen Biografie. Sie handelt davon, dass eine Frau ihre Gefühle als natürlich versteht, weder anzweifelt noch leugnet und sie konsequent und selbstbestimmt ein lusterfülltes Leben lebt. Der Autorin ist recht zu geben: Dieses freie und ungezügelte Leben ist ein »Meilenstein in der Geschichte Frauen liebender Frauen« und eine »frühe Form von *gay pride*«. **Geraldine Spiekermann**

»Verführer der Jugend«

Alexander Zinn: *»Aus dem Volkskörper entfernt?« Homosexuelle Männer im Nationalsozialismus*. Campus, Frankfurt a. M. 2018, 696 Seiten, 39,95 Euro

»Es ist Zeit für einen Paradigmenwechsel.« Das ist die Quintessenz von Alexander Zinns Dissertation über homosexuelle Männer im Nationalsozialismus: Man sollte den Gegenstand nicht mehr nur aus der Opferperspektive betrachten. Anders, als die Schwulenbewegung seit 1969 – verständlicherweise – spekulierte (manche sprachen vom »Homocaust«), sei die Verfolgung Homosexueller nicht flächendeckend, nicht konsequent, nicht so umfangreich ausgefallen. Ein homosexuelles Alltagsleben ohne ständige Furcht vor Verhaftung habe es auch in Nazi-Deutschland gegeben. Die Behauptung, man hätte auf Homophobie in der Bevölkerung bauen können, stimme ebenfalls nicht. Sie sei eher mitleidig, neugierig bis gleichgültig gewesen. Bei Denunziationen habe das Aussageverhalten der Beschuldigten selbst eine – wenig schmeichelhafte – Rolle gespielt.

Trotzdem stimmt die Inschrift auf Gedenksteinen in Form des »Rosa Winkels«: »Totgeschlagen – totgeschwiegen«. Die 10.000 bis 15.000 Männer, die in KZs einen rosa Winkel aus Stoff auf ihrer Häftlingskleidung tragen mussten, wurden außerordentlich grausam behandelt. Grundsätzlich in Strafkompanien mit zum Tode führender Arbeit eingeteilt, standen sie in der Lagerhierarchie ganz unten, ohne die Möglichkeit, lebenserhaltende Funktionen zu erlangen. Die Todesrate war mit 60 Prozent extrem hoch, in Altenburg/Thüringen lag sie sogar bei 77,8 Prozent. Nach 1945 wurde den Verfolgten Rehabilitation, Entschädigung und Erinnerung verweigert.

Dabei erwarteten 1933 viele eine Lockerung der Homosexuellenstrafverfolgung. Der »Röhm-Putsch«, der Mord an dem schwulen SA-Stabschef 1934, zeigte, dass das ein Irrtum war. Schwule im Staats- und Parteiapparat wurden verhaftet, sie galten als Staatsfeinde. SS-Chef Himmler hatte sich durchgesetzt mit seiner Angst vor der Unterwanderung der faschistischen Männerelite durch Einführung des Prinzips Eros anstelle von Pflichterfüllung, Leistung und Wehrwillen.

Paradoxerweise habe ausgerechnet die Theorie des Philosophen Hans Blüher, der die Homosexualität aus der Schmuddelecke holen wollte, zu dieser Sichtweise geführt, schreibt der Soziologe und Historiker. Der im Kaiserreich vorherrschenden Auffassung von »himmelschreiender Sünde« trat Blüher mit der Idee der »grundsätzlichen Bisexualität jedes Menschen« entgegen. Homoerotik sei Bindeglied von Männerbünden und »Grundlage der Staatenbildung«. Diese in weiten Kreisen anerkannte Theorie habe der NS-Verfolgungspolitik ihre eigentliche Dynamik verliehen – als ideologisch motiviertes Projekt, das insbesondere von der Furcht vor der Zerstörung des Staates gespeist wurde. Homosexuelle galten als gefährliche »Verführer« der Jugend. Deswegen bestrafte man sie drakonisch, während die »Verführten« mit milderen Strafen davonkamen. Da ihnen der NS-Männerstaat keine tragende Rolle zubilligte, blieben lesbische Frauen von der Verfolgung verschont, so Zinn.

1935 wurde der Paragraf 175 verschärft, vom Verbot »beischlafähnlicher Handlungen« unter Männern zur Strafbarkeit jeglicher sexueller Handlungen; das mögliche Strafmaß wurde auf zehn Jahre Zuchthaus hochgesetzt. In Berlin hatte ein Gestapo-Sonderdezernat bereits 1934 Razzien durchgeführt, Bars und Treffpunkte geschlossen und die Verhafteten in wilden KZs so gefoltert, dass manche starben. Die Verfolgungswelle kulminierte 1937 und ebbte mit Kriegsbeginn ab, aus Inkompetenz und Personalmangel. Die Strafen wurden allerdings immer drakonischer: »Entmannung«, Fronteinsatz, Todesstrafe oder KZ. Aber, resümiert Zinn, insgesamt wurde nur ein Bruchteil der Homosexuellen aufgespürt.

Neben der Darstellung der Verfolgung analysiert der Autor das homosexuelle Alltagsleben vor 1933 im Altenburger Land, wo viele Strafverfolgungsakten erhalten geblieben sind, mit Hilfe des Stigma-Konzepts des kanadischen Soziologen Erving Goffman. Wie kamen die Männer mit ihrem Begehren zurecht? Basis der Untersuchung ist der Sozialkonstruktivismus und Ernst Fraenkels Theorie vom Doppelstaat. Die Homosexuellenverfolgung der Nazis sieht Zinn als Paradebeispiel für die gegenseitige Durchdringung von Maßnahmen- und Normenstaat.

Nach 1945 blieb der Eifer ungebrochen. Zwischen 1950 und 1969 haben bundesdeutsche Richter mehr Urteile nach Paragraf 175 gefällt als in der NS-Zeit. Denn erst die Homosexuellenverfolgung habe, konstatiert Zinn, bei den im »Dritten Reich« Sozialisierten die homophobe Grundstimmung erzeugt, die die Nachkriegszeit prägte. »Indem pubertäre Sexualpraktiken« gebrandmarkt wurden und »Homosexualität als … Identitätskonzept öffentlich verhandelt« wurde, sei ein Abgrenzungsdruck entstanden. Erst 1994 wurde der Paragraf komplett abgeschafft. Zinns differenzierte Darstellung ist ein Grundlagenwerk, mit den von ihm genannten Forschungslücken ermuntert er zur Weiterarbeit. **Sabine Lueken**

Milchstraßenkampf: Wahlkampagne für Harvey Milk, 1976

Mann-haft

Christoph Hein: *Verwirrnis*. Suhrkamp, Berlin 2018, 304 Seiten, 22 Euro

Friedeward – was für ein Thomas-Mann-Name! Hätte Christoph Hein dessen *Tonio Kröger*

nicht explizit genannt, man wäre selbst drauf gekommen. So Mann-haft ist der Ton in Heins neustem Roman, dass er manchmal fast schon parodistisch wirkt. Friedeward und Wolfgang, vulgo Friedl und Wölfchen, wachsen in den bleiernen Fünfzigern im thüringischen Eichsfeld heran, wo es trotz des Regimewechsels mehr katholisch als sozialistisch zugeht. Das bekommen die Freunde zu spüren, als sie ihre Liebe zueinander entdecken, wobei Wölfchen auch noch einer gewissen Helga zugetan ist: »Wie das geht, weiß ich auch nicht, aber ich habe die Helga halt lieb. Und dich auch. Das ist eben so.« »Das verstehe ich aber nicht, Wölfchen.« »Das kommt halt vor. Nun iss dein Brötchen auf, und dann lass uns zum Strand gehen.« Redeten sie damals wirklich so altbacken daher, die jungen Menschen?

Als die Beziehung den Eltern nicht mehr verborgen bleibt, kommt's zum Skandal. Vor allem Friedewards Vater, ein rigider Verfechter schwarzer Pädagogik, reagiert mit drakonischer Konsequenz: Die Freunde müssen den Heimatort verlassen, werden geächtet und separiert. In Leipzig allerdings treffen sie zu bohemehaftem Studentenleben wieder zusammen, doch dann trennen sich ihre Wege erneut. Wolfgang macht aus Karrieregründen in den Westen rüber, wo sich seine Spur verliert. Friedl bleibt in Leipzig, kann seinen Geliebten nie vergessen und stürzt sich in eine Laufbahn als Germanist.

Was als Liebesgeschichte begann, wird nun zur biografischen Erzählung eines verhalten dissidenten DDR-Wissenschaftlers. Wer mag, kann Personal der Zeitgeschichte identifizieren (Hans Mayer) oder nach autobiografischen Bezügen forschen. Der Bruch tut dem Roman nicht gut, der sich offensichtlich dokumentarischen Absichten verdankt: »Daran will ich mich später erinnern«, lautet sein Motto. Wird man sich an denselben später auch erinnern? Die Moral der durchaus zu Herzen gehenden schwulen Adoleszenzgeschichte: Man sollte zu sich selber stehen. Leicht gesagt, aber schwer gelebt, nicht nur in der Liebe. **Thomas Schaefer**

Zwei sind nicht genug

Gero Bauer/Regina Ammicht Quinn/ Ingrid Hotz-Davies (Hg.): *Die Naturalisierung des Geschlechts. Zur Beharrlichkeit der Zweigeschlechtlichkeit.* Transcript, Bielefeld 2018, 226 Seiten, 24,99 Euro

Eine Fußballmannschaft aus männlichen, weiblichen, Inter- und Trans-Spielern? So etwas ließe sich in den von Männern dominierten Sportvereinen aktuell höchstens als Witz anbringen. Aber warum eigentlich? Leistungsklassen bilden der Fußball und viele andere Sportarten anhand von Alter, Größe oder Gewicht. Die Kategorie Geschlecht scheint dabei bis heute eine unüberwindbare Hürde, die sich aus der vagen Annahme der nichtvergleichbaren Leistung von Männern und Frauen ergibt. Wie die Soziologieprofessorin Marion Müller nachzeichnet, betreiben die Verbände einen immensen Aufwand und bedienen sich absurder Praktiken wie Zwangshormonkuren, um die Inkommensurabilität und Dichotomie der Geschlechter aufrechtzuerhalten. Leistungsportler*innen, die sich keinem der beiden Geschlechter zuordnen lassen, dürfen nicht mitmachen.

Der Kulturwissenschaftler Gero Bauer, die Ethikprofessorin Regina Ammicht Quinn und Ingrid Hotz-Davies, Expertin für Gender Studies, haben bei der Konzeption des Sammelbands, in dem Müllers Beitrag erschienen ist, darauf geachtet, das Thema Geschlecht aus verschiedenen Perspektiven zu analysieren und einen umfassenden Überblick über die aktuellen Debatten zu geben. Da betrachtet etwa die Ur- und Frühgeschichtlerin Miriam Noël Haidle Geschlechterbilder aus paläontologischer Sicht anhand der Jäger-Sammler-Theorie und zeigt, wie tief die Vorstellung eines dichotomen Modells bis heute verwurzelt ist. Die in den USA lehrende Professorin für Internationale Beziehungen Angelika von Wahl geht über die theoretische Aufarbeitung hinaus und versucht, aus ihrer Analyse aktivistischer Gegenbestrebungen Handlungsanweisungen im Sinne einer De-Naturalisierung des Geschlechts abzuleiten.

Dass teilweise Erläuterungen zentraler Fachbegriffe fehlen, erschwert das Verständnis der komplexen Thematik. Das sollte jedoch weder davon abhalten, dieses Buch zu lesen, noch, eine bunt gemischte Fußballmannschaft zu gründen. **Christopher Kirschner**

Leben und Lieben in Istanbul

Angelika Overath: *Ein Winter in Istanbul.* Luchterhand, München 2018, 272 Seiten, 20 Euro

Ja, eigentlich führt er ein zufriedenes und glückliches Leben mit seiner Freundin. Nein, schwul ist er ganz bestimmt nicht. Und dann das. Mit einem Stipendium ist Cla, Schweizer Lehrer für Ethik und Religion, nach Istanbul gekommen, um hier drei Monate an einem wissenschaftlichen Projekt zu arbeiten, das sich mit Nikolaus von Kues' diplomatischen Bemühungen um eine Beendigung des Kirchenstreits im 15. Jahrhundert beschäftigt. Immer mehr wird Cla dabei bewusst, dass er offensichtlich auch Abstand von seiner Freundin Alva gebraucht hat – um sich darüber klarzuwerden, was und wie er eigentlich leben will. Da ist ihm dieses Stipendium über den Winter nur willkommen. Wie das Leben so spielt: Plötzlich macht er in einem Restaurant die Bekanntschaft des türkischen Aushilfskellners Baran und verliebt sich. Zunächst unmerklich, dann, während Alva ihren Freund in Istanbul besucht, immer deutlicher, schließlich erdrutschartig fällt das alte

Lasst uns reden!

Checkpoint: Demokratie (Hg.)
Wenn ich mir was wünschen dürfte – Impulse für eine Demokratie der Moderne
244 S. | Pb. | 14,90 €
ISBN 978-3-7410-0262-5

Der Demokratische Konsens der westlichen Gesellschaft scheint gefährdet. Wie wollen wir damit umgehen, was können wir für eine offene Zivilgesellschaft tun? Mehr als 40 Künstler, Medienvertreter, Schauspieler, Journalisten, Wissenschaftler, Unternehmer und Sportler überlegen, wie unsere offene Gesellschaft zu schützen ist, wie sie solidarischer gestaltet werden kann.

Es schreiben Renan Demirkan, Michel Friedman, Gert Heidenreich, Nico Hofmann, Diana Kinnert, Guido Maria Kretschmer, Philipp Lahm, Antonia Rados, Christoph Sieber, Götz Werner und viele andere.

SCHÜREN
www.schueren-verlag.de

bürgerlich-behagliche Leben von ihm ab. Obwohl Alva schwanger ist, beschließt Cla, mit Baran ein neues, unsicheres, gefährliches Leben in Istanbul zu beginnen.

Das mag einem vom Ende her ein wenig märchenhaft vorkommen. Dennoch gelingt es Angelika Overath, die im letzten Jahr bereits in dem Band *Der Blinde und der Elephant* mit Reportagen, Essays und Reiseerzählungen von ihren Türkei-Trips berichtet hat, ihre eindrucksvolle Liebesgeschichte ebenso hintergründig in kultur- und religionsgeschichtliche Diskurse einzubinden wie vordergründig mit der angespannten aktuellen politischen Situation in der Türkei zu verbinden. Herausgekommen ist ein wunderbarer Roman über ewige Dinge: Liebe, Lust, Leidenschaft – in Zeiten von Terror, Krieg und Verfolgung. In präziser sinnlicher Diktion und mit meisterhaft verwendeten Hypotaxen.

Werner Jung

Pain in the ass

Heinz-Jürgen Voß (Hg.): *Die Idee der Homosexualität musikalisieren. Zur Aktualität von Guy Hocquenghem.* Psychosozial, Gießen 2018, 128 Seiten, 16,90 Euro

Guy Hocquenghem sagte lieber etwas Grundfalsches als etwas Gefälliges. So wurde er zum *pain in the ass* der französischen Linksliberalen, die den Schriftsteller nach seinem frühen Tod 1988 gern vergessen hätten. Aber so leicht lässt er sich nicht abschütteln. Weniger mit seinen Romanen als mit den Theoriepamphleten, die er mit Ende 20, Anfang 30 schrieb, bringt er sich in Erinnerung. Das bewies im letzten Jahr die Biografie von Antoine Idier (**konkret 5/17**). Das beweist nun der vorliegende Band.

Hocquenghem formulierte in den Siebzigern seine wildromantische Version dessen, was heute »queer« genannt wird. Dass er viele Punkte der Queer-Theoretiker Eve Kosofsky Sedgwick oder Paul B. Preciado vorwegnimmt, ist ebenso unübersehbar wie die Kluft, die sein Denken von identitären Positionen trennt, wie sie in den USA oder in Deutschland vorherrschen. Dass einer oder eine sich dazu durchringen müsste, »schwul«, »lesbisch« oder sonst etwas zu sein, um dann als bürgerliches Subjekt glücklich zu verspießern, hielt er für ein Abwürgen des Begehrens. Das Begehren fügt sich keiner sozialen Form.

Der von dem Geschlechterforscher Heinz-Jürgen Voß herausgegebene Band illustriert diese nicht-fixierbare Haltung mit der Übersetzung eines Artikels, den Hocquenghem nach der Ermordung Pier Paolo Pasolinis geschrieben hat. Er fragt eher mit als gegen Pasolini, ob es nicht besser wäre, ein Verbrecher als eine »ordentliche Tunte« zu sein, und sieht für die rationalisierte Gesellschaft voraus: »Vorbei ist es mit den Schmutzigen und den Grandiosen, den Amüsanten und den Bösen.« Damit verglichen, wirken die anderen Beiträge harmlos. Der Soziologe Rüdiger Lautmann gibt eine persönliche und gut zu lesende Einführung ins Werk, die jedoch mit dessen psychologischen Ansätzen ihre liebe Not hat. Norbert Reck betrachtet Hocquenghem aus dem Blickwinkel einer »Queer-Theologie«, die ins »Lob der Schöpfung Gottes« einstimmt. Selbst im Opiumdämmer wäre das dem Empörer Hocquenghem nicht eingefallen. Der Herausgeber denkt über dessen Aktualität nach, die einen aber sowieso anspringt. In der Ära Jens Spahn bewahrheitet sich Hocquenghems Spott, alles, was deutsche Schwule jemals zu fordern in der Lage seien, seien »rosa Volkswagen«. **Stefan Ripplinger**

Die hohle Mitte

Andreas Steinhöfel: *Die Mitte der Welt.* Jubiläumsausgabe. Carlsen, Hamburg 2018, 472 Seiten, 19,99 Euro

Phil mag gerne rumliegen und nichts tun, nur nachdenken und beobachten. Als er sich in einen Jungen aus seiner Klasse verliebt, verbringt Phil seine Tage damit, auf einer Bank zu hokken und ihm beim Lauftraining zuzugucken. Das Unbeteiligtsein macht ihn zu einem guten Erzähler seines Lebens: Mit seiner Zwillingsschwester und der viel zu jungen Mutter lebt er in einem halbzerfallenen Anwesen außerhalb einer beliebigen garstigen Kleinstadt.

Das vor 20 Jahren erschienene Jugendbuch *Die Mitte der Welt*, das nun als Jubiläumsausgabe vorliegt, handelt vom Außenseiterdasein. Nicht nur, weil Phils Familie Homosexualität völlig in Ordnung findet und den Rasen nicht mäht, ist sie abgesondert; da sind auch noch die wundersamen Begebenheiten und die übermenschlichen Fähigkeiten der Zwillinge, die wie der Autor in seinem Nachwort verrät, eine moderne Verkörperung von Apollon und Diana sein sollen.

Außenseiter zu sein bedroht die Existenz, denn wenn es keine Bestätigung gibt, wird alles unwirklich. Dinge sind klar und können doch nicht ins Bild treten, so wie Phil seit Jahren weiß, dass er schwul ist, obwohl er noch nie einen Jungen geküsst hat.

Wie lebt man unter Leuten, deren größte Sehnsucht ein Eigenheim, niedliche Kinder und zwei Wochen Urlaub im Jahr sind? »Ist mir egal, was die kleinen Leute denken«, sagt Phil. Aber tun, was er will, kann auch er nicht: Schulpflicht!

Der preisgekrönte Roman, der in der Schule spielt, ist nun selbst im Klassenzimmer angekommen. Oberstüfler, denen der Autor im Nachwort sein Mitgefühl ausspricht, müssen *Die Mitte der Welt* lesen, um sich den »ganz großen Fragen« zu stellen. Die kostenlos erhältlichen Unterrichtsmaterialien sehen so aus: »Mein Herz für deines. Ein Leben für ein Leben. 1. Was könnte dieser Satz bedeuten? 2. Verfasse ein persönliches Gedicht, das zu diesem Satz passt.«

So kann man das gute Leben sogar benoten. Dabei hat der Autor angefangen zu schreiben, um was zu tun gegen die »Mutmachkinderbuchscheiße«. Doch sein Roman ist so beliebt, weil er entscheidende Dinge weglässt. Indem er alte Mythenstoffe in ein von der Weltpolitik unberührtes miefiges deutsches Kaff verlegt, bleibt er so ungeschichtlich wie der immerwahre Mythos. Trotzdem will er von Befreiung aus gesellschaftlichen Zwängen erzählen. Durch die Vermengung von Mythos und Alltag hebeln sich jedoch beide gegenseitig aus. Wenn der Alltag versagt, springt der Mythos von weither ein; wenn der Mythos zu weit weg ist, liefert der Alltag eine Kugel Eis. Die Erzählung von einer chaotischen, aber wunderschönen Kindheit sollte Risse kriegen, wenn die Alleinerziehende den ganzen Tag als Sekretärin arbeiten muss, um das Glück zu bezahlen. Statt dessen liegt das Heilsversprechen im letzten Satz: »Erkenne dich selbst.«

Wer sich so auf den Weg zum Erdkern macht, stellt am Ende fest: Ist ja hohl. Das sieht man auch an der Romanverfilmung (DVD bei Universum), die die »Andersartigkeit« der Familie so darstellt, dass man daraus folgern könnte: Auf nach Prenzlberg, da werden all eure Träume wahr. **Emily Philippi**

Outing wider Willen

Rafael Chirbes: *Paris-Austerlitz.* Aus dem Spanischen von Dagmar Plötz. BTB, München 2018, 156 Seiten, 10 Euro

Es gibt so Geschichten, bei denen man sich fragt, wieso sie einem eigentlich erzählt werden, nicht nur am Biertisch, sondern auch in der Literatur (oder dem, was – weil gedruckt – so heißt). Zum Beispiel diese: Worum es geht, ist klar, aber worum ging es dem Autor?

Kurz: Spätjugendlicher spanischer Möchtegern-Kunstmaler und Pseudo-Bohemien biegt aus Überdruss und Scheu vor der Absehbarkeit seiner bürgerlichen Lebensaussichten auf ein Nebengleis ab, landet in Paris und lässt sich auf eine Beziehung mit dem wesentlich älteren Arbeiter Michel ein; die beiden saufen, ficken, treiben sich herum. Michel erkrankt an Aids, sein zunehmend gelangweilter und angewiderter Gespiele besucht ihn im Krankenhaus, und einige Zeit nach dem Leser bemerkt auch Michel das Desinteresse, das den selbstverliebten Schnösel, den er für seinen Lebenspartner hielt, nicht nur von ihm, sondern von der ganzen Welt trennt.

Das ist keine »berührende Liebesgeschichte«, weil Liebe gar nicht wirklich vorkommt, sondern ein ziemlich trostloser, durch viele unübersetzte französische Sätze nur mühsam lesbarer Sermon, der möglicherweise immerhin einiges über »moderne« Beziehungen sagen

Trauzeuge Harvey Milk: Hochzeit im Rathaus San Francisco, 2008

könnte. Leider aber ist der Erzähler der junge Maler selbst, und was soll man an Einsicht, Erkenntnis, poetischer Betrachtung erwarten von einem, dem im Grunde alles am Arsch vorbeigeht? So plätschert die Geschichte dahin, inklusive Rückblenden, Ausflüchten und manch wirrer, selbstgerecht-weinerlicher Reflexion, lässt jedoch die wahre Tragödie, das Elend, den dumpfen Horror höchstens ahnen hinter den hölzernen Sätzen, an denen offenbar auch die beteiligten Verlage kein großes Interesse hatten: Noch in der deutschen Taschenbuchausgabe finden sich dumme Fehler und Stilblüten, die selbst dem flüchtigsten Lektorat nicht entgangen wären. Aber kostet halt Geld, so was, und was soll's. Der marktmäßig eingeführte Name des Autors wird schon für Absatz sorgen.

Was also wollte Rafael Chirbes mit diesem Buch? Vermutlich: nichts. Er hat es nämlich gar nicht veröffentlicht; es erschien nach seinem Tod, gilt als sein »Coming-out« als Homosexueller, ist aber ein von fremder Hand hingeschmissenes Vermächtnis, das man als Leser dem Autor gerne erspart hätte. **Michael Sailer**

Sex mit *Aliens*

Dagmar Brunow/Simon Dickel (Hg.): *Queer Cinema*. Ventil, Mainz 2018, 288 Seiten, 20 Euro

»Den gesamten Winter, Frühling und Sommer über war die Botschaft laut und deutlich zu vernehmen: ›Queer is hot!‹« In B. Ruby Richs Text »New Queer Cinema«, der vor 25 Jahren erschienen, hier nun erstmals übersetzt ist und auf den dieser Sammelband rekurriert, gilt das Jahr 1992 als Startpunkt für ein neues Kino. Schwullesbische Filme hatten die Festivals erobert; »The Hours and Times«, »Swoon«, »The Living End« oder auch »Basic Instinct« und »Edward II« bedeuteten einen Wendepunkt in den Programmen. Dass das neue Kunstschaffen an verschiedenen Orten gleichzeitig explodierte, Vorangegangenes dekonstruierte und das Sehen ein für allemal verändern wollte, kam einer kulturellen Revolte gleich. Kino wurde auf den Stand der Gegenwart gebracht, darüber geben Filmemacherinnen wie Cheryl Dunye, Barbara Hammer und Monika Treut Auskunft. Die queeren Filmschaffenden zielten nicht auf Toleranz, sondern »verkomplizierten mit ihren Filmen festgefügte Vorstellungen von Identitäten«. So entstanden filmische Entwürfe, die vielleicht schwule, lesbische oder Transpornografie integrierten, aber auch den Blick für das völlig andere öffneten: Menschen sind nicht immer Männer und Frauen – und manchmal nicht mal Menschen: Queere Utopien verheißen völlig neue Inhalte. Sex mit Aliens? Ja, gerne. Wenn ich dabei das Alien sein darf.

Eine komplexe Kunst »richtete den Blick auf die Überschneidungen von Sexualität und Geschlecht mit anderen Differenzlinien wie ›Rasse‹ oder Klasse, und sie entwarf Figuren, die nicht zur Identifikation gedacht waren«, heißt es in *Queer Cinema*. Ihr sei es darum gegangen, »Protagonist_innen wahrhaftig und dennoch würdevoll zu porträtieren«, sagt Monika Treut. Das Queer Cinema als innovativstes Menschenrechtskino, das den_die_das per Differenzdiagnostik vor der Repräsentation retten will.

Gelingt das immer? Nein. Eine Kritik liest man hier nicht, ein Exkurs in die Auseinandersetzung mit neueren Identitätspolitiken hätte nicht schaden können. Dafür versammelt dieses dicke, tolle Buch im Rückblick Unmengen queer-positiver Facetten. Einen ähnlich belebenden Impuls könnte die Kunst durchaus mal wieder brauchen. **Jürgen Kiontke**

Popcorn für den Weltuntergang

Thomas Pregel: *Angriff der Maismenschen*. Größenwahn, Frankfurt a. M. 2018, 134 Seiten, 9,90 Euro

Schwule Zombies gehören zu den besten Dingen, die wir der Kulturindustrie zu verdanken haben. König des Genres ist unbestritten Bruce LaBruce. Unvergessen sind der melancholische Titelzombie aus »Otto; or up with Dead People« oder die wiedererweckenden Blutorgien in »L. A. Zombie«. Dabei sind die jeweiligen Untoten sowohl eine Kritik an schwuler Subkultur als auch eine Anklage des heterosexuellen Mainstreams.

Erfrischenderweise versucht sich Thomas Pregel in seiner dystopischen Novelle aber gar nicht mit diesen Filmgenüssen anzulegen, sondern beschreitet einen gänzlich anderen Weg. Ist der schwule Zombie sonst meist ein magisches, unerklärliches Phänomen, das einfach so über die Protagonisten kommt, wird in *Angriff der Maismenschen* sein Entstehen zum Thema.

Die Geschichte im Schnelldurchlauf: Eine ominöse Firma manipuliert Maisgene und pflanzt im Holsteinischen kräftig drauf los. Der Mais, widerstandsfähig bis zum Gehtnichtmehr, nutzt seine süßen Pollen, um Männer zu willenlosen Sexzombies zu machen, die die Äcker verteidigen. Als erstes erwischt es die Dorfgemeinschaft, dann die Geningenieure, die mal nach dem Rechten sehen sollen. Auch das Militär scheitert grandios im provinziellen Maisdschungel. Schließlich erobert der Mais samt seinen Sklaven fast die ganze Erde, außer, natürlich, die Frauen. Die errichten derweil ein Matriarchat.

Der in Bad Segeberg aufgewachsene Autor tappt nicht in die Ökokitschfalle, die am Ende die mit sich selbst versöhnte Natur stehen lässt, sondern er stellt das Mensch-Natur-Verhältnis zwar als widersprüchlich dar, aber auch als etwas, hinter das man nicht zurückfallen kann. Dass dazu ganz vorzüglich eine Kritik der Männlichkeit passt, wird den Ökonomen wundern, die Feministin jedoch nicht überraschen. Mit viel Witz beschreibt Pregel das erste Zögern bei Beginn der Verwandlung oder das Zurückschrecken und den Ekel der noch nicht Infizierten. Doch die Stimmung kippt schnell, wenn die Orgien immer gewaltsamer werden. Trotzdem muss man über diese Formulierung oder jenen absurden Handlungsbogen öfter schmunzeln. Denn so überspitzt dargestellt, ist das warenproduzierende Patriarchat vor allem eins: ziemlich lächerlich.

Kuku Schrapnell

Platon und der Wetterbericht

Sabine Lueken

Geraubte Knochen

Am gleichen Tag, als in Berlin eine Posse der Erinnerungskultur aufgeführt wurde, traf die Bundeskanzlerin im Senegal ein, um alles klarzumachen für die deutsche Wirtschaft. Es ging um Fluchtursachenbekämpfung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Wettlauf mit den Chinesen. Letzteres sogar im Bereich der Erinnerungskultur, für die Deutschland doch eigentlich Experte sein soll. China hat erst kürzlich den Bau eines nationalen Museums im Senegal finanziert.

Die Aufarbeitung kolonialer Verbrechen und das Erinnern daran ist zwar mittlerweile als Desiderat ins Regierungsprogramm aufgenommen, aber die Bundesrepublik hat sich dabei bisher nicht mit Ruhm bekleckert. Die Kritik am Humboldt-Forum und den ethnologischen Sammlungen aus den Dahlemer Museen, die Debatte über koloniale Raubkunst haben die deutsche Kulturpolitik erreicht, aber vieles spielt sich bisher im verborgenen ab – im Unterschied zu Frankreich, wo Staatspräsident Macron öffentlich darüber spricht, das afrikanische Erbe in großem Stil zurückgeben zu wollen.

In einem Festakt im französischen Dom, ausgerichtet von der evangelischen Kirche, hat die Bundesrepublik jetzt – nach ähnlichen Aktionen der Charité in den Jahren 2011 und 2014 – Gebeine an Namibia zurückgegeben, *human remains* aus der Kolonialzeit. Die Deutschen hatten die geraubten Knochen als Material für rassistische Forschungen missbraucht oder in anthropologischen Sammlungen ausgestellt, um die Überlegenheit der weißen »Rasse« zu belegen. Allein in Berlin befinden sich noch mindestens 11.000 solcher menschlichen Überreste meist unbekannter Herkunft, ganz zu schweigen von Kunst- und Kulturobjekten aus Afrika in Museen in ganz Europa.

Aber bei der Gedenkveranstaltung am 29. August ging es nicht um Restitution. Sie reiht sich ein in den jahrelangen Prozess der Verweigerung und der juristischen Spitzfindigkeiten um die Bewertung der deutschen Kolonialverbrechen. Seit 2016 führt die Bundesregierung Verhandlungen mit der Regierung Namibias über ein mögliches Einvernehmen darüber unter formalem Verzicht auf finanzielle Forderungen; seitdem verwendet sie den Begriff Völkermord, allerdings nur im Sinn »einer historisch-politisch geführten öffentlichen Debatte«, aus der sich »keine Rechtsfolgen ergeben«, da dieser Straftatbestand erst 1948 in das Völkerrecht aufgenommen wurde. Eine offizielle Entschuldigung (zum Beispiel im Bundestag wie bei der Armenien-Resolution im Juni 2016) für die von den Deutschen begangenen Verbrechen fehlt. Süffisant hatte denn auch der türkische Präsident Erdoğan den deutschen Abgeordneten mit dem Verweis auf die Verbrechen in Deutsch-Südwestafrika das Recht auf Kritik an den Massakern an Armeniern im Osmanischen Reich abgesprochen.

Unter Historikern ist der Tatbestand des Völkermords in Deutsch-Südwest unumstritten. Der Kommandeur der kaiserlichen »Schutztruppen«, Lothar von Trotha, befahl ihn im Oktober 1904: »Jeder Herero, mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh, wird erschossen, ich nehme keine Weiber und keine Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück und lasse auf sie schießen.« Die Herero hatten sich gegen Landraub und die deutsche Herrschaft gewehrt, woraufhin die Deutschen sie nach der Schlacht am Waterberg in die Omaheke-Wüste trieben, wo die meisten verdursteten. Die Überlebenden hat man zur Strafe in Konzentrationslagern interniert. Bei der brutalen Verfolgung der Nama wenige Monate später starben 70 Prozent dieser Volksgruppe, etwa 10.000 Menschen. Insgesamt töteten die Deutschen während der Kolonialzeit gezielt etwa 100.000 Angehörige der Volksgruppen der Herero und Nama.

Bei der Übergabe der Gebeine waren Angehörige der Herero und Nama und die Kulturministerin Katrina Hanse-Himarwa zugegen – hochrangige Vertreter der Bundesregierung nicht. Nicht eingeladen war der oberste Chief der Herero, Vakuii Rukoro, der die Bundesregierung zusammen mit dem Nama-Chief David Frederick im Januar 2017 in New York auf eine hohe Entschädigungssumme verklagt hat. Er war dann doch da und überraschte die Gastgeber mit der Forderung an die deutsche Regierung, die »volle Verantwortung für den Genozid an den Herero und Nama« zu übernehmen. Die namibische Botschaft hatte – auf Druck der Bundesregierung, so hieß es – Teile der Initiative »Völkermord verjährt nicht« des Vereins Berlin Postkolonial ausgeladen. Die Aktivisten veranstalteten vor der Kirche eine Mahnwache. Michelle Müntefering (SPD), Staatsministerin im Auswärtigen Amt, sprach von der Rückgabe als »wichtigem Signal« und in üblicher Sprachregelung von »Verbrechen, die man heute Völkermord nennen würde«, und von »Wegen«, die man finden müsse, »um gemeinsam zu erinnern«. Aber mit Erinnerungskultur ist es nicht getan. Die Herero wollen Fakten: Anerkennung der Schuld, Entschuldigung und Entschädigung. Das will die Bundesregierung vermeiden. Wenn man den Forderungen nachkäme, müsste man weitere Ansprüche fürchten, zum Beispiel von Griechenland, Polen oder Russland. Der russische Außenminister Lawrow stellt regelmäßig die Frage nach den nichtjüdischen Opfern der Blockade Leningrads, und in Warschau hat die Familie eines Opfers medizinischer Experimente im deutschen Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau gerade die erste Privatklage gegen die deutsche Regierung auf Entschädigung eingereicht.

Kompliziert ist die Situation durch die Tatsache, dass sich nicht alle Herero und Nama von der namibischen Regierung vertreten fühlen. Diese wird seit der Unabhängigkeit im Jahr 1990 von der ehemaligen Befreiungsbewegung South West Africa People's Organisation (Swapo) gestellt, der Partei der Bevölkerungsmehrheit des Landes, der Ovambo. Eingeweihte werfen ihr Korruption und Misswirtschaft vor. Die circa 800 Millionen Euro Entwicklungshilfe, die Deutschland bisher an Namibia gezahlt hat und die in Diplomatenkreisen als eine inoffizielle Form der Wiedergutmachung gilt, kommt bei den Nachkommen der Herero und Nama nicht an. Und es geht nicht nur um Geld, sondern auch um eine Landreform, sagt Israel Kaunatjike, in Berlin lebender Herero und Mitglied des Bündnisses »Völkermord verjährt nicht«. Ein Viertel des namibischen Staatsgebiets gehöre immer noch den Nachfahren deutscher Siedler, während die Herero in Armut leben. Doch ein Ende des Rumeierns, des heimlichen diplomatischen Kuhhandels und des unwürdigen Umgangs mit den Nachfahren der Opfer ist nicht in Sicht.

»Es gab im Deutsch-Rap schon immer unkorrekte Zeilen … Ein Skandal wird es aber immer nur dann, wenn es um Juden geht, weil die eine starke Lobby haben in Deutschland.« Samy Deluxe

Ohnmacht des Wortes

»Mit ihrem Stift erschafft sie Bilder, die so lebendig sind wie die des modernen Fotojournalismus«, so schwärmt Kate Evans in *Rosa. Die Graphic Novel über Rosa Luxemburg* (Dietz, Berlin, 228 Seiten, 20 Euro) von der 1919 ermordeten jüdischen Sozialistin. Und in der Tat erinnern die in den Comic integrierten Textauszüge daran, dass Luxemburg nicht nur eine herausragende Theoretikerin, sondern auch eine ausgezeichnete Autorin war.

Evans' reduzierter, klarer und doch im Detail verspielter Stil könnte sich sehr gut mit Luxemburgs Sprache ergänzen, doch leider will dies über die Strecke von fast 200 Seiten nicht so recht gelingen. Der Mut, den Evans im Leben von Rosa Luxemburg herausstellt, findet sich in der Ästhetik des Comics nicht gespiegelt. Fast jedes Panel zeigt Luxemburg und ihre Mitstreiter, in Diskussionen, bei Reden oder im Streit mit politischen Gegnern. Der Fokus auf die Gesichter, der jeglichen größeren Rahmen ausspart, lässt den Sachcomic seltsam leer erscheinen; es will sich kein Gesamtbild der Person ergeben, da man sie zwar am Tisch sitzen und über ihr Hauptwerk *Die Akkumulation des Kapitals* reflektieren sieht, nichts jedoch erfährt vom Entstehungskontext, von Berlin kurz vor dem Ersten Weltkrieg, oder wenigstens von ihrer Wohnung. Selbst wenn die Zeichnerin den Lesern einen kurzen Einblick in das Sexleben ihrer Protagonistin gewährt, doziert die Erzählerin weiter: »Ein Stück lebendiges Leben aus Fleisch und Blut, das mit dem ganzen Drum und Dran der Revolution durch tausend Adern verbunden ist.«

Womöglich hat das Cover zu viele Erwartungen geweckt. Es zeigt das Potential von Comics, gerade von solchen, die sich mit historischen Ereignissen beschäftigen: Eindringlicher als jeder Text zeugt ein einziges Bild von einem komplexen Sachverhalt: Auf dem leicht nach vorne gebeugten Kopf von Luxemburg im Profil finden sich Soldaten des Ersten Weltkriegs, Explosionen in ihrem Haar, die Last der Geschichte. Statt diese Kraft des Bildes zu nutzen, vertraut die Graphic Novel einzig der Macht des Wortes und verschenkt damit die Chance, einen wirklich eigenständigen Beitrag zum Leben von Rosa Luxemburg zu leisten. So bleibt es immerhin eine solide Einführung in Leben und Werk. Mehr aber nicht. **Jonas Engelmann**

Selbst beim Sex hört das Dozieren nicht auf: Brainfuck in *Rosa*

Abgeblasen

Im August zahlten viele Leute Geld dafür, Musik zu hören, die den Hörgewohnheiten widerspricht – beim Berliner Festival für Atonale Musik. Die Berliner S-Bahn, ganz unharmonisch gestrickt, brachte das auf eine Idee: Junkies und Obdachlose, dachte sie sich, stehen bestimmt nicht auf diesen Hipster- und Kulturelitescheiß. Warum also nicht – wie es andere Städte zuvor taten – diese unerwünschten Personengruppen mit speziellen Klängen von öffentlichen Plätzen vertreiben, in diesem Fall dem Bahnhof Hermannstraße in Neukölln? Was andere Kommunen mit Klassik versucht hatten, sollte jetzt atonale Musik vollbringen.

Aber Berlin wäre nicht Berlin, wenn es nicht sofort eine Gegeninitiative gegeben hätte: Am 24. August versammelten sich aus Protest gegen die Pläne am besagten S-Bahnhof rund 300 Zuschauer zum Konzert »Atonale Musik für alle«, organisiert von der Initiative Neue Musik Berlin. Sie präsentierte Zeitgenössisches, das für die »Befreiung von (tonalen) Hierarchien und die Gleichwertigkeit aller Klänge steht, als Metapher für gesellschaftliche Gleichberechtigung und Teilhabe«, und verteilte kostenlose Lebensmittel; neben Künstlerinnen und Künstlern, denen die gesellschaftliche Harmonik mehr am Herzen liegt als die musikalische, nahm der S-Bahn-Manager Friedemann Keßler an der Veranstaltung teil. Am Ende der Nacht war klar: Die S-Bahn bläst die Aktion erst mal ab.

Merke: Gegen schlechte Musik hilft nur gute Musik (nach Klaus Theweleit). Und gegen schlechte Ideen helfen gute Ideen.

Tina Manske

Freude durch Craft

Karl Marx nannte im Mai 1859 jene heruntergekommenen Mitglieder des Wiener Adels, die sich freiwillig zum Dienst in der Armee meldeten und im Biersuff Juden verprügelten, »primitive Grobiane aus den Vorstädten«, womit der Typus des tumben Herrenmenschen, der sich im Rausche patrioti-

scher oder alkoholischer Natur ermächtigt wähnt, andere zu misshandeln, allgemeingültig beschrieben wäre. Ein Typus übrigens, der bis heute fortlebt und seine fast exakte Entsprechung in den Identitären findet, pseudointellektuellen Völkischen, denen man bereits am breitbeinigen »Ich-bin-Mamas-Liebling-also-darf-ich-das«-Habitus ansieht, wie sehr jede Erziehung an ihnen versagt hat. Diese Milchbuben-Nazis behaupten, dass sie gar nichts gegen andere »Völker« hätten, solange ein jeder bleibe, wo er hingehöre.

Jetzt brauen die Identitären ihr eigenes Craft-Bier, das sie, so große Dichter und Denker sind sie, Pils Identitär nennen. Damit wollen die Nachwuchsfaschisten, so werben sie auf ihrer Website für den flüssigen Gehirnzellenkiller, »heimische Wirtschaftskreisläufe stützen«, auf dass das »Geld bei unseren Leuten bleibt« und nicht etwa zu irgendwelchen Belgiern oder tschechischen Untermenschen fließe.

Der Einstieg der kleinen Braunen ins Brauereigewerbe hat durchaus symbolischen Gehalt, denn so, wie die Kohlensäure im Bier nach oben steigt und sich zur Schaumkrone auftürmt, steigt der menschliche Abschaum in Umfragen und bei Wahlen auf. Überraschend ist Nazi-Bier freilich nicht, gehört doch der Trend zur »naturnahen« Kleinbrauerei zu einer seit vielen Jahren auch von Linksalternativen vorangetriebenen Regression, die sich eine vermeintlich gute alte Zeit herbeiträumt, als die Wirtschaftskreisläufe noch überschaubar waren und nicht nur die Waren, sondern auch die Menschen dort bleiben mussten, wo sie angeblich hingehörten.

Bernhard Torsch

Angewandte Filmkritik (40)

»Meg« ist nun nicht der große Horrorfilm gewesen, eher so das lustige Sommervergnügen mit Popcorn. In der Journalistenvorführung in Berlin – klassisch im Zoo-Palast – hätte man aber die Künste seines Protagonisten gut gebrauchen können: immerhin ein menschenfressender Riesenhai.

Einem im Rollstuhl sitzenden Filmkritiker hat ein Kollege – nur beleibt, nicht behindert – den ersten Sitz in der letzten Reihe, der für Gehbehinderte am besten zu erreichen ist, verweigert.

Filmkritiker I: Dürfte ich auf diesen Platz? Ich komme mit dem Rollstuhl leider nicht in die Reihe.

Filmkritiker II: Nein. Ich stehe jetzt nicht mehr auf.

Ein Verhalten, das es wahrscheinlich nicht mal in der Knastkantine gibt. Der Rollstuhlfahrer musste unter Mühen ans Ende der Reihe fahren, um sich in den letzten Platz zu setzen. Man bedenke, dass er sich mit den Armen auf die Lehnen stützen muss, um den Körper in den Kinosessel zu hieven. Da ist ein wenig Platz drumherum zweckmäßig.

Das Angebot, den Nichtaufsteher rausschmeißen zu lassen, lehnte er ab. Ihm sei das mit dem Rollstuhl eh schon unangenehm, da wolle er kein Aufsehen.

Muss man Texte über Film auch unter diesem Aspekt lesen – dass sie von Leuten stammen könnten, die einen Gehbehinderten sprichwörtlich auflaufen lassen? Könnte Filmkritik – auch – die Heimstatt der völlig empathie- und hirnlosen Freaks sein? Ja. #BewertungNullPunkte #NotMyFilmcritic

Jürgen Kiontke

Nein, diese Russen!

Weil der Filmkenner Kurt Scheel (1948–2018) zur gehypten deutschen Serie »Babylon Berlin«, die nun am 30. September um 20.15 Uhr ihre Free-TV-Premiere im Ersten hat, bereits alles Nötige gesagt hat, hier ein Auszug seines Beitrags im Blog »Das Schema«:

Die Russen sind so russisch, dass man kotzen möchte: Erst schlägt der Mann der Frau ins Gesicht, dann die Frau dem Mann, dann ficken sie (was man zum Glück nicht sieht), und dann rauchen sie die »Zigarette danach«! Dann verrät sie ihn an die Geheimpolizei. Nein, diese Russen! …

Dass solch teurer Scheißdreck, in mancher Hinsicht durchaus state of the art*, von der deutschen Vorabkritik gefeiert und gehätschelt wurde, sollte ihr das Rückgrat brechen, wenn sie eines hätte. Aber sie versteht sich ja seit Jahrzehnten als Promoter und Mentor dieser deutschen Scheiße, deren Ursünde die volkspädagogische Gutgemeintheit ist, die weder Realismus noch artifizielle Überspannung zulässt. »Babylon Berlin« ist feige, riskiert nichts und glaubt komischerweise, es sei mutig, fistfucking mit Muddi zu zeigen.*

DER LETZTE DRECK (24)

… steht in den Buchbestsellerlisten, in den Musik- und Kinocharts. **konkret** kümmert sich um die Entsorgung.

Werk ohne Autor

Regie: Florian Henckel von Donnersmarck; mit Tom Schilling, Paula Beer; Deutschland 2018 (Walt Disney Germany); 189 Minuten; ab 3. Oktober im Kino

Florian Henckel von Donnersmarck mag sich für einen Künstler halten. Er ist es nicht. Das offenbart seine von Deutschland für den Oscar eingereichte Künstlerbiografie »Werk ohne Autor« mehr als jede wissenschaftliche Analyse. Sie erstreckt sich von der Nazi-Zeit (schlimm) und der Bombardierung Dresdens (genauso schlimm) über die DDR (auch irgendwie schlimm; siehe »Das Leben der Anderen«) bis in die BRD (ein Hoch auf den Siegerstaat) und dauert, da haben wir noch mal Glück gehabt, nicht über 30 Jahre, sondern nur drei Stunden.

Um echte künstlerische Positionen oder ein freies künstlerisches Leben geht es nicht. Im Zentrum stehen ein Maler (gut) und ein Nazi-Arzt (böse). Daraus hätten andere (Luchino Visconti, Quentin Tarantino, Walter Moers) Manierliches machen können. Von Donnersmarck verhunzt schon seinen NS-Superschurken: Der ultrafiese Gynäkologe vergreift sich nicht etwa an »zigeunerischen Sippen« (Himmler) oder am »durchgifteten Ding« (Luther über Juden) wie die obernetten, rechtschaffenen Nazis. Nein, er vernichtet deutsches Leben. Unwertes zwar, aber deutsches. Er sterilisiert Volksgenossinnen mit Schizophrenie oder Down-Syndrom oder schickt sie in die Gaskammer. Bestraft wird er dafür nicht. In der DDR nimmt er eine Abtreibung an der eigenen Tochter (Gattin des Künstlers) vor, weil sie das Kind mit einem Nichtsnutz zeugte. Wieder deutsches Leben vernichtet. Sauerei!

Neben dem, ähem, sehr eigenwilligen Nazi-Bild, das die Rassentheorie fröhlich ausklammert, und der Assoziation von Abtreibung mit Euthanasie offenbart Henckel trocken nicht zum ersten Mal sein seltsames Frauenbild: Bei ihm ist das Weib Mutter, Nazi-Betthäschen, oder es will zwanghaft Mutter werden. Die Sehnsucht der Künstlersgattin nach Reproduktion nimmt wahnhafte Züge an. Die einzige halbwegs brauchbare Frauenfigur (die aber entweder nackt ist oder ganzkörperorgasmiert) wird schnell entsorgt (Gaskammer) und dient dann tot dem Gerhard-Richter-Verschnitt als Inspiration.

Als Kostprobe eine Szenenfolge: Das nackte Künstlerehepaar rollt über den Wohnungsboden. Schnitt: Künstler allein im Atelier – er hat die Inspiration seines Lebens. Schnitt: Das Paar rollt und fickt. Schnitt: Weiter geht's mit der Inspiration des Mannes. Schnitt: Koitus. Schnitt: Kunst. Bei diesem Sex kommt's zur heißersehnten Schwangerschaft, vom Donnermann romantisch verklärt. Der Subtext geht anders: Der Mann spritzt doppelt ab. Er schwängert die Frau und kreiert fast gleichzeitig sein Megawerk. Das Weib darf nur beim Gebären schöpferisch tätig sein. Und für diesen reaktionären Murks kriegt der donnernde Balken gleich eine ganze Riege wunderbarer Schauspieler. Gemeinheit!

Katrin Hildebrand

Picture Alliance/Associated Press

Vom Bürgerblatt zur Zombiezeitung

Die Printmedien sterben nicht, sie werden erledigt. Von Georg Seeßlen

Es sind die Konzerne, Dummie!

Juli 2013: Die Axel-Springer-AG gibt bekannt, dass sie die Regionalzeitungen »Hamburger Abendblatt« und »Berliner Morgenpost« sowie einige Programm- und Frauenzeitschriften an die Funke-Mediengruppe verkauft, die in großem Stil Redaktionen zusammenfasst und Content multipliziert. Springer wolle sich mehr auf digitale Medien konzentrieren. Die Tatsache, dass sich für das Paket noch ein Käufer finden ließ, wurde als Beweis dafür gewertet, dass sich die Geschäfte nur anders konzentrieren müssen, um zugleich Digitalisierung voranzutreiben und Printerzeugnisse zu erhalten. Allerdings konnte oder wollte Funke den Kaufpreis nicht über den Kapitalmarkt finanzieren. Die Springer AG gewährte dem Käufer daher einen Kredit, wodurch sie über die Verzinsung weiteren Profit aus den abgegebenen Blättern generiert, während Funke durch monopolistische Besetzungen in der Lage ist, Printerzeugnisse zu »retten«, vor allem – so schön kann Wechsel sein – durch den Abbau von Arbeitsplätzen. Die Springer-Aktie machte einen Sprung um satte zwölf Prozent nach oben. Die Funke-Gruppe hat ihre Vormachtstellung auf dem Markt ausgebaut.

Der Kapitalmarkt scheint also auf Entprintung und Digitalisierung ungefähr so euphorisch zu reagieren wie auf die Entlassung von Mitarbeitern und jede Erweiterung von Konzernmacht. In der politischen Ökonomie der Presse sind Digitalisierung und Unternehmenskonzentration zwei Seiten desselben Vorgangs. Was digitalisiert und was monopolisiert wird, bestimmen nicht Leser oder Belegschaften, Dummie, es sind die Konzerne, die Digitalisierung, Monopolisierung und Arbeitskampf von oben trefflich miteinander kombinieren. Was bleibt, ist Konzernware und Nischenprodukt. Alles dazwischen soll verschwinden. Und Digitalisierung ist Neoliberalismussprech für Verschwinden.

Die Online-Ausgaben von Zeitungen und Magazinen sind nicht nur Zusatzangebote, also der Versuch, mit einem Bein in der analogen und mit dem anderen in der digitalen

Dahinter steckt immer ein alter Hut: Holzmedienuser in der U-Bahn, New York, 1963

Welt zu stehen. Es sind vor allem Transformationen dessen, was Journalismus, Kritik und Information ausmacht. Oder eben: deren Verschwinden. Bei allen diesen Transformationsprozessen gilt es in erster Linie nicht, den Wandel von Kulturtechniken und Kommunikationsverhalten zu analysieren, es gilt vielmehr, eine so einfache wie unwiderstehliche Devise: Folge der Spur des Geldes!

Aufmerksamkeitsökonomie

Dass die Kunden die Digitalisierung wollen, weil es die Ware Nachricht und Narrativ schneller, bequemer und billiger macht, ist allenfalls die halbe Wahrheit. Der Kapitalmarkt verlangt zugleich die Digitalisierung sowie die Monopolisierung und Entpolitisierung. Willige Vollstrecker sind die rechtspopulistischen Schreihälse mit ihren »Lügenpresse«-Kampagnen auf der einen Seite, die »hippen« Laptop- und Latte-macchiato-Performer auf der anderen. Das freie Wort steckt in der Klemme zwischen »erhitzten Gemütern«.

Die Medien sollen von einer gesellschaftlichen Instanz, die zugleich mit der Politik und der Ökonomie verbunden ist (eine »freie« Presse ist schon in der Verbindung von Demokratie und Kapitalismus nicht möglich), zum Gespenst einer vergangenen Hoffnung in der Verbindung von Postdemokratie und Neoliberalismus werden. Aufmerksamkeitsökonomie soll Gebrauchsökonomie ersetzen. Die Entfernung zwischen einer Nachricht mit Gebrauchswert und einer mit Aufmerksamkeitswert wird so groß, dass ein kluger Streit nicht mehr möglich ist. Thesen und Antithesen begegnen sich nicht mehr, sondern finden gleichsam in anderen Sprachen statt. Zensur wird überflüssig, es sei denn, Kritik oder Nachricht tangieren direkt die Interessen eines *little brother*.

Den Niedergang der Printmedien bestimmen nicht nur die veränderten Lese- und Kaufgewohnheiten, sondern maßgeblich die Werber. Auch diese Agenturen verlieren ihre feste Form und ihre konventionellen Charaktermasken: Im Netz wird alles zum Träger von Werbung, und jeder kann Werber werden. Jeder Konsumvorgang wird zum Werbebild, das gilt auch für die virtuelle Ware einer Nachricht. Jeder Klick erhöht den Wert einer Botschaft in der Aufmerksamkeitsökonomie. Die Botschaft entspricht daher nicht mehr allein dem Interesse des Senders und dem Begehren des Empfängers. Beim Übergang vom Analogen ins Digitale verändert sich der Wert einer Botschaft fundamental.

Vorteile der Digitalisierung

Die Vorteile liegen auf der Hand.

1. Durch die Digitalisierung wird nicht nur der redaktionelle Content, sondern auch der begleitende (eigentliche) Inhalt der Werbung »subjektiviert«: Der Markt und das Subjekt sind direkt miteinander verbunden, ohne eine störende »Gesellschaft« dazwischen. So sieht man Fernsehen und Radio in ihrer linearen Form noch als Nukleus einer demokratischen Gemeinschaft, die eine kollektive und liberale Reaktion darauf zeigt. Die Entlinearisierung dagegen bildet eine Erzählgemeinschaft nur noch durch den Ad-hoc-Effekt eines Krisen- oder Katastrophenfalls oder eines Skandals. Über den Grad an Informiertheit und Kritik bestimmt nicht mehr die Gesellschaft, sondern ein Dreieck aus Subjekt, Marktherrscher und Ideologieproduzent.

2. Die digitalen Medien werden im Sinne der Anbieter interaktiv. Die Information ist nur noch der Köder, um Daten zu sammeln.

Die Kommentarfunktionen, einschließlich der Möglichkeiten für Candy- oder Shitstorms, werden zu den eigentlichen Attraktionen. (Es gibt Leute, die das mit Demokratie verwechseln.) Die User generieren Macht- und Kontrollphantasien gegenüber »ihrem« Medium. Da das digitale Medium nicht mehr äußeres Prestigeobjekt ist (wie die Zeitung, die man sich unter den Arm klemmt, weil dahinter angeblich immer ein kluger Kopf steckt), dient es nun der inneren Verschmelzung.

3. Die Grenze zwischen Produktion und Konsumtion des Contents wird aufgeweicht. Prosumer werden immer bedeutender: Sie wissen besser als jede Statistik, welche Bedürfnisse Konsumenten entwickeln (können), bringen die Sprechweisen der Konsumenten mit und arbeiten umsonst.

4. Die Digitalisierung entwertet journalistische und ästhetische Arbeit in den Medien. Die Aussicht darauf, ein »Star« der Szene zu werden, tritt an die Stelle einer »anständigen Bezahlung«. Die Autoren verlieren sowohl die juristische als auch die tarifliche Absicherung, die Prekarisierung in diesem Bereich übertrifft an Umfang und Geschwindigkeit den Mainstream; am Ende steht das Verschwinden des journalistischen Berufsstandes zugunsten einer Blase in der »Kreativwirtschaft«.

5. Die endlose Aufsplitterung der Anbieterformen täuscht nicht nur darüber hinweg, dass es sich überall um die gleichen Bilder und Storys handelt, sie macht jede gesellschaftliche und politische Kontrolle zunichte. Am Kiosk sieht man, dass viele Publikationen Differenz nur vorspiegeln oder nicht einmal mehr das – im Netz ist Vielfalt zugleich garantiert und unerreichbar.

6. Dem »Scherbenhaufen«, den einst Hans Magnus Enzensberger diagnostizierte, ist eine Staubwolke gefolgt. Eine Gewichtung von Nachrichten, Kommentaren und Analysen ist kaum noch möglich; auf »Spiegel Online« sind die Kleider eines Promis so bedeutend wie 291 Tote in Puerto Rico. Der Anbieter überträgt Verantwortung und Folgeabschätzung auf den Konsumenten. Das »Selber schuld« des Neoliberalismus weitet sich in alle Verästelungen der Kommunikation aus. Wer auf Fake News hereinfällt, hat falsch geklickt.

7. Die größte Illusion: dass die Verflüssigung der Kommunikation im Netz zu Zensurfreiheit führte. Es verbreitet sich nichts, was nicht den Interessen der großen Netzwerker dient, und jede autokratische Regierung kann das Missliebige ab- und ausschalten, solange die Anbieterkonzerne dadurch ökonomische Vorteile haben. Jeder kann in die Info Wars eingreifen, der Mächtige umso mehr.

8. Die Entprofessionalisierung des Journalismus bedeutet, dass nicht mehr fachlich Ausgebildete oder gar gewerkschaftlich Organisierte für die Produktion zuständig sind, sondern ein kulturelles Prekariat Vereinzelter und dass es auch keine juristische und politische Absicherung mehr gibt. Am Ende werden die Rechte der demokratischen Presse nur noch auf dem Papier existieren.

9. Die Meinungen und Talente auf dem »Arbeitsmarkt« sind billig, was den von Prekarisierung Bedrohten ebenso betrifft wie den »idealistischen«, semiprofessionellen Bereich. Es genügen kleinere Bewegungen an den Stellschrauben, um aus ökonomischer Erpressung politische Macht zu generieren.

10. Eine klassische Zeitung oder Zeitschrift ist für einen nicht geringen Teil der Bevölkerung nicht erschwinglich; während der größte Teil des Prints zum Ramsch wird, zum schnellen Verbrauch bestimmt, nimmt er das Demokratieversprechen seit den Tagen der Erfindung der Druckerkunst zurück. Print wird ein Subkultur- und Eliteprojekt.

11. Das Verhältnis von redaktionellem Inhalt und Werbung wird dynamisch und dreidimensional; der User kann der Werbung nicht mehr entgehen. Wenn man sich gerade über die neuesten Tollheiten von Donald Trump informieren will, poppt das Insert »Fröhlicher Shoppen« auf. Konnte man früher Werbung noch überblättern, muss man sie nun aktiv zum Verschwinden bringen.

12. Online-Journalismus ist das ideale Medium für den Postdiskurs: Man klärt weder auf, noch argumentiert oder widerlegt man. Ziel ist, die ethische und logische Bindung der Nachricht an die Wirklichkeit aufzulösen. So viel Dystopie darf sein: Am Anfang der Digitalisierung von Presse und Kommunikation steht die Auflösung von Gesellschaft, an ihrem Ende die Auflösung von Wirklichkeit.

Die Schizophrenie der »Leitmedien«

Die Digitialisierung bedeutet also Entdemokratisierung und Entgesellschaftlichung von Information und Kommunikation. Die klassischen modernen Medien erzeugten eine »Erzählgemeinschaft«, und dieser Prozess

hat seine Kritik redlich verdient, denn Produzenten und Konsumenten folgten höchst widersprüchlichen Impulsen, jedenfalls keineswegs allein den hehren Zielen von Aufklärung, Empathie und Erkenntnis. Aber eine solche Kritik war möglich und sogar notwendiger Teil der Inszenierung von Information. Die Digitalisierung verändert fundamental die Möglichkeiten von Kritik. Wie sich das Weltbild eines »Bild«-Lesers formt, kann die Kritik sich noch ausmalen; in der Kommunikation zwischen Markt und Subjekt hingegen ist eine solche feste Zwischenform nicht mehr auszumachen. Wenn es trotz allen Bemühungen seit Maggie Thatcher tatsächlich noch so etwas wie eine Gesellschaft gibt, kann sie ihre eigene Erzeugung nicht mehr reflektieren. Die Sprache und die Orte, an denen Erzählgemeinschaften ein Bewusstsein von sich selbst erzeugen könnten, gibt es nicht mehr. Statt dessen entsteht die virtuelle Masse der Vereinzelten.

Im traditionellen Leser einer Zeitung begegneten sich die beiden Aggregatzustände des Bürgers, als Citoyen und Bourgeois oder als Staatsbürger/in und Kunde/Kundin. Es ging ständig darum, den einen in den anderen Zustand zu transformieren. Im besten Fall war eine Zeitung die Ware, die dem Bourgeois die Illusion vermittelte, Citoyen zu sein, oder dem Kunden die Illusion, er werde durch Lektüre zum »mündigen Bürger«.

Der Kunde ist nicht mehr der in der Masse schwimmende und sich anpassende Mensch, sondern der herausgefischte, gefilterte und privatisierte Adressat von Botschaften, die Spiegelungen seines Daseins sind und es zugleich verändern. Damit kehrt sich die Aufgabe des Mediums in ihr Gegenteil: Die Botschaft verbindet nicht mehr, sondern trennt. So wie es in absehbarer Zeit personalisierte Preise für alle Waren geben wird (das System erkennt, wieviel du für ein begehrtes Objekt zu zahlen bereit bist), wird es personalisierte Nachrichten geben: Du erfährst von der Welt genau das, was du von ihr erfahren zu wollen glaubst.

Der Bewohner des digitalen Neoliberalismus schafft es nicht mehr, sich durch die Waren mit anderen zu verbinden. Längst ist auch aus der Familie ein Schlachtfeld der isolierten Konsumenten geworden; nicht allein zwischen den Generationen und den Geschlechtern bildet jedes kulturindustriell aufgeladene Ding eine Distinktion, sondern zwischen jedem einzelnen »Mitglied«.

Werbung im Internet verändert ihre Grammatik, indem sie nicht mehr ein virtuelles Wir anspricht, sondern direkt ein verbrauchendes und begehrendes Subjekt. Ein mahnendes »Das brauchst du doch gar nicht«, was in der gemeinschaftlichen Rezeption noch vorgekommen ist, hat hier keine Chance mehr.

Die Werbung treibt das Spiel von Selektion und Manipulation weiter, indem sie den rechten Platz für die Werbebotschaft sucht und ihn den eigenen Bedürfnissen anpasst. So hat sie die aus dem Print bekannte Verknüpfung mit Nachrichten perfektioniert. Die Abhängigkeit der Presse von der »werbetreibenden Wirtschaft« hat sich bis zur Selbstverleugnung verschärft.

Zudem begehen viele Medien aus Angst vor dem Tod Suizid. Es ist eine Abwärtsspirale entstanden, der man sich nur noch durch vollständige Anpassung oder radikale Abkehr entziehen kann. Die Werbung eines öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders entsprach in den fünfziger Jahren einer hoffnungsfrohen, aufsteigenden, in Maßen liberalen und reaktionären Bürgerfamilie, die ihre Träume von Haus, Auto, Kühlschrank und Campingurlaub erfüllen wollte und die man an Gesundheit, Sauberkeit (porentief rein) und Sicherheit gemahnte. Heute erinnert die Werbung in den Öffentlich-Rechtlichen an den Tratsch vor einer Apotheke in der Nähe des Seniorenstifts. Diese Gerontifizierung der Werbung und der sie transportierenden Programme ist mehr als ein Symptom. Auch die Überalterung der linearen Medien vollzieht sich in einem Prozess der Selbstverstärkung.

Verblödete Presse wird online nicht besser

Die Mainstreammedien sind an eine sterbende Generation und Klasse gebunden; das verzögert ihr eigenes Sterben ein wenig, beschleunigt es aber im Ganzen. Das Bemühen um »Jugendlichkeit« macht die Vergreisung der Medien und ihrer Produzenten umso deutlicher.

Zum Suizid der »Leitmedien« gehört eine ökonomische Gentrifizierung. Eine »Süddeutsche Zeitung« ist zu einem Luxus geworden, den sich nur noch die Prosecco-Fraktion der oberen Mittelschicht leisten kann. Aber die reicht als Kundschaft weder aus, noch hat sie über die Maßen Interesse an den Inhalten der »SZ«. Daraus entstehen bizarre Spagate: Man will verschiedene Bedürfnisse bedienen, zwischen Style-Fetischismus und Staatsbürgerkunde, aber die Sektionen ergeben kein Ganzes mehr. Während man mit der Verteidigung der Qualität argumentiert, versucht man, sich dem Geschmack der vermeintlichen Mitte anzupassen, und liefert entsprechenden Trash und Tratsch.

Der Gentrifizierung der Preise (Leser und Leserin müssen dafür zahlen, dass die Werbetreiber abwandern) steht keine Verbesserung des Inhalts gegenüber. Man muss immer mehr für immer weniger Zeitung bezahlen. Die meisten großen Medien leisten sich – möglicherweise verstehen sie das als demokratisch – ein Nebeneinander von linksliberalen und rechten Mitarbeitern und Contents. »Süddeutsche« oder »Spiegel« wirken wie ein absurdes Ineinander von Widersprüchen, als wollten sie zugleich den Rechtsruck der Gesellschaft und den Widerstand der Zivilgesellschaft bedienen. Das geht über die klassische Schizophrenie des bürgerlichen Mediums (reaktionärer Wirtschaftsteil, linksliberales Feuilleton) weit hinaus. Mit dem Qualitätsanspruch wird auch der Leuchtfeuercharakter des Printmediums geopfert. Während die Botschaften der Online-Publizistik immer spezifischer und subjektiver werden, werden die »Leitmedien« der linearen Kommunikation immer widersprüchlicher.

Wer überlebt? Lifestyle-Angebote, die ohnehin nur publizistisches Begleitmaterial des Marketings sind (Mode, Kosmetik, Grilldiät, Mountainbike, Landlust); die Häppchenmagazine zu Geschichte, Wissenschaft und Verbrechen, die als Hybride zwischen Zeitschrift und Buch den kleinen Bildungs- und Skandalhunger stillen; Kunst, Architektur und Design als Coffeetable- und Kaufanreiz für die ästhetische Kapitalvernichtung des Mittelstands; der endlose Fluss des Promiklatschs. All diese Printformen überleben, weil sie selber einen körperlichen Gegenstand haben; man muss da was zum Anfassen haben. Ähnliches gilt für Zeitschriften, die den Namen und das Bild eines Fernsehprominenten tragen. Sie dienen als Stellvertreter für das begehrte Objekt, die Ware, das Milieu, den Promikörper. Dass es immer weniger Platz für Diskurs, Kritik und Debatte gibt, verweist auf die Krise des Systems, das auf eine freie Presse angewiesen ist und sie doch nicht erzeugen kann. Zeitungskrisen sind Demokratiekrisen.

Das falsche Versprechen der Vielfalt

Lässt sich der Übergang von Print zu Online als Notlösung verstehen? Es ist noch nicht so lange her, da erklärte man bei der »Taz« stolz, die Zeitungskrise besser überstehen zu können als die Konkurrenz, weil man ohnehin ohne größeres Werbeaufkommen kalkuliere. Doch selbst die Stabilität auf niedrigem Niveau erweist sich nun als Schimäre: Die Einstellung der täglichen Printausgabe scheint beschlossene Sache. »Taz«-Geschäftsführer Karl-Heinz Ruch wäre nicht ein solcher, wenn er aus dem Scheitern nicht ein Programm machte. In einem Schreiben an die Mitarbeiter/innen erklärte er: »Das Zeitalter der gedruckten Zeitung ist zu Ende«, und: »Der Journalismus lebt im Netz weiter.« Dass man an beidem seine Zweifel haben kann, kommt in einer solchen Verlautbarung nicht vor. Dieser Abschied Ruchs, der seit der Gründung der »Taz« dabei ist, ist ein Selbstbegräbnis.

Es geht nie allein um die technische und organisatorische Wandlung, sondern immer auch um eine Auseinandersetzung zweier Kulturen, zweier Auffassungen von Journalismus. Das entsprechende Lehrstück liefert der »Spiegel«. Nach einem mittleren Machtkampf hat man die beiden Scherbenhaufen Print und Online, die bislang unabhängig voneinander agierten, zusammengezwungen. Aus einem Nebeneinander wird ein Ineinander, das die Defizite beider verknüpft. »Die Mitarbeiter-KG … musste erst überzeugt werden, Widerstand gegen Umbaupläne kam vor allem aus der Printredaktion, die um ihre Besitzstände kämpfte, während die Onliner sich stets in die zweite Reihe verbannt sahen«, hieß es in der »FAZ«. Das Narrativ folgt dem Zeitgeist: die Neuen gegen die Alten, der Fortschritt gegen die »Besitzstände«, als wäre nicht die Neoliberalisierung des Umbauunternehmens überdeutlich.

Print ist soziale Marktwirtschaft, *old school*, Keynes, Parlamentarismus, Geschichte, Aufklärung; Online ist hip, Innovation, Deregulierung, Fluidität. Print steht dem Fortschritt im Wege und soll so überleben, wie das Vinyl den Niedergang der Tonträgerkultur überlebt. »Es ist zwar richtig, dass bei dem Nachrichtenmagazin einige der besten Journalisten Deutschlands arbeiten«, meint die »Welt«. »Doch das allein ist im digitalen Zeitalter kein Rezept mehr, um gesellschaftspolitisch interessierte Leser zum Kauf einer Zeitschrift zu bewegen.« Wessen Bankrott wird da eigentlich erklärt?

Die Vielfalt erweist sich als das größte falsche Versprechen der Digitalisierung. Die Online-Ausgaben ähneln einander noch mehr als die gedruckten – und den unumgänglichen Umsonst-Nachrichtenportalen, bei denen man nicht mehr weiß, ob man noch bei der Telekom oder schon im PR-Bereich eines Möbelhauses ist. Die Online-Ausgaben beheben also nicht die Fehler des Print, sondern verschärfen sie. Aus einer korrupten, verblödeten, engärschigen und opportunistischen Presse wird nichts Freies, weil man den Druckvorgang und ein paar Redaktionsstellen spart und die Content-Lieferanten so schäbig behandelt, dass sie zu jedem Scheiß bereit sind: Da draußen warten Tausende, die umsonst schreiben.

Mit der als Information getarnten Unterhaltung im Internet verhält es sich in etwa so wie mit Pornoseiten. Man muss nicht mehr durch einen öffentlichen Raum, um sich seine *guilty pleasures* zu verschaffen. Dafür wird jeder Klick und jede Bewegung benutzt. Du liest hier keine Nachrichten, um von irgend etwas in der Welt zu erfahren, du liest Nachrichten, damit irgend jemand in der Welt etwas von dir erfährt. Du bekommst dann personalisierte Werbung, oder die *little brothers* in Ämtern und Büros kommen auf merkwürdige Gedanken.

Mit der gedruckten Presse ist es wie mit der Parteiendemokratie. Es ist gar nicht so leicht, gute Argumente dafür zu finden. Soll man sie verteidigen, bloß weil, wenn dort aus Versehen mal ein wahrer Satz steht, der Mob »Lügenpresse« schreit? Alles, was einem einfällt, ist, dass es nach der Abschaffung noch schlimmer ist. Aber mit wem sollte man sich verbünden? Mit Springer, Funke, Bauer oder »Spiegel«-Mitarbeitern, die sich nicht zu 101 Prozent prostituieren wollen? Oder mit der Selbstausbeutungsalternative, deren Protagonisten dafür, dass sie Aufklärung und Kritik betreiben, den Preis bezahlen, nicht von ihrer Arbeit leben zu können? Wenigstens sollte sich die gedruckte Presse im Angesicht ihres Todes keine Illusionen mehr darüber machen, durch was oder durch wen sie stirbt. ●

Von Georg Seeßlen erscheint im Oktober *Freiheitstraum und Kontrollmaschine. Der (vielleicht) kommende Aufstand des nicht zu Ende befreiten Sklaven* (zusammen mit Markus Metz; Bahoe Books) sowie *Liebe und Sex im 21. Jahrhundert. Streifzüge durch die populäre Kultur* (Bertz + Fischer)

»Wer so exzellent dichtet, der hat in Deutschland sein angeborenes Recht auf hochdotierte Literaturpreise verwirkt.«
Hans Mentz, »Titanic«

Jubiläumsausgabe der legendären *German Poems* von konkret-Hausdichter Horst Tomayer, der in diesem Jahr seinen 80. Geburtstag gefeiert hätte

konkret texte 73, ISBN 978-3-930786-84-8, 124 Seiten, 15 Euro, *konkret-magazin.de*

Alles ist gut

Regie: Eva Trobisch; mit Aenne Schwarz, Andreas Döhler; Deutschland 2018 (NFP); 93 Minuten; seit 27. September im Kino

»Ja, ja, ›nein heißt nein‹«, sagt Janne, als sie ihrer Mutter die Schramme auf ihrer Backe erklärt. Ein zudringlicher Bekannter. Die Mutter ist entsetzt, Janne lacht bitter, als wäre dieser feministische Kampfruf, den sie nur noch ironisch anführt, nichts, was mit ihrem modernen Frauenleben zu tun hätte. Es ist doch nichts passiert. Niemandem kann Janne davon erzählen, dass der seriös-freundliche Typ, mit dem sie auf dem Klassentreffen einen lustigen, versoffenen Abend verbracht hat, dann etwas wollte, was Janne nicht wollte, und sie nach ihrem halb erstaunten, halb resignierten »Echt jetzt?« brutal zu Boden stieß.

Denn Janne, die mit ihrem Partner gerade den gemeinsamen Verlag auflösen muss, ist es gewöhnt zu funktionieren. Sie muss ihren impulsiven – lies: selbstgerecht jähzornigen – Freund davon überzeugen, dass sie eine gut dotierte Stelle in einem großen Münchner Verlag annehmen »darf«, obwohl er mit ihr in ein renovierungsbedürftiges Haus in Niederbayern ziehen will. Keine Zeit für Selbstmitleid oder auch nur Reflexion – welche emanzipierte Frau will heute noch Opfer sein? Dumm gelaufen, abgehakt, und dass der Täter dann auch noch in ihrem neuen Arbeitsumfeld auftaucht und auf pseudo-einfühlsame Art mit ihr »reden« – lies: die Absolution erteilt bekommen – möchte, muss sie ebenfalls abhaken. Auch der neue Chef, Typ väterlicher Freund, heult sich aus, weil seine junge Ehefrau so gemein ist. Stoisch lässt sich Janne alles aufladen, bis sie in eine fast absurde Verweigerung gleitet.

Eva Trobisch, deren Abschlussarbeit auf dem Filmfest München gleich den Preis für die beste Regie und für die beste Hauptdarstellerin gewann, zeigt in beiläufigen, fast dokumentarischen Bildern, was mit Dingen passiert, die für ideologisch überwunden gehalten werden. In einer vermeintlich postsexistischen Blase kann es, darf es so etwas wie Vergewaltigung nicht mehr geben, und wer sich selbst dennoch als Opfer begreift, gesteht damit seine Komplizenschaft mit reaktionären Kräften ein. Auch wenn der Film der armen Janne arg viel Unbill aufbürdet, büßt die Kritik am neoliberalen Individual-Empowerment, in dem jede Verletzung Versagen heißt, nichts an ihrer Schärfe ein. Vielleicht dann doch wieder mehr »nein« statt »alles ist gut«. **Sonja Eismann**

The Man who Killed Don Quixote

Regie: Terry Gilliam; mit Adam Driver, Jonathan Pryce; Spanien u. a. 2018 (Concorde); 132 Minuten; seit 27. September im Kino

»Und so kam es vom wenigen Schlafen und vielen Lesen, dass sein Gehirn ausgetrocknet wurde, wodurch er den Verstand verlor.« So heißt es am Anfang von Cervantes' Roman *Don Quixote*, der bekanntermaßen die Geschichte eines Mannes erzählt, den der übermäßige Konsum mittelalterlicher Heldensagen davon überzeugt, selbst der Protagonist einer solchen Geschichte zu sein. Viele Jahre lang hat Terry Gilliam versucht, diesen Klassiker zu verfilmen, und scheiterte bitterlich; die Dokumentation »Lost in La Mancha« zeigte 2002 die wiederholte Bruchlandung des Projekts aufgrund von zerstörten Kulissen, verletzten Darstellern und gekappter Finanzierung.

Nun hat Gilliam sein Opus Magnum endlich fertiggestellt, und es ist – leider! – eine Enttäuschung. Mögen die Erwartungen an sein Spätwerk nach mediokren Einträgen wie »Das Kabinett des Doktor Parnassus« und »The Zero Theorem« auch grundsätzlich niedrig gewesen sein: In »The Man who Killed Don Quixote« kollidiert der epische Anspruch mit der teils stümperhaften Machart auf unangenehmste Weise. Es ist ein Film, dessen bloße Existenz man als Sieg über die kalte Marktlogik des heutigen Kinobusiness betrachten kann – was seine unlustigen Dialoge und albernen Slapstickeinlagen nicht erfreulicher macht.

Gilliam erzählt die Geschichte eines Films im Film: Ein arroganter junger Regisseur will ein aufwendiges Remake seines eigenen Low-Budget-Debüts drehen, das die Don-Quixote-Story neu interpretiert. Als er seinen damaligen Hauptdarsteller, einen alten spanischen Schuster, auftreibt, stellt er fest, dass dieser nun in dem Wahn lebt, der Held aus Cervantes' Roman zu sein; flugs rekrutiert der Spanier den verblüfften Filmemacher als seinen Sidekick Sancho Panza.

In den folgenden Abenteuern des ungleichen Paars blitzen immer mal wieder die überbordende visuelle Verspieltheit und der romantische Glaube an die Kraft der Fiktion auf, für die man Gilliams Großtaten wie »Time Bandits« liebt. Ebenfalls unverkennbar ist der zirkusartige Humor, der hier aber oft in Albernheit umschlägt. Schlimm wird es, wenn Gilliam – der in Interviews gern scherzt, er sei eine »schwarze Lesbe« – ungelenke Referenzen an #metoo und Migrationsdebatten einbaut. Ein Film, den man vergeblich zu mögen versucht. **Tim Lindemann**

Ballon

Regie: Michael Herbig; mit Friedrich Mücke, Karoline Schuch; Deutschland 2018 (Studiocanal); 125 Minuten; seit 27. September im Kino

Der neue Film von »Bully« Herbig zeigt – fristgerecht zum deutschen Einheitsbrei – die Flucht zweier Familien aus der DDR per selbstgebasteltem Ballon. Er zeigt aber vor allem, auf welchen todeswürdigen Hund das deutsche Mainstreamkino gekommen ist: Alles hier ist Effekt, alles muss expliziert werden, jedes Klischee bedient, und obendrauf gehört eine fette Portion Streichersound, Dauerdröhnen, das dramatisieren soll, wo nichts dramatisch ist. Wenn der Sohn der einen Familie seiner Freundin, der Tochter eines Stasi-Mitarbeiters, einen Abschiedsbrief in den Kasten wirft, bläst Herbig das mit Soundkulisse und Gruselästhetik auf, damit auch jeder mitkriegt: Hier, aufregende Szene!

Oder wie macht man deutlich, wie groß der Druck auf die Familien nach dem ersten gescheiterten Fluchtversuch war? Nichts einfacher als das: ein paar tränenreiche Szenen mit der Mutter und Nonsenssätze wie: »Versprich mir, dass den Kindern nichts passiert!« Es braucht eine anrührende Wendung? Kein Problem, Tüftlervater heult in den Armen seiner Frau: »In meinem Leben ist mir doch sonst alles gelungen, schluchz, nur diesmal habe ich versagt, schluchz« – worauf die Söhne ihm versichern, er habe gar nicht versagt, der Ballon sei doch geflogen – zack, Verzweiflung weg, Wendung fertig. So geht das zwei Stunden lang. Die Stasi-Leute sind düstere Oberstleutnants oder dümmliche Aufschneider, und wenn sie die Grenze abriegeln, muss einer sagen: »Hier kommen sie auf keinen Fall durch!«

Zudem ist Herbig, auch wenn er von Schwulenwitzen ins ernste Fach wechselt, vollkommen unfähig, eine Geschichte zu erzählen; es bleibt unklar, wovor diese Familien eigentlich genau fliehen, schließlich sind sie mit Wartburg, eigenem Haus und Berlin-Urlaub recht gut versorgt. Nachdem auch der zweite Ballon abgestürzt ist, finden die beiden Männer (die Frauen sind natürlich bei den Kindern im Wald geblieben) bald eine Straße, und genau in diesem Moment kommt ein Polizeiwagen vorbei und blendet sie so, dass sie ihn nicht als Westauto erkennen. Als sie fragen, ob sie nun im Westen seien, bekommen sie mit leichtem Akzent die Antwort: »Nein, in Oberfranken.« Dieser karge Witz ist der beste Moment des Films. Danach wird noch die »Bildzeitung« in die Kamera gehalten. **Nicolai Hagedorn**

Eine gefangene Frau

Regie: Bernadett Tuza-Ritter; mit Edita und Marisch; Ungarn 2017 (Partisan); 89 Minuten; ab 11. Oktober im Kino

»Darf ich aufstehen?«, fragt Marisch, auf dem Sofa sitzend, in die Kamera. »Du kannst machen, was du willst.« Über diese Antwort der Frau hinter der Kamera muss Marisch lächeln.

Tatsächlich darf sie nie machen, was sie will. Marisch ist einer von geschätzt 1,2 Millionen Menschen, die in Europa (als Zwangsarbeiter, -prostituierte oder Hausmägde) wie Sklaven gehalten werden. Die Hausherrin Eta kontrolliert jeden Schritt, das Geld, das Marisch neben dem Rund-um-die Uhr-Einsatz in dem ungarischen Haushalt in einer Fabrik verdient, muss sie abgeben. Die ausgemergelte 53jährige, die aussieht wie eine Greisin – ein früherer »Arbeitgeber« hat ihr alle Zähne ausgeschlagen –, bekommt nur Essensreste und Tabak; Kaffee und Selbstgedrehte halten sie irgendwie am Leben. Die Sklavenhalterfamilie, bei der sie seit zehn Jahren mehr darbt als wohnt, hat ihr den Pass abgenommen und auf ihren Namen Kredite aufgenommen, so dass sie verschuldet und erpressbar ist.

All das erfährt die Zuschauerin erst nach und nach durch die Fragen der Budapester Regisseurin. Bevor Bernadett Tuza-Ritter mit ihrer Kamera kam, war Marisch absolut isoliert. Nicht mal ihre Tochter im Kinderheim durfte sie besuchen. Ursprünglich wollte die damalige Regiestudentin nur einen Übungskurzfilm zum Thema »Ein Tag im Leben einer Person« drehen. Zufällig hatte sie Eta kennengelernt, die sich damit brüstete, Bedienstete zu haben, und Marischs Gesicht »ging mir nicht aus dem Kopf«. Es ist von Falten übersät und eingefallen; man sieht solche Frauen sonst nicht im Kino, schon gar nicht in der Hauptrolle. Im Haus merkt Tuza-Ritter langsam, dass etwas nicht stimmt, Marisch wird schikaniert und tyrannisiert – und hält die Studentin davon ab, die Polizei einzuschalten. Sie könnten da nichts machen, bestätigt ein Beamter auf anonyme Nachfrage.

Tuza-Ritter musste für die schließlich zwei Jahre andauernden »sehr unangenehmen und beängstigenden Dreharbeiten«, deren Beklemmung sich aufs Publikum überträgt, ebenfalls Geld an Eta abdrücken. Die Familie darf sie nicht filmen, nur Stimmen sind zu hören, die Marisch permanent ankeifen: »Hast du die Kleider von meinem Sohn gebügelt? Bring Essen! Der Kaffee ist zu süß! Zu nichts bist du nütze!« Beschimpfungen lassen Marisch erstarren – nur nicht noch mehr Aggression wecken.

Einmal sieht man nur Etas Hände mit pink bepinselten langen Nägeln etwas von einem Gebäck abbrechen: »Möchtest du was abhaben?« Wirft sie ihrer Sklavin nun Bröckchen zu? Nein, dem Schoßhund. Zu den Arbeitsbedingungen befragt, sagt Eta, Marisch dürfe 20 Tassen Kaffee am Tag trinken, das sei anderswo nicht so. Etwas Mitgefühl zeigt nur einmal ein Kind der Familie, das nicht erträgt, dass Marisch auf dem Sofa schlafen muss, bis die Familie sie weckt. »Ich darf nicht im Bett schlafen wie ihr … Ich schlafe gut hier«, tröstet Marisch.

Durch Nahaufnahmen des erschöpften Gesichts und des schuftenden Körpers will Tuza-Ritter die Folgen von »Jahren der menschenunwürdigen Behandlung« spürbar machen. Doch etwas verändert sich in dieser Zeit, Marisch hat plötzlich ein Gegenüber, das sie und ihr Leiden wahrnimmt. Sie fasst Vertrauen zu der jungen Frau, die ihr Leben dokumentieren will. Einmal blitzt in ihren Augen diebische Freude auf, als sie für sich und die Regisseurin Obst von einem Baum stibitzt. Die distanziert beobachtende Kamera wird empathisch, denn Marisch spricht immer mehr den Menschen dahinter an, verlangt Bestätigung (»Verstehst du?«), führt mit ihrer von den vielen Zigaretten rauhen Stimme einen Dialog, auf den sich die unsichtbar bleibende, um Zurückhaltung bemühte Regisseurin mit leiser, zarter Stimme zögerlich einlässt. Das gibt Marisch Mut, die Flucht zu planen. »Ich bin stark. Ich brauche nur jemanden an meiner Seite, der mir hilft.« Und die Dokumentarfilmerin? Hilft. »Du weißt von nichts!«, fleht Marisch unter Todesangst.

Wieder eine Regisseurin, die alles falsch macht. Die in ihrem ersten Langfilm aus Mitleid mit ihrer Protagonistin mit den ehernen Regeln des Dokumentarfilms und der Reportage bricht. Wobei eine Kamera immer schon durch ihre Anwesenheit in das Geschehen eingreift. Auch der Dokumentarfilm »Sonita« (Film des Monats in **konkret 6/16**), in dem die iranische Regisseurin Rokhsareh Ghaem Maghami eine afghanische Rapperin drei Jahre begleitet und schließlich ungeplant vor der Zwangsheirat rettet, handelt von Frauen (pro-

So ein Gesicht sieht man sonst nicht im Kino: Marisch (53)

trätierte und filmende), die nicht aktiv werden dürfen, aber sich selbst dazu ermächtigen. In »Eine gefangene Frau« tauchen Männer ebenfalls nur ganz am Rande auf. Ein Mann soll auch in Marischs Zukunft keine Rolle spielen: »Was soll ich den bedienen?«

Wie »Sonita« bekommt »Eine gefangene Frau« Züge eines Escape-Thrillers. Marisch tritt ihre Flucht zitternd und weinend in der Nacht an. Später, auf der Reise ins Ungewisse, zeigt sie stolz ihren Besitz: Deo und Parfum. »Eta hat gesagt: ›Was brauchst du Parfum, du alte Schlampe?‹ Also habe ich ihres auch mitgenommen.« Als Edita, die nun ihren Sklavennamen Marisch abgelegt hat, vom ersten Geld, das sie ausgibt, der Regisseurin ein Duschgel schenkt, gibt die gerührt ihre Zurückhaltung auf, die Kamera wackelt bei der Umarmung.

Beim Wiedersehen ist Edita wie verwandelt: Geschminkt wirkt sie verjüngt und aufgekratzt. Sie hat einen geregelten Job gefunden und arbeitet nun für sich und ihre ungeplant schwangere Tochter.

Edita hat sich nicht nur filmen lassen, um davonzukommen, sie tat es ganz bewusst, und sie reflektiert es im Film: »Ich hoffe, dieser Film wird zeigen, dass jeder Mensch es verdient, mit Respekt behandelt zu werden, auch wenn er alles verloren hat.« Tuza-Ritter wünscht sich, dass Editas Kampf um Würde hilft, »die Existenz dieses gravierenden sozialen Missstands«, moderne Sklaverei mitten in Europa (laut Global Slavery Index gibt es übrigens 170.000 Fälle in Deutschland), vor Augen zu führen. Alles richtig gemacht. **Marit Hofmann**

Nur ohne euch

Wie Berlins Kulturpolitik Stadtmarketing betreibt und den Tag der deutschen Einheit 2018 zu begehen gedenkt. Eine Farce von Berthold Seliger

Berlin rockt den Tag der Einheit. Fanmeile war gestern, jetzt schwappt die Coca-Cola-Soundwave über den Platz vorm Brandenburger Tor. Mehr als eine halbe Million Besucher tanzt zur Musik von Juli, Silbermond, 2raumwohnung, Sportfreunde Stiller, Ohrbooten und Fantastischen Vier.

Wir schreiben das Jahr 2007, Coca-Cola veranstaltet das Soundwave-Festival vor dem Brandenburger Tor, Tag der deutschen Bandeinheit. Die braune Brause hat mit dem Sponsoring von Berliner Großevents Erfahrung: Bereits 1936 hat Coca-Cola Hitlers Olympische Spiele unterstützt, und im Sportpalast forderten bei NS-Großveranstaltungen Werbebanner, weiß auf rotem Grund, auf: »Trink Coca-Cola – stets eiskalt«.

2018 organisiert kein Getränkekonzern das Bürgerfest am Brandenburger Tor zum Tag der deutschen Einheit, sondern die landeseigene gemeinnützige Kulturprojekte Berlin GmbH, die aus dem Kulturhaushalt finanziert wird, aber der Senatskanzlei für Finanzen zugeordnet ist. Dieser Feiertag ist etwas ganz Besonderes: 28 Jahre lang teilte die Mauer Berlin, und »seit ebenfalls 28 Jahren sind Berlin und Deutschland wieder vereint«, flötet die eigens eingerichtete Website.

Seit Jahren versucht die Hauptstadt, sich ein cooles Image zu verpassen. Nur selten gelingt das so wie durch die lapidare Bemerkung des damaligen Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit, Berlin sei »arm, aber sexy«.

Freiheitskämpfer

Im Zentrum der meist verklemmten Imagekampagnen der Stadtmarketingbehörde steht häufig der Begriff Freiheit: »Denk mal an Freiheit!«, lesen wir in Berlin-Anzeigen. »Berlin lebt und liebt die Freiheit!« – dieser Floskel des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller kann man derzeit nicht entgehen. Den deutschen Pavillon der Architektur-Biennale in Venedig haben dieses Jahr drei Architekten zusammen mit der Stasi-Jägerin Marianne Birthler gestaltet. Thema: »die Mauer als Symbol der Freiheit«.

Und selbst das eher dubiose, esoterisch angehauchte, irrwitzige russische »Dau«-Projekt, das im Oktober um Berlins repräsentative Mitte, also Unter den Linden entlang von Staatsoper und Kronprinzenpalais, eine Mauer zu errichten beabsichtigt, kommt nicht ohne den Begriff Freiheit aus (während das nämliche Projekt in den Folgemonaten in Paris unter dem Titel »Gleichheit« und ausgerechnet in London unter »Brüderlichkeit« läuft). Das mulitimediale Kunst- und Filmevent des Regisseurs Ilya Khrzhanovsky finanzieren ein russischer Oligarch sowie unter anderem das Medienboard Berlin-Brandenburg mit westlicher Staatskohle. Für vier Wochen soll in der deutschen Hauptstadt eine künstliche Sowjetwelt entstehen, an der man nur teilnehmen kann, wenn man teure Visa kauft und sein Smartphone am Eingang abgibt. Am letzten Tag, dem – Achtung, Symbolpolitik! – 9. November, soll dann die originalhohe Mauer aus 900 Echtbeton-Segmenten um die sowjetische Disneyworld eingerissen werden. Kein Wunder, dass so etwas dem Intendanten der Berliner Festspiele gefällt, aber auch der Filmregisseur Tom Tykwer hat sich in das Projekt »verknallt«. Der Regierende Bürgermeister freut sich darüber, dass »Dau« die »dramatische Situation des Mauerbaus mit all dem dadurch verursachten Leid« künstlerisch bearbeitet. Das ist die Freiheit, die sie meinen.

In keinem der Berliner Kunst- und Marketingprojekte finden die anderen beiden Begriffe, die der Aufklärung und der Französischen Revolution so wichtig waren und die die Freiheit zum weltverändernden Dreiklang erweiterten, Erwähnung. Gleichheit und Brüderlichkeit sind in der bundesrepublikanischen Gegenwart zu Fremdwörtern mutiert. Wer Freiheit nicht als »Gleichfreiheit« (Étienne Balibar) versteht, wer also ignoriert, dass Freiheit und Gleichheit als zentrale Begriffe der Moderne nur gemeinsam bestehen können, der redet der (neo-)liberalen Verkürzung der Freiheit auf Marktbeziehungen (Freiheit zum Konsum) das Wort. Dann ist es nicht mehr weit zum CDU/CSU-Wahlslogan der Siebziger: »Freiheit statt Sozialismus«.

Buchstabensuppe

»#FreiheitBerlin« heißt eine aktuelle Kampagne des Stadtmarketings. »FreiheitBerlin wird zur Kunstinstallation. Sei dabei, und gestalte einen der Buchstaben mit deiner Idee.« Ein riesiger Schriftzug mit dem Hashtag steht seit Mai vorm Hauptbahnhof, und alle, alle sollen mitmachen, wenn sich die Berliner ein Denkmal setzen. Die von Architekten entworfenen Buchstaben des Worts Freiheit stehen internationalen Künstlern zur Gestaltung zur Verfügung, und jedermann kann sich mit einem Design der übrigen Buchstaben, das »das Thema Freiheit behandelt«, bewerben – und wenn es nur das I-Tüpfelchen in Berlin betrifft. Außerdem schlägt die Senatssprecherin Berliner*innen vor, »ihre persönliche Beziehung zu Freiheit in den sozialen Netzwerken« zu teilen, »gerne auch mit einem Selfie vor der Installation«.

Hinter diesem Projekt, das Teil der Stadtmarketingkampagne »Be Berlin« ist, stehen die Dixons, eine Sprayergruppe, die 2017 damit Furore gemacht hat, die Graffitischau »The Haus« in einem von einem Immobilieninvestor zur Verfügung gestellten Abrisshaus zu organisieren. Eine Win-win-Situation: Der Investor freute sich über den White-Washing-Effekt und die Wertsteigerung seines Baugrundstücks, während die Sprayergruppe, die die beteiligten Künstler nicht bezahlt hat, ebenfalls gute Presse bekam, flugs einen Verein namens Berlin Art Bang gründete und zum idealen Partner des Senats, Abteilung Stadtmarketing, mutierte. Mit Politik wollen die Art Banger nämlich nichts zu tun haben: »Die Politik muss schauen, wie sie die Probleme in den Griff kriegt. Wir wollen unser Ding machen und halten uns da zurück.« Und wenn »unser Ding« der Gentrifizierung oder dem Stadtmarketing dient, ist es auch kein Problem, denn die Hipster haben sich längst der neoliberalen Ideo-

logie angepasst und die gesellschaftskritischen Ansätze der Street Art über Bord geworfen. Be Berlin. Alles so schön bunt hier.

Berlin Babylon

Kunst macht Image, dient Investoren zur Wertsteigerung ihrer Objekte – nichts Neues gewiss, aber selten wird es derart ungehemmt durchexerziert wie im heutigen Berlin. Manchmal gründen die »Immobilienentwickler« gleich selbst die Museen oder lassen Ausstellungen organisieren. DDR geht immer, die von den Touristen heißgeliebten umweltverpestenden »Trabi-Tours« belegen das. Aber auch die »wilden Neunziger« mit Techno, HipHop, Elektro, Hausbesetzern und all den anderen crazy Subkulturen sind »très chic« für Touristen und Schulklassen. Entsprechend hat sich eine haftungsbeschränkte DDR-Kultur-Unternehmensgesellschaft die »Entwicklung, Darstellung und Durchführung von Kulturveranstaltungen, Ausstellungen und Events inklusive Vermarktung und Vertrieb von Ideen und Kultur- und Tourismusprodukten« zum Ziel gesetzt. Sie betreibt das vielbesuchte DDR-Museum und organisiert Ausstellungen wie derzeit »Nineties Berlin« in der Alten Münze. Man wirbt mit »Anarchie«, »Wandel« und »Visionen« für ein Jahrzehnt, in dem in Berlin alles möglich schien und einschlägige Musikszenen in brachliegenden Häusern, Clubs und Hinterhöfen eine kreative »Zwischennutzung« organisierten, ehe dann die Immobilienbranche dem anarchischen Spuk ein Ende bereitete. Einer der vier Geschäftsführer der DDR-Kultur-UG ist der Jurist und »Immobilienentwickler« Quirin Graf Adelmann von Adelmannsfelden (sogar die Degeto würde einen derartigen Namen für einen Immobilienhai aus jedem Drehbuch streichen …). Hier zeigt sich exemplarisch, wie Kultur dazu dient, die gesellschaftliche Idee von Stadt der Immobilienbranche zu unterwerfen. In der »Berliner Zeitung« sagte der Adelmann, die Ausstellung »Nineties« sei auch »ein Hinweis an die Politik«, »mit wie wenig Regulierungen man damals ausgekommen ist«. Das kulturelle Prekariat hat seinerzeit halt irgendwie für sich selbst gesorgt, in alten Wohnungen mit Ofenheizungen und »der ständigen Ungewissheit, wie lange das Geld noch reicht« (Christiane Rösinger). Jeder seine eigene prekäre Ich-AG, arm, aber sexy, keine Mindestgagen, alle arbeiten für umme – ein Leitbild bis heute.

Ihr seid das Fußvolk

Beim Tag der deutschen Einheit 2018 sollen »Menschen aus Berlin, Deutschland, Europa und der ganzen Welt gemeinsam die Freiheit, die Vielfalt und die Demokratie feiern«. Das Motto der Feierlichkeiten, »Nur mit euch«, erinnert an frühere paternalistische Slogans der damals noch so genannten Aktion Sorgenkind und offenbart, wie die Organisatoren Demokratie verstehen: nicht als Volksherrschaft (»nur durch euch« oder »nur ihr«), sondern als technokratische Veranstaltung, die nicht ganz ohne die Bürger*innen auskommt. »Nur mit euch« schaffen wir das, nur dann sind wir ganz #zsmmm, wie eine andere verunglückte Marketingkampagne in diesem WM-Jahr lautete.

Der Senat rechnet beim dreitägigen Bürgerfest mit bis zu einer Million Besuchern rund ums Brandenburger Tor und Regierungsviertel. In ihrem »Lagebericht« teilen die Organisatoren in verschwurbeltem Deutsch Jahr für Jahr mit: »Die Kulturprojekte Berlin GmbH konnte sich im Aktionsumfeld zwischen Kulturlandschaft inklusive Publikum sowie Politik, Senat und Medien gut behaupten und die Rolle des Dienstleisters für das Land Berlin und der Berliner Kultur weiter ausbauen.« Diese Funktionäre initiieren Events der Volksbespaßung, etwa die sogenannte Lichtgrenze anlässlich von 25 Jahren Mauerfall, und haben die krachend gescheiterte und mittlerweile eingestellte Berlin Music Week veranstaltet. Außerdem betreibt die Senatsfirma ein »Kreativnetzwerkportal« namens Creative City Berlin, mit dem sie »die unterschiedlichsten Player aus Kultur, Bildung, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft« zusammenbringen will, um »Kulturprojekte für Berlin zu realisieren«. Wer sich durch die Profile der »Player« klickt, stößt auf Firmen und Einzelpersonen der »Eventbranche«, Werber und PR-Leute; außerdem sind der Kulturkreis des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Souvenirmanufakturen, die Zeitschrift »Capital«, Tui Cruises, Kosmetikfirmen, Hochzeitsfotografen, Marketing- und Sponsoringexperten, die Zhongde Metal Group (»ein innovativer Industriepark im Norden von Jieyang, der deutschen mittelständischen Unternehmen den Einstieg in den chinesischen Markt eröffnet«) und eine »Zählerplattform« dabei, die »der Wohnungswirtschaft im Bereich Zählertechnik größte Produktvielfalt in höchster Qualität bietet«. Das versteht die senatseigene Kulturprojekte-GmbH also unter Kreativität. Unter »Veranstalter« sind etliche Eventklitschen aufgeführt, die »Jusos in der SPD« und das Medienboard Berlin-Brandenburg, aber kein einziger renommierter Konzertveranstalter, und auf der gesamten »Creative City«-Plattform finden sich praktisch keine Labels, obwohl diese, von City Slang bis Staatsakt, seit Jahrzehnten die Bedeutung der Musikstadt mit ausmachen. Aber statt Leuten, die tatsächliche Kulturarbeit leisten, werden selbst in der »Jobbörse« des Portals lediglich Social Media Manager, Retail Operations Manager & Business Analysts, UX/UI Designer, Recruiter/Talent Acquisition Manager oder »zwei beste Freundinnen und sehr große Helene-Fischer-Fans (bis 40 Jahre) für einen TV-Beitrag« gesucht.

Einheitsbrei

Am 13. März haben die Kulturprojekte Berlin einen »Ideenwettbewerb Brandenburger Tor« ausgeschrieben. »Alleine? Wäre die deutsche Einheit so niemals möglich gewesen«, heißt es in der Vorbemerkung. Gesucht wird »eine besondere Idee zur Inszenierung und künstlerischen Bespielung des Brandenburger Tors unter Einbezug des Platzes des 18. März als Symbol der deutschen und letztlich auch europäischen Einigung anlässlich der zentralen Feierlichkeiten des ›Tag der Deutschen Einheit 2018‹ … Bei der gesamten

Picture Alliance/Wolfgang Kumm/DPA

R wie Riesenverarsche: Bürgermeister Michael Müller bei der Eröffnung der Kunstinstallation »#FreiheitBerlin«, Mai 2018

konkret texte 72

»Wir können eine Welt gestalten, wie sie die Welt noch nie gesehen hat, eine Welt, die sich auszeichnet, keinen Krieg mehr zu kennen, keinen Hunger mehr zu haben, und zwar in der ganzen Welt. Das ist unsere geschichtliche Möglichkeit.«
(Rudi Dutschke)

Jutta Ditfurth erzählt die Geschichte der 68er am Beispiel der Freundschaft von Ulrike Meinhof und Rudi Dutschke. Wer waren diese Oppositionellen, deren 50 Jahre alte Revolte heute noch einen so unbändigen Hass bei der politischen Rechten auslöst?

ISBN 978-3-930786-83-1, 166 Seiten, 18,– €

Ich bestelle ..... Ex. konkret texte 72 zum Einzelpreis von 18,– € (zzgl. Porto + Verp. 2,95 €)

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

Datum, Unterschrift

Gewünschte Zahlungsweise bitte ankreuzen:
◯ Bankeinzug ◯ bar

IBAN

BIC

Kreditinstitut

Coupon senden an: KVV **konkret**, Ehrenbergstr.59, 22767 Hamburg oder verlag@konkret-magazin.de

Konzeption soll das Motto ›Nur mit euch‹ besondere Berücksichtigung finden. Entsprechende partizipative Herangehensweisen bei der Entwicklung und Umsetzung sind wünschenswert.« Mal ganz abgesehen davon, dass sich kein ernstzunehmender Künstler an einer von oben in Auftrag gegebenen Lobhudelung der »Wiedervereinigung« beteiligt, geht es heute nicht mehr um Kunst, sondern um Kultur, und die soll unbedingt »partizipativ« sein, also Ringelpiez mit Anfassen.

Das Budget zur Umsetzung der »Inszenierungsmaßnahmen« beträgt 800.000 Euro »als Kalkulationsgrundlage«, und die besten drei Einreichungen bekommen Preise in Höhe von 25.000, 15.000 und 10.000 Euro (»inklusive Überlassung sämtlicher ausschließlicher Nutzungs- und Verwertungsrechte«). Die Konzeptideen waren binnen drei Wochen einzureichen. Das Berliner Büro für Kunst im öffentlichen Raum hält eine so kurzfristige Ausschreibung, wenn es um künstlerische Leistungen geht, für »nicht nur ungewöhnlich, sondern auch bedenklich«. Ebenfalls fragwürdig ist die Entscheidungsfindung: Die Auswahl soll eine Jury »unter Einbeziehung der Senatskanzlei« treffen. Wer der Jury angehört, ist bis heute unklar, was gegen die gängige Praxis verstößt. Zudem hat man den Ideenwettbewerb als »freihändige Vergabe«, also ohne förmliches Verfahren, ausgeschrieben. So etwas ist laut Landeshaushaltsordnung nur bei einem Auftragsvolumen von bis zu 7.500 Euro und bei Bauleistungen von bis zu 10.000 Euro zulässig. Warum diese Heimlichtuerei und Intransparenz bei einem Wettbewerb, der sich mit »Freiheit und Democracy« (Brecht) auseinandersetzen soll? Bis Redaktionsschluss sind weder der Sieger des Wettbewerbs noch Details zur Umsetzung des Bürgerfests bekannt. Die Kulturprojekte Berlin verweigern alle Angaben »aus Sicherheitsgründen« beziehungsweise, weil sie »gehalten sind, die Dokumentation … vertraulich zu behandeln«. Ganz nach dem Motto: »Nur ohne euch«. Ihr wollt wissen, was wir mit 850.000 Euro anstellen? Geht euch nichts an! Der »Gesamtprojektleiter« der Festaktivitäten zum Einheitsfeiertag in der Senatskanzlei, der Grünen-Politiker Julian Mieth, begründet die Heimlichtuerei damit, dass die Inszenierung eben eine »Überraschung« werden solle. Einheitsfeiertag, Weihnachten und Ostern an einem Tag sozusagen, koste es, was es wolle, wer will da kleinlich sein.

Sicher ist bisher nur, dass der »Kinder- und Familienbereich« des Bürgerfests mitten im Tiergarten sein soll. Auf einer »Happy Birthday, Einheit«-Fläche können die Besucher*innen »Blumenkränze und Girlanden flechten« (wem eigentlich? Helmut Kohl, dem Louis-Vuitton-Model Gorbatschow oder Berlins Kulturmanagern?), es gibt Bastelworkshops und Kinderdisco. »Hüpfburg mit Anspruch« also. Ein »Band der Einheit« aus am Boden haftenden deutschen Ortsschildern aller Städte und Gemeinden soll kreuz und quer über das Gelände des Einheitsfestes führen; die Bürger*innen können ihr Ortsschild suchen, darauf ein Selfie machen und sich zum passiven Teil einer degenerierten Konsummitmachgesellschaft.

Unter dem Motto »Nimm die Sonne in die Hand« bietet die Little Sun GmbH des dänisch-isländischen Starkünstlers Olafur Eliasson »Solarenergie zum Anfassen und Mitmachen« – wie praktisch, dass die Projektleiterin des »Tags der Deutschen Einheit Berlin 2018« von 2012 bis 2017 Sales Managerin und zuletzt Sales Direktorin von Little Sun war. Man arbeitet eben bevorzugt mit »freihändigen Vergaben«. Und mit Sponsoren, denn nur »durch die Unterstützung durch wichtige gesellschaftliche Akteure nicht nur auf politischer, sondern auch auf wirtschaftlicher Ebene« lässt sich dem »dargestellten Anspruch« gerecht werden.

Deswegen entsteht der Einheitsbrei »im Schulterschluss mit Unternehmen, die als Rückgrat der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands zu einer stabilen Demokratie beitragen«, allen voran H & M, Siemens und die Berliner Sparkasse. Über den Sponsorenlogos steht auf der Einheitsfeier-Website ganz fett: »Nur dank euch!«

Das ist das Demokratieverständnis unserer Tage: Keiner kann sich mehr die Wohnungen in der Innenstadt leisten, aber einmal im Jahr lädt die sozialdemokratische Kulturpolitik die Bürger*innen ein, sich im Zentrum bespaßen zu lassen. Höhepunkt der Inszenierung des Einheitstages wird – nach einem vom Fernsehen live übertragenen ökumenischen Gottesdienst im Berliner Dom und einem Staatsakt in der Oper für geladene Gäste, also »nur ohne euch« – ein großes Musikfestival vorm Brandenburger Tor sein. Wetten, dass sich das Line-up nicht wesentlich von dem des Coca-Cola-Soundwave-Festivals unterscheidet? Und dass den Besuchern oder gar den Veranstaltern auch kein Licht aufgeht, wenn der geplante »Energy Floor« die Energie der Tanzenden in Elektrizität umwandelt?

Wer sich noch nicht ausreichend bespaßt fühlt, kann zehn Tage später den Tag der offenen Tür ansteuern, mit dem die Anschutz Entertainment Group ihren Mercedes-Platz vor der Mercedes-Benz-Arena und der Verti Music Hall eröffnen wird. Öffentliche Plätze in der Hand und mit dem Namen von Sponsoren – so schwindlig kann einem nicht mal beim Rumturnen auf der Einheitswippe werden, die nun nach einigem Rumeiern auf dem zentralen Schlossplatz errichtet werden soll.

Berthold Seliger ist Berliner Tourneeveranstalter und Autor des Buchs *Klassikkampf. Ernste Musik, Bildung und Kultur für alle* (Matthes & Seitz)

Ein Herz für Jens

Der Gesundheitsminister will mit der Pflicht zur Organspende sein Gesellenstück abliefern. Von Oliver Tolmein

Der Bundesgesundheitsminister ist ein dynamischer Politiker, der viel zu sagen hat und noch viel mehr entscheiden möchte. Bereits 2017 monierte das CDU-Präsidiumsmitglied etwa öffentlich, »dass in manchen Berliner Restaurants die Bedienung nur Englisch spricht«. Dass ihn auch sein neues Amt nicht ausfüllt, hat Jens Spahn offenbart, als er sich nach dem Antritt ausführlich zu Hartz IV äußerte (»bedeutet nicht Armut«) und die Kürzung von Sozialleistungen für Asylbewerber forderte. Auch zur strategischen Grundausrichtung der CDU, zu den Wählern und Funktionären der AfD und vor allem zur Kanzlerin hat Spahn, der sich so engagiert für den Ehrentitel »Der Kandidat« bewirbt, einiges (oder auch mal auffallend wenig) zu sagen.

Dass, wer einmal Kanzler werden will, ebenfalls darauf achten muss, als Minister Kompetenz auszustrahlen, hat Spahn etwas später als seine Kolleginnen und Kollegen erkannt, seitdem aber wirkungsvoll umgesetzt. Das Gesellenstück könnte jetzt die Einführung der Widerspruchslösung für die Organtransplantation sein – wenn es Spahn gelingt, sie durchzusetzen.

Das Thema ist hoch emotional besetzt. Tatsächlich geht es im Einzelfall um viel, wenn nicht um alles: Die Kranken auf den Wartelisten benötigen dringend die äußerst knappe Ressource Organ – sonst droht ihnen der Tod. In der öffentlichen Diskussion weniger stark ausgeleuchtet ist die Situation der »Spender«, die schließlich nicht freizügig etwas geben, was sie entbehren können. Das Transplantationsgesetz verpflichtet die Krankenhäuser dazu, alle Patienten, die an einer Hirnschädigung versterben, an die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) zu melden. Von diesen »möglichen Spendern« haben 2017 gerade mal 19,7 Prozent schriftlich ihre Einwilligung zur Organspende erklärt. Insgesamt gab es 863 Menschen, bei denen die Zustimmung zu einer Organentnahme erklärt wurde, und 282, bei denen eine mögliche Entnahme abgelehnt wurde – überwiegend durch die Angehörigen. Nach Angaben der DSO erfolgte die Ablehnung nur in 4,6 Prozent der Fälle (was rätselhafterweise 12,97 Menschen wären) aufgrund einer schriftlichen Widerspruchs gegen eine Entnahme.

Gegenwärtig geht das deutsche Recht von einer sogenannten erweiterten Zustimmungslösung aus: Einer Organentnahme zustimmen können der Betroffene selbst vorab oder nach dem Hirntod die Angehörigen. Stimmen weder der eine noch die anderen zu, dürfen die Organe nicht entnommen werden.

Die doppelte Widerspruchslösung, die Spahn nun zur Behebung der Organknappheit in die Diskussion gebracht hat, geht dagegen davon aus, dass die Organe Hirntoter grundsätzlich verwendet werden können, wenn nicht der Betroffene selbst oder dessen Angehörige dem widersprochen haben. Ethisch und rechtlich ist der Unterschied bedeutsam. Die Zustimmungslösung gründet auf dem Selbstbestimmungsrecht des Menschen. Es geht davon aus, dass er über sich und seinen Körper auch über den Hirntod hinaus, der eher eine Etappe im irreversiblen Sterbeprozess ist als schon das Ende des Lebens, selbst verfügen kann.

Die Widerspruchslösung dagegen gründet auf der grundsätzlichen Sozialpflichtigkeit des menschlichen Leibes, den der Staat bei Eintritt des Hirntods an Bedürftige verteilen kann. Dass er ein Widerspruchsrecht zugesteht, ist allenfalls ein Zugeständnis und soll die Legitimation erhöhen, solange es dieser noch bedarf.

Durch die jeweiligen Erweiterungen sind die beiden grundsätzlich verschiedenen Konzeptionen in der Praxis weitgehend aneinander angeglichen: In den allermeisten Fällen werden weiterhin Angehörige entscheiden, wenn keine schriftliche Einwilligung oder Weigerung des Betroffenen vorliegt, doch der Erwartungsdruck, dem sie ausgesetzt sind und der schon heute, recht hoch ist, erhöht sich deutlich.

Einen Unterschied würde die Widerspruchslösung, so wie sie jetzt diskutiert wird, in Fällen machen, in denen Angehörige nicht ausreichend schnell zu erreichen sind. Dann könnten die nicht auf eine Einwilligung angewiesenen Transplantationsteams Organe entnehmen. Da der Hirntod aber oft einen gewissen Vorlauf hat und in der Endphase des Lebens, insbesondere nach schweren Unfällen, Angehörige meist zur Stelle sind, sind diese Konstellationen überschaubar.

Die Widerspruchslösung würde für die künftigen Organentnahmezahlen keinen großen Unterschied machen – sie markiert allerdings einen Bruch und treibt ihn voran. Die Botschaft ist, dass der Staat in Zeiten eines normativ gesetzten Notstands keine allzu große Rücksicht mehr auf individuelle Bedenken nehmen muss. Das kann Notleidenden zugute kommen. Die Widerspruchslösung ist aber keine Maßnahme, die den Schutz von Patienten nachhaltig verbessern soll: Seit Jahren gibt es Kritik daran, dass die Möglichkeiten für Patienten, Rechtsschutz zu erhalten, wenn ihnen zum Beispiel die Aufnahme auf die Warteliste verweigert und damit die Möglichkeit, ein Organ zu erhalten, genommen wird. Diese Kritik verhallt genauso, wie die von kenntnisreicher Seite erhobenen Vorwürfe der Intransparenz und unzureichenden Kontrolle des Vergabesystems folgenlos bleiben. Der Prozess gegen einen Göttinger Transplantationsmediziner, der Daten seiner Patienten manipuliert hat, um ihnen schneller eine neue Leber zu verschaffen, hat kleine Änderungen des sogenannten Organallokation-Systems nach sich gezogen, aber keine grundlegende Reform. Auch dass der Bundesgerichtshof (BGH) den angeklagten Arzt freigesprochen hat, spricht nicht für die Unbedenklichkeit der Transplantationsmedizin. Der BGH hat vielmehr die Legitimität mancher Kriterien in Zweifel gezogen, die der Angeklagte manipuliert hatte. Fristgerecht zur Eröffnung der Debatte kam der nächste Transplantationsmediziner in Untersuchungshaft. Der 61jährige Direktor der Klinik für Allgemein-, Viszeral- und Transplantationschirurgie soll zwischen 2012 und 2015 nicht indizierte Transplantationen vorgenommen haben, dabei soll ein Patient gestorben sein: Totschlag und fünffache gefährliche Körperverletzung wirft die Staatsanwaltschaft dem Starmediziner vor. Mittlerweile ist er zwar aus der Untersuchungshaft entlassen, aber vom Dienst suspendiert.

Und Jens Spahn? Er erfreut sich an der Riesendebatte, veröffentlicht lange Artikel und sieht sich bereits als großen bioethischen Kommunikator. Der Gesetzentwurf, den sein Ministerium am Tag, bevor Spahn die Debatte um die Widerspruchslösung losgetreten hat, ins Netz gestellt hatte, spielt da keine nennenswerte Rolle. Dabei gibt es darin Regelungen, die durchaus diskussionswürdig sind: Kliniken sollen mehr Geld und Personal für die Organentnahme erhalten. Das Personal, das nach Patienten suchen soll, die als »Spender« in Betracht kommen, soll allerdings auch uneingeschränkten Zugang zu den Daten Todkranker bekommen.

Oliver Tolmein hat keinen Organspendeausweis und hat einen Patienten vertreten, der nicht auf die Warteliste gesetzt wurde. In dieser Debatte sieht er sich als Agnostiker

Anke Jaspers/Claudia Michalski/Morten Paul (Hg.)

Ein kleines rotes Buch

Über die Mao-Bibel und die Bücherrevolution der sechziger Jahre
Matthes & Seitz, Berlin 2018, 233 Seiten, 28 Euro

»Die Richtlinie, hundert Blumen blühen und hundert Schulen miteinander wetteifern zu lassen, soll dem Aufblühen der Künste und dem Fortschritt der Wissenschaft, dem Gedeihen einer sozialistischen Kultur in unserem Lande dienen.« Ein Auszug aus Maos vorletztem Ratschlag. Zu lesen (auch) in meiner Ausgabe der *Worte des Vorsitzenden Mao Tsetung* von 1972, gekauft 1976 oder '77, passenderweise im Hundert-Blumen-Buchladen zu Kiel. Eine Ausgabe also schon ohne das berühmte Vorwort des Verteidigungsministers Lin Biao, der die *Mao-Bibel* konzipiert hatte und 1971, in Ungnade gefallen, bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam.

Die vorliegende Aufsatzsammlung zum kleinen roten Buch widmet sich perspektiv-, material- wie anekdotenreich und mitunter durchaus ironisch seiner wechselvollen Geschichte in China und Europa. Die Auflage beträgt 1967 in China 370 Millionen; als die Fibel 1967 auf Deutsch erscheint, verkauft sie sich gut 100.000 Mal und wird einerseits zu einer provozierenden Inkunabel des »radical chic« der antiautoritären Revolte, andererseits zum »Angelpunkt alter und neuer politisierter Lesepraktiken« (der Historiker Benedikt Sepp). Für die westliche Mao-Mode mit China als riesiger Projektionsfläche ist es der Lackmustest. Wer wie Louis Althusser seriös den Maoismus studiert, der liest Maos Schriften und nicht die aus dem Zusammenhang gerissenen Zitate des kleinen roten Buches. Im Laufe weniger Monate hintertreibt ein »spielerischer und ironischer Rekurs auf Mao-Zitate« (Sepp) die Theoriearbeit der Studentenbewegung und wertet das Mao-Zitat dadaistisch zu einer Art »Ostfriesenwitz« ab, wie Harun Farocki formuliert. Der hatte 1967 den Kurzfilm »Die Worte des Vorsitzenden« gedreht, der die Formel »Die Worte zur Waffe machen« spielerisch auf den Punkt brachte: »Dann sind die Waffen halt aus Papier.« Anfangs ein umjubelter, doppelbödiger Spaß, ändert sich die Rezeption des Films, als kurz darauf in der Parteigründungsphase plötzlich viele »ernsthaft maoistisch« wurden. Das Buch über das Buch lockt mit allerlei Volten und Überraschungen, auch bösen. **Ulrich Kriest**

Lukas Rietzschel

Mit der Faust in die Welt schlagen

Ullstein, Berlin 2018, 319 Seiten, 20 Euro

»Zeit«-Reporter Moritz von Uslar fand es 2010 in seinem Buch *Deutschboden* im Osten, in Zehdenick in Brandenburg, neonazimäßig gar nicht so schlimm, Manja Präkels 2017 in *Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß* (siehe **literatur konkret 42**) dagegen schon – was daran liegen könnte, dass sie in ebendiesem Zehdenick aufgewachsen ist und also weiß, wovon sie spricht.

Letzteres sollte auch auf Lukas Rietzschel zutreffen, der 1944 im ostsächsischen Rückelwitz zur Welt kam. In seinem sprachlich eigenwilligen Debütroman (»Am Sangriastand, wo er ihn vermutet hatte, saß Felix um einen Eimer«) scheint er sich aber nicht ganz schlüssig zu sein, wie schlimm es mit den Rechtsradikalen ist. Wie er selbst wachsen seine Protagonisten Tobias und Philipp in einem alle Klischees mustergültig erfüllenden Ort nahe Hoyerswerda auf. Überall Verfall, weit und breit keine blühenden Landschaften, statt dessen das Erwartbare: Arbeitslosigkeit, Abwanderung aller halbwegs Perspektivreichen in den Westen. Und im Einkaufszentrum: »leere Läden auf jeder Seite des Ganges«. Zurück bleiben Versehrte, zerrüttete Familien. Logisch, dass man da als junger Mensch Nazi wird, denn die Rechten sind die einzigen, die sich kümmern, Orientierung bieten. Und so weiter.

Am Beispiel der beiden Geschwister zeigt Rietzschel zwei unterschiedliche Wege auf, mit dem Reiz umzugehen, sich »verboten und mächtig« zu fühlen: Während der jüngere Bruder Tobias ein immer radikalerer Nazi wird, beginnt sich Philipp zu distanzieren. Doch so normerfüllend, wie der Autor den soziologischen Hintergrund abbildet, so merkwürdig ist die konkrete Darstellung des Auseinanderdriftens der Brüder: Philipp distanziert sich nicht aus Überzeugung von den Rechten, sondern wird als feige und verantwortungslos dargestellt. Er will den sicheren Weg zu Job und Geld gehen und hält sich entsprechend aus allem raus. Tobias dagegen ist konsequent und solidarisch. Er empört sich nicht nur über grassierende Missstände, sondern nimmt es auf sich zu handeln – und ist eindeutig die sympathischere Figur. Was will uns Rietzschel damit sagen? Dass die Rechten so wie Tobias sind und die anderen so wie Philipp? Fatal ist, dass der Roman, ob beabsichtigt oder nicht, genau diesen Schluss nahelegt. **Thomas Schaefer**

Jesmyn Ward

Singt, ihr Lebenden und ihr Toten, singt

Aus dem Englischen von Ulrike Becker. Kunstmann, München 2018, 304 Seiten, 22 Euro

Immer wenn Leonie Koks oder Meth nimmt, hat sie Visionen ihres ermordeten Bruders Given. Der steht dann irgendwo rum und guckt mahnend oder tröstend. Die leicht kitschige Metapher der geisterhaften Gestalt hätte es nicht gebraucht, schwere traumatische Gedanken an Given hätten es auch getan.

Die 30jährige Leonie ist schwarz, arm und planlos. Sie lebt auf einer kargen Farm an der Mississippi-Golfküste bei ihren Eltern, die an ihrer Statt die Erziehung ihres Sohnes übernommen haben. Leonie hätte es, jung, wie sie damals war, nicht auf die Reihe bekommen. Auch heute nicht. Sie ist keine gute Mutter und schafft es nicht, etwas daran zu ändern. Die Beziehung zum 13jährigen Jojo, dessen so strenge wie einfühlsame Erzählperspektive sich mit Leonies unsicherer Perspektive abwechselt, ist verhunzt.

Als Jojo sechs war, bekam er einen Kampffisch von Leonie. Er stirbt. »Leonie tötet Sachen«, denkt Jojo, derweil er sich liebevoll um die kleine Schwester Kayla kümmert. So also ist das Leben hier im »lost south«, denkt man während der Lektüre dieses realistisch-harten Romans: beileibe kein unendlicher Spaß. Was nicht heißt, dass es hoffnungslos ist, dass es keine sinnlichen Momente gibt. Ohne Opfer sind letztere freilich nicht zu haben. Wenn Leonie ihren weißen Freund, den Vater von Jojo und Kayla, aus dem Gefängnis holt, wird es ein gefährlicher rauschhafter Trip, an dessen Ende ein wahrlich niederschmetternder rassistisch motivierter Gewaltausbruch steht.

Bei *Singt, ihr Lebenden und ihr Toten, singt* muss man an William Faulkner, an Toni Morrison und Denis Johnson denken. Aus dem guten hätte ein sehr gutes Buch werden können, wenn die Autorin ihre Ambitionen ein wenig zurückgeschraubt hätte. Alles, wirklich alles muss erzählt, in jeden Abgrund (theatralisch) geschaut werden: Armut, Krankheit, Sucht, Kriminalität, Vernachlässigung, Schwarz und Weiß, Macht, Ohnmacht, Gewalt. Der Roman ist wie gemacht für Debatten über allzu oft tödlichen Rassismus, dafür kann man schon mal den National Book Award verleihen. Zumal Jesmyn Ward nebenbei tief in jene Vergangenheit schaut, als der amerikanische Rassismus noch die extrem brutalen Züge der Beinahe-Sklaverei trägt. Auch das bringt Geister hervor. Mit denen muss man dann leben. **Michael Saager**

Ronald Weber

Hacks

Leben und Werk
Eulenspiegel, Berlin 2018, 560 Seiten, 39 Euro

Gestalten von Hacks: Der junge Dichter als Dandy, Lockenpracht, feines Outfit, die Blicke arrogant gelangweilt und vorsichtig freundlich; es sind die fünfziger Jahre, Hacks lebt da noch in München, ist aber schon auf dem Sprung in die DDR. Fünf, zehn Jahre später, Ost-Berlin: Die Haare kurzgeschoren, die Kleidung funktionaler, die Gestik engagiert; der Dichter will eingreifen, ein Hauch von Brecht. Die siebziger Jahre: Hacks, noch keine 50, ist deutlich gealtert, sein Gesicht scheint, kein Witz, länger, Tränensäcke, der Ausdruck ist ironischer, die Anmutung des Dichters weicher, wieder eleganter, aber auch eine Spur anachronistisch. Schließlich der alte Hacks, wir sind in den Neunzigern: Klein ist er, schmächtig, beinahe zart, die Posen, die er einnimmt, kommen einem wie Zitate vor, Erinnerungen (ironische) daran, dass sie einst für Positionen standen.

Es liegt nahe, solche Aufnahmen, die in Ronald Webers Hacks-Biografie erstmals so geballt versammelt sind, physiognomisch-soziologisch zu lesen: das Gesicht als Spiegel, als Schlachtfeld, die Körperspannung als vermittelter Ausdruck von Kulturpolitik. Aber diese unterschiedlichen Ausprägungen von Sensibilität und Vergeistigung sollte man nicht zwanghaft auf Hacks' Haltung zu den Zeitläuften beziehen. Was man aus der Biografie entnehmen kann, allein schon wegen der Materialfülle, die sie präsentiert, ist die Abwesenheit zwanghafter Gedankenfiguren im formstrengen Werk des Dichters, was es letztlich rettet, denn für Gemeinheiten, Häme und haarsträubende Ableitungen – seine Stalin-Apologien und die Konstruktion des Sozialismus als Klassengesellschaft – war er sich eben auch nie zu schade.

Leben und Werk von Peter Hacks gehören zu den bestdokumentierten in der zeitgenössischen Dichtung: Seit seinem Tod vor 15 Jahren sind zahlreiche seiner Briefwechsel erschienen, die »Argos«-Reihe brachte funkelnde Materialien aus den Archiven; Protokolle aus der Akademie der Künste, für die Hacks eine legendäre Arbeitsgruppe zur Dramaturgie leitete, wurden veröffentlicht, Hacks' bester Weggefährte André Müller breitete die Gedächtnisprotokolle ihrer Zusammenkünfte aus. Ronald Weber, der zu einer Gruppe von immer noch jungen Leuten zählt, die in den letzten Jahren Hacks' Werk begeistert aufgegriffen haben, hat diese so zahlreichen wie verstreuten Materialien um weitere ergänzt und sie zu einer Biografie gebündelt. Das ist ihr Wert, man liest sie als Enzyklopädie: Inhaltsangaben zu den Stücken samt ihrer Einordnung in den Werkkorpus; kompakte Darstellungen der Kontroversen: die Abgrenzung von Bertolt Brecht, die Entfremdung von Heiner Müller, der Kampf gegen den Mainstream der DDR-Schriftsteller, schließlich, in der Nachwendezeit, die begeisterte Stalin-Rezeption; die lebensweltliche Grundierung: Hacks auf dem Land, Hacks in Berlin, Hacks und die Frauen.

Manchmal gibt es Wackler. Hacks' vernichtend gemeinte Äußerung über Heiner Müller – »Das erste Auftauchen der Romantik in einem Land ist wie Salpeter in einem Haus, Läuse auf einem Kind oder der Mantel von Heiner Müller am Garderobenhaken eines Vorzimmers.« (aus seinem 2001 erschienenen Traktat über die Romantik) – ist nicht, wie Weber meint, »das letzte Wort über Müller«. In einem Interview 2003 in der »Jungen Welt« – anlässlich seines 75. Geburtstags und nur wenige Monate vor seinem Tod – sagte er: Müller »hat sein Frühwerk radikal verleugnet, hat seinen Frieden mit der SED, mit der Stasi, mit dem Regietheater, mit dem Modernismus gemacht … Müller ist mit einem Bruch abgegangen. Er wollte nicht von Kommunisten ernst genommen werden. Er wollte vom Broadway ernst genommen werden.« Es ist das bemerkenswertere Urteil, das schmerzhaftere.

Webers Buch ist tatsächlich mehr eine Enzyklopädie als eine Biografie, denn sie ist kurioserweise im Präsens geschrieben; gute Prosa wählt die Vergangenheitsform. Auch die Biografie fällt unter Prosa. Weber wählt eine sprachliche Form, die für manch verzerrte Bilder und gar eine Aufdringlichkeit im Stil einer Fernsehreportage sorgt. Man muss das nicht überbewerten, aber man wird den Eindruck nicht los, als würde er sich gegen eine Historisierung des Dichters sträuben. Das Motto gibt Webers Genosse Felix Bartels vor: Hacks sei ein Relikt aus der Zukunft gewesen. So gesehen ist die (bereits vergangene) Zeit des Dichters noch nie erfüllt gewesen, und man kann sich alle Problematisierung sparen. Hacks war aber weder ein Dinosaurier noch ein Visionär, sondern ein höchst zeitgemäßer Dichter, der die vom Marxismus-Leninismus seiner Zeit vorgegebene Maxime voll und ganz akzeptierte: Der Poststalinismus dekretierte nicht

Sie nannten es Budenzauber: Der Dichter als junger Jazzer

mehr den Klassenkampf, sondern den Lagerkampf, die Spaltung in ein sozialistisches und ein imperialistisches Lager, der alles soziale, kulturelle und politische Handeln unterworfen ist. Damit war gesetzt: Klassenkämpfe im sozialistischen Lager gibt es nicht mehr (oder es sind ideologische Säuberungsaktionen innerhalb der Staatspartei); Klassenkämpfe im Imperialismus müssen nach der Maßgabe bewertet werden, ob sie dem sozialistischen Lager dienlich sind. Es lohnt sich, Hacks' zeitweise überaus populäres Werk mit seinen in der Konsequenz skurrilen Begriffswolken – etwa: sozialistischer Absolutismus, Existenz von Klassen in der postkapitalistischen Gesellschaft, Gestaltung nichtantagonistischer Widersprüche in der sozialistischen Klassik – unter diesem Gesichtspunkt zu lesen. Vieles ist dann nicht mehr skurril: Die auch im realsozialistischen Staatskapitalismus durchschlagenden antagonistischen Klassenwidersprüche konnte er mit seinem Blick aus den Wolken dann nur noch als romantische Fronde verstehen.

Weber charakterisiert Hacks als antidogmatischen Dogmatiker, eine Behauptung, die er gut belegt, aber nicht historisiert: Hacks war antidogmatisch, weil er Dogmatiker war, das wäre die Formel. Er überspannte die Dogmen des Marxismus-Leninismus. Darum mag man seine Dramen, Essays und Gedichte heute noch lesen. **Felix Klopotek**

»Bei Tieren wird die Linke rechts«

Interview mit dem Wiener Philosophen und Künstler **Fahim Amir** über seinen Essay *Schwein und Zeit*, die Forderung eines Zooperaismus und einer Autonomie des Animalen

konkret: *Die Auseinandersetzung mit Tieren ist sehr beliebt in der abendländischen Geistesgeschichte. Von Karl Marx' und Franz Kafkas Maulwurf über Gilles Deleuzes Schlange bis zu Jacques Derridas Katze haben sich politische Theoretiker immer mit dem Verhältnis von Tier und Mensch beschäftigt. Wie unterscheidet sich Ihr Buch davon?*

Fahim Amir: Einem Bolschewiken wird der Satz zugeschrieben, er habe lieber einen guten bürgerlichen Autor gelesen als einen schlechten marxistischen – auf die eine oder andere Weise haben mich alle vier Genannten animiert und inspiriert. In *Schwein und Zeit* geht es aber um politische Klassenperspektiven auf die Tierfrage. Während die Moral fragt, ob Tiere leiden können, ist die politische Frage, inwiefern sie kämpfen. Wer sich gegen kapitalistische Beherrschung wehrt, leistet Widerstand. Dieser muss keineswegs begrifflich »bewusst« oder staatsbürgerlich verfasst sein, sonst würden wir in einer Welt ohne gegenkulturelle Styles und Moden, ohne Unbewusstes und Träume leben.

Sie schreiben: »Bei Tieren wird die Linke rechts.« Es gebe kaum eine fortschrittliche Positionsbildung, die sich von der Hegemonie bürgerlich-liberaler Diskursbildung abhebe. Was meinen Sie damit?

Vor linken Utopien steht ein Schild: Eintritt für Tiere verboten. Für viele Linke scheinen Tiere den letzten politikfreien Raum darzustellen. Ob es um die Frage nach dem Eigentum an Tieren geht, vor der die Linke zurückschreckt, oder ob die fragwürdige Idylle vormoderner Produktionsweisen der äußerste Vorstellungshorizont politischer Militanz ist: Die Linke benimmt sich bei Tieren so wie die Sozialdemokratie in der Migrationsfrage – man hechelt ratlos, dafür umso verkniffener dem politischen Gegner hinterher. So macht man es Konservativen und Rechten einfach, mit halbgarem Unsinn in der Tierfrage zu punkten, und verschenkt Rebellionspotentiale. Wer nur gegen die besonderen Auswüchse der »Massentierhaltung« Einspruch einlegt, kann sich auch für Internierungslager in Afrika stark machen. Mit Linkssein hat beides nichts zu tun.

Sich mit Tieren auseinanderzusetzen wird in der Linken oft belächelt. Leute wie Slavoj Žižek denunzieren die »Sorge um sich selbst« als eine »Politik der Lebensstile«, auch Sensiblisierungspraktiken von (harmlosen) Tierrechtsaktivist*innen werden gerne denunziert und zu einer Nebenwiderspruchsfrage erklärt. Animal Studies gelten als Gagadisziplin. Woher kommt das?

Lächerlichmachen ist eine Strategie, den jeweiligen Common sense zu bewahren und damit eine elegantere Form des ideologischen Bullying. Die Polemik als rhetorische Form würde ich hingegen verteidigen, wenn sie so klug wie scharfzüngig ist. Gegenwärtige Debatten sind Resonanzräume materieller Prozesse: Die Urbanisierung entfremdete einen Teil der Bevölkerung vom »Idiotismus des Landlebens« (Marx) und ermöglichte eine affektive Entbrutalisierung der Mensch-Tier-Verhältnisse. Während man über die Konsequenzen dieser Prozesse diskutieren kann und soll, drängt sich der Verdacht auf, dass einige Zeitgenoss*innen diesen zivilisatorischen Sprung gedanklich noch nicht mitgemacht haben – stolz trägt man den Doktorhut in angewandter Kritik auf dem Kopf, während man die Füße wohlig auf einem urwüchsig-patriarchalen Stallboden ausstreckt.

Auch wer nicht unbedingt moralinsauren Lebensstildiktaten das Wort reden möchte, fragt sich doch mitunter, warum der individuelle Fleischkonsum immer wieder mit Legitimationsstrategien wie der Aufzählung nationalsozialistischer Vegetarier von Himmler bis Hitler gerechtfertigt wird.

In Indien organisierten ultranationalistische Vegetarier*innen zur Verteidigung der Kuh als heiliger Mutter Indiens sogar Pogrome unter Muslim*innen. Im Westen scheint sich der Wunsch nach Tilgung der Widersprüche des modernen Lebens durch Konsum, im Veganismus, zu kondensieren. Bestimmte Formen von Lifestyle-Veganismus und dem IS wirken verblüffend ähnlich: Die Beseitigung vom politischen Schmutz der Welt durch Terror oder Konsum soll moralisch gereinigte Räume und Körper hervorbringen, die bessere Menschen bewohnen. Unberührte Jungfrauen im Paradies und jungfräulich unverdorbene Natur scheinen als Belohnung zu warten. Das Problem der Linken ist, dass sie gegenüber Imaginationen einer Tofubratlinge mampfenden Biobourgeoisie reflexartig die Bratwurst zum proletarischen Widerstandsknüppel stilisieren. Diese Haltung essentialisiert und enthistorisiert nicht nur proletarische Lebensweisen, sondern bringt sich mit der Selbstreduktion auf ein Spiegelbild der verachteten »Bessermenschen« auch um die Entwicklung eigener fortschrittlichen Perspektiven, die über beide Positionen hinausgehen könnten.

Dagegen fordern Sie eine Politisierung der Tierfrage auf der Grundlage eines leicht »verwilderten« Marxismus. Können Sie das ausführen?

Die politische Ökonomie zeigt, dass alle Vegetarier*innen der Welt zusammen kein einziges Tier vor dem Schlachthof bewahrt haben – Überproduktion ist strukturelles Merkmal kapitalistischen Wirtschaftens. Die

sozialrevolutionären Potentiale schlummern woanders. In Anlehnung an Adornos Bemerkung zur Psychoanalyse ließe sich formulieren: Am Veganismus ist nur seine Übertreibung wahr. Mit Verwilderung meine ich eine Perspektive zwischen Natur und Kultur, die nicht das eine gegen das andere ausspielt. Dies impliziert einen weniger voreingenommenen Blick auf andere Ökologien: Durch Östrogene in der Kanalisation gedopte britische Vögel singen besser als ihre »unberührten« Artgenossen und sind bei der Partnerwahl so erfolgreich wie noch nie. Mexikanische Vögel bauen Zigarettenstummel in ihre Nester ein, weil dies die Zahl der Nestparasiten drastisch reduziert. Hand aufs links schlagende Herz: Wecken solche Wissenschaftsnachrichten Irritation oder Sympathie?

Picture Alliance/DPA

Drauf geschissen? – Moskauer Stadttaube

Ist die Stadttaube als »Engel des Fordismus« eine solche politische Figur der Verwilderung?

Ja, denn Stadttauben nehmen eine Zwischenstellung zwischen Haus- und Wildtieren ein, da es sich um verwilderte Nachkommen ehemals domestizierter Tiere handelt, die nicht ordnungsgemäß in ihren Taubenschlag zurückkehrten oder, wie in Frankreich nach 1789 geschehen, daraus befreit wurden. Stadtluft macht frei – anscheinend nicht nur Menschen. Seit sie ihre Jobs als Nachrichtenüberbringerin, Nahrungsmittellieferantin, Unkrautvernichterin und Düngemittelproduzentin verloren hat, lungert die Taube nun in den Städten herum, beobachtet uns und scheißt Nationaldenkmäler zu. Das Problem ist ihre Sichtbarkeit an repräsentativen Orten bei Tageslicht – deshalb hat wohl der deutsche Verlag von Michel Houellebecqs *Unterwerfung* eine Taube auf dem Cover plaziert: Wie Muslime sind Tauben überall und nerven das kulturelle Empfinden der Bürger*innen.

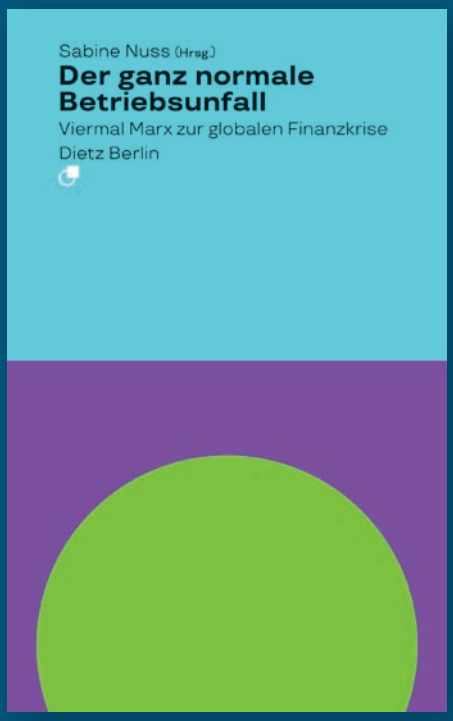
Im Anschluss an Sigfried Giedions 1948 erschienenes Buch* Die Herrschaft der Mechanisierung *sehen Sie Tiere als Teil der lebendigen Arbeitswelt und lassen sich vom Widerstand des Lebendigen gegen die Mechanisierung inspirieren.

Ich verstehe Giedions Buch, trotz seinem recht kruden Vitalismus, als künstlerisch-wissenschaftliche Forschung *avant la lettre* und als technikgeschichtliches Gegengift zur herrschaftshistorischen *Dialektik der Aufklärung*: Giedion beschreibt etwa, wie Ende des 19. Jahrhunderts ein Fieber die US-Schlachthausindustrie ergriff. Dutzende Patente wurden angemeldet, die das Fangen und Töten von Schweinen und Rindern in der damals größten integrierten Industrie der Welt mechanisieren sollten. Alle Versuche scheiterten, weil die Tiere sich gegenseitig warnten, ihnen die Maschinen verdächtig vorkamen oder ihre Körper zu sehr verletzt wurden, um noch verkäuflich zu sein. Als Reaktion auf diesen animalen Widerstand richteten sich die Anstrengungen auf die Maschinisierung der involvierten menschlichen Arbeitskraft: Einführung des Fließbands und Zersplitterung des Arbeitsprozesses waren die Folge. Innovationen, die Henry Ford bekanntlich übernommen und verbessert hat. Die Fabrik hat eine zoopolitische Vorgeschichte und zeigt tierliche Kontinuitäten der lebendigen Arbeitskraft gerade bei »Problemtieren«. Man schuftet nicht nur wie ein Pferd, sondern könnte sich auch die Taube als Vorbild nehmen: auf alles scheißen.

Interview: Pascal Jurt

Fahim Amir: *Schwein und Zeit. Tiere, Politik, Revolte.* Nautilus, Hamburg 2018, 208 Seiten, 16 Euro

Dietz Berlin



Sabine Nuss (Hrsg.)
Der ganz normale Betriebsunfall
Viermal Marx zur globalen Finanzkrise
144 S., Broschur, 14,00 €, ISBN 978-3-320-02350-8

Rolf Hecker
Springpunkte. Beiträge zur Marx-Forschung und »Kapital«-Diskussion
318 S., Broschur, 18,00 €, ISBN 978-3-320-02349-2

Antonio Labriola
Drei Versuche zur materialistischen Geschichtsauffassung
294 S., Klappenbroschur, 29,90 €
ISBN 978-3-320-02347-8

Der Marx-Verlag | dietzberlin.de

Der Anti-Untertan

Ein freidenkerischer Wunderknabe erobert die Welt. Vor 225 Jahren starb der Naturforscher, Ethnologe und Revolutionär Georg Forster in Paris. Von Ingo Flothen

Neger sind faul, weichlich und tändelnd.« Außerdem »stinken« sie. Nein, das stammt nicht von den Vogelschisspolitikern und Rassismusschwätzern unserer Tage. Es ist ein Wort des großen deutschen Aufklärers Immanuel Kant. Er unterschied »Race der Weißen«, »Negerrace«, »hunnische Race« und »hindustanische Race«. Und fügte geflissentlich hinzu: »Die Menschheit ist in ihrer größten Vollkommenheit in der Race der Weißen.« Zehn Jahre zuvor hatte ein gewisser Georg Forster, ein junger Spund von gerade mal 20 Jahren, ganz nüchtern festgestellt: Die Natur des Menschen ist überall gleich.

Der eine, Kant, ist ein erfahrungsarmer Schulmeister, ein ostpreußischer Lehnstuhlphilosoph in stickiger Stubenluft, der kaum über Königsberg und seine protestantische Universität hinauskommt. Der andere, Forster, ist ein bunter Weltensammler, ein Wagehals unter freiem Himmel, der wie kein Zweiter seiner Zeit in die Ferne schweift. Gemeinsam mit dem englischen Seefahrer James Cook ist er gerade – wir schreiben das Jahr 1775 – von einer dreijährigen Weltumsegelung heimgekehrt und bringt, neben einer Menge naturwissenschaftlicher Entdekkungen, eine allein auf Beobachtung gegründete Gewissheit mit: Alle Menschen sind »in eine Art einzuordnen«, sie sind gleich, will sagen: Es gibt keine Rassen.

Wer war dieser Teufelskerl, dieser Aufbegehrer, der dem Kantschen Buchwissen mit seiner »Erfahrungswissenschaft«, wie er es nannte, die Stirn bot? Wer war dieser Welterkunder, den heute kaum noch jemand kennt? Es begann schwierig. Georg Forster wird 1754 in einem ärmlichen Flecken in Preußisch-Polen geboren. Sein Vater ist Pfarrer und Despot – und ein bedeutender Naturwissenschaftler seiner Zeit. Der protestantische Griesgram sieht Klein-Georg als Leibeigenen und richtet ihn zum Gehilfen ab – körperliche Züchtigung inbegriffen. Das überaus begabte Kind lernt schnell, und so begleitet es seinen Vater mit erst zehn Jahren auf eine Studienreise nach Russland, später nach London. Die Mutter – ein Hintergrundwesen, duldsam, gottergeben und leiderprobt – bleibt unterdessen daheim, bei den Töchtern. Wie sie, verlassen von ihrem rappelköpfigen Ehemann, über die Runden kommen soll, interessiert den Gottesmann wenig. Mit 13 – Georg spricht nun fließend russisch und englisch – gibt der Knirps in England ein erstes Buch heraus: seine Übersetzung von Michail Lomonossows *Kurzer russischer Geschichte*. Die internationale Wissenschaft horcht auf; sie staunt und lobt und würdigt. Schließlich das Ereignis, das den Wunderknaben endgültig zum Star macht, zum Weltstar seiner Zeit. Am 13. Juli 1772 sticht Captain Cook in einem aufgemotzten Kohletransporter – wie zum Trotz Resolution genannt – in See. An Bord: der 17jährige Georg und Papa Reinhold. Der Auftrag Seiner Majestät: die Erkundung und Vermessung der Welt, vor allem die Suche nach der sagenhaften »terra australis incognita«, dem von der Antike groß und fruchtbar gedachten Land am Südpol. Drei Jahre und 300.000 Kilometer später – man hatte das mintfarbene Wasser der Südsee gekreuzt und das bitterkalte Eisschollenmeer der Antarktis – weiß die Welt: Einen bewohnbaren Südkontinent gibt es nicht, nur grauweiße ewige »Landlosigkeit«. Mission accomplished! Der eigentliche Coup aber: Georg veröffentlicht, er ist jetzt gerade mal 22, in London *A Voyage Round the World*, seinen ganz eigenen, so poetisch-eleganten wie exakten Reisebericht der Weltumsegelung. Die moderne deutsche Reiseliteratur ist geboren. Auf Englisch vorerst, aber ein, zwei Jahre später erscheint die deutsche Ausgabe: *Reise um die Welt*. Die Geisteswelt steht Kopf. Christoph Martin Wieland spricht vom bemerkenswertesten Buch seiner Zeit, und Friedrich Schlegel schreibt: »Es verlohnt sich wohl der Mühe, Forsters Schriften nicht zu verkennen. Wenige Deutsche sind so allgemein geliebt. Wenige verdienen es, noch mehr zu werden.« Vor allem die Sprache begeistert: das Zusammenspiel von französischer Eleganz, englischer Gemeinnützigkeit und deutscher Tiefe. Die Besten reißen sich um den Jüngling, alles buhlt um seine Freundschaft: Herder, Goethe, Lichtenberg, Benjamin Franklin, Comte de Buffon, die beiden Humboldts. 1777 schließlich der Ritterschlag des Weitgereisten: Das Zentrum britischer Gelehrsamkeit, die Royal Society in London, nimmt Georg Forster als Mitglied auf. Ein Posterboy geht um in Europa. Die akademische Karriere kann beginnen. Professur hier, Professur dort, im In- und Ausland. Erfolg über Erfolg.

Bleibt die schmerzliche Frage: Warum nur ist dieser Mann heute so wenig bekannt? Keine Rororo-Bildmonografie (Elvis Presley und Maria Montessori haben eine!), keine Briefmarke und kein Filmepos. Wohin hat sich – als cineastischer Berserker doch bestens geeignet für derlei kühn-heroische Unterfangen – etwa Werner Herzog verkrochen?

Doch halt. Es gibt eine Briefmarke. Und es gibt auch einen Film: »Treffen in Travers« (Defa-Studio, 1989). Ein Liebesfilm zwar nur, wie sein Regisseur Michael Gwisdek verschmitzt anmerkt, und doch wird dieses hitzige Ménage-à-trois-Drama der offizielle Beitrag der DDR zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution. Was das mit Forster zu tun hat? Nun, gegen Ende seines 40jährigen Lebens – in dieser Vortodeszeit spielt die Defa-Romanze – setzt der Aufklärer, was seine vielseitigen Berufungen anbelangt, noch einen drauf. 1793, die französische Revolutionsarmee besetzt Mainz, gehört Forster – Endlich Demokratie! Endlich Pressefreiheit! – zu den Mitbegründern der ersten deutschen Republik der Freien und Gleichen. Er wird ihr Vizepräsident und schließlich Abgeordneter des Nationalkonvents in Paris. Das Ganze währt zwar nicht lange, Mainz wird nach dem Abzug der Franzosen flugs zurückerobert, trotzdem: Die DDR dankt es dem »radikalen Feuergeist« (Hans Magnus Enzensberger) ewiglich. Sie etabliert ihn – Ob er es gutgeheißen hätte? – als sozialistischen Ahnherrn, als revolutionären Säulenheiligen ihrer Republik und spendet ihm eine Briefmarke: 35 Pfennige. Traditionsbildung vom Feinsten.

Mission: Vermessung der Welt – John Rigauds Gemälde von Georg Forster (r.) und Vater Reinhold auf Tahiti, 1780

225 Jahre ist er jetzt tot, der »Anti-Untertan«, wie ihn Friedrich Engels nannte. Rechtzeitig zum Forster-Gedenkjahr 2019 erinnert der Journalist und Regisseur Frank Vorpahl an den Vielbegabten. Und zwar gleich doppelt: zum einen als Autor mit einer literarischen Spurensuche, die es in sich hat. 20 Jahre ist Vorpahl seinem Helden hinterhergereist, hat seine Lebensstationen aufgesucht, unbekanntes Material geborgen, vergessene Texte und Zeichnungen aufgestöbert, Forster-Kenner weltweit getroffen. Entstanden ist eine unprätentiöse anschaungsintensive, äußerst akribisch recherchierte Hommage an den Naturforscher und Menschenfreund – jede Zeile reinstes Herzblut, ganze Leidenschaft. Zum anderen ist Vorpahl als Kurator tätig geworden, er hat die erste gesamtdeutsche Georg-Forster-Dauerausstellung in der Unesco-Welterbestätte Schloss Wörlitz konzipiert, deren erster und zweiter Teil im Mai und September 2018 eröffnet wurden und deren dritter und letzter im Mai 2019 folgt.

Wer den großen Vergessenen kennenlernen oder Neues über ihn erfahren will, hat derzeit also schönste Möglichkeiten. Und wer sich dann noch in der Lage sieht, ein zwar altes, aber äußerst frisch gebliebenes Buch aufzutreiben, nämlich Klaus Harpprechts staunenswerten, weil mit unvergleichlich elegantem Elan verfassten Lebensroman dieses Weltbürgers, der darf sich vollends glücklich schätzen.

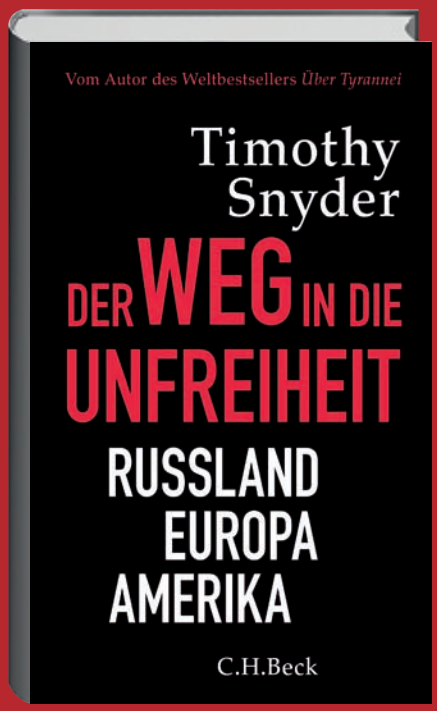
Am Schluss doch noch die Trauer. »Ich bin gänzlich entkräftet und skelettiert. Meine skorbutische Gicht war mir im Arm, im Gedärme, im Magen.« Am 10. Januar 1794 dämmert der Menschenfreund unter »Schmerzgestängs- und Krummzapfenmusik« in seiner Brust in einer schäbigen Pariser Dachkammer in den Tod. Der Weltliebhaber stirbt allein. Ganz ohne Welt. Eine Totenfeier gibt es nicht.

Frank Vorpahl: *Der Welterkunder. Auf der Suche nach Georg Forster.* Galiani, Berlin 2018, 544 Seiten, 32 Euro

Georg Forster: *Reise um die Welt. Auf der Suche nach dem Südkontinent. 1771–1775.* Hg. von Hermann Homann, Edition Erdmann, Wiesbaden 2016, 446 Seiten, 24 Euro

Klaus Harpprecht: *Georg Forster oder Die Liebe zur Welt. Eine Biografie.* Rowohlt, Reinbek 1990, 640 Seiten, 9,90 Euro

Ingo Flothen schrieb in konkret 4/15 über Édouard Louis' Romandebüt *Das Ende von Eddy*



376 S., 14 Abb. Geb. € 24,95 ISBN 978-3-406-72501-2

Timothy Snyder beschreibt in seinem Buch den Aufstieg einer neuen «rechten Internationalen», schildert ihre bedrohlichen Ziele und zeigt, wie sehr die Grundlagen unserer Demokratie in Gefahr sind.

459 S. Geb. € 24,95 ISBN 978-3-406-72778-8

Yuval Noah Harari konfrontiert uns mit den drängenden Fragen unserer Zeit. Wie unterscheiden wir Wahrheit und Fiktion im Zeitalter der Fake News? Wie können wir in unserer unübersichtlichen Welt moralisch handeln? Wie bewahren wir Freiheit und Gleichheit im 21. Jahrhundert?

C.H.BECK
WWW.CHBECK.DE

Mehr Leben

Anders als in seinen ressentimentschweren Glossen geht es Bernd Wagner in seinem neuen Roman nicht darum, mit der DDR abzurechnen. Von Erich Hackl

Eigentlich war zu erwarten, dass nach Guntram Vespers gewaltigem Opus *Frohburg* Jahrzehnte vergehen würden, bis wieder eine sächsische Kleinstadt an der Reihe wäre, um Stoff und Schauplatz eines Meisterwerks abzugeben. Aber jetzt, nur zwei Jahre nach Vespers Wurf, ist Wurzen (eine halbe Fahrstunde von Leipzig entfernt) mit Bernd Wagners Roman *Die Sintflut in Sachsen* in die Weltliteratur eingegangen, und es lässt sich schwer sagen, was dem Autor höher anzurechnen ist – sein Erinnerungsvermögen, seine Fabulierfreude, oder wie er den freimütigen Schilderungen seines Ich-Erzählers Max Wagner literarische Gestalt gibt.

Das Feuerwerk an Witz und Kurzweil, das er dabei entzündet, brennt mindestens so lange, wie Max seine Mutter am Leben erhält, die nach einem Schlaganfall ins Krankenhaus eingeliefert worden ist. Zu Beginn des Romans, als er von ihrem Unglück erfährt, kehrt Max in das Elternhaus zurück, schreibt darin nächtens an der Familiengeschichte und liest sie anderntags, Stück für Stück, der bettlägerigen »Muttsch« vor, die sich selten einen Kommentar verkneift. So verschränken sich erzählte und Erzählzeit, kommen einander immer näher und verschmelzen im großen Hochwasser von 2002 schließlich miteinander.

Wie Vespers *Frohburg* ist *Die Sintflut in Sachsen* vieles in einem: Zeitroman, Entwicklungsroman, Gesellschaftsroman, Familienchronik, Selbstbildnis. Ein Roman auch, der die Jahre staatssozialistischer Herrschaft fast lückenlos abbildet, denn Bernd Wagner ist Jahrgang 1948, hat bis 1966 in seiner Geburtsstadt gelebt und wurde 19 Jahre später auf eigenen Wunsch ausgebürgert, nachdem ihm das Leben in der DDR durch Gängelung und Trübsinn vergällt worden war. Für den Ausreiseantrag hatte er eine schriftliche Erklärung aller Verwandten ersten Grades beizubringen, dass sie es ablehnten, sich im Krankheitsfall von ihm pflegen zu lassen.

Anders als in seinen ressentimentschweren, verblüffend einfältigen Glossen, in denen er den Verlust der Mitte beklagt, vor der Wühlarbeit kommunistischer Finsterlinge gewarnt und die Totalitarismustheorie aufgewärmt hat, geht es Wagner in diesem Roman nicht darum, mit den machtpolitischen Verhältnissen in der DDR abzurechnen. Er lässt vielmehr die Welt seiner Elterngeneration auferstehen, deren Niedergang in den sechziger Jahren sowohl im Osten als auch im Westen beschlossene Sache war. Es ist eine rauhe, zugleich ungemein farbige Welt, bevölkert von Handwerkern, Wirtsleuten, Kleingewerbetreibenden, Kriegswitwen, Schwarzschlachtern, Sowjetsoldaten, Skatspielern und Trinkern, derer er sich respektlos, aber mit großer Sympathie versichert. Es bedürfe, schreibt er einmal, mehr Mut und Können, gegen die eigene Familie anzuschreiben als gegen den Staat, »insbesondere wenn man sich das Mitgefühl nicht versagen kann«.

Es bedürfe mehr Mut und Können, gegen die eigene Familie anzuschreiben als gegen den Staat, »insbesondere wenn man sich das Mitgefühl nicht versagen kann«

Der Zauber des Romans liegt darin, dass seine störrischen, dabei sehnsuchtsvollen und bindungswilligen Heldinnen und Helden ständig darauf aus sind, sich miteinander zu verständigen – und gleichzeitig in alle Richtungen auseinanderstreben. »Wir hatten uns immer was zu erzählen«, heißt es an einer Stelle, an der Wagner sich an Mitschüler erinnert, die sich wegen körperlicher Gebrechen, aus Armut oder weil sie es nicht verstanden, sich hurtig anzupassen, gerade um ihn scharten, der sich seinerseits zu ihnen »hingezogen fühlte, weil unter ihnen mehr Leben war als unter den Langweilern«.

Wagners lebenslange Suche nach »mehr Leben« – auch sie mag ein Grund dafür sein, dass Lachen, Weinen und Fluchen in diesem Roman ineinander übergehen und dass in der Wahrnehmung des Jungen, der er einmal war, alltägliche Verrichtungen wie das Naseputzen des Vaters märchenhaft geheimnisvoll wirken, weil es »für mich aussah, als ob er sich ein Goldstück aus der Nase holte und mit dem Tuch in der Tasche verstaute«.

Bewundernswert ist auch der Mut des Autors, über Gefühle und Ereignisse zu schreiben, die für gewöhnlich als peinlich empfunden, deshalb verschwiegen, verlacht oder durch Ironie entschärft werden. Die Liebe der Eltern zum Beispiel, die ihren keuschen Ausdruck im gemeinsamen Baden oder im Übers-Haar-Streichen findet, oder die Verzweiflung der Familie nach dem Tod der kleinen Nichte, die sich in hilflose Stehsätze wie »Wer weiß, wozu es gut war« und »Das Leben muss weitergehen« ergießt, und es geht ja weiter, aber wie.

Damit keine Missverständnisse entstehen: *Die Sintflut in Sachsen* kommt nicht aus heiterem Himmel. Sowohl in Wagners Erstling *Das Treffen* (1976) als auch in seinem letzten in der DDR erschienenen Prosaband *Reise im Kopf* (1984) stehen Erzählungen, die so oder ganz ähnlich in den Roman des Siebzigjährigen eingegangen sind. Mit der gleichen Intensität geschrieben, nur aus größerer Distanz, in der dritten Person, und mit derselben Hingabe an die Menschen am Rand. Eine Ausnahmeerscheinung, dieser wenig beachtete Schriftsteller, der sich selbst und allen, die sein Wesen und Dasein geprägt haben, früh gerecht geworden und im Alter treu geblieben ist.

Ich wünsche mir deshalb, dass *Die Sintflut in Sachsen* auch außerhalb der Arche Noah, außerhalb Deutschlands und in anderen Sprachen, unter fremden Himmeln gelesen wird. Sogar von Leuten, die der Meinung sind, sie müssten, nachdem sie reichlich Karriere gemacht, eine BWL-Studentin gezeugt und neben ihrem Niedrigenergiehaus einen Baum gepflanzt haben, auch noch ein Buch über sich und die eigene Sippe schreiben. Ihnen sei dieser Roman zur Lektüre empfohlen: damit sie in Demut von ihrem Vorhaben ablassen, denn so unterhaltsam, herzensstark und lebensklug wie Bernd Wagner werden sie es nie hinkriegen. Und damit sie sich, solange sein Roman auf ihrem Nachttisch liegt, jeden Tag auf das Zubettgehen freuen.

Bernd Wagner: *Die Sintflut in Sachsen.* Schöffling, Frankfurt a. M. 2018, 432 Seiten, 24 Euro

Von Erich Hackl ist gerade *Am Seil. Eine Heldengeschichte* bei Diogenes erschienen

»Kleiner Galan«

Bodo Kirchhoff ist in seiner kunstvollen Vergegenwärtigung von Missbrauchserfahrungen unerbittlich nachsichtig. Von Petra Moser

Ob er den ersten Kuss seines Lehrers denn erwidert habe? Ob es »danach andere homoerotische Begegnungen« gegeben habe? Ob er sich sicher sei, dass er als Drei- oder Vierjähriger die nackte Mutter im Bett eingecremt habe, »auch an intimeren Stellen«? So verhörte ein Spanner vom »Spiegel« Bodo Kirchhoff zu seinem neuen Roman. Die nackten Tatsachen will der Redakteur; für ihn heißt »der größte Fetisch der Gegenwartsliteratur … Authentizität«. Die »hochliterarische Sprache« will er von dessen Autor in »Alltagssprache« übersetzt haben, die Literatur in den »Tatsachenbericht«, um das Skandalöse pur vor die gierigen Augen zu kriegen.

Die Geduld, mit der Kirchhoff auf diese Zumutungen antwortet, ist staunenswert, umso mehr, als sein Ich-Erzähler das Insistieren auf der Beichte von erotischen und sexuellen Details als eine peinigende Fortsetzung des erlittenen Missbrauchs seines »Helden« intensiv beschreibt. Setzt man sich dem aus, was dieses Buch als die Erfahrung von Missbrauch schildert, wird deutlich, wie weit das Medieninteresse vom Selbstverständnis des Autors und von der Wahrheit seiner Sprache entfernt ist.

Missbrauch – der Begriff scheint klare Verhältnisse zu schaffen: Da ist der Täter und das Opfer und die Gewalt, die jener diesem antut. Das mag für den aufgeräumten Schreibtisch eines Staatsanwalts ausreichen, einer Wahrheitsfindung in gesellschaftlicher Perspektive kann es nicht genügen, und die Wahrheit eines großen Romans wird mit solcher Schlichtheit von vornherein verfehlt. *Dämmer und Aufruhr* ist ein solcher Roman, und seine Wahrheit ist von hellsichtiger Unerbittlichkeit – nicht in der Krassheit der Details, sondern in der Öffnung des Blickes auf das heillose Verhältnis von Vernachlässigung, enttäuschten Bedürfnissen und anhaltendem Begehren – und das in der religiös dominierten, leibfeindlichen Umgebung eines evangelischen Internats der frühen Sechziger. Das zielbewusste Kalkül des Täters mit den Mangelerfahrungen seines Opfers macht dieses zum hilflosen Komplizen einer sexuellen Praxis, die auf Wiederholung und Steigerung angewiesen ist und das Ziel einer verlässlichen Nähe nie erreicht: für den Verführer die perfekte Verführung, ohne Ausweg für den Verführten, ja, ohne dessen Verlangen danach. Dass dieser Zustand latenter Lockung, dass erst recht die Aufdeckung des Skandals und die rasche, lautlose Entfernung des Täters eine halb schuld-, halb selbstbewusste »stille Verwahrlosung« zur Folge haben, kann nicht verwundern. Das erzählende Ich erkennt diese Verwahrlosung im Rückblick auf einem Foto seines »Helden« auf dem Bett des Internatszimmers wieder: »Alles in allem ein Bild passiver Bereitschaft, schläfrig und doch lauernd … der Beleg einer stillen Verwahrlosung (Bilder von Balthus fallen mir ein: das Schamlose, wenngleich noch unbestimmt, schon als Ersatz für ein loses, flattriges Ich; ein verfrühtes Begehren, das sich am Kindsein schadlos hält, das es verbraucht).«

»Was Gewalt heißt, ist nichts: Verführung ist die wahre Gewalt«

Dass solche Prozesse sich nicht dem sogenannten Werteverfall und dem Schwinden der Transzendenz in der Moderne verdanken, kann ein kurzer Rückblick in die Literaturgeschichte des späten 18. Jahrhunderts zeigen: Emilia Galotti, die Titelheldin in Lessings Drama von 1772, ahnt etwas von dem ihr zugedachten »Schicksal« und entgeht ihm nur durch den Tod. Ihre Unschuld und ihre selbstbewusste Integrität mögen über die Gewalt erhaben sein; der Verführung sieht sich Emilia nicht gewachsen, da sie ihr »so warmes Blut« kennt: »Gewalt! Wer kann der Gewalt nicht trotzen? Was Gewalt heißt, ist nichts: Verführung ist die wahre Gewalt.« Emilia stirbt, weil sie ihre Machtlosigkeit angesichts ihres eigenen Begehrens fürchtet; ihr Drama und damit dessen Sprache enden keine zwei Seiten später.

Gegen ein solches Ende in der Sprachlosigkeit kämpft der »Held« von *Dämmer und Aufruhr* in der Geschichte seines jungen Lebens ebenso an wie der, der sich seiner in der Jetzt-Zeit des Schreibens annimmt. Der Ich-Erzähler tut dies an einem Schreibort der späten Nähe, einem Hotelzimmer in Alassio, in dem die Eltern ihre letzten glücklichen Tage als Paar verbracht haben. Es geht ihm dabei um eine Form der Vergegenwärtigung jenseits von Schuldzuweisung und Anklage und um eine Sprache, in der (wie es im »Spiegel«-Interview heißt) »die Kraft und die Widersprüche der Sexualität« erhalten bleiben, ohne sich für einen höheren Zweck zu mäßigen und ohne die Möglichkeit der Liebe zu beschädigen.

Ein höherer Anspruch an sich auf dem selbstgewählten Terrain ist kaum ausdenkbar. Bodo Kirchhoff kommt ihm mit einer Kraft nach, die sich nichts erspart, die aber vor Anstrengung nie schwitzt und zugleich eine Tugend der Nachsicht erkennen lässt, die jene beschämen dürfte, die ihn vor Jahren als rücksichtslosen Macho, Frauenverbraucher und »Autor einer Welt aus Kot und Ekel« bezeichnet haben. Der nachsichtige Blick des Ich-Erzählers gilt vor allem der Figur der Mutter – zunächst als junge Frau im abgedunkelten Zimmer einer Alpenpension mit dem Sohn neben sich im Bett, dem »Prinzchen«, dem »Augenstern«, dem »kleinen Galan«. Als der 65 ist, lebt sie in einer Pflegeeinrichtung: »Und in der Schlussphase ihres Lebens, den zwei Jahren, in denen sie kaum noch das Bett verließ, war sie fast nur noch damit beschäftigt, nicht zu sterben. Schon die kleinste Unachtsamkeit, glaubte sie, könnte den Tod zum Zuschlagen ermuntern … Sie las nicht mehr, sie hörte keine Musik, auch das Erzählen des Sohnes am Telefon unterbrach sie nach wenigen Sätzen, um sich durch Zuhören nicht zu erschöpfen, sich eine Reserve gegen den Tod zu bewahren … Und eines Nachmittags war dann nur noch ein Wimmern, als sie es geschafft hatte, den Anruf anzunehmen, jenseits aller Theatralik und diesseits aller Angst.«

Diesseits wie jenseits aller Angst behalten die Bilder recht, so ein zufällig als Geschenk erhaltenes Plakat mit einem glücklichen Paar auf einer Hotelterrasse, auf dem das Erzähler-Ich – schon auf der Rückreise von Alassio – seine Eltern wiedererkennt, obwohl sie es nicht sein können: »Nur das Plakat, das mich an sie denken lässt, spricht; es hat wie jedes Bild das letzte Wort.«

Bodo Kirchhoff: *Dämmer und Aufruhr. Roman der frühen Jahre.* Frankfurter Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 2018, 480 Seiten, 28 Euro

Petra Moser hat sich mehrfach mit dem Thema Missbrauch befasst, im November erscheint ihr Essay »Die gekrümmten Gurken des Jürg Jegge. Subversive Bilder wider Willen« in Damian Miller/Jürgen Oelkers (Hg.): *Ist Dummheit lernbar? Re-Lektüren eines pädagogischen Bestsellers* (Zytglogge)

Von der Mörderin zur Rufmörderin

Zur Kontinuität der Psychopathologisierung der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft. Von Tanja Röckemann

Vom 28. Januar bis zum 4. Februar 1931 verhandelt das Berliner Schwurgericht einen »Skandalprozess«. Die Jugendlichen Richard Stolpe, Erich Benziger und Luise Neumann aus dem Arbeiterbezirk Wedding sind des Mordes am Uhrmacher Fritz Ulbrich angeklagt. Die beiden Jungen sollen – in Luises Abwesenheit, aber durch sie angestiftet – in seinen Laden eingebrochen sein und ihn mit einem Kissen erstickt haben, um mit einem minimalen Geldbetrag zu flüchten. Die drei werden des gemeinschaftlichen Mordes schuldig gesprochen.

Die Vorgeschichte des Mordes kommt im Prozess nur als Fußnote vor: Der Uhrmacher betrieb in seinem Hinterzimmer ein Fotostudio, in dem er 1.500 Nacktfotos von Mädchen und jungen Frauen anfertigte, die er weiterverkaufte. Darunter Fotos von Luise Neumann, genannt Lieschen, seiner 16-jährigen Angestellten, mit der er außerdem ein sexuelles Verhältnis hatte.

Die bürgerliche Öffentlichkeit stört sich an der ganzen Angelegenheit und verallgemeinert sie moralisch. Der Zeitgeist zwischen Eugenik und Totalitarismustheorie, reagierend auf Frauenbewegung und Klassenkampf, fordert die pathologisierende Milieustudie. »Auch anderswo als bei den Nationalsozialisten und Kommunisten werden heute auffallend viele Bluttaten begangen«, kommentiert Siegfried Kracauer in der »Frankfurter Zeitung« den »Prozess Lieschen Neumann«. Die »wilde Aktion« der drei führt er auf einen allgemeinen Sittlichkeitsverfall zurück und beklagt, auch »die Lebenshaltung der mittleren und führenden Schichten« sei »nicht dazu geeignet, ein Vorbild zu sein«. Wer in einer Klassengesellschaft die Durchsetzung einer Moral der Herrschenden verlangt, will deren Fortbestand. Entsprechend ist das Urteil, zu dem einer der angeblich verrohten Proletarier durchaus in der Lage ist, Richard Stolpes Klage über Polizeigewalt während seiner Festnahme nämlich, für Kracauer nichts anderes als der Ausdruck einer »Abstumpfung des Unterscheidungsvermögens«.

Des Uhrmachers Geschäft mit Nacktfotos hingegen lässt der Soziologe unerwähnt. Möglicherweise verbietet ihm dies sein bürgerlicher Anstand, oder die Erfahrung sexueller Übergriffigkeit als Mordmotiv lässt sich nicht vereinbaren mit der moralischen Lektion, die er zu erteilen hat. Immerhin beunruhigt den Adorno-Mentor »das deutliche Gefühl, dass die abgegebenen Erklärungen aus einem unerhellten Grund aufsteigen, der im Interesse der Wahrheitsforschung aufgedeckt werden sollte und sich doch niemals bloßlegen lässt«.

Der Kriminologe Dr. Erich Wulffen, Jurist, Offizierssohn und Ministerialdirektor a. D., hingegen widmet sich – mit hehren Zielen – gerade den dunklen Wissenslücken. Es sei »Aufgabe der Sittengeschichte, auf die Mängel und Gebrechen der Umwelt aufmerksam zu machen, in welcher die Gebärerin des kommenden Geschlechtes mit schädlichen Anlagen geboren, erzogen wird und im sozialen Lebenskampfe heranwächst«. Als Erklärung für den Mord kann Wulffen in seiner »sexualpsychologischen Untersuchung« trotz der öffentlich herausgestellten absurden Geringfügigkeit der Beute nichts anderes finden als die bloße »Begierde nach Geld«. Neumanns Motivation hingegen, ein sexuelles Verhältnis mit einem ältlichen Uhrmacher anzufangen und sich von diesem nackt fotografieren zu lassen, ist laut Wulffen nicht ökonomischer Natur. Dieses Verhalten, so schließt er »vorurteilsfrei«, sei vielmehr bedingt durch einen natürlichen weiblichen Exhibitionismus, befriedige »weibliche Gefallsucht und Koketterie«. Hier wird die ungeheuerliche Unterstellung, die Frau empfinde Lust an ihrer eigenen Unterdrückung, sichtbar als Grundbestandteil der Legitimation der patriarchalen Ordnung. Kriminologie und Sexualwissenschaft offenbaren sich als Männerphantasien. So steht Neumann als das »dämonische Weib« (»Berliner Illustrierte Zeitung«) im Zentrum der Aufmerksamkeit und ist zugleich als Subjekt abwesend.

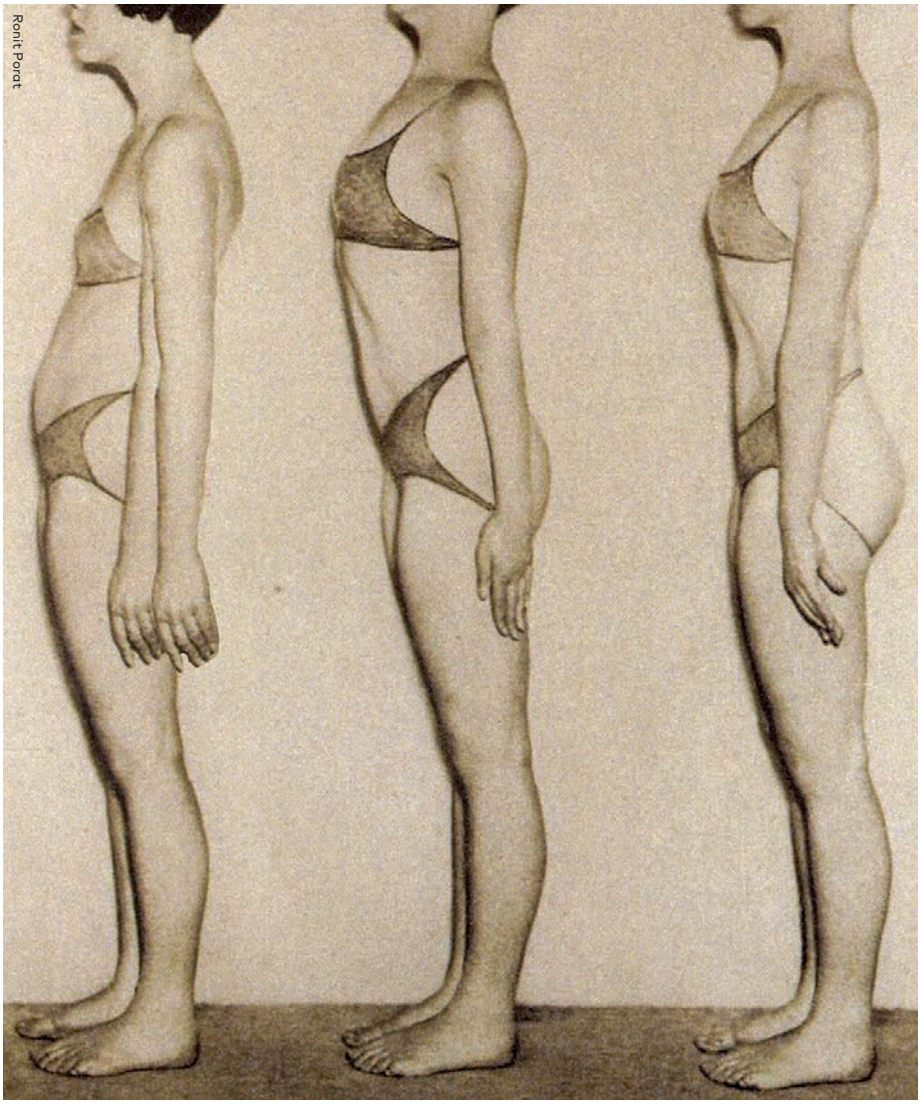
Theodor Lessing äußert derweil 1931 im »Prager Tageblatt« die Meinung, man solle »solche Entgleiste« wie Neumann »sogleich in irgendeine Anstalt stecken; es gibt da gar nichts zu richten.« Den Publizisten und Philosophen selbst ermorden zwei Jahre später im tschechoslowakischen Marienbad nationalsozialistische Attentäter. Sein Bestreben, Mädchen wie Luise Neumann zu disziplinieren, wird ein Jahrzehnt später auf eine Weise verwirklicht, die er sich nicht hat ausmalen können: 1942 errichten die Nationalsozialisten das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück und das Jugendkonzentrationslager Uckermark, in dem sie auch etliche als »sexuell verwahrlost« verfolgte Mädchen und junge Frauen inhaftieren und ermorden. Obwohl es natürlich ebenso weibliche NS-Täter gab, hat der Nationalsozialismus die Emanzipation erfolgreich bekämpft. Die Nazis trieben die in den sexualwissenschaftlichen und anderen sozialwissenschaftlichen Theorien seit 1900 angelegten Ideen auf die Spitze, deren Ziel eben auch 1931 schon klar gewesen war: »Die neuere Zeit, zumal die Frauenbewegung selbst, möchte gern durch die sogenannte Aufklärung und Gewährung sexueller Freiheiten an jener weiblichen Passivität rütteln und übersieht dabei doch völlig die Gefährlichkeit eines solchen Unternehmens, die sich in den Annalen der weiblichen Kriminalität so traurig spiegelt« (Dr. Wulffen). Selbstbestimmte Frauen sind gemeingefährlich – dies etabliert eine direkte Verbindung zwischen befreiter weiblicher Sexualität und der Bereitschaft zum Mord.

Weibliche Gefallsucht 2018

Auf den antifeministischen Kahlschlag der Nazis folgt in der BRD im Zuge von '68 die sogenannte zweite Frauenbewegung, aber sie hat die patriarchale Psychopathologisierung von Frauen nicht aus der Welt schaffen können. So kann noch 2018 ein Strafrechtler im »Stern« die #metoo-Debatte mit den Worten kommentieren, »Phänomene wie Pseudoerinnerungen, Beeinflussung, psychische Erkrankung und Autosuggestion können Ursache für Erlebnisschilderungen sein, die nicht der Wirklichkeit entsprechen.« Nicht ohne den hämischen Hinweis auf ganz niedrige Beweggründe, die Frauen angeblich zur öf-

fentlichen Konfrontation mit Tätern bewegen, wie »bewusste Falschaussagen aus Motiven wie Rache, Eifersucht, Selbstschutz oder der Wunsch, sich schlicht mal wieder in der Öffentlichkeit zu positionieren«. Die Verwandtschaft mit dem alten Topos der »weiblichen Gefallsucht und Koketterie« ist offensichtlich. Möglicherweise braucht es solche Mittel, um die Realität zu verdecken, dass in Deutschland laut polizeilicher Kriminalstatistik jeden Tag mindestens ein Mann eine ihm meist nahestehende Frau ermordet. Nicht auf diese Mörder richtet sich der Zorn der Öffentlichkeit, sondern auf angebliche Rufmörderinnen. Oder sind sie nicht sogar richtige Mörderinnen? Aus Schweden wird im März 2018 der Suizid des Theaterintendanten Benny Fredriksson gemeldet – nach Übergriffsvorwürfen von Dutzenden seiner Angestellten, die natürlich allesamt erfunden sind. Ein Leben zerstört von #metoo, klagt Fredrikssons Witwe auf »Zeit Online«.

Die Philosophin Svenja Flaßpöhler fabuliert derweil im Deutschlandfunk und im Nationalanzeiger »Cicero«, »es wäre Unsinn zu behaupten, wir lebten immer noch in einer patriarchalen Gesellschaft«. Es wäre interessant, Flaßpöhlers Meinung zum aktuellen Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zu erfahren, der einen direkten Zusammenhang zwischen Männlichkeit, Konkurrenzlogik und sexueller Gewalt feststellt – anhand der Tatsachen etwa, dass »Frauen, die mehr verdienen als ihre Männer, besonders häufig von sexualisierter Gewalt durch diese betroffen sind« und dass das Risiko hierfür steigt, wenn der Partner gerade seinen Job verloren hat. Im angloamerikanischen Raum ist im Rahmen von #metoo zumindest thematisierbar geworden, dass ökonomische Abhängigkeit und enge emotionale Bindung wie stumme Zwänge wirken, die Opfer sexueller Gewalt zum Schweigen bringen oder gar zur Kollaboration mit dem Patriarchat führen. So wurde auch Lieschen Neumann nicht mit körperlicher Gewalt zu pornografischen Fotos und sexuellen Handlungen gezwungen, befand sich aber in finanzieller Abhängigkeit von dem vier Jahrzehnte älteren Mann, an dessen Mord sie sich beteiligte.


Ronit Porat

Patriarchale Problematisierung weiblicher Subjektivität: Aus Porats »The Sentence«

It's the patriarchy, stupid!

Die israelische Künstlerin Ronit Porat verarbeitet den »Fall Neumann« in einer Ausstellungstrilogie, deren letzter Teil »The Sentence« derzeit im Tel Aviv Museum of Art zu sehen ist. Porats konzeptuelle Erzählung aus dadaistischen Collagen, angefertigt aus Bildmaterial aus der Weimarer Zeit, stellt die weibliche(n) Figur(en) ins Zentrum, ohne sie zu objektivieren. Vielmehr verhandeln die Bilder die patriarchale Problematisierung weiblicher Subjektivität. In organisch sich zusammenfügenden, zugleich eindeutig artifiziellen Konstellationen sind die Frauengestalten häufig halb verdeckt von Naturobjekten, verquickt mit Vögeln oder Gestein. Dank vergangener und andauernder feministischer Kämpfe lässt sich Porats Erzählung der Ermordung Ulbrichs als Geschichte patriarchaler Bemächtigung und sexueller Belästigung am Arbeitsplatz deuten – und/oder als Rape-Revenge-Story.

Bei alldem erweist sich die juristisch-religiöse Kategorie der Schuld für eine Kritik gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse als unbrauchbar. Schon auf der praktischen Ebene führt das Aussage-gegen-Aussage-Prinzip des bürgerlichen Rechts angesichts der häufigen Zeugenlosigkeit sexueller Übergriffe in der Regel zum Freispruch. Und die unmittelbar verwandte Logik der Strafe stellt den Konflikt durch ein weiteres Gewaltverhältnis still. Die Kategorie Männlichkeit hingegen, die in ihrer bürgerlichen Verfasstheit in die bestehenden Verhältnisse eingeschrieben ist und diese stabilisiert, ist kaum Gegenstand des #metoo-Szenarios. (In ähnlicher Weise gilt dies übrigens für Debatten um Amokläufe.) Ein Grund für diese groteske Leerstelle ist die Tatsache, dass eine Analyse des bürgerlichen Patriarchats auch den männlich konnotierten Prinzipien an den Kragen geht, die den Kapitalismus am Laufen halten. Diese Prinzipien können sich auch Frauen zu eigen machen – und so etwa zu der knallhart marktkonformen Überzeugung gelangen, »Freiheit« sei eben »eine harte Aufgabe, und davor dürften Frauen nicht zurückschrecken« (Flaßpöhler). Die das nicht will oder nicht schafft, ist selbst schuld und kann sehen, wo sie bleibt.

Lieschen Neumann jedenfalls, das fällt Kracauer immerhin auf, »verkriecht sich vor den vielen Blicken, die sie auf sich ruhen fühlt«. Porats letzte Collage in »The Sentence« zeigt eine Frau, die sich aus dem Fenster lehnt – vielleicht, um Luft zu holen, vielleicht, um zu springen.

Ronit Porats Ausstellung »The Sentence« im Tel Aviv Museum of Art endet am 1. Oktober.

Tanja Röckemann muss eigentlich unbedingt ihre Doktorarbeit zu Ende schreiben, prokrastiniert aber mit dem Verfassen von konkret-Artikeln

Jessica Einaudi

Black and Gold

Overhaear / Indigo

Man kann wirklich nicht behaupten, dass sie bisher aus ihrer Herkunft Kapital zu schlagen versucht hat: Jessica Einaudi, Enkelin des legendären italienischen Verlagsgründers Giulio und Tochter des Pianisten und Komponisten Ludovico Einaudi, macht seit vielen Jahren Musik, aber erst jetzt erscheint eine Platte mit ihrem eigenen Namen auf dem Cover. Schon 2006 trat die Allroundkünstlerin – sie malt, schreibt, singt, komponiert und spielt verschiedene Instrumente – im Bühnenstück »Noise Mass« des US-Klangkünstlers Arto Lindsay auf, ein Jahr später gründete sie mit Federico Albanese das Avantgardepopduo La Blanche Alchimie. 2014 veröffentlichte Einaudi unter dem Pseudonym J Moon das von Albanese produzierte Album »Melt«, dessen von Kritik und Hörerschaft wohlwollend aufgenommenen Kurs sie mit »Black and Gold« weiterführt – beziehungsweise identifiziert sie sich nun vollends mit ihrer Musik.

Die Stimmung ist durchweg melancholisch, ernsthaft, grüblerisch-herbstlich; elegant verbinden Einaudi und Producer-Freund Albanese sparsam aufgebaute Klavierballaden mit zarten Beats und auch mal schroffen Sounds oder unerwartet abrupten Enden. Das ist gut, denn ohne diese »Störungen« wäre »Black and Gold« fast zu schön, um wahr zu sein, oder, anders gesagt, zu ätherisch für die starken Farben Schwarz und Gold. Einaudis Haltung dem Leben und der Liebe gegenüber ist eine zutiefst skeptische. Sicher geglaubte Wahrheiten hinterfragt sie immer wieder, misstraut den eigenen Gefühlen; Sinn- und Selbstsuche stecken in jedem Ton, jedem Wort. Skizzierte dunkle Balladen wie »Among the Shadows« oder »Dorset« sind reine klanggewordene Traurigkeit, und man freut sich regelrecht für Einaudi, wenn sich in »I Don't Care« und »Starless« endlich elektronifizierte Lebendigkeit in Form losklickernder Synthies Bahn bricht. Mehr als einmal möchte man der Künstlerin völlig unhöflich, übergriffig und omamäßig zurufen: »Nicht so zurückhaltend! Sie sind doch eine Einaudi!« **Christina Mohr**

Hailu Mergia

Lala Belu

Awesome Tapes from Africa / Cargo

In den Sechzigern und Siebzigern erlebten Soul, Funk, Fusion und Jazz in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba eine kurze Blütezeit. Eine kosmopolitische Szene kombinierte westlichen Pop mit landestypischen Tonskalen, Rhythmen und Gesangsstilen. Das urbane Nachtleben blühte, und trotz der Verstaatlichung der Musikindustrie unter Kaiser Haile Selassie I. gelangte eine enorme Menge unabhängig produzierter Schallplatten auf den Markt.

Inmitten dieser kulturellen Öffnung: Miniröcke, Motorroller und Musiker, die auf verblüffende Weise Elvis Presley oder James Brown ähnelten. Oder sie karikierten? Einer der Strippenzieher: Hailu Mergia. Ähnlich wie bei anderen Ethio-Jazzern ist sein Sound transkulturell: äthiopisch und zugleich global, modern und funky. Ergebnis einer faszinierenden kulturellen Hybridisierung und der Zufälligkeit von Migrationsbewegungen zwischen den Kontinenten. Ein Sound, dessen Entstehungsgeschichte völkisch-kulturalistische Reinheitsvorstellungen als realitätsferne Wunschphantasien entlarvt, nicht nur im traditionell stark nationalistischen Äthiopien.

»Swinging Addis« kam mit dem repressiven sozialistischen Mengistu-Regime zum Erliegen. Wie viele andere Musiker siedelte Mergia in die USA über. Seit 2013 legt das kalifornische Label Awesome Tapes from Africa die alten Kassetten von Mergia, der seit jeher in verschiedenen Konstellationen musiziert, neu auf. Nun hat der 72jährige Keyborder und Akkordeonspieler sogar ein neues Album herausgebracht: sechs Songs, die ersten seit langem.

»Lala Belu« klingt besser produziert als die alten Aufnahmen, böse Zungen könnten sagen: auch etwas glatter. Daneben gewinnen Bass und Schlagzeug in den Kompositionen wie in den Einspielungen an Bedeutung – die immer leicht beschädigt klingende Midtempo-Drummachine von früher ist weggefallen. Zwar klingt »Lala Belu« weniger träumerisch und obskur als noch »Hailu Mergia & His Classical Instrument« (1985/2013), der erste Rerelease von Awesome Tapes from Africa. Doch was bleibt, ist das Hypnotische an Mergias Sound. Vor allem live funktioniert das ausgezeichnet. Faszinierend, wie er und seine beiden Bandkollegen ihr wesentlich jüngeres Publikum in den Bann ziehen. Nach Mulatu Astatke, dem »Vater des Ethio-Jazz«, erfährt auch Mergia auf seine alten Tage verdiente Aufmerksamkeit – und hat sichtlich Spaß dabei. **Till Schmidt**

Spiritualized

And Nothing Hurt

Pias / Bella Union / Rough Trade

Das vorgeblich letzte Album von Spiritualized tarnt sich als eine Satellitenübertragung aus den legendären Capitol- oder Columbia-Studios – auf dem Höhepunkt der Verschwendungssucht dienten diese firmeneigenen mit Edelholz getäfelten Refugien den Ikonen der Popgeschichte von Frank Sinatra bis Miles Davis für traumhafte Breitwandproduktionen. Das ist der Maßstab der Täuschung. Die Satellitenübertragung kommt noch dazu, weil für Jason Pierce jede grandiose Musik klingt, als fiele sie justament aus dem Himmel. Und unter grandios macht er's nicht, da könnte der 53jährige, der schon vor zehn Jahren mittels Barhocker Stage-Acting in narkotischen Untiefen getankt hat, auch gleich liegenbleiben. Also entfesselt er noch mal all die Geister, die man nur mit wirklich guten Beziehungen und / oder einer entsprechenden Connecte geweckt bekommt: Ein Meer von vernebelten Streichern versucht neben der kleinen, aber bumsfidelen Bande von Blutbläsern zu bestehen, der ehemalige Sirenenchor aus Shangri-La treibt sein böses Spiel mit den netten, aber etwas naiven Pflegekräften vom Jugendorchester, während im Hintergrund die Trompeten von Jericho gestimmt werden … Laut Schöpfer darf das wie eine Feldaufnahme klingen, aber eine, die der »King of Mono« Phil Spector und sein genialer Arrangeur Jack Nitzsche gemacht haben.

Tatsächlich, das mag ob der musikalischen Grandezza etwas überraschen, ist es dem ollen Spaceman gelungen, das alles mittels Software Stück für Stück zurechtzubasteln – am Ende der Produktion kamen noch ein paar Tage Studiozeit zusammen, für all die Instrumente, die er nicht spielt. In Interviews brüstet er sich damit, dass niemand im selben Raum, zur selben Zeit oder irgendwie anders zusammengespielt hat. Der Großteil wurde in seiner Wohnung, nahe eines Hospitals aufgenommen, darum kann man auf »And Nothing Hurt« angeblich, wenn man ganz genau hinhört, sechs bis acht unterschiedliche Ambulanzsirenen ausmachen. Das würde zwar ganz gut zur kuscheligen Melancholie der Texte, zu Jasons ernsthaften Erkrankungen und den vielen Schicksalsschlägen passen, aber ich kann beim besten Willen höchstens zwei sirenenartige Geräusche herbeifabulieren – wahrscheinlich britischer Humor. Apropos, könnte auch gut sein, dass das gar nicht das letzte Spiritualized-Album ist oder sein wird. Irgend jemand muss ja für Euch leiden. **Lars Brinkmann**

Lea Bertucci

Metal Aether

CD / LP. NNA Tapes

Schicht um Schicht legen sich die pulsierenden Schleifen übereinander, ziehen Schlieren, verdichten sich und fließen wieder auseinander. Das Flirren der Töne erinnert an ein Phänomen der atmosphärischen Optik, das bekannt ist als Hitzeflimmern. Unterschiedlich erwärmte Luftschichten treffen aufeinander, und in diesem Grenzbereich – etwa über einer erhitzten Asphaltfläche – wird das Licht unterschiedlich gebrochen.

Die Musik von Lea Bertucci ist suggestiv. Sie ruft bildhafte Vorstellungen hervor, die ihre tatsächliche materielle Herkunft zugleich verschleiert und verstärkt. Dabei sind die Mittel, mit denen sie arbeitet, schlicht. Ihre Hauptinstrumente sind ein Altsaxofon und der Raum, in dem sie es spielt. Ihr aktuelles Album »Metal Aether« nahm die amerikanische Sound-Art-Künstlerin und Komponistin unter anderem in einem ehemaligen Militärstützpunkt in Le Havre auf. »Wie bei jeder ortsspezifischen Arbeit, die ich mache, bin ich immer daran interessiert, die Klangqualitäten des Raums die Regeln der Musik bestimmen zu lassen«, erklärt Bertucci im Gespräch mit **konkret**. »Zu diesen Aspekten gehören Elemente wie Abklingzeit, Reflexion, Umgebungsgeräusche.« Sie arbeite mit den Einschränkungen, die sich durch den Raum ergeben, und verwandele sie von etwas, »das gegen mich arbeitet, in etwas, das mir hilft«. Sie formuliert damit eine künstlerische Praxis, die Einschränkungen operationalisiert und in eine Bedingung des kreativen Akts umdeutet.

In dem zweiten Stück ihres Albums, »Accumulations«, malt ihr verlorenes Altsaxofon eine melancholische Figur in ein leise zitterndes Feedbackrauschen. In immer breiteren Strichen durchzieht der klagende Ton des geloopten Saxofons eine Klanglandschaft, die Feldaufnahmen und Bertuccis verstärktes (entfernt an Ornette Colemans Sufi-Style der »Dancing in Your Head«-Phase erinnerndes) Saxofonspiel sukzessive erweitern. In dem programmatisch betitelten Stück »Sustain and Dissolve« paart Bertucci ihr Saxofon – aufgefächerte stehende Töne unterschiedlicher und gleitender Tonhöhen – mit Noise-Texturen, die an die große Patin der Geräuschmusik, Eliane Radigue, erinnern.

Bertucci unterstreicht im Gespräch ihre antiinstitutionelle Haltung; sie fühle sich mehr dem Noise-Underground als der Neuen Musik nahe, wobei sie nicht müde wird zu betonen, dass sie sich eigentlich keiner Szene und keinem Genre zugehörig fühlt. Dazu und zu der suggestiven Kraft ihrer Musik passt, dass sie gar nicht Musik, sondern Fotografie und Film studiert hat, und zwar bei Stephen Shore, einem der wichtigsten Gegenwartsfotografen. »Es war wichtig für mich, eine andere Disziplin als Musik zu studieren. Alles, was ich mir während meiner Arbeit in diesem Medium angeeignet habe, steht in direktem Zusammenhang mit dem, was ich jetzt mit Klang mache. Ich war sehr interessiert an der Projektion, der Physik des Lichts, der Spannung zwischen zwei- und dreidimensionalen Darstellungen. Viel von meiner Faszination für Akustik, Wahrnehmungssound und tektonische Struktur ist durch das Fotografiestudium entstanden.«

Die Brooklynerin, die ihren prekären Hintergrund betont und sich mit Marx selbstironisch »petit bourgeois« nennt, ist im Interview ungemein wach, offen und klar. Sie erläutert theoretische Prämissen und diskutiert gesellschaftspolitische Themen, die ihre Arbeit berühren. Trotz der mitunter abstrakten Konzepte der Installationen und Konzerte ist das Werk stark von Bertuccis Persönlichkeit geprägt. Ihre Musik erreicht eine unmittelbare Qualität, die man eher im Jazz als in der konzeptlastigen Sound Art findet: Die Künstlerin hat einen ganz eigenen, direkten Ton entwickelt. Das liegt vermutlich auch daran, dass ihre Praxis die Genese künstlerischer Innovation ernst nimmt, die aus einer Not eine Tugend macht. Fehler, Un- und Zufälle stehen oft am Beginn einer neuartigen Umgangsweise mit Instrumenten. Für Bertucci war dies konkret der Umgang mit ihrem Saxofon, das Jahre im Schrank gelegen hatte. Das Horn war schlicht kaputt. Durch diese Erfahrung – sie spielte es dennoch und ließ sich von den vermeintlich falschen Tönen nicht entmutigen – eröffneten sich ihr neue Spielweisen und ein neues Verständnis ihres Instruments. Ihre klassische Ausbildung habe sie, sagt sie, erst einmal verlernen müssen. Erst als sie nicht mehr darauf geachtet habe, wie man »richtig« spielt, sei sie einer ihr eigenen Spielart näher gekommen.

Hauptinstrumente Saxofon und Raum: Lea Bertucci

Im Juli arbeitete Bertucci im Hohlraum einer Kölner Rheinbrücke mit sogenannten akustischen Schatten. Ein »Acoustic Shadow« (so auch der Titel ihrer Komposition) tritt auf, wenn sich auf dem direkten Weg zwischen Hörer und Schallquelle ein Hindernis befindet. Der Sound wird auf dem Weg zum Hörer abgeschattet. Ein weiterer Aspekt, den sie in ihre Arbeit eingebunden hat und der in jeder anderen konzertanten Aufführung ein Störfaktor wäre, waren die lautstark über die Brücke ratternden Straßenbahnen. Eine Woche lang bespielte Bertucci gemeinsam mit einem Bläser- und einem Percussion-Ensemble den riesigen und fast vollständig dunklen Hohlraum und zelebrierte nebenbei ein soziales Happening, das sich teilweise mit dem gleichzeitig stattfindenden Christopher Street Day verband. Halbnackte im Flamingokostüm tasteten sich so Seite an Seite mit Szenehipstern und Kleinfamilien durch den dröhnenden Betonhohlkörper und erkundeten, vermittelt durch Bertuccis Klänge, die eigene Wahrnehmung.

Avantgardemusik gibt sich gern die Aura eines Geheimbundes, der nur Eingeweihten Einlass gewährt. Für Bertucci ist das keine Option. »Avantgarde wird schnell esoterisch«, sagt sie. Sie wolle die Leute lieber intellektuell verblüffen und emotional berühren. Direkt und unmittelbar – basisdemokratisch sozusagen. **Bastian Tebarth**

TERMINE

1.10. Hannover, 20 Uhr, UJZ Kornstraße, Kornstr. 28–32: »Tierliebe und Menschenhass«; Vortrag von Mira Landwehr
6.10.–7.10. Hamburg, Rote Flora, Achidi-John-Platz 1: »Bekenntnis zur Heimatlosigkeit«; Konferenz veranstaltet von Thomas Ebermann, Thorsten Mense und dem Theaterkollektiv EGfKA; Anmeldung: thamer@egfka.eu
7.10. Freiburg, 20.15 Uhr, Theater, Theaterpassage 45: Harry Waibel stellt sein Buch *Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR* vor
11.10. Freiburg, 20 Uhr, Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstraße 15: Koschka Linkerhand, Randi Becker und Larissa Schober stellen ihr Buch *Feministisch streiten* vor
13.10. Hamburg, 20 Uhr, Kampnagel, Jarrestraße 20: »#metoo. Ein Plädoyer für das Sprechen«; szenische Installation
17.10. Hamburg, 20 Uhr, Polittbüro, Steindamm 45: Gerhard Henschel und Gerhard Kromschröder stellen ihr Wandertagebuch *Laubengänge* vor
20.10. Berlin, 19 Uhr, New Yorck im Bethanien, Mariannenplatz 2 b: »Tierliebe und Menschenhass«; Vortrag von Mira Landwehr
25.10. Stuttgart, 19 Uhr, Waldheim Gaisburg, Obere Neue Halde 1: Jutta Ditfurth stellt ihr Buch *Haltung und Widerstand, Eine Schlacht um Werte und Weltbilder* vor
25.10. München, 19 Uhr, Universität, Geschwister-Scholl-Platz 1: Stephan Grigat stellt sein Buch *Iran – Israel – Deutschland. Antisemitismus, Außenhandel & Atomprogramm* vor
26.10. Kaiserslautern, 19 Uhr, Buchladen Eselohr, Pirmasenser Straße 48: Klaus Gietinger stellt sein Buch *November 1918. Der verpasste Frühling des 20. Jahrhunderts* vor

Lesereise
Christian Y. Schmidt liest aus seinem Roman Der letzte Huelsenbeck
10.10. Nürnberg, 20 Uhr, Bernsteinzimmer, Großweidenmühlstraße 11; 14.10. Wuppertal, Die Börse, Wolkenberg 100; 18.10. Bielefeld, Buchladen Eulenspiegel, Hagenbruchstraße 7; 22.10. Karlsruhe, Hochschule für Gestaltung, Lorenzstraße 15; 25.10. Berlin, Raumerweiterungshalle, Kopenhagener Straße 17

In dieser Rubrik werden kostenlos Veranstaltungshinweise veröffentlicht. Bitte die Termine bis zum Ersten des Vormonats mailen an redaktion@konkret-magazin.de

Dozentenwatch

konkret hat reaktionäre Äußerungen von Lehrkräften an deutschen Unis und Schulen gesammelt. Eine kleine Auswahl

Hetzjagden‹ … in Chemnitz … hat es so nicht gegeben. Besonders schön wäre es …, wenn sich investigativer Journalismus in Zukunft ebenfalls auf die mögliche Rolle von Linken oder Antifa bei der Verfertigung verzerrter Medienwirklichkeit erstrecken würde.«
Werner J. Patzelt, Professor der Politikwissenschaft an der TU Dresden und Mitinitiator der aktuellen Petition »Frau Bundeskanzler, bitte belegen Sie Ihre Behauptungen!«, am 2.9.2018 in seinem Blog »Patzelts Politik«

»Wer … vom ›Juste milieu‹ unserer mittigen und dabei linkslustigen politischen Klasse grundsätzlich abwich …, den trafen Bannsprüche aus einer von ›rechtslastig‹ über ›rassistisch‹ bis ›rechtsextrem‹ reichenden Stabreimkette.«
Werner J. Patzelt, »Junge Freiheit«, 29.10.2017

Physiklehrer Sch. äffte »Tuntengehabe« nach, sobald ein homosexueller Schüler, der von 2012 bis 2016 die Mittelstufenschule Dichterviertel in Wiesbaden besuchte, vor der Klasse sprach.

Religionslehrer S. derselben Schule sprach von der Gefahr des Kindesmissbrauches durch Schwule und behauptete vor einer Jahrgangsstufe 7, Homosexualität sei eine psychische Erkrankung und das direkte Resultat einer vaterlosen Kindheit.

Religionslehrer H. bestand darauf, dunkelhäutige Schüler mit »Neger« anzusprechen. Dies begründete er mit der lateinischen Herkunft des Wortes. Jede genannte Lehrkraft ist noch im Dienst, die Schulleitung weigerte sich stets, Konsequenzen zu ergreifen.

»Ursachen der Karzinome: Innere Ursache, Rassendisposition, Vorerkrankung …«
Folie, die Frank Löhrer, Professor für Sozialmedizin an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Aachen, im Sommersemester 2018 in einer Vorlesung verwendet hat

»Es ist in der Regel einfacher, einen Rechtsextremisten zur Umkehr zu bewegen als einen Linksextremisten, weil bei diesem die Ideologie viel stärker entwickelt ist. Die Gesellschaft muss auch bereit sein, linksextremistische Ideologien zu delegitimieren. Daran hapert es.
Eckhard Jesse, Professor für Politikwissenschaften an der Technischen Universität Chemnitz, »Welt«, 13.7.2017

»Die spektakulären Vorgänge in Chemnitz (Sachsen) stellen kein Novum dar, was die Dramatisierung der Tumulte von rechts (außen) als ›Hetzjagd‹ sowie die Bagatellisierung der Vorkommnisse von links (außen) anbelangt. So fand ein angemeldeter AfD-/Pegida-Demonstrationszug durch eine von der Polizei nicht aufgelöste Blockade schnell ein Ende. Bei der Gegendemonstration ›Herz statt Hetze‹ (die Antifa fehlte nicht) gastierte eine ihrem Selbstverständnis nach antideutsche Band. Für die meisten Medien war das kein Thema.«
Eckhard Jesse, »Neue Zürcher Zeitung«, 13.9.2018

»Angesichts der europäischen Geschichte haben wir wenig Anlass zu einem Integrationsoptimismus. Europa hat es über die Jahrhunderte nicht verstanden, seine kleine jüdische Minderheit zu integrieren. Der Holocaust war nur der dramatische Tiefpunkt dieses Integrationsversagens.«
Heinz Theisen, Professor für Politikwissenschaft an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Köln, in seinem Buch Nach der Überdehnung. Die Grenzen des Westens und die Koexistenz der Kulturen *(Lit-Verlag, Münster 2012)*

»Nicht die Zahl der Muslime rechtfertigt die Angst vor der Islamisierung (bis 2020 werden allenfalls sechs Prozent Muslime in Deutschland erwartet), sondern deren überproportional großer Einfluss auf zentrale Bereiche der Gesellschaft, vom Straßenbild bis zur Gesetzgebung.«
Heinz Theisen, »Tagesspiegel«, 10.5.2015

»Sie haben doch Migrationshintergrund?! Wie haben Sie es denn eigentlich auf die Universität geschafft?« (Zerknüllt das Skript des Prüflings, wirft es in den Papierkorb und guckt während der Prüfung auf sein Handy.)
Post-Doc K. (jetzt akademischer Rat), bei einer mündlichen Prüfung zum 1. Staatsex-

amen im Unterrichtsfach Deutsch, Sonderpädagogik im Mai 2015 am Institut für Deutsche Sprache und Literatur II der Universität zu Köln

»›Ein weißes Europa brüderlicher Nationen.‹ Für mich ist das ein wunderbares Ziel!«

»Wir schulden den Afrikanern und Arabern nichts. Sie haben ihre Kontinente durch Korruption, Schlendrian, ungehemmte Vermehrung und Stammes- und Religionskriege zerstört und nehmen uns nun weg, was wir mit Fleiß aufgebaut haben.«

»Es ist natürlich, sich zu wehren, wenn die eigene Kultur untergeht. Die ›Angst des weißen Mannes‹ sollte wehrhaft werden!«

»Ehegattensplitting für Eingetragenen Lebenspartner. Förderung einer die Familie pervertierten Lebensform auf Kosten anderer Steuerzahler.«
Thomas Rauscher, Juraprofessor an der Universität Leipzig, 2013 bis 2017 auf Twitter

»Der Holocaust – das war deutsche Wertarbeit.«
Englisch- und Geschichtslehrer am Hannah-Arendt-Gymnasium in Haßloch/Pfalz, vor einer 10. Klasse im Schuljahr 2009/2010

»Zugleich hat sich auch das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Nation entspannt. Einen nicht zu unterschätzenden Wendepunkt bildete die Fußball-Weltmeisterschaft 2006, bei der die deutschen Nationalfarben in bis dahin nicht gekannter Form in der Öffentlichkeit präsentiert wurden und die Deutschen insgesamt ein fröhliches und unverkrampftes Nationalgefühl präsentierten.«
Aktuelles Lehrheft Geschichte, Kapitel »Aufarbeitung des Nationalsozialismus«; Abifernkurs via Studiengemeinschaft Darmstadt

»Und dieser Herr steigt nun sicherlich auch in die Bahnlinie 10 und fährt Richtung Gröpelingen.«
Professor für Betriebswirtschaftslehre, Unternehmensrechnung und Controlling und Dekan des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaft an der Uni Bremen, als ein Student mit Migrationshintergrund im Wintersemester 2009/2010 den Raum verließ, nachdem der Dozent in der Lehrveranstaltung zum externen Rechnungswesen als Negativbeispiel für Faktoren, die für die Beurteilung der Bonität typischerweise herangezogen werden, einen Kreditnehmer aus dem für seinen hohen Migrantenanteil bekannten Bremer Stadtteil Gröpelingen genannt hatte

»Man muss sich Politik wie ein Hufeisen vorstellen, beide Extreme treffen letztlich wieder aufeinander. Landser haben auch mal ein Lied von den Scherben gecovert, also ...«
Geschichtslehrerin an einem Stuttgarter Gymnasium, 2018

»Nichts ist unvergleichlich. Keine Supernova, kein Husten, ... nicht die Schoah, ... nicht der Schleim in meinem Halse ... Welches Recht hatten die katholischen Bischöfe bei ihrem Israel-Besuch, die Lage der Palästinenser in Ramallah mit dem Warschauer Ghetto zu vergleichen? Alles Recht der logischen und wissenschaftlichen Welt.«
Egon Flaig, Professor für Alte Geschichte am Heinrich-Schliemann-Institut für Altertumswissenschaften/Uni Rostock, »Merkur«, Oktober 2007

»Wir sind hier nicht auf einem pakistanischen Basar!«
Geschichtslehrer am Gymnasium Osnabrück 2006 in einer 9. Klasse zu einem Schüler aus Pakistan, der seine Note unfair fand

»Junge Freiheit«: »Wenn also in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten die unterschwellig versprochene Anpassung des Islams an unsere Gesellschaft nicht zu erwarten ist, was dann?«
»Voraussichtlich mehr islamischer ›Wildwuchs‹, mehr Abkapselung und mehr Fundamentalismus. Allerdings ist die Generaltendenz – zumindest wenn die Migration nach Deutschland in diesem Tempo weitergeht – ja ohnehin, dass es hierzulande zu einer Art Vielvölkerstaat kommt.«
Ferhad Seyder, Professor für Politikwissenschaft an der Uni Erfurt, im »JF«-Interview, 7.10.2016

»Es kann nicht sein, dass unsere Vergangenheitsbetrachtung ... auf ganze 12 Jahre zusammengeschmolzen und daraus eine ewige und vererbliche Schuld aller Deutschen abgeleitet wird ... Und wir wissen, ... dass aus der von uns hervorgerufenen Welle eine mächtige Flut werden wird, die all diese linksgrünen Ideologen, die nichts anderes im Sinne haben als Deutschland als Nation und die Deutschen als Volk endgültig auszulöschen, hinwegfegen und unseren Zielen zum Sieg verhelfen wird.«
Ralph Weber, Juraprofessor an der Uni Greifswald und vorpommerischer Landtagsabgeordneter der AfD, auf Facebook, 24.4.2017

»Denken und denken lassen. Zur Philosophie und Praxis der Redefreiheit – In diesem Seminar geht es ... um die Frage, wie groß die Redefreiheit bei Veranstaltungen sein sollte, die an Universitäten stattfinden. ... Darf man Personen wie Thilo Sarrazin einladen oder wie Marc Jongen (MdB, AfD)? ... Ein wesentlicher Teil des Seminars ist eine Vorlesungsreihe, in der auch dezidiert konservative oder rechte Denker teilnehmen werden (u. a. Sarrazin und Jongen).«
Ankündigung eines Seminars von Philosophieprofessor Dieter Schönecker an der Universität Siegen im Wintersemester 2018/2019

Lesen, was andere nicht wissen wollen

Suchen Sie Lektüre, die Ihre Vorurteile stört und Sie zum Denken neuer Gedanken provoziert, machen wir Ihnen ein Angebot, das Sie nicht ablehnen können: Ein **Schüler/Schülerinnen**- bzw. **Studierenden-Abo für 35 Euro** (statt 45 Euro).

Ja, ich will das **konkret**-Schüler/Studenten-Abo (12 Hefte) zum Preis von € 35,– (Vorlage Schüler- oder Studentenausweis; Angebot gilt nur für das erste Jahr des Abos für Neuabonnenten), zahlbar jährlich im voraus.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

Datum, Unterschrift

Gewünschte Zahlungsweise bitte ankreuzen:
❍ Bankeinzug ❍ Rechnung

IBAN

BIC

Kreditinstitut

Dauer des Abonnements: bis auf Widerruf, mindestens 12 Hefte. **Vertrauensgarantie:** Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen bei KVV »konkret« GmbH & Co. KG, Ehrenbergstr. 59, 22767 Hamburg, widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Unterschrift (Bitte unbedingt hier unterschreiben)

COUPON SENDEN AN: KVV konkret, EHRENBERGSTR. 59, 22767 HAMBURG ODER: VERLAG@KONKRET-MAGAZIN.DE

GREMLIZAS EXPRESS

Journalismus, wenn es ihn gäbe, wäre Verbreitung von Nachrichten und etwa noch die Mitteilung, was Leute, die sich in der betreffenden Sache auskennen, davon halten. Weil man mit diesem Programm das »werbefreundliche Umfeld« (Hans-Detlev Becker, ehemaliger Verlagsdirektor des »Spiegel«, nannte es den »Quatsch, der zwischen die Anzeigen muss«) nicht vollkriegt, werden, ihn zu füllen, Schlagersängerinnen nach ihren Lieblingsboxern gefragt, Köche zum Feminismus, Friseure zum Diesel, Models zur Biomasse und Fußballer zum Zustand der Republik. Einer davon, Titz geheißen, wird mit der Weisheit zitiert:

> *Ich finde es bedenklich, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der Menschen ermordet und gejagt werden.*

Kein sogenannter Journalist kam auf den Gedanken, den guten Mann auf ein Wort nach draußen zu bitten, ihm zu sagen, dass es eine Gesellschaft, in der kein Mensch ermordet und gejagt wurde oder wird, nie gegeben hat noch geben kann, dass Mord und Menschenjagd nichts sei, was man – so oder so – »bedenken« könne, und dass einer, der sein Leben zwischen Eckstoß und Abseits verbringt, gut beraten sei, statt vors Mikrofon zu drängeln, bei seinem Vollpfosten zu bleiben.

Die Deutsche Presse-Agentur meldet die Forderung eines Erzbischofs, sein Papst solle wegen des Versagens in der Diskussion um den Missbrauch von Kindern durch seine Angestellten zurücktreten, und schließt die Nachricht mit den Worten:

> *der Papst, immerhin Stellvertreter Gottes auf Erden …*

In allem bierischen Ernst, als Meldung eines Faktums, wie: Mutter Maria, immerhin eine Jungfrau.

Tröstlich an der Postmoderne ist, dass die Wahrheit immer noch zwei Chancen hat: den Druckfehler und die Metapher. Und so weiß, wer den Jacob Rees-Mogg, den Sprecher der harten Brexiteers über einen soften Brexit hat sagen hören:

> *Es ist wie bei Eiern: Ein weichgekochtes Ei ist gar nicht gekocht.*

was ihn erwartet, wenn er im Frühstücksraum des Savoy ein weiches Ei bestellt: voll die Härte.

Springers »Welt« meldet, worauf alle Welt seit dem Schweigen der Lämmer gewartet hatte:

> *Özil bricht sein Schweigen.*

Und kaum hatte Springer Özil sein Schweigen brechen lassen, da brach's schon der nächste:

> *Der Bundestrainer bricht sein zweimonatiges Schweigen. Jogi Löw erklärt, wie es aus seiner Sicht zum WM-Debakel kommen konnte.*

Denn wenn der Deutsche aus der Vergangenheit was gelernt hat, ist es die kostenlose Wiedergutwerdung unter Gebärden der Zerknirschung. Und also erlebte die von kleinen gelben Männern erniedrigte Nation eine große Stunde der Gedenkkultur:

> *Löw hat das Vorrundenaus bei der Fußball-WM als »absoluten Tiefschlag« bezeichnet. Es gebe nichts zu beschönigen: »Wir sind weit unter unseren Möglichkeiten geblieben und haben zu Recht die Quittung dafür bekommen … Mein größter Fehler war: Ich habe geglaubt, dass wir mit dem dominanten Stil durch die Vorrunde kommen. Ich wollte das perfektionieren. Es war fast schon arrogant.«*

»Ich sehe ein«, sagt bei Curt Goetz eins der zwölf Kinder des Gymnasialprofessors Traugott Nägler, »dass ich eine Strafe verdient habe und bitte um eine gehörige solche!« Der Trainer versprach, er werde, aus der Vergangenheit lernend, die Mannschaft

> *nach dem absoluten Tiefschlag von Russland wieder auf eine stabilere Spielweise vorbereiten. Wir müssen flexibler, stabiler sein. Ich bin bei der WM zuviel Risiko gefahren … Ich habe es nicht geschafft, das Feuer, das man braucht, zu schüren, und neue Schlüsselreize zu setzen, dass alle mit großer Leidenschaft, Einsatz, Zweikampfstärke agieren.*

Und so zeigte die historische Stunde nach dem Tiefschlag von Stalingrad den Jogi (»Mömmes«) Löw voll und ganz auf der Höhe seines Präsidenten Steinmeier am 8. Mai.

Auf NDR-Kultur wird ein Musikstück abgesagt:

> *Sie hörten den dritten Satz, Scherzo, aus der großen C-Dur-Symphonie von Franz Schubert. Günter Wand dirigierte das NDR-Elbphilharmonie-Orchester.*

2016 war das Sinfonieorchester des NDR im Rahmen der PR-Maßnahmen zugunsten des Spekulationsobjekts, das 800 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln in private Taschen geschaufelt hat, in »NDR-Elbphilharmonie-Orchester« umbenannt worden. Günter Wand, der Chefdirigent des Sinfonieorchesters, starb 2002, ohne zu ahnen, dass es einmal ein »Elbphilharmonie-Orchester« geben würde. 14 Jahre danach wird er zwei-, dreimal die Woche als Werbeträger exhumiert. Deutsche Gedenkkultur.

Wenn es eines Beweises für den Antisemitismus einiger Volksgenossen und Volksgenossinnen bedürfte, die sich dennoch für Linke halten, wäre es ihre Bereitschaft, dem Moshe Zuckermann hinterherzulaufen, der, vom Jubel seiner Klientel inzwischen zart umnachtet, Sätze hinschreibt wie diesen, für den man vor Jahren einfach nur ausgelacht oder in der »Titanic« zitiert worden wäre:

> *Die Vereinnahmung konkret ausgeblendeter Juden als »Juden«-Matrix der eigenen Identitätsbestimmung mag sich spätestens dann als fatal erweisen, wenn es darum geht, dem konkreten Juden, der sich als solcher stereotyp-heteronomer Abstraktion entschlägt, in der eigenen Lebenswelt zu begegnen.*

Was ist ein konkret ausgeblendeter Jude? Was wäre ein abstrakt ausgeblendeter? Was die Vereinnahmung als Matrix? Was eine Matrix als Identitätsbestimmung? Wie entschlägt sich der konkrete Jude als solcher der stereotyp-heteronomen Abstraktion? Und was ist das nun wieder? Entwarnung: Es ist nichts und bedeutet nichts, es ist bloß ein Wichtigtuergeräusch, ein Patchwork unverstandener Begriffe aus Frankfurter Volkshochschule und allerlei »Psycholozelach« (Karl Kraus).

Beim Schmunzeln, das die Erinnerung an Zeiten weckt, in denen man die »Süddeutsche Zeitung« las, vergisst man allzu leicht, dass es in der bayerischen Provinz zwischen Feldherrnhalle und der Schwemme des Hofbräuhauses auch noch einen »Münchner Merkur« gibt, in dem die Vorkriegszeit nicht wie in der »Süddeutschen« die Zeit vor ihrem Lieblingskrieg gegen Jugoslawien ist, sondern die vor dem Ersten Weltkrieg, als die Revolutionsgarden der Sozialdemokratie dem angestammten Königshaus nach Leib und Leben trachteten:

> *Mit der teils völlig fehlgeleiteten Diskussion um die Stabilität des Rentenniveaus hat die SPD eine Waffe entdeckt, die im Kampf um Aufmerksamkeit viel zu mächtig war, als dass man sie künftig schweigen ließe, nur um den Koalitionsfrieden zu wahren. Prognose: Die Sozialdemokraten haben im Streit um das Rentenniveau keineswegs eingelenkt. Sie haben Blut geleckt.*

Waffen, Kampf, Blut, Bäche von Blut, was sag' ich?: Wittelsbäche!

---

konkret erscheint das nächste Mal am 26. Oktober, u. a. mit:

Die Unvollendete – Warum vor 100 Jahren die Novemberrevolution scheiterte

Titanic
DAS ENDGÜLTIGE SATIREMAGAZIN

A 4352
Oktober 2018
Nr. 10
D € 5,00
A € 5,50
Lux € 5,90
CHF 8,90

Hinweis zum Redaktionsschluss (15 Uhr):

Im Falle einer faschistischen Machtergreifung dieses Magazin nicht ausliefern!

Wir haben Kinder!

Titanic Deutschlands bester Satire-Mix.

SAVE THE WORLD WITH FEMINISM!

www.anschlaege.at